REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 477 · 17.10.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Veranstaltung mit Frank Deppe - gw
2. Die Asymmetrie der Gegenmacht. Zur Perspektive sozialer Kämpfe in Argentinien: colectivo situaciones
3. Explosiver Fund in rechter Szene. Vereitelter Anschlag in München offenbart Nazi-Vernetzung - Michael Reinhard/ Marco Kuhn
4. Wenn Zahlen lügen. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik als Law-and-Order -Instrument - Erdmann Prommel
5. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
6. Stimmzettel im Mülleimer. Landtags-, Bezirkstagswahlen und Volksentscheide in Bayern - Martin Pechtold
7. Magdeburg: Auf der Jagd nach einem Phantom. Trotz erheblicher Zweifel an der Anklage: Prozessbeginn Ende Oktober - mb., Berlin
8. Mobile Kliniken und Dritte Wege. Israelisch-palästinensische Kooperation gegen Krieg, Besatzung und Terror - medico international
9. Schwedens Nein zum Euro. Mehrheit der SchwedInnen befürchten neoliberalen Schub durch EURO - Rikard Warlenius
10. Feiern auf dem Rücken der Mächtigen. Oder: Wie die WTO-Konferenz in Cancún scheiterte - Pia Eberhardt
11. Trouble in Paradise. Mit Freihandel und Militär erobert Australien die Südsee - Iggy Kim
12. Faschismus als Ferienparadies. Berlusconi lobt den Duce. Ist er selber einer? - Js.
13. Ländersolidarität oder Globalisierungs- kritik? Ein kritisches Resümee der Internationalistischen Bewegung - Annette Massmann
14. Die Multitude auf der Suche nach sich selbst. Stichworte zum Debattenmarathon zwischen Köln und Fürth - Gregor Samsa
15. "Wir sind unter euch." Die Gesellschaft für Legalisierung kämpft für die Rechte von MigrantInnen - Astrid Kusser
16. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit
17. Law and Order auf die sanfte Tour. Der "aktivierende Sozialstaat" und sein autoritärer Charakter - Dirk Hauer
18. Ohne Netz und doppelten Boden. Zentrale Demonstration gegen die Agenda 2010 am 1.11. in Berlin - dk
19. Bezahlt wird nicht! Geld sparen und Erwerbslose loswerden - Guido Grüner
20. Faschismus und Totalitarismus. Konjunkturen einer Jahrhundertdebatte - Js.
21. Kein Streit um Wörter. Die Faschismusdiskussion ist neu eröffnet. Eine Buchvorstellung - Gerd Wiegel
22. Weltzurichtung - nicht Weltordnung. Anmerkungen zu Dirk Hauers Rezension in ak 476 - Detlef Hartmann, Dirk Vogelskamp
23. Das Beispiel Sobibor. Zum 60. Jahrestag des Häftlingsaufstandes - Raphaela Kula
24. Brigaden nach Argentinien
25. Ist zwei und zwei vier? Zum Streit um Antisemitismus in Attac - Werner Rätz
26. Privatissimo. Linke Spießer - dk
27. act local - think global - change world. Antifa: Gegenwärtige Überlegungen zukünftiger Politik - Antifaschistische Linke Berlin
28. Cash bei Jauch. Nachruf per Ausschluss: Annäherungen an Johnny Cash - Uwe Brutzki
29. Anwendungsmodell, nicht Life-Style. Das Jahresprojekt 2003 des "Kokerei Zollvereins" zum Thema "Offene Stadt" - Nicole Vrenegor
30. Die Illusion von Individualität. Wie KritikerInnen ins kapitalistische System integriert werden - Matthias Reichelt
31. Ohren-Propaganda
32. Der Jung mit dem Tüdelband. Film und CD würdigen die jüdischen Musiker Wolf - DSe
33. In Hamburg soll auf dem Gelände von Park Fiction ein "Institut für unabhängigen Urbanismus" entstehen
34. Zwischen Zensur, Knast und Arrest. Das Leben des indonesischen Schriftstellers Pramoedya Ananta Toer - Rainer Werning

35. Gespräch mit zwei Berliner Mitorganisatorinnen des Kommunismus-Kongresses
36. Kommunismus. Wish you were here? Die ak-Redaktion bekennt Farbe
37. Rockt nicht - NV
38. Er wird siegen. Oder auch nicht - Js.
39. Ficksäue, verdammte - efa
40. Alles, sofort, weltweit - dk.
41. Vielfalt in Bewegung - gw.
42. Kulturkongress "Intederminate! Kommunismus": Das Programm
43. Fetischcharakter der Ware, temporär erforscht. Marx lesen im Theaterhaus Frankfurt - TXTxtnd
44. AUFGEBLÄTTERT
45. KALENDER
46. Quelldatei 45.htm
47. 25.000 Euro für ak!
48. EDITORIAL

1. Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Veranstaltung mit Frank Deppe

Autor: gw · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:41

Ein Jahrhundert, das die "größten Hoffnungen hervorrief und alle Illusionen und Ideale zerstörte" (Yehudi Menuhin)

Politisches Denken wird von Frank Deppe "als normatives, wertorientiertes und insofern auf politische Praxis bezogenes Denken verstanden". Politisches Denken ist Ordnungsdenken und "immer auch auf die Problematik der Legitimität von Macht- und Herrschaftsverhältnissen bezogen". Seine Autoren beziehen in den Debatten über diese Legitimität bzw. deren Kritik Position. "Sie sind die Ideologen eines historischen Blocks, in den Klassen und Klassenfraktionen eingebunden sind." Deppe stellt das Denken dieser Autoren in politische Zusammenhänge: Carl Schmitt zu Konservativer Gegenrevolution und Faschismus; Gramsci zum Scheitern der bolschewistischen Revolution im Westen; Max Weber zu Politik als Wissenschaft und Beruf; Lenin zu Imperialismus und Revolution.

Deppes (marxistisches) Grundlagenwerk - die bisher vorliegenden beiden Bände umreißen die Zeitspanne von 1890 1945 - versteht sich im besten Sinne als Intervention auch und gerade in aktuelle Diskussionen. Politisches Denken wird von ihm in seinen Entstehungsbedingungen analysiert. Deutlich wird, wie bestimmte objektive Strukturen, Prozesse und Machtverhältnisse sowie Elemente der Politik, der Kultur und der Ideologie - stets vermittelt über konkrete Kräfteverhältnisse der Klassen und ihrer Kämpfe - jeweils historisch spezifische Verbindungen eingehen.

Eine gemeinsame Veranstaltung der Redaktionen ak - analyse + kritik und Fantomas, Regenbogen für eine neue Linke, dem VSA-Verlag, dem Rosa-Luxemburg-Bildungswerk, dem Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik und dem Asta der HWP

Referent: Prof. Frank Deppe (Marburg, Politologe)

HWP - Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Hörsaal, Von-Melle-Park 9, Freitag, 31.10.2003 - 19:30 Uhr

2. Die Asymmetrie der Gegenmacht. Zur Perspektive sozialer Kämpfe in Argentinien: colectivo situaciones

Zur Perspektive sozialer Kämpfe in Argentinien: colectivo situaciones im Gespräch

Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:20

Verónica Gago und Diego Sztulwark vom argentinischen colectivo situaciones reisten im Sommer diesen Jahres nach Deutschland, um hier ihr Buch Que se vayan todos! (1) vorzustellen, in dem es um kreative Widerstandsformen und Überlebensstrategien in Argentinien nach den Revolten im Dezember 2001 geht - ebenso wie in dem folgenden Gespräch, das Lars Stubbe mit den beiden AktivistInnen in Hamburg führte.

ak: Lasst uns mit der Entstehungsgeschichte des colectivo beginnen...

Verónica: Angefangen hat alles an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität in Buenos Aires. Dort bildete sich eine Gruppe, die mate hieß und zunächst in der Uni, später in Stadtteilen und mit Gewerkschaften arbeitete und Aktivitäten organisierte wie z.B. autonome Lehrveranstaltungen, bei denen in undogmatischer und nicht-akademischer Form über die Kämpfe in den 70er Jahren in Argentinien diskutiert wurde - mit Militanten jener Zeit, die seitdem in der Öffentlichkeit nicht mehr präsent gewesen waren. Das war der Eintritt in einen Austausch mit einer ganzen Generation von Militanten - im ganzen Land; insgesamt nahmen etwa 5.000 Menschen daran teil. Wir gründeten dann das colectivo und sind jetzt eine Gruppe von ungefähr acht Leuten, die mit vielen mehr Menschen zusammenarbeiten. Wir haben einen kleinen Verlag, de mano a mano (von Hand zu Hand), in dem wir Materialien veröffentlichen, die aus Workshops mit und in den sozialen Bewegungen entstehen.

Diego: Unsere Gruppe ist außerdem das Ergebnis einer Diskussion, bei der wir herausfanden, dass wir eines politischen Wegs müde sind, der als einzigen Horizont die Orientierung auf die legale Politik der Macht hat. Wir haben eine theoretische Hypothese aufgestellt: Soziale Veränderung in Bezug auf den Kapitalismus findet nicht mehr auf dem Weg über die politische Macht statt. Veränderung ist nur dann möglich, wenn sich diese schon in den gegenwärtigen Praktiken ausdrückt. Wir arbeiten nach dem Prinzip der "militanten Untersuchung" (2) und entwickeln von dort ausgehend Theorien - im Erziehungs- und im Gesundheitswesen wie auch in alternativen Ökonomieformen, in konfrontativen sozialen Bewegungen und in Menschenrechtsgruppen.

Der Aufstand vom 19. und 20. Dezember 2001 markiert in den sozialen Kämpfen Argentiniens einen wichtigen Einschnitt. Wie würdet ihr diesen Einschnitt charakterisieren?

Diego: Nach dem Ende der Diktatur Anfang der 80er Jahre vergrößerte sich praktisch täglich eine grundlegende Kluft in Argentinien, nämlich die zwischen einem originär demokratischen Projekt und dem Projekt des Neoliberalismus. Eine neue Dynamik war aufgetaucht: das neoliberale Primat der Ökonomie. Entsprechend wurde die Regierung Alfonsín (3) durch einen ökonomischen Putsch gestürzt und nicht durch einen Militärputsch. Menem (4) repräsentierte danach die absolute Dominanz des Neoliberalismus. Das heißt, die Sphäre der institutionalisierten politischen Macht ordnete sich vollständig der Logik der neoliberalen Kulmination unter. Auf der anderen Seite produzierte der Neoliberalismus auch neue Subjekte, etwa die Arbeitslosen. Und es entstand ein neuer Typ sozialen Widerstands, der situativ und lokal ist, der keine politischen Alternativen vorschlägt und nicht mehr an die politische Option des Konsenses glaubt und der sich in äußerst radikalen Kämpfen ausdrückt. Eine soziale Dynamik, die sich null identifiziert mit einem politischen Apparat, der hundertprozentig dem Kapital untergeordnet ist.

Verónica: Der Dezemberaufstand war ein Punkt, an dem sichtbar wurde, was schon lange gärte. Neue Initiativen entstanden: Nachbarschafts- und Stadtteilversammlungen, Netze zur materiellen Selbstversorgung. Im Grunde ist es eine Übertreibung, die sozialen Bewegungen Argentiniens im Singular zu nennen, denn es handelt sich um verschiedene Praktiken, die bestimmte Codes, bestimmte Entwicklungspunkte gemeinsam haben, aber keine organische Verbindung; sie artikulieren sich nicht als homogene Bewegung.

Welche Reaktionen riefen diese Bewegungen hervor?

Diego: Im vergangenen Jahr gab es eine ziemlich starke Repression, vor allem ab der zweiten Jahreshälfte. Trotzdem haben die Kerne der aktivsten sozialen Bewegungen überlebt, sowohl die piqueteros (5) als auch

bestimmte Stadtteilversammlungen. In der zweiten Jahreshälfte 2002 nahmen die Aktivitäten der sozialen Bewegung ab. Unsere These ist folgende: In Argentinien koexistieren eine Macht und eine Gegenmacht - weder gelingt es der Macht, die Gegenmacht zu liquidieren, noch kann die Gegenmacht siegen. Also gibt es diese Koexistenz, mal ist sie eher ein Nebeneinanderher leben, mal ist sie mehr Konfrontation - aber es gibt im Unterschied zu anderen Epochen der argentinischen Geschichte nicht mehr die Möglichkeit, die Erfahrungen der Gegenmacht komplett zu zerstören. Es gibt besetzte Fabriken, die ihren Kampf fortführen, es gibt die Menschenrechtsgruppen, die sehr aktiv sind, es gibt die Versammlungen, auch die Bewegung der piqueteros ist nach wie vor sehr präsent. Überall gibt es kleine Knotenpunkte, in der ökonomischen Reproduktion, im Erziehungs- und Gesundheitswesen, in der Kunst und der Kultur, und manche dieser Knoten bekommen zeitweise eine große symbolische Kraft, manchmal sind es die piqueteros, mal die alternativ ökonomi- schen Strukturen wie die "Tauschringe", in anderen Momenten die H.I.J.O.S. (6), und in wieder anderen die besetzten Fabriken.

Verónica: Ein anderes Problem ist die Erwartungshaltung vieler Leute; die Erwartung, dass alle diese Praktiken sich in institutionalisierte Alternativen verwandeln. Von den Tauschringen erwartete man ein alternatives ökonomisches System zum Kapitalismus, von den Stadtteilversammlungen eine alternative politische Macht, von den piqueteros, sie sollten in Zukunft die Eingreiftruppe der Bewegung werden, eine Art Volksheer.

Welche Rolle spielt die besetzte - und nach wie vor umkämpfte - Fabrik Brukman in den Kämpfen? Warum wurde sie vom Staat als bevorzugtes Ziel für die Repression ausgesucht?

Diego: Brukman ist eine wichtige Fabrik im Zentrum von Buenos Aires. Vor einem Jahr gab es einen Räumungsversuch, doch die ArbeiterInnen haben die Fabrik wiederbesetzt. Brukman ist außerdem eine der wenigen Fabriken, die sich weigerte, Kooperative zu werden. Kooperative auf dem freien Markt zu sein, bedeutet ein hohes Maß an Selbstausbeutung. Als die Räumung stattfand, hatten wir gerade ein Projekt mit den Leuten von Brukman begonnen; ein sehr ambitioniertes Projekt, das in der Versammlung der ArbeiterInnnen angenommen wurde, eine Art "ArbeiterInnenlaboratorium", bei dem es darum ging, nicht an der Alternative Kooperative oder Verstaatlichung kleben zu bleiben, sondern einen eigenen Weg zu entwickeln. Erstens ging es darum, eine legale Form zu finden für die kollektive Übernahme der Maschinen und der Fabrik. Zweitens um eine Übereinkunft mit dem Staat darüber, wie die Kontrolle über den Produktionsprozess in den Händen der ArbeiterInnen bleiben kann. Drittens ging es um weitergehende Formen der Selbstbestimmung, über die Form der Produktion und die Beziehung zu anderen sozialen Bewegungen. Viertens um eine sehr wichtige Frage: Wie einen Produktionsprozess in Gang halten mit einem Rentabilitätsniveau, das die Fabrik vielleicht nicht auf der Ebene des Gewinns wettbewerbsfähig hält, aber es ermöglicht, einen Zirkel von ökonomischer Reproduktion zu schaffen, eine ökonomische Basis für die Gegenmacht.

Verónica: Und das Thema Brukman bleibt weiter auf der Tagesordnung, weil es im Umkreis der Fabrik Initiativen gab (und gibt), die nicht resignierten, obwohl es kein Material gab, um mit der Produktion weiterzumachen. Es geht um Brukman als Untersuchungsort für die Entwicklung anderer Produktionsformen, auch wenn die Fabrik vielleicht nicht gehalten werden kann.

Diego: Diese Fabrik ist nämlich ein Gefängnis, mit 40 Grad Hitze, mit fürchterlichen Maschinen. Die Arbeitsbedingungen sind der Horror, und daher ist es viel zu einfach, nur zu sagen, wie schön, dass die ArbeiterInnnen die Fabrik übernommen haben. Die einzige Art, diese Fabrik oder welche Fabrik auch immer zu retten, ist zu arbeiten und nachzudenken, welche Art von Beziehungen mit der Zeit, mit dem Raum, mit der Technologie entwickelt werden müssen, um diese Arbeit weniger entfremdet, weniger verroht wieder aufnehmen zu können. Sonst ist das einzige, was bleibt, die Produktion von fordistischen ArbeiterInnen, verbunden mit der dummen Hoffnung, dass dies der Weg hin zu einer Revolution sein wird - einer Hoffnung, die schon seit dreißig Jahren nicht mehr hinhaut. Wir glauben, dass Brukman seine Wichtigkeit durch das Experimentieren mit neuen Formen und Möglichkeiten erhält.

Hier in Europa wurden die diesjährigen Wahlen (7) von großen Teilen der Linken überrascht beobachtet, denn der frühere Präsident Menem kandidierte, und eigenartigerweise gingen die Menschen tatsächlich wählen. (...)

Diego: Ich denke wir müssen zuerst eine andere Frage diskutieren, nämlich: Wie denkt die Linke? Die Vorannahmen der Linken sind so: Wenn es starke soziale Kämpfe gibt, dann wird sich das in den Wahlen ausdrücken. Entweder, indem die linken Parteien gestärkt werden, oder indem die Wahlen durch große

Wahlenthaltung delegitimiert werden. Aber diese Annahmen sind nichts als Annahmen. In Argentinien gab es einen großen Wunsch nach Normalität. Man kann aber auch sehen, dass es einen Wunsch gab, Menem eine politische Niederlage zu bereiten. Es gab auch den sehr verständlichen Wunsch, dass es wieder eine funktionierende Regierung geben möge, dass nicht mehr die pure Anarchie herrschen solle - und wie Veronica schon sagte, herrschte auch eine Enttäuschung darüber, dass die sozialen Bewegungen keine Alternative zum Staat anbieten konnten. Für das klassische Denken der Linken bedeutet dies eine Niederlage, einen Verlust der Revolution, einen Verlust von Möglichkeiten. Wir vermuten, dass aus der Sicht der sozialen Bewegungen der Ausgang der Wahlen nicht notwendigerweise negativ ist: Die sozialen Bewegungen existieren weiter; wenn sie hingegen einen Auftrag angenommen hätten, eine neue, alternative Mehrheit zu bilden, dann hätten sie eine Niederlage erlebt.

Verónica: Die Bewegungen haben nie versucht, sich auf dem Niveau von Wahlen auszudrücken. Das war aber das, was viele als Erbe des Dezemberaufstandes erhofften, eine Partei der Autonomie, eine Partei des 19./20. Dezember. Das war aber nie das Ziel der Bewegung, sondern das derjenigen, die ihnen diese Erwartungen überstülpten - und als sie ihre Erwartungen enttäuscht sahen, zogen sie sich frustriert zurück. Aber die Bewegung als Vielfältigkeit von Praktiken hatte nie das Ziel, diesen Grad von Repräsentation zu erreichen. Und die Enttäuschung über die nichterfüllten Erwartungen von einer Institutionalisierung der Gegenmacht sind in bestimmter Weise ein Vorteil. Und zwar deshalb, weil es nicht mehr so viel Druck gibt, dass diese Erfahrungen sich als institutionalisierte Gegenmacht definieren und konstituieren. Das ist auf eine Art eine Erleichterung.

Ganz kurz zum Schluss: Was macht die besondere Qualität dieser neuen sozialen Bewegungen aus?

Verónica: Diese sehr radikale Art der Fusion zwischen Politik und Leben; die Aufhebung dieser Trennung. Die Versuche, alternative Modelle für die tägliche Reproduktion zu entwickeln.

Diego: Toni Negri hat uns eine Karte geschickt, auf der er schreibt, er stelle sich die Kämpfe in Buenos Aires auf eine Art ähnlich vor, wie Marx die Kämpfe der Pariser Kommune gesehen hat. Das sind Vergleiche, na ja ... Wir glauben aber schon, unabhängig von dem, was noch kommen wird, dass die Erfahrungen in Argentinien und auch die Erfahrungen des Zapatismus in Mexiko jetzt schon die Realität verändert haben, eine neue Sicht auf soziale Kämpfe hervorgebracht haben - ein neues Denken dieser Kämpfe.

Vielen Dank für das Gespräch.

Übersetzung: Miriam Edding

Anmerkungen:

1) Wörtl.: Sie sollen alle abhauen! Colectivo Situaciones: Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien. Aus dem Spanischen übersetzt von Stefan Armborst, herausgegeben von Ulrich Brand, 224 Seiten, 14 Euro, Assoziation A, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin;

assoziation-a@t-online.de

2) Militante Untersuchung meint: eingreifende Untersuchung. Ergebnis soll keine Beschreibung z.B. der Arbeitssituation von Arbeitenden sein, sondern die Änderung der Verhältnisse. Geht zurück auf die Arbeiteruntersuchungen der Quaderno Rossi bei FIAT und Olivetti 1961-62 in Italien.

3) Argentinischer Präsident nach dem Ende der Militärdiktatur 1983-1989.

4) Argentinischer Präsident von 1989-1999.

5) Als piqueteros werden AktivistInnen neuer Kampfformen bezeichnet, bei denen sich z.B. militante Streikpostenketten mit Aktionen organisierter Arbeitsloser verbinden, die durch die Lahmlegung des Verkehrs oder die Blockade staatlicher Behörden ihren Forderungen Nachdruck verleihen.

6) H.I.J.O.S. - "Nachkommen für die Identität und die Gerechtigkeit" sind organisierte Nachkommen von Verschwundenen, Gefangenen und Exilierten, die vermittels so genannter escraches bis dato friedlich lebende Diktaturverbrecher öffentlich machen. Auch in Barcelona, Madrid, Paris, Montevideo, Mexico-City und Caracas bilden sich inzwischen H.I.J.O.S.-Gruppen.

7) Bei den Wahlen Ende April 2003 erreichte Expräsident Carlos Menem 24,1 Prozent der Stimmen vor dem Gouverneur von Patagonien, Nestor Kirchner, mit 22%. Das gute Wahlergebnis für Menem war deshalb so überraschend, weil sich dieser während seiner Amtszeit durch einen extrem harten neoliberalen Kurs und jede Menge Korruption ausgezeichnet hatte. Nachdem Menem überraschenderweise zur für Mai angesetzten Stichwahl nicht antrat, ist Kirchner jetzt Präsident.

3. Explosiver Fund in rechter Szene. Vereitelter Anschlag in München offenbart Nazi-Vernetzung

Autor: Michael Reinhard/ Marco Kuhn · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:18

Wohl durch Zufall wurde in München ein Bombenanschlag auf die Grundsteinlegung des Jüdischen Kulturzentrums verhindert. Bei Durchsuchungen am 10. September 2003 stellte die Polizei mehr als 14 Kilogramm Sprengstoff, darunter 1,7 Kilogramm TNT, sicher. Mittlerweile wurden in diesem Zusammenhang bundesweit elf Neonazis verhaftet; als Kopf der Neonazi-Combo gilt Martin Wiese, Anführer der Kameradschaft Süd - Aktionsgemeinschaft Süddeutschland.

Am 26. September, also nur wenige Tage vor dem Zugriff der Polizei, jährte sich zum 23. Mal der Anschlag auf das Münchner Oktoberfest. Der vermeintliche Einzeltäter Gundolf Köhler, Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann, zündete 1980 eine Bombe mit 1,4 Kilogramm TNT. 13 Menschen wurden getötet und weit über 200 zum Teil lebensgefährlich verletzt. Im Zuge der jetzigen Hausdurchsuchungen stellte die Polizei neben 14 Kilogramm Sprengstoff, darunter 1,7 Kilogramm TNT, noch Handgranaten, Messer und Pistolen sowie umfangreiches Propagandamaterial sicher. Ebenfalls gefunden wurden Listen, auf denen missliebige Journalisten und AntifaschistInnen vermerkt waren.

Die Neonazis sollen geplant haben, am 9. November, dem 65. Jahrestag der Reichspogromnacht, einen Bombenanschlag auf die Grundsteinlegung des neuen jüdischen Kulturzentrums auf dem Münchner Jakobsplatz zu verüben. Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung war der Plan weit gediehen - die Gruppe wollte durch die Kanalisation an den Ort des geplanten Attentats herankommen. Als weitere Anschlagsziele hatten die Neonazis die Münchner Synagoge, Asylbewerberheime, Mahnmale und eine griechische Schule in Betracht gezogen. Auch der Spitzenkandidat der Bayern-SPD zur Landtagswahl, Franz Maget, stand auf der Liste möglicher Attentatsziele.

Im Visier: Jüdisches Kulturzentrum

Hausdurchsuchungen und Verhaftungen fanden in diesem Zusammenhang nicht nur in München statt: Im brandenburgischen Menkin wurden zwei Neonazis, darunter ein ehemaliges NPD-Mitglied, verhaftet. Die Bundesanwaltschaft vermutet, dass sie den Münchner Neonazis Waffen und Teile des Sprengstoffs besorgten. Im mecklenburgischen Güstrow und in Berlin wurden zwei weitere Männer festgenommen. Bei der Hausdurchsuchung trug der Berliner einen Ring mit einem SS-Totenkopf; in seinem Schrank wurde eine SS-Uniform gefunden. Die 1,7 Kilogramm TNT besorgten sich die Neonazis laut Süddeutscher Zeitung in Polen. Die Bundesanwaltschaft hat die Ermittlungen wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung" übernommen.

Bereits im Februar hatte ein Deutsches Anti-Jüdisches Kampfbündnis in München Briefe mit gelblichem Pulver verschickt und mit Terroranschlägen auf jüdische Einrichtungen gedroht. Gefordert wurde die sofortige Einstellung der Bauarbeiten am jüdischen Kulturzentrum am Jakobsplatz.

Auf die Spur der "Rechtsterroristen" kamen die ErmittlerInnen wohl nur durch Zufall: Ein Neonazi-Aussteiger, der von seinen ehemaligen Kameraden zusammengeschlagen wurde, brachte die ErmittlerInnen auf die Spur. Von einem Zufallsfund will der bayrische Innenminister Günther Beckstein jedoch nichts wissen. Er bezeichnet die Verhinderung des Sprengstoffanschlag als "riesigen Erfolg" der Sicherheitsbehörden. "Versäumnisse" will er nicht erkennen. Jedoch will er "nicht völlig ausschließen", dass man die Rolle der Kameradschaft Süd und vor allem die des Martin Wiese unterschätzt oder falsch bewertet habe. Im letzten bayrischen Verfassungsbericht heißt es, dass rechte "terroristische Ansätze" in Bayern nicht zu erkennen wären.

Ebenfalls noch keine Erklärung hat Beckstein zu den Vorwürfen einiger linker und antifaschistischer Münchner Gruppen parat. Diese werfen dem Innenministerium und der Staatsanwaltschaft vor, gefährdete Personen nicht gewarnt zu haben. So mussten u.a. das Münchner Friedensbüro und die PDS aus der Boulevardzeitung tz erfahren, dass eine 17-jährige, ehemalige Postbank-Auszubildende im Auftrag der Kameradschaft Süd ihre Konten ausforschte und so an die Namen von Kontobevollmächtigten, Vereinsvorständen und EinzahlerInnen

gelangen konnte. Weder PDS noch Friedensbüro wurden über den Fund ihrer Kontodaten bei den Neonazis informiert.

Nazi-Zelle: Keine Unbekannten

Seit rund drei Jahren lebt der 27-jährige, in Mecklenburg-Vorpommern geborene Martin Wiese in der bayrischen Landeshauptstadt. Seine Geburtstagsfeier mit rund 60 Gästen im Januar 2001 in einer Münchner Gaststätte war Ausgangspunkt für einen brutalen, rassistischen Überfall auf einen Griechen. Dieser war zufällig an der Gaststätte, in der die Neonazis feierten, vorbeigekommen und wurde von mehreren Neonazis beinahe totgetreten. Er überlebte den Angriff wohl nur, weil ihm türkische Jugendliche zu Hilfe eilten. In diesem Zusammenhang wurde auch gegen Wiese wegen versuchter Tötung ermittelt - zu einer Gerichtsverhandlung kam es jedoch nie. Im August 2002 stand Wiese gemeinsam mit Norman Bordin - dieser war bis zum Antritt einer Freiheitsstrafe wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung "Anführer" der Kameradschaft Süd - vor einem Münchner Gericht. Wiese hatte im April 2001 einen Schwarzen mit einem Faustschlag niedergestreckt.

Der Schlag wurde jedoch als "Notwehr" gewertet, eine Verurteilung blieb aus. Im Jahre 2000 beteiligte sich Wiese an mehreren Infoständen der NPD in der Münchener City. Im August nahm er mit anderen Münchener Neonazis am so genannten Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel teil. Im Oktober 2002 wurde Wiese als stellvertretender Versammlungsleiter einer Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung von Kreisverwaltungsreferat München abgelehnt, da er einschlägig vorbelastet ist. Die Demonstration fand trotzdem statt, und rund 500 Neonazis zogen durch die Landeshauptstadt. Im November, jedoch konnte Wiese selbst einige Kundgebungen gegen die Ausstellung anmelden. So etwa am 10. November als rund 50 "freie Kameraden" an einer Kundgebung am Marienplatz teilnahmen. Am 30. November 2002 findet erneut eine von Wiese angemeldete Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung statt. Wegen dieser Demonstration mussten sich zahlreiche AntifaschistInnen vor Gericht verantworten und wurden zum Teil zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Verbindungen hatte Wiese auch zu dem seit Anfang des Jahres in München aktiven Verein Demokratie direkt. Dieser ist angetreten, um die "Zerstrittenheit im Nationalen Lager" über Parteigrenzen hinweg durch "örtliche Zellenbildung auszuhebeln". Im Verein finden sich sowohl der Republikaner-Stadtrat Johann Weinfurtner als auch Anhänger der Deutschlandbewegung um Alfred Mechtersheimer. Neonazis um Martin Wiese waren bei deren Veranstaltungen für den Saalschutz zuständig. Nach Informationen der Antifaschistischen Nachrichten soll der Sprecher des Vereins, Thomas S. Fischer, Mitglied der CSU sein. Demokratie direkt greift neben "regionalen Themen" wie dem "Bau einer Moschee oder eines Asylantenheims" auch überregionale Themen wie die "Kriegspolitik an der Seite der USA" und die "Bevorzugung des Großkapitals" auf. So ist es auch nicht verwunderlich, dass sich Demokratie direkt einer Großdemonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München im Jahre 2003 anschließen wollte - was jedoch an der Aufmerksamkeit von DemonstrantInnen scheiterte. Aber auch "Anti-Antifa"-Arbeit wird von Demokratie direkt betrieben: Mittels Foto und Kurzbiografie werden in der Vereinspublikation München direkt unliebsame PolitikerInnen, JournalistInnen und AntifaschistInnen "vorgestellt". Am 13. Februar sammelte Demokratie direkt anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens Unterschriften für den Erhalt des Altstadtbunkers unter dem Münchner St.-Jakobs-Platz. Der Erhalt des Bunkers wäre gleichbedeutend mit der Verhinderung des neuen jüdischen Zentrums.

Kein Aufstand - Nur Wahlkampf

Enge Kontakte pflegt die Kameradschaft Süd - Aktionsbüro Süddeutschland mit der vornehmlich im Raum Nürnberg aktiven Kameradschaft Fränkische Aktionsfront (FAF). Die Zusammenarbeit dauert seit etwa eineinhalb Jahren an. Dafür wurde die AG Bayern gegründet, ein bayernweites Netzwerk, dem neben der Kameradschaft Süd und der FAF auch das Nationale Infotelefon Bayern angehört. Als Vorbild für das Netzwerk steht die FAF selbst, in der mittlerweile sechs regionale Kameradschaften in Mittel- und Oberfranken und mehrere Einzelpersonen agieren. In der Praxis zeigt sich die Zusammenarbeit zwischen Nürnberg und München u.a. in der gegenseitigen Unterstützung bei Aufmärschen und Kundgebungen. So liefern Nürnberger Neonazis die Infrastruktur, im Ausgleich nehmen Münchner Neonazis regelmäßig an Aufmärschen im Großraum Nürnberg teil.

Die Fränkische Aktionsfront zählt bundesweit zu den aktivsten Kameradschaften. Einer der Führungskader der hierarchisch organisierten FAF ist Matthias Fischer, ehemals Schlagzeuger der Blood & Honour-Band Hate Society. Kopf der Band war der mittlerweile inhaftierte Bamberger Bernd Peruch, der über gute Kontakte zur englischen Terror-Combo Combat 18 verfügt. Bei Fischer, ehemals presserechtlich verantwortlich für das Neonazi-Fanzine Der Landser, fand im Jahre 2002 eine Hausdurchsuchung statt, bei der 30.000 Plakate, Flugblätter und Aufkleber anlässlich des "Rudolf-Hess-Gedenkmarsch", 500 Ausgaben des Der Landser, Gaspistolen und Gotcha-Waffen sicher gestellt wurden. Inhaltlich wendet sich die FAF mit Parolen wie "Den Zionismus gemeinsam bekämpfen" oder "Solidarität mit der ETA" mehr und mehr vermeintlich linken Themenfeldern zu. Optisch untermalt wird dies mit Palästinenserfahnen und -tüchern, die zum Standardrepertoire ihrer Aufmärsche gehören. An anderer Stelle berichtet die FAF hocherfreut über eine eingeworfene Fensterscheibe einer Nürnberger Mc-Donalds-Filiale.

Daneben widmet sich die FAF sehr intensiv der "Anti-Antifa"-Arbeit, worunter sie, so die Frauen in der FAF, die "aktive und offensive Bekämpfung linkskrimineller Elemente" versteht. Dass dies nicht nur leere Worte sind, zeigen Aktionen gegen linke und vermeintlich linke Personen und Einrichtungen im Großraum Nürnberg in den vergangenen Jahren. In Nürnberg wurde das Familienhaus zweier liberaler Lehrer und mehrfach ein linker Buchladen attackiert. In Erlangen ein Büro, in dem sich auch die Redaktion der alternativen Zeitung raumzeit befindet und die Studentische Mitverwaltung. Zuletzt wurde in Herzogenaurach auf das Auto eines alternativen Jugendlichen ein Brandanschlag verübt. Grundsätzlich jedoch will die Polizei keine Gefahr erkennen. Im Juni 2003 erklärt ein Nürnberger Polizeisprecher gegenüber einer Regionalzeitung: "Eine Zunahme des Gewaltpotenzials sei nicht erkennbar", es lägen keine Erkenntnisse über eine "verstärkte Zusammenarbeit einzelner Neonazi-Gruppierungen" in Mittelfranken vor.

Die Vernetzungsbestrebungen bayrischer Neonazis fallen auch über die Landesgrenze hinweg auf fruchtbaren Boden. Auch die Mecklenburgische Aktionsfront (MAF) und die Pommersche Aktionsfront (PAF) haben neben dem Namen auch organisatorische Strukturen und sogar wörtlich das Konzept der FAF übernommen. Diese Verbindung von Bayern nach Mecklenburg-Vorpommern bzw. Nordbrandenburg lässt sich mit der Herkunft zweier bekannter Aktivisten erklären: Der Neu-Nürnberger Matthias Fischer stammt aus Templin, der Neu-Münchner Martin Wiese aus Anklan. Das bayerische Netzwerk pflegt auch Kontakte nach Baden-Württemberg. So trat Wiese bei einer Demonstration gegen die "Wehrmachtausstellung" in Schwäbisch Hall als Redner auf. Organisiert wurde die Demonstration von der NPD/JN Baden-Württemberg - der Lautsprecherwagen wurde durch Nürnberger "Kameraden" bereitgestellt.

Als die Nachricht über die geplanten Sprengstoffanschläge die Öffentlichkeit erreichte, fanden keine Demonstrationen oder Kundgebungen statt, die Solidarität mit den in Deutschland lebenden Juden und Jüdinnen ausdrückten. Die berühmte Münchener Lichterkette wurde nicht entflammt. Statt dessen lieferten sich Bayerns Innenminister Beckstein und Bundesinnenminister Schily eine Wahlschlacht um eine mögliche Gefährdung des SPD-Spitzenkandidaten Maget und darum, inwieweit man von einer "Braunen Armee Fraktion" sprechen könne. Die potenziellen Opfer rückten dabei vollkommen in den Hintergrund.

Michael Reinhard/Marco Kuhn

Die Autoren sind Mitarbeiter des antifaschistisches informations- und dokumentationsprojekt (adip) Nürnberg/Fürth.

Informationen, vor allem zur fränkischen Neonazi-Szene liefert die im Sommer 2003 erschienene 100-seitige Broschüre "Spezialitäten aus Mittelfranken". Zu bestellen für vier Euro incl. Porto bei: adip, Königswarterstr. 16, 90762 Fürth. Weitere Informationen sind zu finden bei der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (A.I.D.A): www.aida-archiv.de.

4. Wenn Zahlen lügen. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik als Law-and-Order -Instrument

Autor: Erdmann Prommel · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:04

"Traue niemals einer Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast", ist ein geflügeltes Wort geworden. Dennoch eignet sich kaum ein Mittel so gut zur öffentlichen Meinungsmache wie statistisches Zahlenmaterial. Ganz besonders gilt das für die Kriminalitätsstatistik, mit der entweder Horrorszenarien an die Wand gemalt oder "erfolgreiche Verbrechensbekämpfung" suggeriert wird. Mit einem rationalen Diskurs hat dieses Lügen auf hohem Niveau nichts zu tun.

Die Hamburger Rathaus-Szene kommt nicht zur Ruhe. Selbst nach seinem Rauswurf aus dem Senatsgehege sorgt Ex-Innensenator Schill für skandalträchtige Schlagzeilen. Ungeachtet seiner "charakterlichen Untauglichkeit" hatte in der Mitte-Rechts-Koalition und den sympathisierenden Medien niemand etwas an Schills "erfolgreicher Sachpolitik" auszusetzen. Doch nun entpuppt sich diese als Fake. Der stolz präsentierte Rückgang in der Kriminalität in Hamburg ist das Ergebnis eines Fehlers in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Da haben die BeamtInnen in der Innenbehörde und bei der Polizei schlicht eine Computereingabe "vergessen". Aus einem Rückgang der Kriminalität wurde jäh ein satter Zuwachs. Schon gibt es gegenseitige Schuldzuweisungen innerhalb des Apparats und der Administration und sprechen Medien von einem möglichen Wählerbetrug (Hamburger Morgenpost, 20.9.03). Aus den Reihen der Opposition werden Rücktrittsforderungen gegen den Polizeipräsidenten und den ehemaligen Büroleiter von Schill und jetzigen Innensenator Nockemann laut. Bei diesem ganzen Getöse findet jedoch der eigentliche Skandal keine Erwähnung - nämlich dass und vor allem wie mit der PKS Stimmung und Politik gemacht wird. Die PKS als Instrument der politischen Öffentlichkeitsarbeit steht völlig außer Frage. Und spätestens seit dem letzten Bürgerschaftswahlkampf ("Hamburg - Hauptstadt des Verbrechens") wird dieses Instrument nicht nur von Schill, sondern von allen parlamentarischen Parteien gleichermaßen benutzt.

In der PKS werden alle Delikte erfasst, die der Polizei innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zur Kenntnis gelangen. Diese werden bestimmten Deliktgruppen zugeordnet und als verdichtetes Zahlenmaterial zusammengefasst. Eine solche Zusammenfassung unterliegt immer einer gewissen Beliebigkeit. Viel gravierender aber ist der Umstand, dass in die Statistik zwangsläufig nur der Teil der Vorfälle eingeht, den man als "Kriminalität" bewerten kann. Man spricht hier vom "Hellfeld" (im Gegensatz zum "Dunkelfeld", welches die Handlungen umfasst, die der Polizei nicht bekannt werden). Man kann darüber hinaus nicht davon ausgehen, dass das Verhältnis zwischen Hell- und Dunkelfeld stabil ist. Hochrechnungen von den Zahlen des Hellfeldes auf die Gesamtzahlen sind also mit äußerster Vorsicht zu genießen. Faktisch taugt die PKS allenfalls als regelmäßiger Tätigkeitsnachweis der Polizei. Über das tatsächliche Ausmaß von Handlungen, die als "kriminell" zu bewerten wären, sagt sie aber kaum etwas bis gar nichts aus.

Gut gefälscht ist halb gewonnen

Um diesen Umstand zu illustrieren, ist es zunächst sinnvoll, die Delikte danach zu unterscheiden, wie sie der Polizei bekannt werden. Man kann hierbei zwischen Kontroll- und Anzeigedelikten unterscheiden.

Kontrolldelikte sind solche als "Kriminalität" bewerteten Handlungen, bei denen es kein Opfer gibt. Sie werden der Polizei folglich in der Regel nicht über Anzeigen bekannt, sondern durch eigenes Kontrollhandeln. Klassisches Beispiel für Kontrolldelikte sind die Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtmG). Die Zahlen in der PKS über solche Delikte spiegeln viel mehr die Intensität des polizeilichen Kontrollhandelns wider, als dass sie Ausdruck einer tatsächlichen Kriminalitätslage wären. Die Polizei selbst weiß das durchaus. Zwischen 1994 und 1995 haben laut Statistik die "einfachen Drogendelikte" von 7.034 Fällen auf 9.644 Fälle zugenommen. Das LKA Hamburg hat diesen Umstand wie folgt erklärt: "Fallzahlen der Btm-Delikte aus der PKS spiegeln die Kontrollintensität der Polizei, abhängig von Prioritätensetzungen, Einrichtung neuer Ermittlungsgruppen oder Handlungskonzepten, wider. So ist der Anstieg oder Rückgang nicht unbedingt gleichzusetzen mit mehr oder weniger Kriminalität in diesem Deliktfeld, sondern eine veränderte Aufhellung des Dunkelfeldes." (1)

Seit Mitte 2001 wird in Hamburg ein neuer Tatbestand verfolgt, nämlich der des Drogenkonsums im Bereich des Hauptbahnhofs. Das hat zwangsläufig dazu geführt, dass die Kriminalitätsfälle laut PKS zugenommen haben, obwohl sich am Verhalten der Angehörigen der offenen Drogenszene überhaupt nichts geändert hat. Eine Steigerung der Kontrollintensität in diesem Bereich lässt die PKS-Zahlen erst mal grundsätzlich ansteigen. Mit einiger zeitlicher Verzögerung gehen die Zahlen i.d.R. wieder zurück, wenn die AdressatInnen der Kontrollmaßnahmen in weniger kontrollintensive Räume wie z.B. Privatwohnungen ausweichen. In allen diesen Fällen reflektieren die Zahlen der PKS zwar das polizeiliche Kontrollhandeln sowie die Reaktionen darauf. Sie sagen aber nichts aus über quantitative und qualitative Veränderungen im Bereich der Btm-Delikte.

Im Gegensatz zu den Kontrolldelikten werden die Anzeigedelikte der Polizei vornehmlich durch Hinweise aus der Bevölkerung, in der Regel durch Anzeigen, bekannt. Zu dieser Deliktgruppe gehören Diebstähle, Einbrüche, Autodiebstähle, Körperverletzungen usw. Auch das Anzeigeverhalten ist Veränderungen unterworfen; einige kritische Kriminologen sprechen von einer "Ethnografie des Anzeigeverhaltens". Folglich gibt es auch hier weder ein überwiegendes Hellfeld noch ein stabiles Verhältnis von Hell- und Dunkelfeld. Der Grund für Anzeigen hat dabei nur zum Teil damit zu tun, dass bestimmte Handlungen als "Kriminalität" bewertet werden. (2) Oft geht es nur darum, in Konflikten die Polizei als moralischen Beistand oder als autorisierten Konfliktlöser einzuschalten. Oder die Polizei wird schlicht deswegen gerufen, weil versicherungsrechtliche Ansprüche durchgesetzt werden sollen.

Wie heikel voreilige Rückschlüsse vom Anzeigeverhalten auf eine eventuelle tatsächliche Kriminalitätsentwicklung sein können, zeigt folgendes Beispiel. Man kann getrost davon ausgehen, dass der Trend zu teuren Rennrädern und Mountainbikes dazu geführt hat, dass die Zahl der angezeigten Fahrraddiebstähle in der PKS erheblich gestiegen ist. Vielleicht liegt das daran, dass die neuen Moderäder höhere Schwarzmarktpreise erzielen und tatsächlich mehr gestohlen wird. Vielleicht gibt es aber auch einen ganz anderen Grund für die Statistik. Fahrraddiebstähle sind im Alltag sicherlich ein Ärgernis, aber oft genug sind sie routinisiert worden. Über so einen Vorfall ärgert man sich zwar, im Zweifelsfall über die eigene Sorglosigkeit, aber man geht damit kaum zur Polizei, zumal nur eine äußerst geringe Chance besteht, das Rad so zurückzubekommen. Wenn aber ein Fahrrad jetzt 800 Euro und mehr statt 100 Euro kostet, macht plötzlich eine Diebstahlversicherung Sinn. Damit muss im Schadensfall aber die Polizei zwingend eingeschaltet werden, wenn man die Versicherungsansprüche geltend machen will. In diesem Falle wäre die Zahl der tatsächlich verübten Fahrraddiebstähle überhaupt nicht signifikant angestiegen. Und auch die Einstellung zum Fahrraddiebstahl muss sich gar nicht geändert haben. Der Grund für den Anstieg der Zahlen in der PKS liegt dann vielmehr in einem vermehrten Abschluss von Diebstahlversicherungen.

Wer zeigt wen an und warum

Auch beim viel zitierten Anstieg der "Jugendkriminalität" ist aus ähnlichen Gründen Vorsicht angebracht. Es geht sicher nicht darum, einzelne Fälle bagatellisieren zu wollen, aber Regelverstöße etwa im Bereich Schule, Schlägereien, Diebstähle u.ä. hat es auch früher gegeben. Diese wurden aber in der Regel innerhalb der Schule geregelt, durch Wiedergutmachungen und/oder Schulstrafen, im Extremfall mit einem Schulverweis. Die Ahndung solcher Vorfälle oblag also der sozialen Kontrolle des Systems Schule und fand als solche keinen Eingang in den Bereich der Kriminalität. Ähnliches galt innerhalb der Nachbarschaften. Drohungen mit der Polizei waren sehr selten. Eher gab es die Ankündigung, "das erzähle ich deinen Eltern". In diesem Sinne wäre die Zunahme der Jugendkriminalität in der PKS nicht unbedingt Ausdruck dafür, dass solche Delikte tatsächlich zugenommen hätten. Die Statistik deutet dann eher auf eine Erosion sozialer Kontrollen unterhalb der Ebenen von Polizei und Strafrecht hin. Mit der Popularisierung dieses Themas wird zudem ein Erklärungsmuster angeboten, bestimmte Handlungen aus dem Bereich der Alltagserfahrungen und -konflikte in den Bereich der Kriminalität zu überweisen. Die Dramatisierung der Jugendkriminalität mit den Zahlen der PKS nimmt so den Charakter einer "selfulfilling prophecy" an.

Die Beschreibung von Kriminalitätslagen anhand der PKS ist also fragwürdig und unsinnig. Das gilt auch für den Vergleich der Statistiken zwischen den verschiedenen Städten oder Bundesländern. Anlässlich der korrigierten Hamburger Zahlen wird jetzt in Bayern behauptet, der Freistaat habe eben doch die geringste Kriminalitätsrate und betreibe damit die erfolgreichste Kriminalpolitik (Hamburger Morgenpost, 20.9.03).

Solche Kurzschlüsse berücksichtigen nicht, dass die Bevölkerungs- und Gelegenheitsstrukturen in den einzelnen Vergleichsräumen unterschiedlich sind. Sie vernachlässigen auch, dass die

Konfliktregelungsmechanismen in Städten und ländlichen Gebieten unterschiedlich sind. In kleinen Sozialräumen wird "mehr miteinander geredet". Die "Sache wird unter einander geklärt", bis hin dazu, dass man der örtlichen Polizei erklärt, die Sache sei erledigt, sie brauche sie nicht offiziell zu machen. In großen Städten sind die Verhältnisse anonymer. Hier wird dementsprechend eher die Polizei eingeschaltet, Konflikte gehen schneller ihren formalen Gang und finden damit Eingang in die Statistik. Nichtzuletzt ist es eine Fiktion anzunehmen, das Strafrecht gelte für alle gleichermaßen. Kontrollnormen werden regional durchaus unterschiedlich angewendet. Ein ehemaliger Schleswig-Holsteinischer Innenminister wurde auf die Frage, warum die Kriminalitätsrate in seinem Land gegenüber Bayern so hoch sei, sinngemäß mit der Aussage zitiert, eine Wirtshausschlägerei gehöre in Bayern zur Folklore, in Schleswig-Holstein habe die Polizei am nächsten Tag 15 Anzeigen wegen Körperverletzung zu bearbeiten.

Der Hamburger Kriminologe Fritz Sack hat jüngst auf einer Veranstaltung zwischen Law and order einerseits und rationaler Kriminalpolitik andererseits unterschieden. Erstere bietet "Kriminalität" als Erklärung für Ressentiments und unbestimmte Ängste an. Sie erzeugt Sicherheitspaniken und versucht dann, politisches Kapital aus dem Angebot von scheinbaren, ordnungspolitischen Lösungen zu schlagen. Hier spielt die PKS ihre unheilvolle Rolle. Im Rahmen einer rationalen Kriminalpolitik hat die Beschreibung von Kriminalitätslagen anhand solcher Daten hingegen nichts verloren.

Erdmann Prommel

Anmerkungen:

1) Jahrbuch/Polizeiliche Kriminalitätsstatistik des LKA Hamburg 1995, S. 27

2) vgl. Hanak/Steiner/Stehr: "Ärgernisse und Lebenskatastrophen", Bielefeld 1989

5. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:33

Großer Lauschangriff 2002 verdoppelt

Lange umkämpft, dann 1998 nach Rückritt der damaligen Bundesjustizministerin und durch Grundgesetzänderung endlich Wirklichkeit geworden: der "große Lauschangriff". Wie Bild berichtet, hat sich die Zahl der "akustischen Wohnungsüberwachungen" im vergangenen Jahr verdoppelt. Insgesamt überwachten die Ermittlungsbehörden im Jahr 2002 33 Wohnungen. Im Jahr zuvor waren es dagegen nur 16 Wohnungen gewesen. In dem im März 2002 vorgelegten dritten "Erfahrungsbericht der Bundesregierung zu den Wirkungen der Wohnungsüberwachung", in dem die Anzahl großer Lauschangriffe aus den drei Jahren 1998, 1999 und 2000 aufgeführt sind, war von insgesamt 78 Wohnungen in 70 Ermittlungsverfahren die Rede, die mit den nach der Gesetzänderung erlaubten technischen Mitteln überwacht wurden. In 41 Fällen waren die Ergebnisse für das Verfahren, so heißt es in dem Bericht, allerdings "nicht ... von Bedeutung". Macht aber nix, wie die Bild-Meldung zeigt: Verantwortlich für den starken Anstieg der akustischen Überwachungen im Jahr 2002 sei die verstärkte Fahndung nach terroristischen Vereinigungen nach den Anschlägen des 11. September 2001 gewesen, so wusste Bild passender Weise am 11. September 2003 zu berichten. Die längste Überwachungsaktion habe 82 Tage gedauert.

BKA setzt voll auf Telefon-Überwachung

Des Bundeskriminalamts Lieblingswaffe ist der Lauschangriff - egal ob "groß" oder "klein". Wie Die Welt berichtet, ist in 49 Prozent aller Verfahren die Überwachung von Telefon-, Handy-, Fax- und E-Mail-Verkehr die am häufigsten angewandte verdeckte Ermittlungsmaßnahme der Wiesbadener Fahnder. In 388 Ermittlungsverfahren hat das BKA laut Welt 3.332 Abhörmaßnahmen mit einer Dauer von bis zu drei Monaten geschaltet. In 1.346 Fällen haben die BKAler länger als drei Monate mitgehört. Die Zahl der Lauschangriffe mit Richtmikrofonen außerhalb von Wohnungen wird vom BKA mit 146 angegeben, in drei Fällen sind hoch empfindliche Wanzen in Wohnungen installiert worden.

Presserat rügt Bild wegen Magdeburger §129a-Verfahren

Der Deutsche Presserat hat wegen Verstoß gegen den so genannten Pressekodex eine Rüge gegen die Bild-Zeitung ausgesprochen. Bild hatte, wie es so ihre Art ist, am 30.11.2002 die verhafteten Marco H. und Daniel W. in einer Überschrift als "Terroristen" bezeichnet. Das Organ der freiwilligen Selbstkontrolle gedruckter Medien sah darin einen Verstoß gegen Ziffer 13 des Kodex, nach dem die Berichterstattung bei Ermittlungs- und Strafverfahren frei von Vorurteilen erfolgen muss und jede Form der "präjudizierenden Stellungnahme" zu entfallen habe sowie "ein Verdächtiger vor einem gerichtlichen Urteil nicht als Schuldiger hingestellt werden" dürfe. Gleichzeitig wurde Bild vom Deutschen Presserat gerügt, da in dem Beitrag die Persönlichkeitsrechte der beiden verletzt wurden. Helfen wird die Rüge wohl nicht.

Genua: Anklage gegen Polizei und Carabinieri

Am 12. September hat die Staatsanwaltschaft in Genua ihre Ermittlungen gegen Polizei und Carabinieri beendet und Anklage gegen 73 leitende Funktionäre, Beamte und Angestellte, darunter auch medizinisches Personal, erhoben. 43 von ihnen sind wegen der Ereignisse in der Polizeikaserne Bolzaneto angeklagt, 27 wegen des Überfalls auf die Diaz-Schule und drei wegen der Pascoli-Schule, in der unter anderem das Medienzentrum untergebracht war. Die Anklagen stützen sich hauptsächlich auf die ZeugInnenaussagen von Betroffenen aus der Diaz-Schule. Viele von ihnen wurden letztes Jahr in Deutschland von italienischen StaatsanwältInnen befragt.

Nach offiziellen Angaben wurden im Rahmen der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua im Juni 2001 293 Personen festgenommen; 28 wurden sofort freigelassen, 76 Festnahmen auf richterlichen Beschluss wieder aufgehoben. Von den übrigen 149 wurden 100 zügig entlassen, da keine Gründe für eine Untersuchungshaft vorlagen (z.B. Fluchtgefahr, Vernichtung von Beweismaterial). Über 500 DemonstrantInnen wurden offiziell in Krankenhäusern medizinisch versorgt. Insgesamt ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen mindestens 117

PolizeibeamtInnen und gegen mindestens 463 DemonstrantInnen; allerdings wird wohl nicht in allen Fällen Anklage erhoben werden. Mindestens eine Person befindet sich noch immer in Haft, andere haben Meldeauflagen.

Hungerstreik beendet

Am 30. September hat Paulo Elkoro seinen Hungerstreik nach 30 Tagen abgebrochen, mit dem er gegen seine drohende Auslieferung nach Spanien protestierte. Anfang August hatte der Strafsenat des Oberlandesgerichts Nürnberg die Auslieferung von Elkoro an Spanien genehmigt. Er war am 21. Januar in Nürnberg unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der baskischen Untergrundorganisation ETA verhaftet worden. Der stark geschwächte und abgemagerte 29-Jährige hat inzwischen unter ärztlicher Aufsicht mit einem Kostaufbau begonnen. Er wurde auf seinen Antrag in eine Haftzelle verlegt.

Um seine Abschiebung noch verhindern zu können, bleibt Paulo Elkoro nun nur noch die Hoffnung auf das Bundesverfassungsgericht. Dort hat sein Anwalt Verfassungsbeschwerde eingelegt, da sich das OLG Nürnberg bei seiner Entscheidung nicht ausreichend mit der Beweisbeschaffung befasst hat. Die Vorwürfe gegen Elkoro stützen sich auf unter Folter in der spanischen Polizeihaft erpresste und später vor Gericht widerrufene Aussagen, weswegen Elkoros Verteidiger die Entscheidung der Nürnberger Richter als Rechtsmissbrauch bezeichnete. Da die vierwöchige Frist für Eingaben abgelaufen ist, steht jederzeit eine Entscheidung über die Annahme der Beschwerde an.

6. Stimmzettel im Mülleimer. Landtags-, Bezirkstagswahlen und Volksentscheide in Bayern

Autor: Martin Pechtold · Rubrik: Wahlen; Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:11

"Mit Anstand verlieren. SPD" - so hieß es auf einem Wahlplakat, das freilich nicht die sozialdemokratische Partei aufgestellt hatte, sondern das Satireblatt Titanic bei einem gefaketen SPD-Wahlstand im unterfränkischen Aschaffenburg. Die SatirikerInnen aus Frankfurt am Main hatten sich einen Wahlkampf-Kleinbus der SPD gebastelt und einige nette Plakate mitgebracht, wie etwa: "Wir geben auf. SPD" Die PassantInnen zeigten Verständnis: "Recht so, ihr habt eh' keine Chance." Dass es sich um eine satirische Aktion gehandelt hat, soll niemand in der Aschaffenburger Fußgängerzone bemerkt haben. Die Aktion der Titanic-Redaktion war wohl der einsame Höhepunkt des bayerischen Landtagswahlkampfes 2003.

Denn Wahlen in Bayern sind etwa so aufregend wie ein leerer Eimer in einem Baumarkt. Diese Feststellung gilt auch für die Landtagswahl vom 21. September, bei der die CSU mit 60,7% (plus 7,8% gegenüber 1998) und einer Zweidrittelmehrheit an Sitzen das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte erreichen konnte. Besser schnitt sie nur 1974 unter Alfons Goppel mit 62,1% ab. Die SPD, die in Bayern letztmalig 1957 in einer Koalition mit der FDP, der Bayernpartei und dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten an der Regierung beteiligt war, rutschte auf 19,6% (minus 9,1%), Bündnis 90/Die Grünen konnte um 2% auf 7,7% zulegen. Die auf der örtlichen Ebene in Bayern sehr starken Freien Wähler verbesserten sich bei ihrem erneuten Versuch, in den Landtag einzuziehen, von 3,7% auf 4%; scheiterten damit aber ebenso wie die FDP, die von 1,7% 1998 auf 2,6% zulegte, an der Fünfprozenthürde.

Tatsächlich wurde die CSU lediglich von 34% aller Wahlberechtigten gewählt; durch die sensationell geringe Wahlbeteiligung von 57,3% (1998 noch knapp 70%) reichte dieses Drittel aller Wahlstimmen für eine Zweidrittelmehrheit.

Meist unerwähnt bleibt, dass die ultrarechten Republikaner mit 2,2% (1998: 3,6%) ein leider noch immer beachtliches Ergebnis einfahren konnten; regional hatten sie teils erheblich höhere Ergebnisse zu verzeichnen und bleiben damit in Süddeutschland die erfolgreichste Partei der extremen Rechten.

"Mit Anstand verlieren. SPD"

Warum aber stürzte die SPD so kellertief ab? Mehrere Gründe sind hier anzuführen:

- Die SPD ist in Bayern in keinem Fall als wirkliche Oppositionspartei hervorgetreten. Wichtigste parteiförmige Kraft außerhalb der CSU ist, auch wenn es paradox klingt, die konservativ-ökologische ÖDP, die zumindest mit einigen Volksbegehren Politik machen konnte. Auf ihre Initiative ist es zurückzuführen, dass vor einigen Jahren der Senat, eine zweite und nicht gewählte (sondern ernannte) Kammer des Landesparlaments, abgeschafft wurde. So erfolgreich war die SPD lange nicht mehr. Man traut ihr also kaum noch politische Initiativen zu.

- Die Bundespolitik wehte den noch immer GenossInnen genannten SozialdemokratInnen ins Gesicht. "Die Politik des rigiden Sozialabbaues" macht "die SPD für immer mehr Menschen unwählbar. Dass sich die Grünen dagegen stabilisieren konnten, liegt an der sozialen Basis dieser Partei. In den ‚neuen Mittelschichten` glaubt man, von der angestrebten Minimalisierung der sozialen Daseinsfürsorge nicht existenziell betroffen zu sein", wie Rainer Balcerowiak in der jungen Welt richtig feststellte. Dem stimmte auch Bayerns Juso-Chef Florian Pronold zu. Er mahnte, die SPD werde nicht mehr als die Partei der sozialen Gerechtigkeit wahrgenommen. Damit macht er genau das, was die Jusos immer tun: links blinken, während der ganze Wagen nach rechts abbiegt, aber dennoch brav mitfahren.

- SPD-Spitzenkandidat Franz Maget, der in der Bevölkerung fast völlig unbekannt ist, hatte als Pro-SPD-Argument eigentlich nur die Drohung mit einer nach seinen Angaben so verwerflichen Zweidrittelmehrheit der CSU. Dass dadurch alles schlimmer werden könnte, glaubte ihm wohl niemand so recht.

Zwei Volksentscheide und die Wahl zu den Parlamenten der Bezirke, über deren Abschaffung allerdings schon laut nachgedacht wird, standen am 21. September ebenfalls auf der bayerischen Agenda. Während die

Bezirkstags- analog zu den Landtagswahlen ausfielen, erhielten beide Volksentscheide über 80% Zustimmung. So wird jetzt in Bayern das Konexitätsprinzip eingeführt. Das heißt: Erläst der Freistaat ein Gesetz, das die Kommunen finanziell belastet, muss er auch für das nötige Geld sorgen. Neben einigen anderen Änderungen an der Landesverfassung wurde auch die "Unantastbarkeit der Würde des Menschen" in das höchste Landesgesetz aufgenommen. Im Jahr 2003 ist diese grundgesetzliche Feststellung nun auch in Bayern angekommen.

In Schwabach, einem bayerischen Ort, den man nicht unbedingt kennen muss, hatten die Zuständigen nicht genügend Wahlrunen. Kurzerhand besorgten sie 40 blaue Mülltonnen, machten Schlitze in die Deckel - und die BürgerInnen konnten ihre Stimmzettel in die Mülltonnen werfen. Dies mag eine treffende Aussage zum gesamten Wahlgeschehen sein, das an der bayerischen Politik tatsächlich - trotz Zweidrittelmehrheit - nichts wirklich ändern wird.

Der Bayer liebt sein Einparteiensystem

Doch kommen wir zurück nach Aschaffenburg. Die Kleinstadt am Untermain zog nicht nur - wie eingangs erwähnt - die Titanic-Redaktion an; in ihr machte auch eine so genannte Deutsche Einheitspartei (DEP) Wahlkampf. Als Spitzenkandidaten der DEP agierten dabei Edmund Stoiber, Angela Merkel, Guido Westerwelle, Joschka Fischer und Gerhard Schröder. Ihr Motto: "Sie haben keine Wahl!" In bester aufklärerischer Tradition verkündete das DEP-Flugblatt (dahinter stecken attac Aschaffenburg und der Verein Denken hilft e.V., Klingenberg/Main), dass das Wahlvolk sich lieber außerparlamentarisch zusammenschließen solle. "Wenn Sie möchten, können Sie auch wählen gehen. Aber bilden Sie sich nicht ein, dass ein paar andere Gesichter und andersfarbige Krawatten an der Regierung irgendetwas zu Ihren Gunsten ändern." So ist es.

Martin Pechtold

7. Magdeburg: Auf der Jagd nach einem Phantom. Trotz erheblicher Zweifel an der Anklage: Prozessbeginn Ende Oktober

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:43

"Am 27. November wurden zwei mutmaßliche Mitglieder des kommando ‚freilassung aller politischer gefangenen` festgenommen. Damit wurde die erste Exekutivmaßnahme gegen eine der an der Militanzdebatte beteiligten Gruppierungen vorgenommen." (VS-Bericht Berlin 2002) Um im Bild zu bleiben: Die zweite Exekutivmaßnahme erfolgte im April 2003 mit einer weiteren Festnahme in Magdeburg, als die Ermittlungsbehörden den von ihnen für eine Anklage nach §129a so dringend benötigten "dritten Mann" präsentierten. Am 21. Oktober wird nun in Halle/Saale der Prozess gegen die drei jungen Magdeburger beginnen.

In den Augen der Bundesanwaltschaft (BAW) sollen Marco H. (24), Daniel W. (22) und Carsten Sch. (23) eine "terroristische Vereinigung" nach §129a StGB gebildet haben. Verantwortlich macht die Karlsruher Anklagebehörde das Trio für vier Brandanschläge zwischen August 2001 und März 2002 in Magdeburg. Um zum Ziel zu kommen, erklärte die BAW kurzerhand den offen agierenden und legalen Autonomen Zusammenschlusz Magdeburg (AZ) zur Keimzelle dieser "terroristischen Vereinigung", durchleuchtete die Magdeburger linke Szene mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und brachte dann doch nur eine Anklage zu Stande, von der selbst das zuständige Oberlandesgericht (OLG) Naumburg meint, es bestünden Zweifel daran, ob der Vorwurf der "terroristischen Vereinigung" gegen die Drei überhaupt haltbar sei. Der Verurteilungswille der BAW erklärt sich dabei nicht allein aus den zur Anklage gebrachten Brandanschlägen, vielmehr verweist er auf einen anderen Zusammenhang: die so genannte Militanzdebatte, die seit zwei Jahren in einschlägigen Kreisen geführt wird.

Fortgesetzter Wahn der BAW

Es war die Bild-Zeitung, die im April diesen Jahres mit der Meldung schlagzeilenträchtig Stimmung machte, fünf Jahre nach der Selbstauflösung der RAF würde sich eine neue "linke Terrorszene" bilden. "Das Repertoire der neuen Extremistengruppierung", wusste daraufhin die meist aus Staatsschutzkreisen gut unterrichtete Welt zu berichten, "reicht von Morddrohungen mit beigelegten Kleinkaliberpatronen bis hin zu Brandanschlägen". (29.4.2003) Neben Kleingruppen, die unter ständig wechselnden Kommandonamen operierten, sei es hauptsächlich die so genannte militante gruppe (mg), die sich laut Verfassungsschutz "im Grenzbereich des Terrorismus" bewege. Das gegen die mg eingeleitete Ermittlungsverfahren gründete sich dabei nicht nur auf die Verschickung von scharfen Patronen. Maßgeblich bestimmte die Gruppe auch die über die Berliner Szenezeitschrift interim seit Ende 2001 geführte Militanzdebatte und propagierte eine Vernetzung militanter Gruppen auf Grundlage einer gemeinsam zu erarbeitenden "militanten Plattform". Auch wenn diese Diskussion wohl den kleinen Kreis der Beteiligten und die LeserInnenschaft der interim kaum übertroffen haben dürfte, weckte sie bei Staatsschutzbehörden und Verfassungsschutzämtern umso mehr Interesse. Im Mai wusste der Berliner Tagesspiegel zu berichten: "Auf Bundesebene ... gehört die MG bereits ... mit zu den Themen interner Gesprächsrunden zwischen der Generalbundesanwaltschaft, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt." (15.5.2003)

An der Militanzdebatte hatte sich auch eine revolutionäre aktion carlo guiliani beteiligt, die sich für einen Brandanschlag im August 2001 auf eine DaimlerChrysler-Niederlassung in Magdeburg verantwortlich erklärte. Die Aktion, bei der zwei Autos abgefackelt wurden, war der erste von vier Brandanschlägen in der sachsen-anhaltischen Landeshauptstadt. Am 17. Februar 2002 verübte ein kommando "globaler widerstand" einen Brandanschlag auf zwei Telekom-Fahrzeuge, die durch das Feuer zerstört wurden. Am 18. März 2002 kam es dann zu einem Brandanschlag auf das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt, bei dem geringer Sachschaden entstand. Gleichzeitig wurde unter einem Fahrzeug des Bundesgrenzschutzes eine Brandsatz gelegt, der auf Grund technischer Mängel nicht zur Zündung kam. Zu beiden Aktionen bekannte sich das kommando "freilassung aller politischer gefangenen".

Auf dem Paket, in dem der Brandsatz unter dem BGS-Bus deponiert war, soll der Fingerabdruck von Daniel W. gefunden worden sein. Und da in der Kommandoerklärung auch ein Halbsatz zur mg ("wir wollen den genossinnen der mg unseren respekt zur letzten aktion aussprechen") auftaucht, erfüllte sich für die ErmittlerInnen in Wiesbaden und Karlsruhe ein lang gehegter Traum. Die Ermittlungsbehörden witterten ihre Chance, um den großen Schlag gegen die an der Militanzdebatte beteiligten Gruppen führen zu können - vielleicht bis hin zur mg, nach denen bislang vergeblich gefahndet wurde. Doch am Ende blieb davon nichts übrig. Für das "Zusammenwirken" in einer "militanten Offensive" muss in der Anklage eine "Pressemitteilung" der mg zu den Verhaftungen in Magdeburg als Indiz für einen "engen Kontakt" und die gegenseitige Bezugnahme in Anschlagerklärungen erhalten. Doch der Apparat war längst in Gang gesetzt, am Ende blieb es bei dem "willkommenen Nebenprodukt" (so der Verteidiger Sven Lindemann gegenüber der taz), dem Ermittlungsverfahren gegen die Magdeburger.

Nach den Anschlägen im März 2002 wurde mit allen Mitteln, die den Ermittlungsbehörden bei einem §129a-Verfahren an die Hand gegeben sind, das Konstrukt einer "terroristischen Vereinigung" aufgebaut. Per Telefonüberwachung, Überwachung des E-mail-Schriftverkehrs, offen verdeckter Observation und Einsatz von Videoüberwachung wurden über Monate Marco H. und Daniel W. und ihr Umfeld ausgespäht. Im November 2002 erfolgten dann deren Festnahme und Hausdurchsuchungen in Magdeburg, Quedlinburg und Berlin. Die Polizei beschlagnahmte persönliche Papiere, Adress- und Telefonbücher sowie Computer. Bei Marco H. wurden eine Fahrradbirne, Kabel und Reste von Feuerwerkskörpern sichergestellt. Gleichzeitig wurden die Ermittlungen auf sechs weitere Magdeburger Szeneaktivisten im Umfeld des Autonomen Zusammenschluszes (AZ) ausgedehnt. Immer noch fehlte der "dritte Mann", der notwendig eine "terroristische Vereinigung" ausmacht. Am 1. April 2003 holten BAW und BKA erneut zum Schlag aus. Durchsucht wurden sieben Objekte in Magdeburg und drei in Dessau, wo nach anonymen Hinweisen Material und Unterlagen aus Magdeburg ausgelagert worden seien. Gefunden wurde nichts. Zeitgleich setzten psychologisch geschulte Vernehmungsbeamte des BKA einen der Beschuldigten massiv unter Druck. In einer mehrstündigen Vernehmung erpressten sie den 21-Jährigen mit der Androhung weit reichender persönlicher Folgen und mit seiner sexuellen Orientierung zu Aussagen.

§129a nicht zu halten

Rund vierzehn Tage später, am 16. April, erfolgte die Festnahme von Carsten Sch. Dreh- und Angelpunkt für die BAW ist dabei eine Diskussion im Rahmen des AZ über militante Politik, an der sich auch Carsten Sch. beteiligte. Neben einigen handschriftlichen Notizen hat die Karlsruher Anklagebehörde nichts zu bieten. Hinweise auf eine konkrete Tatbeteiligung und Einbindung - Fehlanzeige. Die Ermittlungen gingen weiter. Im Juli wurden an die dreißig Personen aus Magdeburg, Quedlinburg und Berlin als ZeugInnen vorgeladen. Der "Einladung" leistete - bis auf wenige Ausnahmen - niemand Folge. Der Verteidiger von Carsten Sch., Ulrich von Klinggräff, rechnet fest damit, dass das Paragraf-129a-Konstrukt zu Fall gebracht werden kann. "Die Vorwürfe gegen meinen Mandanten bewegen sich alle im Bereich der Mutmaßungen und Schlussfolgerungen. Konkrete Hinweise auf strafbare Handlungen im Sinne des §129a sind dabei nicht erkennbar", sagte der Berliner Anwalt im Mai gegenüber ak. "Ob wir es hier überhaupt mit einer terroristischen Vereinigung zu tun haben, lässt sich meiner Ansicht nach mit dem, was von den Ermittlungsbehörden bisher vorgelegt wurde, nicht halten", so von Klinggräff. (vgl. ak 473)

Währenddessen bekommt die BAW noch von anderer, unerwarteter Seite Druck. Das zuständige Oberlandesgericht (OLG) Naumburg hatte im August entschieden, dass die Angeklagten unter Auflagen aus der U-Haft zu entlassen seien. Da die Vereinigung sich laut Anklage der BAW im Mai 2002 aufgelöst und nach März 2002 keine Anschläge mehr begangen habe, so die Naumburger RichterInnen unter Bezug auf eine entsprechende Regelung nach Paragraf 129a StGB, könnten die drei nicht mehr wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" belangt werden. (vgl. ak 476) Es ist jedoch kaum verwunderlich, dass der Bundesgerichtshof dieser Tage auf eine entsprechende Beschwerde der BAW hin die Entscheidung aus Naumburg verworfen hat: die Drei sitzen also weiterhin in U-Haft.

Zur Rechtsauslegung des OLG Naumburg nahm der BGH in seiner Entscheidung vom 23. September keine Stellung. "Es bedarf keiner Entscheidung", so der 3. Strafsenat, "ob die vom Oberlandesgericht vorgenommene Auslegung und rechtliche Bewertung des Schreibens zutrifft." Das OLG bezog sich bei seiner Entscheidung auf Paragraf 129a Abs. 5 in Verbindung mit Paragraf 129 Abs. 6. Danach darf Paragraf 129a bei einer Verurteilung nicht mehr zur Anwendung kommen, wenn die Mitglieder einer solchen Vereinigung sich

bemühen, deren Weiterbestehen zu verhindern, indem sie sich auflöst und nicht mehr in Erscheinung tritt. Das OLG ist der Auffassung, diese Vorschrift sei "nicht restriktiv auszulegen und anzuwenden", sollten dadurch doch Anreize zum Aufhören gegeben werden. "Dieses Ziel durch zu enge Anwendung zu verhindern, wäre kontraproduktiv", so die Naumburger RichterInnen. Der persönliche Anteil der Angeklagten und die Motivation der Auflösung ist deshalb für das OLG Naumburg nicht von Interesse. Ganz anders die Rechtsinterpretation der BAW. Sie verlangt das "nachträgliche Abstandnehmen von den Vorgehensweisen und Zielen der terroristischen Vereinigung". Besteht die BAW also auf Verrat und Kapitulation, begnügt sich das OLG Naumburg alleine mit der Tatsache, dass von einer Gruppe keine militanten Aktionen mehr ausgehen.

Wegen der politischen Brisanz der Frage spielt der BGH offensichtlich auf Zeit. Denn eine klare Entscheidung hätte weit reichende Folgen für noch offene Verfahren, wie zum Beispiel gegen ehemalige Mitglieder der RAF oder des K.O.M.I.T.E.E., eventuell sogar im gerade laufenden Berliner RZ-Prozess. Würde sich der BGH der Rechtsauslegung des OLG Naumburg anschließen, wären diese und andere Verfahren vom Tisch, was durchaus nicht im Interesse der BAW liegt, die nach wie vor eine juristische Aufarbeitung des linken militanten Widerstandes der 1970er und 1980er Jahre anstrebt.

Entgegen vorheriger Beschlüsse in dieser Sache bezweifeln deshalb die BGH-Richter, dass das "Auflösungsschreiben einen realen Hintergrund hat". Im Gegensatz zu den Bekennerschreiben sei es nie veröffentlicht worden. Damit schloss sich der BGH im Wesentlichen der Argumentation der BAW an. Hieß es in deren Anklage noch unumwunden, "die Vereinigung löste sich Ende Mai 2002 auf", so behauptete die BAW jetzt in ihrer Beschwerde zum OLG-Beschluss, bei der Erklärung handele es sich "nur um ein vorübergehendes Stillhalten der terroristischen Vereinigung".

Ein OLG, das überrascht

Ob sich die Gruppe aufgelöst hat, wird nun Gegenstand der Beweisaufnahme vor dem OLG Naumburg werden. Der Prozess soll ab 21. Oktober in Halle/Saale stattfinden, da in Naumburg keine entsprechenden Örtlichkeiten zur Verfügung stünden. Das OLG Naumburg hat mit seiner Entscheidung in der Haftfrage eine erstaunliche Unabhängigkeit gegenüber den politischen Vorgaben von BAW und BGH bewiesen. Doch das ist kein Grund zur Entwarnung: Zwar hat das OLG deutlich gemacht, dass es eine Verurteilung der Drei wegen §129a für zweifelhaft hält, gleichwohl geht es weiterhin davon aus, dass sie eine "terroristische Vereinigung" gebildet haben. Das hat in jedem Fall zur Konsequenz, dass für die Brandanschläge kein individueller Schuldnachweis erbracht werden muss. Unabhängig von der überraschenden Entscheidung des OLG in der Haftfrage ist das Verfahren gegen die drei Magdeburger ein Paradebeispiel dafür, wie mit den Sonderregelungen des §129a fragwürdige Ermittlungsergebnisse doch zur Anklage gebracht werden können.

mb., Berlin

8. Mobile Kliniken und Dritte Wege. Israelisch-palästinensische Kooperation gegen Krieg, Besatzung und Terror

Autor: medico international · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:23

In der medialen Darstellung hier in Europa erscheinen die Menschen im Nahen Osten zunächst und zumeist als Opfer des Konflikts, der ihre Lebenswelten seit Jahrzehnten verwüstet. Sie leiden unter der unmittelbaren Gewalt von militärischen Operationen und von Terroranschlägen und zugleich unter der sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Gewalt eines bereits seit Jahren herrschenden und letztlich beide Gesellschaften in Mitleidenschaft ziehenden Besatzungsregimes. Sie erscheinen insofern auch als Opfer des Konflikts selbst, der sie längst zu seinen Gefangenen gemacht hat, eingeschlossen in die ungleichen Positionen und Rollen, die die gegebenen Machtverhältnisse ihnen zuweisen.

Doch auch wenn Macht und Gewalt nicht zu leugnen sind: gerade dieses Bild trügt. Niemand ist nur Opfer, und immer gibt es Möglichkeiten des Ausbruchs aus Konstellationen, die unüberwindlich zu sein scheinen. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit, die seit mittlerweile zwölf Jahren die Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMRC) der palästinensischen Westbank und des Gaza-Streifens mit den israelischen Physicians for Human Rights (PHR) verbindet. In beiden Organisationen arbeiten ÄrztInnen, Krankenschwestern, PharmazeutInnen, PsychologInnen, Gesundheits- und SozialarbeiterInnen, beide Organisationen kümmern sich um die Basisgesundheitsversorgung von Menschen in Israel und Palästina. Sie tun das für sich, und sie tun das gemeinsam. Sie begreifen ihre Arbeit nicht einfach als eine medizinische, sondern als eine politische Arbeit. Dass beides nicht zu trennen ist, liegt an den Verhältnissen, denen sich die UPMRC wie die PHR widersetzen.

Die israelischen ÄrztInnen betreiben in den besetzten palästinensischen Gebieten mobile Kliniken, und sie leisten ihren Dienst in Gesundheitsstationen, die von den palästinensischen Gesundheitskomitees unterhalten werden. Dazu müssen die Israelis in die besetzten Gebiete reisen, und israelische SoldatInnen versuchen, sie daran zu hindern. Nicht nur einmal, sondern täglich, und nicht nur an einem, sondern an sämtlichen "Checkpoints", die israelische von palästinensischen Gebieten trennen. Wenn die ÄrztInnen aus Israel sich davon nicht aufhalten lassen und sich durch Beharrlichkeit, durch zahllose ermüdende Debatten, durch Anrufe bei Zeitungen und Radio letztlich die Passage zu ihren palästinensischen KollegInnen und zu ihren palästinensischen PatientInnen erstreiten, dann fallen eben darin medizinische und politische Arbeit untrennbar zusammen. UPMRC und PHR verbindet dabei ein gemeinsames Ziel: das Menschenrecht auf Gesundheit, das für alle gilt. Dass sie damit zwischen die Fronten geraten, kann sie nicht hindern, im Gegenteil: beide Organisationen stellen sich wo nötig auch gegen ihre eigenen Regierungen, die PHR als Teil der israelischen Friedensbewegung, die UPMRC in der Suche nach einer "Dritten Alternative" in Palästina, jenseits der autoritären Autonomiebehörde und jenseits der konservativ-islamistischen Organisationen. Dem politischen Ziel folgen sie nicht nur, wo sie sich als politische Organisation äußern, sondern auch und gerade in ihrer sozialmedizinischen Arbeit.

Physicians for Human Rights - Israel

Die Ungleichheit der Macht zwischen dem israelischen Besatzungsregime und den PalästinenserInnen stößt auch in der israelischen Gesellschaft auf entschiedenen Widerspruch. Seit der ersten Intifada Mitte der 80er Jahre bildeten sich deshalb hunderte von Gruppen; ebenso viele zerfielen wieder, als der Konflikt auch mit den Oslo-Verträgen nicht gelöst wurde und sich für eine Beendigung der Besatzung in Israel keine politische Mehrheit fand. Eine der wenigen Initiativen mit langem Atem sind die Physicians for Human Rights - Israel (PHR).

Das erklärte Ziel der Organisation ist die Verteidigung und Verwirklichung der medizinischen Menschenrechte für alle Menschen Israels und der besetzten Gebiete als Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Ein erster Ansatzpunkt war der Widerstand gegen die vom israelischen Militär unter Einbeziehung von MedizinerInnen praktizierte Folter. Dem folgten seither eine Vielzahl anderer Aktivitäten:

- In Kooperation mit der UPMRC unterhalten die Physicians nicht nur mobile Klinken in den palästinensischen Gebieten, sondern streiten auch politisch und juristisch gegen die katastrophale Gesundheitssituation, unter der die PalästinenserInnen zu leiden haben. Zugleich finanziert der von den PHR eingerichtete Child Medical Care Fund seit 1992 Behandlungen, die das nach den Oslo-Verträgen unabhängige, aber chronisch unterfinanzierte palästinensische Gesundheitssystem nicht sicherstellen kann.

- Besonders in der aktuellen Intifada hat dieser Arbeitsschwerpunkt enorm an Bedeutung gewonnen, weil die Ausgangssperren und Straßenblockaden der israelischen Armee die medizinische Versorgung besonders der ländlichen Gebiete nahezu unmöglich macht.

- Ebenso wichtig wie der Kampf für eine sichere und menschenwürdige Gesundheitsversorgung der Menschen in der Westbank und im Gazastreifen ist die Kampagne zur Sicherung der Gesundheitsversorgung der PalästinenserInnen, die in Israel als "BürgerInnen Zweiter Klasse" leben und fast 20% der Bevölkerung des Landes ausmachen. Ihre Städte, Stadtteile und Dörfer werden systematisch schlechter versorgt als die ihrer jüdischen NachbarInnen.

- Gemeinsam mit den arabischen Beduinen in der israelisch kontrollierten Negev-Wüste bemühen sich die PHR um eine an deren Lebensweise orientierte Gesundheitsversorgung. Dazu gehört der politische Widerstand gegen ihre Ausgrenzung aus dem staatlichen Gesundheitssystem und ihre generelle Diskriminierung.

- In Israel leben ca. 250.000 ArbeitsmigrantInnen, deren Aufenthalt in der Regel ungesichert ist. Dem setzen die PHR in Tel Aviv ihre Open Migrant Worker Clinic entgegen, die jährlich viele tausend PatientInnen versorgt und deren Ausgrenzung zugleich politisch skandalisiert.

- Die PHR setzen sich schließlich auch für die medizinische Versorgung und die sozialen und politischen Rechte der in israelischen Gefängnissen inhaftierten PalästinenserInnen ein, die vor allem während Verhören immer wieder gefoltert werden. Die Verurteilung der Folter durch den Obersten Gerichtshof in Israel 1999 war dabei ein wichtiger Erfolg, wird aber in der Praxis immer noch vielfach missachtet.

- Zusammen mit dem Israeli Women's Network helfen die PHR Frauen, die zum Opfer häuslicher Gewalt geworden sind.

Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMRC)

Die UPMRC wurde 1979 als gemeinwesenorientierte sozialmedizinische Organisation gegründet. Mittlerweile ist die UPMRC eine der größten unabhängigen Nicht-Regierungs-Organisationen in Palästina und unterhält im Gaza-Streifen und in der Westbank neben anderen Einrichtungen 24 Gesundheitszentren. Sie ist den Prinzipien der Primary Health Care verpflichtet, für die Gesundheit nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern ein Zustand des physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens ist, zu dessen Erreichung mehr gehört als die Bereitstellung von ärztlicher Hilfe und Medikamenten. "Wir fordern", so heißt es im Selbstverständnis der UPMRC, "die volle Anerkennung des Rechts der PalästinenserInnen auf Gesundheit, Sicherheit und Unabhängigkeit". Weil das auch das Recht auf die freie Veränderung der eigenen Lebensweise einschließt, setzen sich die Komitees besonders für die Belange von Frauen und Mädchen ein, auch gegen die Widerstände, die dem aus der palästinensischen Gesellschaft entgegenstehen.

- Die Komitees arbeiten mittlerweile in mehr als 400 Gemeinden, in denen sie im Jahr 2000 über 250.000 PatientInnen erreichen.

- Neben den 24 Gesundheitszentren unterhält die UPMRC mobile Kliniken, die Menschen versorgen, die keinen Zugang zu festen Einrichtungen haben.

- Die Arbeit der Komitees ist in unterschiedlichen Programmen organisiert, die jeweils besonderen Bedürfnissen und Nöten zu entsprechen suchen. Dazu gehören ein Frauen- und ein Schulgesundheitsprogramm sowie die gemeinwesenorientierte Betreuung behinderter Menschen, die die UPMRC mittlerweile in 94 Ortschaften anbietet. Auch hier geht es nicht allein um medizinische Probleme, sondern um soziale und kulturelle Veränderungen der traditionellen Lebensweise und -welten.

- Programme zur Gesundheitserziehung und zur Ausbildung freiwilliger Gesundheits-, Sozial- und GemeindearbeiterInnen bilden einen weiteren Schwerpunkt der Komitees. Dazu gehört auch die "Schule für

Gemeindegesundheit", in der die UPMRC seit 1984 vor allem jungen Frauen ausbildet und ihnen damit bewusst eine Perspektive jenseits von Ehe und Familie eröffnet.

- Über Gesundheitsangelegenheiten im engeren Sinne hinaus engagieren sich die Komitees in allen weiteren Fragen der Gemeindeentwicklung. Die Stärkung der sozialen, ökonomischen und politischen Autonomie der Gemeinden ist für die UPMRC eine der zentralen Voraussetzungen für die politische und medizinische Durchsetzung des Rechts auf Gesundheit.

medico international

9. Schwedens Nein zum Euro. Mehrheit der SchwedInnen befürchten neoliberalen Schub durch EURO

Mehrheit der SchwedInnen befürchtet neoliberalen Schub durch EURO

Autor: Rikard Warlenius · Rubrik: Schweden · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:37

In der schwedischen Volksabstimmung über den Beitritt zur Währungsunion gab es ein deutliches Muster: Eine Mehrheit der ArbeiterInnen, Frauen und der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten stimmte mit Nein. Die Jasager aus der Mittel- und Oberklasse holten sich eine Abfuhr. Dennoch scheint die Abstimmung eine Verschärfung der Rechtstendenz in der schwedischen Politik einzuleiten.

Das Ergebnis war überraschend klar: 56% Nein- und 42% Ja-Stimmen. Ebenso deutlich war, dass der Zugang zu Ressourcen und Macht den Ausschlag für das Stimmverhalten gab. Eine Wahlanalyse zeigte, dass zwei Drittel der Mitglieder der LO (gewerkschaftlicher Zentralverband der ArbeiterInnen) mit Nein stimmten. Ebenso stimmten 60% der Frauen mit Nein. Geographisch gesehen fand sich nur im Wahlkreis Stockholm und in der Region Malmö eine Mehrheit für den EURO. Eine Abweichung von diesem Muster ergab sich bei den MigrantInnen, die etwas häufiger mit Ja stimmten als die in Schweden Geborenen.

Innerhalb des schwedischen Parlamentes war der Beitritt zur Währungsunion eine Frage, in der es eine klare Differenzierung zwischen rechten und linken Parteien gab. Drei Parteien, die zusammen ungefähr zwanzig Prozent der Abgeordneten stellen, sprachen sich gegen die Ersetzung der Krone durch den EURO aus: Die Linkspartei (die reformierte KP), die Grünen und die Centrumspartei, eine Partei der politischen Mitte mit Wurzeln in der Bauernbewegung. Anhänger der Grünen stimmten zu 84% gegen den Euro und die der Linkspartei sogar zu 88%. Die Sozialdemokratie und die üblichen Rechtsparteien traten für ein Ja ein. Gleichwohl stimmten die Hälfte der Anhänger der SAP mit Nein. Die in den Wahllokalen vorgenommene Untersuchung fragte auch nach den Gründen für das Abstimmungsverhalten. Die fünf wichtigsten Argumente der Neinsager waren Selbstständigkeit (60%), die Möglichkeit des Staates, den Höhe die Zinsen zu bestimmen (60%), der Erhalt der Wohlfahrt (58%), der Demokratie (57%) und der Erfolg der schwedischen Ökonomie (56%). Über 40% der Menschen, die mit Nein stimmten, sprachen sich auf längere Sicht für einen Austritt Schwedens aus der EU aus.

EURO als neoliberaler Katalysator

LeserInnen in der Bundesrepublik sehen das deutliche Nein vielleicht als Ausdruck eines schwedischen Provinzialismus und Nationalismus, und zugleich verwirrt die Tatsache, dass die meisten AnhängerInnen der parlamentarischen Linken gegen den EURO gestimmt haben. Aber ein Blick auf die jüngere Geschichte erklärt einen Teil des Euroskeptizismus. Unter Verweis auf die schwedische Neutralität lehnten die SozialdemokratInnen die Mitgliedschaft in der EWG/EG während des Kalten Krieges ab. Der Fall der Mauer 1989 fiel in eine Periode, in der umfassende, neoliberale Umstrukturierung des populären "schwedischen Modelles" vorgenommen wurden: Bis dahin schien ein weiter öffentlicher Sektor den steten Ausbau des Wohlfahrtsstaates zu sichern, in dem Vollbeschäftigung die Priorität gegenüber einer niedrigen Inflationsrate genoss. Zu Beginn der 1990er Jahre brach dieses Modell endgültig zusammen. Die steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte wurde als Begründung für die Einführung einer Preiskontrolle und enorme Einschnitte im öffentlichen Sektor angeführt. Es kam zu einer Rezession, in deren Folge die Erwerbslosigkeit zum ersten Male seit den 1930er Jahren auf über 10% stieg.

Die neoliberale "Revolution" vollzog sich in Form einer Reihe von "Krisenpaketen", die die SozialdemokratInnen und Bürgerliche in schneller Folge verabschiedet hatten. Eines dieser "Krisenpakete" beinhaltete den Beitritt in die Europäische Union. Die daraufhin durchgeführte Volksabstimmung gewannen die BefürworterInnen im Jahre 1994 mit einer sehr knappen Mehrheit, nachdem versprochen wurde, dass der Beitritt zur EU die Teilnahme an der Währungsunion nicht einschloss. Aus diesem Grunde ist es nicht sehr erstaunlich, dass viele Schweden die EU mit der neoliberalen Umstrukturierung assoziieren. Hinzu kommt selbstverständlich, dass auch die Währungsunion ein Kind der frühen 1990er Jahre ist, das starke neoliberale Züge trägt - eine ebenso unabhängige wie nicht beeinflussbare Zentralbank sowie einen rigiden Stabilitätspakt,

der eine antizyklische Wirtschaftspolitik mit der Stimulierung von Konsum und Investitionen unmöglich macht. Auch die meisten Linksparteien in Europa widersetzten sich dem Maastrichter Abkommen. Ebenso selbstverständlich ist es für die politische Rechte und die Unternehmer in Schweden, eine EU-Mitgliedschaft als Garantie dafür zu sehen, dass kein neues "schwedisches Modell" etabliert werden kann.

Nach den Meinungsumfragen hatten die EURO-GegnerInnen lange Zeit eine klare Mehrheit. Aber in den letzten Monaten vor der Wahl begann die JA-Seite aufzuholen, als plötzlich, nur vier Tage vor der Abstimmung eine ihrer bekanntesten Vertreterinnen, die Außenministerin Anna Lindh, in einem Stockholmer Warenhaus erstochen wurde. Staatstrauer wurde ausgerufen und zehntausende von Menschen nahmen an Gedenkveranstaltungen im ganzen Land teil. Dieses Mal deutet vieles darauf hin, dass die Polizei im Gegensatz zum Palme-Mord den Mörder gefunden hat, ein 24-jähriger Mann serbischer Herkunft. Es ist zwar möglich, dass dieser Mann Anna Lindh vor dem Hintergrund ihrer Befürwortung der Bombardierung Serbiens im Jahre 1999 nicht mochte, in erster Linie war er aber psychisch krank. Der Mord beeinflusste auch die Abstimmung. Die letzten öffentlichen Debatten vor der Wahl wurden abgesagt, aber alle im Parlament vertretenen Parteien einigten sich darauf, die Abstimmung dennoch durchzuführen. Sie riefen die gesamte schwedische Bevölkerung dazu auf, sich an der Abstimmung als letzte Ehrung für Anna Lindh und als Manifestation für die Demokratie zu beteiligen. Durch den Beschluss hatten beide Seiten etwas zu verlieren. Die JA-Seite, in ihren Ressourcen überlegen, kam nicht dazu, ihren Schlussspurt anzusetzen. Möglicherweise bekam die JA-Seite nach dem Mord einige Sympathiestimmen, jedoch hat die unerwartet hohe Wahlbeteiligung - über 80% - der NEIN-Seite genutzt, die es unter anderen Umständen schwer gehabt hätte, ihre AnhängerInnen in die Wahllokale zu bewegen.

Nur einige Wochen vor dem Mord hatte Anna Lindh Gegenwind bekommen, nachdem sie eine gemeinsame Stellungnahme mit dem Direktor des Telekomriesen Ericsson verfasst hatte, in der behauptet wurde, dass die schwedischen Großkonzerne aus dem Land flüchten würden, wenn die Bevölkerung NEIN zum EURO sagt. Viele in der Gewerkschaftsbewegung schüttelten sich vor Unbehagen darüber, dass RepräsentantInnen des Staates und des Kapitals sich in dasselbe Boot gesetzt hatten. Möglicherweise hat dies - und ähnliche Stellungnahmen, in denen SozialdemokratInnen und Rechte Seite an Seite auftraten - das Resultat der Abstimmung beeinflusst. Ingvar Carlsson, der sozialdemokratischer Ministerpräsident während der EU-Abstimmung von 1994 war, hebt in seinen eben veröffentlichten Memoiren hervor, dass er damals sehr darauf geachtet habe, die bürgerlichen Jasager und die Wirtschaftslobby auf Abstand zu halten um zu zeigen, dass es unterschiedliche Motive gab, einen Beitritt zur EU zu befürworten.

Nach dem Mord an Lindh: hohe Wahlbeteiligung

Einer der Gründe war, dass die Regierung einen Vorschlag des Gewerkschaftsverbands LO abgelehnt hatte, der beinhaltete, Fonds einzurichten, mit denen die Verluste des beweglichen Wechselkurses des EURO ausgeglichen werden könnten. Wenn Schweden im Rahmen der Währungsunion von einem sogenannten "asymmetrischen Schock" getroffen würde, das heißt einer Rezession, die sich spezifisch auf Schweden bezöge und deshalb das Zinsniveau im Euroraum nicht beeinflusste, sollten diese Fonds genutzt werden, die Abgaben der ArbeitgeberInnen zu senken und die Beschäftigung zu stimulieren. Nach der Ablehnung durch die Regierung erklärte die LO im Frühjahr, dass sie sich gegenüber der Abstimmung "neutral" verhalte. Im Spätsommer erklärte sich die Regierung dann damit einverstanden, das Ziel des Haushaltsüberschusses von 2% auf 2,5% pro Jahr zu erhöhen. Die Begründung war, dass man sich größere finanzpolitische Spielräume verschaffen wollte, um, angesichts des im EU-Stabilitätspakt vorgesehenen Haushaltsdefizits von maximal 3% auch im Falle einer Niedrigkonjunktur die Beschäftigung stimulieren zu können.

Im Anschluss an diese Erklärung sprach sich die LO-Führung so weit wie möglich in Richtung einer Befürwortung der Währungsunion aus, ohne wirklich JA zu sagen. Wahrscheinlich haben diese Zahlenspielereien allerdings nur wenig Bedeutung für den Wahlausgang gehabt. Die NEIN-Seite machte demgegenüber Punkte, weil sie nunmehr einen "Kassenzettel" über die Kosten der Mitgliedschaft in der Währungsunion bekommen hatte - die Erhöhung des Haushaltsüberschusses um ein halbes Prozent bedeutet, dass 12 Milliarden Kronen (ca. 1,5 Mrd. EURO) eingespart werden müssen.

Während der gesamten Kampagne gab es aber auch Stimmen aus dem rechten Lager, die sich skeptisch gegenüber der Einführung des EURO zeigten, ohne dies besonders laut auszusprechen. Nicht zuletzt die RepräsentatInnen der vom Dollar abhängigen Exportindustrie haben ein gewisses Interesse daran, die Krone

von Zeit zu Zeit abwerten zu können, um ihre Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten. Unruhe rief in der politischen Rechten auch die Vermutung hervor, dass etwaigen "zu hohen Lohnsteigerungen" innerhalb der Eurozone nicht durch eine Abwertung der Krone und eine Zinssteigerung entgegen gewirkt werden könnte - eine Befürchtung, die sie übrigens mit den Neinsagern innerhalb der Gewerkschaftsbewegung teilten.

In der Debatte um die Währungsunion spielte schließlich auch die Situation in der Bundesrepublik eine Rolle. Die NEIN-Seite behauptete, dass das Problem der schwachen BRD-Ökonomie sei, dass die Währungsunion einen maximalen Haushaltsdefizits von 3% vorschreibt. Obwohl diese Vorschrift auch 2003 von der BRD nicht eingehalten wurde, beschrieb die NEIN-Seite den "Stabilitätspakt" als Hintergrund der wenig populären "Reformpakete" der Agenda 2010. Die BefürworterInnen des EURO riefen im Gegenzug Joschka Fischer nach Schweden, als ZeugInnen, dass das Problem der BRD-Ökonomie nicht die Währungsunion, sondern die hohen Kosten der Wiedervereinigung seien. Die Parteivorsitzende der Centrumspartei Maud Olofsson diskreditierte Fischer daraufhin, indem sie ihn als "alten Terroristen" bezeichnete. Die bürgerliche Presse stellte sich schnell hinter Joschka Fischer, was auch deshalb bemerkenswert ist, da dieselben Zeitungen sich während der vergleichsweise geringen Auseinandersetzungen anlässlich des EU-Gipfels in Göteburg von 2001 nicht scheuten, die KritikerInnen der Währungsunion als "Terroristen" zu bezeichnen.

Fischer wirbt in Schweden für EURO

Die öffentlichen Diskussionen nach der Abstimmung haben die Frage ignoriert, wie der massive Protest der Bevölkerung in Form einer größeren politischen und sozialen Teilhabe verwaltet werden könnte. Ganz im Gegenteil hat die Regierung angekündigt, die Unternehmenssteuern zu senken, um die vorgeblichen Konkurrenznachteile auszugleichen, die Folge des Ausschlusses aus der Währungsunion seien. Im Haushalt, den SozialdemokratInnen, Linkspartei und Grüne kurz nach der Abstimmung vorlegten, drückte sich keine Vergrößerung des Einflusses der politischen Linken aus als früher. Und merkwürdigerweise haben die Linkspartei und Grüne nach der Abstimmung begonnen, ihre in den Programmen festgeschriebene Zielsetzung eines Austrittes aus der EU in Frage zu stellen.

Die Abstimmung legte eine tiefe Kluft zwischen der politischen und ökonomischen Elite und der Mehrheit der MitbürgerInnen offen. Es kann sicherlich debattiert werden, in welchem Maße das NEIN Ausdruck eines diffusen Protestes gegen das "Establishment" war und inwieweit rationale Erwägungen bezüglich der komplizierten politischen und ökonomischen Fragen eine Rolle spielten. Offensichtlich wurde in jedem Fall, dass auf der Linken niemand eine glaubwürdige und ernsthafte Befürwortung des EURO vorlegen konnte, die sich auf die Einsicht bezieht, dass Schwedens "Selbstständigkeit" in einer globalisierten Ökonomie mehr als rein formal wäre und dass die politische Einflussnahme dorthin reichen müsse, wo die ökonomische Macht sich befindet - und damit weit über den Nationalstaat hinaus.

Rikard Warlenius, Stockholm

Richard Warlenius ist Redakteur der syndikalistischen Zeitschrift Arbetaren. Die Übersetzung ist von Peter Birke.

10. Feiern auf dem Rücken der Mächtigen. Oder: Wie die WTO-Konferenz in Cancún scheiterte

Autor: Pia Eberhardt · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:16

"Wer jetzt feiert, feiert auf dem Rücken der Schwächsten", moralisierte Renate Künast kurz nach dem Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Cancún, Mexiko, im September. Nach fünf Tagen zäher Verhandlungen hatten die afrikanischen Länder der Agenda von EU und USA eine klare Absage erteilt und damit den Liberalisierungszug WTO vier Jahre nach der "Battle of Seattle" erneut ausgebremst. Grund genug zum Feiern, fanden anwesende NGOs und diejenigen, die sich weltweit an Aktionen gegen die WTO beteiligt hatten, sowie zahlreiche Süd-Delegationen. Katerstimmung war dagegen angesagt bei Künast, Clement und Co.

Wäre es nach denen gegangen, wäre Cancún anders verlaufen. Die vor zwei Jahren in Doha eingeleitete Welthandelsrunde sollte hier an Fahrt gewinnen, denn in den über 15 Verhandlungsbereichen hatten sich die Fronten zwischen den WTO-Mitgliedern seitdem verhärtet - sei es im Agrarhandel, dem Handel mit Dienstleistungen oder bei der Diskussion um den Patentschutz auf Medikamente. Cancún sollte als Weichenstellung fungieren, um die euphemistisch betitelte "Doha Entwicklungsrunde" bis 2005 abschließen zu können. Außerdem drängte allen voran die EU darauf, Verhandlungen zu den "Singapur-Themen" aufzunehmen (Investitionen, Wettbewerb, Öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterung) und den Kompetenzbereich der WTO damit massiv auszudehnen. Daran ändert auch die Haltung von über 60 Entwicklungsländern nichts, die sich im Vorfeld von Cancún öffentlich gegen Verhandlungen ausgesprochen hatten, da sie diese für entwicklungspolitisch fragwürdig halten und ihre Verhandlungskapazitäten bereits durch das bestehende Arbeitsprogramm überlastet sahen.

Auch für das heißeste Eisen der WTO-Verhandlungen, die Landwirtschaft, sollte Cancún ein Meilenstein werden und die Stoßrichtung für einen neuen Agrarvertrag festschreiben. Zu diesem Zweck legten EU und USA kurz vorher ein Papier vor, das sie gewohnt selbstgerecht als Verhandlungsgrundlage anpriesen. Damit war die Büchse der Pandora geöffnet, denn ein Gegenvorschlag der Entwicklungsländer ließ nicht lange auf sich warten. Mit dem gemeinsamen Papier von zunächst 17, später 20 Ländern um Brasilien, China, Indien und Südafrika war die Gruppe G20+ geboren. Mit Forderungen wie der Abschaffung aller Exportsubventionen und einem höheren Abbau von Zöllen und Subventionen in Industrie- als in Entwicklungsländern positionierten sie sich eindeutig gegen EU und USA, die darauf abzielten, das eigene Subventions- und Protektionsniveau zu halten. Damit war die Kulisse für den Agrarkonflikt vorgezeichnet, der bis zuletzt die Konferenz prägen sollte.

"Either with us or against us!"

Die G20+ spielten dabei eine entscheidende Rolle. Eine ungewöhnliche Koalition aus Staaten mit aggressiven Exportinteressen wie Brasilien und Ländern wie Indien, die ihre Landwirtschaft schützen wollten, hielt trotz massiven Drucks zusammen - in einer Nacht soll Bush Lula vier Mal angerufen haben, um ihn dazu zu drängen, den G20+-Vorschlag zurückzuziehen. Durch diese Opposition ermutigt schlossen sich auch andere Entwicklungsländer zusammen, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Ein Widerstandsklima, welches die Strippenzieher in der WTO, allen voran EU, USA und das WTO-Sekretariat, unterschätzten.

Der Entwurf für die Abschlusserklärung ließ die Konferenz einen Tag vor ihrem offiziellen Ende platzen. Der Text trug die Handschrift von EU und USA, für die Länder des Südens war er ein Schlag ins Gesicht: Im Agrarbereich hätte er zu mehr Marktöffnung im Süden geführt, ohne das Subventions- und Protektionsniveau im Norden anzutasten, und bei den "Singapur-Themen" sah der Text die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zu zwei von vier Themen vor (Handelserleichterung und Öffentliches Beschaffungswesen). Die besonders umstrittenen Verhandlungen zu einem Investitionsabkommen sollten beginnen, sobald man sich auf einen neuen Agrarvertrag geeinigt hätte. Die Pressekonferenz der "G 16" am ersten Verhandlungstag, auf der Länder wie Malaysia und China im Namen von insgesamt 70 Entwicklungsländern vehement alle vier "Singapur-Themen" abgelehnt hatten, wurde von den Schreiberlingen im WTO-Sekretariat geflissentlich übergangen.

Die Entrüstung seitens der Südländer kam daher nicht überraschend, und am Nachmittag des 14. September musste der mexikanische Verhandlungsleiter Derbez ein informelles "Green-Room-Treffen" zwischen etwa 30 Schlüsselländern ergebnislos beenden, da in der Frage der Singapur-Themen kein Konsens herzustellen war. Denn obwohl sogar die Hardlinerin EU den Vorschlag unterstützte, die Themen Investitionen und Wettbewerb ganz vom Tisch zu nehmen, blieb Botswana als Sprecher der afrikanischen Staaten bei einem entschlossenen "No means No!" Die Konferenz war gescheitert.

Ein plötzliches und überraschendes Ende? Eines, das laut US-Außenhandelsbeauftragtem Robert Zoellick darin begründet lag, dass einige Länder - die "won't-do-countries" - nicht bereit gewesen seien, in Cancún zu verhandeln? Mitnichten!

Hauptverantwortung für das Scheitern in Cancún tragen EU und USA, die mit einer Mischung aus halsbrecherischer Arroganz und imperialen Machtspielen auftraten. Ihr vor Ignoranz strotzender Anspruch, ihren gemeinsamen Agrarvorschlag zur Verhandlungsgrundlage zu küren, hatte bereits im Vorfeld deutlich gemacht, dass die beiden Supermächte gedachten, das Spiel unter sich auszumachen. Die Ablehnung der "Singapur-Themen" von Seiten der Entwicklungsländer wurde von ihnen bis zum bitteren Ende uneinsichtig zum "taktischen Geplänkel" degradiert und im Entwurf der Ministererklärung gänzlich ignoriert. Was dann folgte, war für die malaysische Handelsministerin Rafidah Aziz daher keine Überraschung: "Wir haben immer davor gewarnt, dass dies geschehen wird, wenn sie den Entwicklungsländern nicht zuhören ... Doch sie verlangten weiterhin Dinge, die für andere nicht in Frage kamen."

Eine weitere Ursache für das Scheitern von Cancún ist die Akzeptanz- und Legitimationskrise, in der sich die WTO seit Seattle befindet. Sie entzündet sich an den Politikinhalten der Organisation und ihren undemokratischen Entscheidungsstrukturen. Durch Rhetorik-Offensiven wie dem Etikett "Entwicklungsrunde" wird der Krise auf PR-Ebene bereits Rechnung getragen, allerdings ohne Taten folgen zu lassen. Nachdem die zentralen Anliegen der Entwicklungsländer während der letzten zwei Jahre systematisch ignoriert und zerredet worden waren, nachdem ihre Hoffnung auf Instrumente zur autonomen Gestaltung ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik zunehmend geschwunden war und der Schafspelz "Entwicklungsrunde" schrittweise als aggressiver Liberalisierungswolf im Dienste transnationaler Konzerne entlarvt worden war, setzte der Entwurf für die Cancún-Ministererklärung der Anti-Entwicklungsagenda die Krone auf.

Auch war in Cancún eine bewährte Tradition der Einschüchterung fortgesetzt worden, die nach dem Motto "You're either with us or against us" nach dem 11. September für den "Erfolg" von Doha eine wichtige Rolle gespielt hatte. Auch in Cancún wurde die Mehrzahl der Delegationen von den entscheidenden Treffen ausgeschlossen. Die brasilianische Delegation forderte bereits am dritten Verhandlungstag in einer Pressemitteilung von den WTO-Mitgliedern, sich auf die Verhandlungen anstatt auf weitere "Attacken" zu konzentrieren.

Nach dem Scheitern der Konferenz weiteten EU und USA diese Attacken im Rahmen ihrer Schuldzuweisungsoffensive auf einen weiteren Sündenbock aus: die NGOs. Sie hätten unnötig zur Polarisierung in Cancún beigetragen. Tatsächlich verfolgten viele der anwesenden NGOs das Ziel, die Organisation entgleisen zu lassen. "Derail the 5th Ministerial", lautete der internationale Aufruf. Letztendlich leisteten EU und USA dabei zwar unfreiwillige Schützenhilfe, aber die "Zivilgesellschaft" hat mit einer Kombination von Informationen für Entwicklungsländer, Massenmobilisierungen auf den Straßen und zahlreichen Aktionen inner- und außerhalb der Hotelzone wesentlich dazu beigetragen, die reichen Länder zu isolieren. Gleichzeitig hat der Druck von unten dafür gesorgt, dass die Entwicklungsländer nicht von ihrer Position abweichen konnten. Für Walden Bello, philippinischer Aktivist von Focus on the Global South, war die Zivilgesellschaft daher der zentrale Akteur in Cancún. Sie geht gestärkt aus den Gegenaktivitäten hervor.

No means no

Obgleich die Mobilisierung vor Ort die Erwartungen bei weitem nicht erfüllte. Gerade einmal 5.000 AktivistInnen machten sich am weltweiten Mobilisierungstag gegen Neoliberalismus und Krieg auf in Richtung der Barriere, welche die Innenstadt von Cancún vom Konferenzgeschehen abschottete. Medial erfolgreich war ihr Protest dennoch, denn in einer geduldigen aber konzernierten, von Bauern, StudentInnen und Black-Block-Leuten gleichermaßen getragenen Aktion zerstörten sie Stück für Stück die eiserne Barriere, ohne dass auch nur ein einziger Stein flog, und ohne dass die Situation eskalierte - auch nicht als sich Polizei und

DemonstrantInnen ohne die metallene Trennwand gegenüber standen. Stattdessen setzten sich 5.000 Menschen für eine Kundgebung ruhig auf den Boden. "Sie sagen, wir würden Gewalt anwenden", rief ihnen Rafael Alegría, Präsident des internationalen LandarbeiterInnen-Verbandes zu: "Aber nein, wir haben nur eine Mauer eingerissen, die Mauer der WTO, die Mauer des Hungers, der Ausbeutung und der Straffreiheit."

In Bezug auf die WTO warten auf die globalisierungskritische Bewegung neue Herausforderungen. Zwar ist das Scheitern von Cancún ein eindeutiger Sieg für den globalen Süden und die kritische Zivilgesellschaft, und nicht, wie die gut geölte neoliberale Propagandamaschine weitläufig verlauten ließ, eine verpasste Chance für einen wahren Interessensausgleich zwischen Nord und Süd. Abgelehnt wurde ein Textentwurf, der eins zu eins die transatlantischen Liberalisierungsinteressen widerspiegelte, während entwicklungspolitische, soziale und ökologische Interessen ins bedeutungslose Niemandsland abgeschoben worden wären. Das Scheitern wird den WTO-Prozess erheblich verlangsamen, der Imageschaden, den die WTO nun zum zweiten Mal innerhalb von vier Jahren erleiden muss, könnte die längst überflüssige Neuausrichtung der Organisation endlich einleiten. Denn eines hat Cancún laut Martin Khor vom Third World Network deutlich gemacht: "Die Organisation muss sich ändern. Oder sie wird untergehen."

In genau diesem Untergangsszenario aber liegen auch neue Bedrohungen. Die USA kündigten direkt im Anschluss an die Konferenz an, ihre Liberalisierungsagenda nun verstärkt bilateral und regional voranzutreiben, und auch die EU will diesen Weg überdenken. Zwar taugen Schwarz-weiß-Gleichungen im Stil von "WTO = erstrebenswerter Multilateralismus, da mehr Verhandlungsgewicht für Entwicklungsländer" und "Bilateralismus = schlecht, da schwache Verhandlungsposition für Entwicklungsländer" nicht viel, denn sie übersehen, dass es sich bei der WTO nicht um eine multilaterale Organisation zum fairem Interessensausgleich handelt, sondern um ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen von EU und USA. Dennoch würden Handelsgespräche außerhalb der WTO noch mehr im Verborgenen stattfinden und weniger Angriffspunkte bieten. Eine gänzlich neue Herausforderung für die sozialen Bewegungen.

Diese werden sie nur bewältigen können, wenn es ihnen gelingt, die neoliberale Hegemonie in den Köpfen wiederum auf den Kopf zu stellen. Nach Cancún dominieren Künastsche "Armutsbekämpfungsanalysen" und die Enttäuschung über angeblich verpasste Chancen des Südens. Hier gilt es, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass in Cancún keine Chancen verpasst werden konnten, da jegliche Entwicklungsperspektiven der Doha-Runde schon lange vorher verraten worden waren. Und es gilt, sich nicht durch die Stigmatisierung von Künast und Co. verunsichern zu lassen und den Erfolg von Cancún ruhig noch ein bisschen zu feiern. Auf dem richtigen Rücken, versteht sich.

Pia Eberhardt

11. Trouble in Paradise. Mit Freihandel und Militär erobert Australien die Südsee

Autor: Iggy Kim · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Australien · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:08

Weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit besetzten australische und neuseeländische Militäreinheiten am 24. Juli diesen Jahres Honaria, die Hauptstadt des pazifischen Inselstaates der Salomonen. 14 Militärtransporter und ein Kriegsschiff der australischen Marine setzten eine Interventionstruppe von 2.225 Soldaten an Land, die bis heute die Inseln besetzt halten. Der folgende Beitrag ordnet das Salomonen-Abenteuer ein in eine zunehmend aggressive militärische und ökonomische Strategie Australiens im Südwestpazifik.

Viele dieser Länder sind zu klein, um lebensfähig zu sein ... Wir müssen einen Ansatz entwickeln, den ich einmal als ‚gemeinsame regionale Regierungsverantwortung' bezeichnen möchte. Von einem Inselstaat mit weniger als 100.000 Menschen kann man einfach nicht erwarten, dass er allein alle ausgefeilten Regierungsinstrumente zur Verfügung hat." Die zitierten Äußerungen stammen vom australischen Premierminister John Howard. Sie fielen auf einer Pressekonferenz am 22. Juli diesen Jahres, unmittelbar vor der Salomonen-Intervention. Howard präsentierte damit eine Politik der direkteren, auch militärisch gestützten Intervention in Australiens Hinterhof, dem südwestlichen Pazifik.

Neben der Formel von der "gemeinsamen regionale Regierungsverantwortung" schlägt er u.a. eine gemeinsame Polizeistruktur für den gesamten Pazifikraum vor. Die Einheiten sollen in Australien ausgebildet werden. Gleichzeitig strebt die Regierung in Canberra eine Zusammenlegung der Luftfahrtlinien in dieser Region an. Nur einen Tag nach seinem Chef forderte Außenminister Alexander Downer in einem Interview mit dem Fernsehsender ABC eine Liberalisierung des Handels sowie einen gemeinsamen Markt im Südwestpazifik nach EU-Vorbild. Als Howard am 12. August zum Gipfeltreffen des Pazifischen Inselforums (PIF) in Neuseelands Hauptstadt Auckland aufbrach, veröffentlichte das Senatskomitee für Außenpolitik, Verteidigung und Handel punktgenau einen Bericht, in dem die Integration der PIF in eine Pazifische Ökonomische und Politische Gemeinschaft gefordert wurde - mit dem australischen Dollar als einziger gemeinsamer Währung.

Immer mehr pazifische Inselstaaten sind in eine umfassende politische und ökonomische Krise geraten. Ursache dafür ist vor allem die neoliberale Freihandelspolitik, die von Australien und Neuseeland vorangetrieben wird. Die neo-kolonialistischen Eliten in der Region sind immer weniger im Stande, diese Krise einzudämmen. Das Dilemma für Canberra besteht nun darin, wie die politische und ökonomische Kontrolle wiederhergestellt werden kann, ohne zu einer allzu offenkundigen Strategie der Rekolonialisierung zurückkehren zu müssen.

Ende der postkolonialen Zurückhaltung

Die momentane außenpolitische Debatte in Australien wird vor allem von zwei Seiten beeinflusst. Die eine ist das Australian Strategic Policy Institute (ASPI). Es wird wesentlich vom Verteidigungsministerium finanziert und ist das australische Pendant zu den Think Tanks der amerikanischen Neokonservativen. Neben dem ASPI spielt das eher neoliberale Centre for Independent Studies (CIS) eine zentrale Rolle. Aus diesem Haus stammt ein einflussreiches Papier von Helen Hughes, Wissenschaftlerin an der Australian National University (ANU).

Das ASPI-Papier zur momentanen Diskussion hat Elsina Wainwright verfasst, Direktorin von ASPIs Strategy and International Program. "Die Herausforderungen an die Sicherheit, mit denen wir in Folge auseinander brechender Staaten konfrontiert sind", so Wainwright, "haben die Außenpolitik gezwungen, viele ihrer postkolonialen Zurückhaltungen aufzugeben." Nationalstaatliche Souveränität sei folglich nichts Absolutes mehr. Um den Vorwürfen des Neokolonialismus zu begegnen, sei eine "breit fundierte internationale und regionale Unterstützung" für jede Form der Intervention notwendig sowie "wenn möglich ... die Zustimmung des betroffenen Staates."

Schon im Jahre 2002 orientierte das ASPI auf eine interventionistische Strategie: "Seit der Dekolonisation hat die australische Politik immer wieder betont, dass man diesen Ländern erlauben müsse, ihre Probleme selbst

zu lösen. ... Zumindest in Bezug auf unsere Beziehungen zu Melanesien scheint dieser Ansatz jetzt nicht mehr zu funktionieren."

Australiens pazifische Nachbarn wie z.B. die Salomonen hätten "buchstäblich aufgehört, als effektive nationale Einheiten zu funktionieren", so Elsina Wainwright heute. Schlimmer noch: Die Salomonen könnten sich zu einer Art "Petri-Schale" entwickeln, "in der sich transnationale und nicht-staatliche Sicherheitsbedrohungen entwickeln können." Folglich warnt Wainwright auch davor, dass "potenziell bedeutsamere feindselige Kräfte von Basen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft aus operieren können." Um dem zuvorzukommen, empfiehlt sie die Salomomen als Testfall für eine Politik, die sich wieder zur militärischen Intervention bekennt. Gleichzeitig sollen Teile des Finanzwesens und der Verwaltung wieder direkt von australischen BeamtInnen kontrolliert werden.

Das Strategiepapier des CIS führt die pazifische Krise auf eine Politik zurück, die zu einer Hilfeabhängigkeit geführt habe. Es wird davor gewarnt, dass die "Sicherheit Australiens bedroht wird durch den ungehinderten Strom von Drogen, Waffen und schließlich Terror sowie die große Anzahl von Wirtschaftsflüchtlingen". Und auch dieses Institut wittert "Schurkenstaaten" vor Australiens Haustür, namentlich Papua Neuguinea.

Imperialismus Down Under

CIS-Autorin Helen Hughs schlägt vor, das Gemeindeeigentum in der Pazifikregion abzuschaffen und durch private Eigentumsrechte zu ersetzen. Wenn die pazifischen Inseln unbedingt am Gemeineigentum festhalten wollen, so haben sie zwar das Recht dazu. "Aber es gibt keinen Grund dafür, dass australische oder irgendwelche anderen Steuerzahler eine solche Entscheidung auch noch durch Hilfeleistungen unterstützen sollen." In einem Artikel in der Financial Review vom 23.7.2003 schreibt sie weiter: "Die dringendste Aufgabe ist es, auf den Salomonen private Eigentumsrechte einzuführen, damit sie die Möglichkeit haben, für den Weltmarkt zu produzieren. ... Die Salomonen müssen lernen, die Produktivitätsleiter nach oben zu klettern." Australiens Nachbarn seien nicht mehr nur "instabil". Sie bedeuten auch eine "klare und gegenwärtige Gefahr" für Australiens nationale Sicherheit.

Beide Papiere sind mehr als bloße Theorie. Ihre Vorschläge werden sowohl von der Howard-Regierung als auch von den Massenmedien aufgegriffen. Die ASPI-Empfehlungen waren die exakte Vorlage für die Salomonen-Intervention.

Howards Idee der "gemeinsamen regionalen Regierungsverantwortung" drängt die PIF darüber hinaus weiter in Richtung einer Freihandelszone, ein Prozess, der sich bereits seit 1998 vollzieht. Im Jahr 2001 hat das PIF das Handelabkommen der Pazifischen Inselstaaten (PICTA) sowie das Pazifische Abkommen für engere ökonomische Beziehungen (PACER) gebilligt. Beide Abkommen hängen eng zusammen. In den Worten von PACER zielen sie zum einen darauf, "den Inselstaaten des Forums (d.h. den PIF-Staaten ohne Australien und Neuseeland) Brücken zu bauen, damit sie Teil eines einheitlichen regionalen Marktes werden und sich in die Weltwirtschaft integrieren können." Dies ist die spezifische Rolle von PICTA. Mit diesem Abkommen soll bis zum Jahr 2012 unter den unterentwickelten PIF-Ländern eine Freihandelszone geschaffen werden. Seit dem 13. April diesen Jahres ist PICTA in Kraft.

Zum zweiten stellen beide Abkommen sicher, dass die Integration in den globalisierten freien Markt unter der Dominanz von Australien und Neuseeland erfolgt. Dafür sorgt insbesondere PACER, das im Oktober 2002 in Kraft trat. PACER war u.a. ein vorbeugender Schachzug gegen die Freihandelsverhandlungen, die im September 2002 zwischen der EU und den AKP-Staaten begonnen haben. (1) PACER legt fest, dass ein PIF-Staat, der mit irgendeinem Nicht-PIF-Staat Freihandelsabkommen aushandelt, dies auch mit Australien und Neuseeland tun muss. Selbst wenn es keine Verhandlungen mit Nicht-PIF-Staaten gibt, erfordert PACER den Beginn solcher Verhandlungen zwischen den armen PIF-Staaten sowie Australien und Neuseeland innerhalb der nächsten acht Jahre.

Der Freihandel wird die Wirtschaft der pazifischen Staaten weiter ruinieren. Bereits jetzt leiden sie massiv unter den ungleichen Handelsbeziehungen zu Australien. Australische Produkte haben auf den Fidschi-Inseln einen dominierenden Marktanteil von 37%. Zwischen 2001 und 2002 importierten die Salomonen australische Produkte im Wert von 64 Mio. US-Dollar, fast die Hälfte der Gesamteinfuhr. Umgekehrt wurden nach Australien nur Güter im Wert von 2 Mio. US-Dollar exportiert. Im Bilanzjahr 2002/2003 betrug der Wert australischer Exporte nach Kiribati 38,1 Mio. US-Dollar, der Import aus Kiribati kam umgekehrt über 285.000

US-Dollar nicht hinaus. Seit in Folge des PICTA-Abkommens die Handelszölle fallen, verlieren die armen PIF-Staaten zudem ihre Hauptsteuereinnahmen. In der Konsequenz führen die Regierungen in diesen Ländern Verbrauchssteuern nach dem Vorbild der Mehrwertsteuer ein.

Freier Markt am Palmenstrand

Auch die australische Entwicklungshilfe in der Region ist ebenfalls alles andere als uneigennützig. Die Regierungsorganisation AusAID nimmt kein Blatt vor den Mund: "Das Ziel des australischen Hilfsprogramm ist eindeutig. Es geht darum, Australiens nationale Interessen zu befördern. ... Der australische Privatsektor spielt bei der Erreichung dieses Ziels eine signifikante Rolle. ... Das Programm und sein Erfolg hängt entscheidend von australischen Expertisen bei der Bestimmung, dem Design und der Durchführung von Hilfeprojekten ab."

Nach Berichten von Aid/Watch gehen 70% der Hilfeleistungen zurück an australische Beratungsorganisationen. Tatsächlich zielen viele der Hilfeprojekte für "ökonomische Reform und politische Effizienz" darauf, die australischen neoliberalen Politikstrategien in die politischen Institutionen und die Wirtschaft der pazifischen Länder zu exportieren. Im Jahr 1999 bekam die Beratungsfirma Hassal & Associates einen Fünf-Jahres-Auftrag über 8,5 Mio. US-Dollar, um die Steuer- und Zollverwaltung auf den Fidschi-Inseln zu "reformieren". Die Firma ACIL erhielt im Jahr 2001 über 250 Mio. US-Dollar aus dem AusAID-Fonds. Die Firma ist 1998 berühmt-berüchtigt geworden, als sie die Howard-Regierung bei der Zerschlagung des Hafenarbeiterstreiks und der Gewerkschaft MUA beraten hatte. Die Beratungsfirma GRM International schließlich soll für 5 Mio. US-Dollar über vier Jahre den Öffentlichen Sektors auf Samoa "reformieren".

Egal, ob es sich um Kredite der Weltbank oder um Entwicklungshilfe handelt: Beide wirken Hand in Hand bei der kapitalistischen Durchdringung der südwestpazifischen Ökonomien durch australische Unternehmen.

Iggy Kim, Sidney

Dies ist die gekürzte Fassung eines Beitrags, der unter dem Titel "Howard's Pacific Colonialism: Who benefits?" in der australischen Wochenzeitung Green Left Weekly erschienen ist. Übersetzung: Dirk Hauer

Anmerkung:

1) Alle PIF-Staaten sind gleichzeitig Mitglieder der Gruppe Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten (AKP-Staaten) mit dem Hauptquartier in Brüssel.

12. Faschismus als Ferienparadies. Berlusconi lobt den Duce. Ist er selber einer?

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:26

Der reichste und mächtigste Mann Italiens macht aus dem Faschismus ein Ferienparadies und träumt gleichzeitig vom Regieren außerhalb der "Institutionen der Politik". Dafür den ebenso schwammigen wie modischen Begriff "Rechtspopulismus" zu verwenden, grenzt an Verharmlosung.

War das nun ein spontaner Impuls oder eine kalkulierte Provokation? Wohlwollend, mild und nachsichtig sei der italienische Faschismus gewesen, dozierte Silvio Berlusconi im Interview mit der englischen Wochenzeitschrift The Spectator, das von der Provinzzeitung La Voce di Rimini in italienischer Übersetzung veröffentlicht wurde: AntifaschistInnen hätten in der Verbannung "Ferien" auf Staatskosten gemacht, und überhaupt habe Mussolini "niemanden umgebracht". Diktatoren lassen morden - Mussolini ist direkt verantwortlich für die Ermordung der Antifaschisten Giacomo Matteotti, Giovanni Amendola, Carlo und Nello Rosselli; auch Antonio Gramsci, der kurz nach seiner Entlassung aus elfjähriger Kerkerhaft starb, zählt zu seinen Opfern. Anders als sein Fürsprecher Berlusconi hat der Duce des Faschismus auch gar nicht um seine Mittäterschaft herumgeredet. Als er im Januar 1925 persönlich die Verantwortung für den Mord an Matteotti übernahm, fügte er stolz hinzu: "Wenn der Faschismus eine Verbrecherbande ist, dann bin ich eben der Anführer dieser Verbrecherbande."

Zu deren Opfern gehören auch Zehntausende zivile Kriegstote in Äthiopien, Eritrea und Somalia, wo die italienische Armee systematisch Giftgas einsetzte, nomadisierende Viehzüchterfamilien dem Hungertod preisgab und mutmaßliche Rebellen in Konzentrationslagern zu Grunde gehen ließ; gegnerische Soldaten und ZivilistInnen in Spanien, auf dem Balkan und in der Sowjetunion; 7.000 italienische Jüdinnen und Juden, die mit Unterstützung der faschistischen Milizen in die Vernichtungslager deportiert wurden; schließlich die italienischen Wehrpflichtigen, die vor Stalingrad verheizt wurden; Tausende KämpferInnen der Resistenza sowie deren (mutmaßliche) UnterstützerInnen.

Bemerkenswert ist, wie Berlusconi den selbstverursachten Skandal nutzte. Er habe nur als "Patriot" den von seinen englischen Gesprächspartnern angestellten Vergleich des Faschismus mit der Saddam-Diktatur zurückweisen wollen; jeder andere "wahre Italiener" an seiner Stelle hätte genauso handeln müssen. Womit die antifaschistischen KritikerInnen flugs selbst auf der Anklagebank landeten: Dass nur der als Gegner des Faschismus anerkannt werden könne, der "im gleichen Maße" gegen den Kommunismus gekämpft habe, hatte Berlusconi schon im vergangenen Jahr dekretiert. Die an ihn gerichtete Mahnung der mitregierenden christdemokratischen UDC, der Antifaschismus sei "ein Wert, der alle eint", klingt da hoffnungslos unzeitgemäß. Zu Recht erinnerte der Historiker Angelo Del Boca an Berlusconis Bekenntnis, er "pfeife auf Political Correctness" und fröhne lieber dem "Laster", das auszusprechen, "was die Bürger denken." Dass die faschistische Vergangenheit auch ihre "guten Seiten" gehabt habe, ist mittlerweile Mehrheitsmeinung. Nicht nur, weil damals angeblich die Züge pünktlich fuhren.

Was Berlusconi am Faschismus fasziniert, wird in dem Spectator-Interview ebenfalls deutlich. Damals ließ sich noch nach Herzenslust regieren! Heute dagegen sei es für einen Regierungschef ein "großes Opfer, sich den Institutionen der Politik anzupassen" - besonders für ihn, den Unternehmer, der nicht mit der gewohnten unternehmerischen Freiheit entscheiden könne: "Manchmal ist es dramatisch, weil ich sehe, was ich machen könnte, aber nicht machen kann" - aus Rücksicht auf die eigene Mehrheit, den Staatspräsidenten, die Medien, die Opposition, die Justiz. Letztere ist das schlimmste Ärgernis. "Soll ich regieren oder mich vor Gericht verantworten?" fragt derselbe Berlusconi, der seit seinem Amtsantritt ein Gesetz nach dem anderen durchgedrückt hat, das ihn vor Strafverfolgung schützt. Die nächste Repressalie ist schon in Vorbereitung: RichterInnen soll künftig auch die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und in "Bewegungen, Vereinen und Verbänden, die politische Ziele verfolgen", verboten werden. Auch bei der Interpretation der Gesetze werden neue Hürden aufgebaut - "um die Rechtsprechung immer dann torpedieren zu können, wenn sie politisch nicht genehme Urteile liefert". (Claudio Castelli, Sekretär des Verbandes Demokratischer Richter)

So festigt sich Berlusconis Regime, das dennoch zuweilen Schwächen zeigt. Jüngst verhalfen Teile der Rechtskoalition einem oppositionellen Änderungsantrag zum Mediengesetz zur Mehrheit, wodurch die Verabschiedung dieses ganz auf Berlusconis Interessen zugeschnittenen Gesetzes zumindest verzögert wird. In der entscheidenden Kraftprobe des Herbstes geht es um die geplante Rentenreform. Deren Kernstück ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit um fünf Jahre ab 2008. Dagegen rufen die drei großen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL für den 24. Oktober zum Generalstreik auf. Schon einmal, im Herbst 1994, läuteten massive Proteste gegen die Rentenreform das Ende der (ersten) Regierung Berlusconi ein. Auch wenn es so weit diesmal wohl nicht kommen wird - ein Diktator wie Mussolini ist Berlusconi noch nicht. Aber er will es werden.

Js.

P.S. Auf wahre Freunde ist Verlass. Wenige Tage nach seiner Lobrede auf Mussolini erhielt Berlusconi moralische Schützenhilfe. Die in New York ansässige Anti-Defamation League (ADL) verlieh ihm einen Preis für seine Unterstützung Israels und des Irak-Krieges. ADL-Direktor Abraham Foxman bezeichnete Berlusconis Mussolini-Lob zwar als Fehler, wies die öffentliche Kritik aber als "heuchlerisch" zurück. Den KritikerInnen passe doch nur Berlusconis Unterstützung für Bush und Sharon nicht. Letzterer ist der ADL-Preisträger des Jahres 2002.

13. Ländersolidarität oder Globalisierungs- kritik? Ein kritisches Resümee der Internationalistischen Bewegung

Ländersolidarität oder Globalisierungskritik?

Autor: Annette Massmann · Rubrik: Internationale Solidarität; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:22

Der folgende Text ist die stark gekürzte und in Thesen verdichtete Fassung eines längeren Vortrags, den Annette Massmann am 27. September in Wuppertal anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Informationsbüros Nicaragua e.V. gehalten hat. Die Autorin arbeitete von 1993-98 im Informationsbüro. Der Text reflektiert die Erfahrungen mit "klassischer" länderbezogener Solidaritätsarbeit und skizziert Perspektiven für einen zukünftigen Internationalismus, der auf eben dieser kritischen Reflexion der eigenen Praxis aufbaut.

An der Figur Che Guevara und ihrer Idealisierung als "Neuer Mensch" bzw. "Neuer Mann" lassen sich einige zentrale Probleme der "klassischen" internationalistischen Solidaritätsarbeit aufzeigen. Che - als Sinnbild des sich selbst stets verneinenden Mannes, als linker, harter, kompromissloser Heroe - symbolisierte eine kompromisslose Unterordnung des/der Einzelnen unter das große Ziel, eine Abwertung nicht-militanter Aktionsformen und ein idealisiertes Verhältnis zur Gewalt als politisches Mittel.

Diese Akklamation des "Neuen Menschen" war und ist außerdem Bestandteil eines teilweise mythischen Verhältnisses der internationalistischen Bewegung zur "Dritten Welt". In der Zeit, in der ich im Infobüro Nicaragua arbeitete, haben wir dieses Phänomen als "Hang zur Projektionsfläche" bezeichnet. Die Gleichung ist relativ einfach: Die revolutionären Subjekte (hier: ein Volk im Volksaufstand im Trikont, überwiegend LandarbeiterInnen, Marginalisierte) werden durch die avantgardistische Befreiungsbewegung zur Befreiung und weiteren Emanzipation geführt. Das Gegenüber von Volk und Avantgarde (hier: FSLN) war eine kleine Clique von Ausbeutern, die nur mit Bestechung und/oder militärischer Unterstützung des Imperialismus überleben konnte. Obwohl die FSLN mindestens immer aus drei konträren Flügeln bestand, gab es auch in der Solidaritätsbewegung die Tendenz, die Heterogenität der FSLN auszublenden. Es wurde folgende Gleichung aufgemacht: Staat = Befreiungsbewegung = Agent für soziale Gerechtigkeit = Garant für Befreiung für "das Volk". "Das Volk" wurde als homogene - und revolutionäre Masse gefasst. (...)

Die Wahlniederlage der SandinistInnen 1990 wurde mit großer Überraschung, aber auch mit Enttäuschung wahrgenommen. Die Wahl der christdemokratischen Violeta Chamorro war zweifelsohne eine Wahl gegen den Krieg, zeigte aber auch, dass "das Volk" sehr viel heterogener war, als wir gedacht hatten. Zwar hatte es Kritik an der FSLN schon vorher gegeben, z.B. in Bezug auf die ausschließlich spanische Alphabetisierung englischsprachiger Gemeinschaften an der Atlantikküste oder in Bezug auf die massive Umsiedlungspolitik an der Atlantikküste oder in Bezug auf die strukturellen Anpassungsmaßnahmen im Rahmen der Kriegsökonomie Ende der 80er Jahre. Doch vieles von dem, was vorher nicht Gegenstand der Kritik war, ist uns in den 90er Jahren auf die Füße gefallen: Da waren die FSLN und ihr schlammschlachtartiger Umgang mit "DissidentInnen", ihre ausbleibende interne Demokratisierung. Oder die mangelnde Bereitschaft der FSLN, die piñata zu thematisieren, also die Übertragung von Eigentum an FSLN-Kader vor dem Machtantritt von Chamorro. Die faktische Rolle des co-gobierno, des Mitregierens aus der "Opposition" heraus, zusammen mit einem taktischen Instrumentalisieren von Streikbewegungen anstelle einer kohärenten Oppositionspolitik, bis hin schließlich zum Pakt der FSLN mit dem rechtskonservativen Präsidenten Arnoldo Alemán Ende der 90er Jahre, führten schließlich auf Seiten der internationalistischen Solidaritätsbewegung endgültig zur Lossagung von der Projektion auf die Avantgarde. (...)

"Neuer Mensch" = männlicher Heroe?

Es wurde deutlich, dass es absurd war, mit einer abstrakten Subjektkategorie wie "die FSLN" oder "das Land Nicaragua" solidarisch zu sein. Wir suchten neue Referenzpunkte. Und wir landeten bei der LandarbeiterInnengewerkschaft ATC. Unsere neue Zielgruppe hieß nationale Gewerkschaft. Von dort führte der Weg über die Kritik an hierarchischen, intransparenten, undemokratischen Strukturen hin zur Kooperation mit regionalen Gewerkschaften. Vor dem Hintergrund der gleichen Kritik von Intransparenz, Korruption und

fehlender Demokratie bezogen wir uns schließlich auf Basisorganisationen. Viele der kritischen Debatten wurden dabei in Nicaragua wie auch bei uns zentral und vor allem durch die organisierten Frauen angeregt. (...)

Analog zu unseren BündnispartnerInnen in Nicaragua verkleinerten sich auch die Zielgruppen unserer solidarischen Hilfe. Wir haben uns immer bemüht, keine Projektruinen zu hinterlassen. Und dennoch: La Paz del Tuma, die große, aus Soligeldern finanzierte Kaffeeverarbeitungsanlage, funktioniert heute noch nicht. Teile der Projekte müssen sich der Kritik stellen, dass sie paternalistische Züge trugen und eurozentristische Entwicklungsvorstellungen implantierten. Die von der deutschen Solibewegung finanzierten Projekte in Nicaragua wurden nie evaluiert. Wir fragten uns, ob nicht die Gefahr besteht, dass die karitative Einzelfallhilfe zum Endpunkt der solidarischen Aktion werden könnte.

Parallel zum Abflauen der Internationalistischen Bewegung bis zum Ende der 80er wurde ein altes Phänomen neu betrachtet. Und dieses Phänomen vermehrte sich: die sich institutionalisierenden und professionalisierenden Nicht-Regierungs-Organisationen mit ihrem Hang zu Lobbyismus, zu Politikberatung und StellvertreterInnenpolitik. Es war nicht nur so, dass diese NGO den Bezug zu den Bewegungen verloren. Die Bewegungen selbst hatten sich weitgehend aufgelöst. Zu den neuen Akteuren einer nebulös bleibenden "Zivilgesellschaft" wurden die NGO erklärt.

Neue Vielfalt Globalisierungskritik

Doch gerade, als wir vom Infobüro überlegten, ob wir angesichts des Verlustes unserer Projektionsfläche, unserer massenorganisierten contrapartes in Nicaragua, dem Abschied von "revolutionären Subjekten" und der eigenen Selbstverpflichtung an das "Große Ganze" sowie der NGOisierung um uns herum die Überwinterung einläuten sollten oder selber zur professionalisierten NGO mutierten, kam es im Südosten Mexikos zu dem Aufstand der Zapatist@s.

Der Aufstand markierte ein erstes, aber auch ein weltweit aufgenommenes Signal der Hoffnung. Es war eine Kombination von Aufstandsbewegung und neuem Diskurs, internationaler Orientierung und einer Ablehnung von Machteroberung. Die Zapatist@s brachten einen neuen Ton in die lustlose, unpoetische Sprache von "uns Linken". Es traten neue "legitime Akteure in eigener Sache" auf: Indígenas. Auch von der lateinamerikanischen Linken waren Indígenas zuvor vor allem als Objekt paternalistischer Entwicklungskonzepte gesehen worden. (...)

Die Zapatist@s haben mit ihren Prinzipien ein neues Politikverständnis angestoßen: die Ablehnung der Staatsmacht als zentrales Vehikel sozialer Veränderung, ein anderes Verständnis von Zeit, das basisdemokratische Prozesse benötigen, keine Trennung von Ziel, Form und Inhalt von Politik; grundlegende Kritik an hierarchisch, auf Ausschluss angelegter formaler Organisierung; systematischer Einbezug der feministischen Perspektive; Kritik identitärer Zuschreibungen etc. Dennoch sollte die historische Erfahrung mit anderen Befreiungsbewegungen davor hüten, mit ihnen neue Projektionen zu verbinden.

(...) Qualitativ neu an dem, was Globalisierung genannt wird, scheint mir vor allem die tatsächlich weltweite Gleichzeitigkeit und das Maß der gesellschaftlichen Durchdringung durch neoliberalistische Marktbeziehungen zu sein, auch in neue Sektoren wie z.B. die Gen- und Biotechnologie. Daneben kommt es im Bereich zuvor als öffentlich verstandener Güter wie Wasser oder Biodiversität zur vermehrten Privatisierung, geistiges Eigentum wird patentiert - Prozesse, die im Zuge neoliberaler Umstrukturierungen in Lateinamerika bereits in den 80er Jahren einsetzten. Allerdings erhielten sie Ende der 80er mit Wegfall des "Gegenpols" eine umfassendere, weltweite Dynamik. Uns hier im Norden gerieten sie erst in den 90ern zentral ins Blickfeld.

Und nicht nur uns. Plötzlich war auf der Straße eine Vielzahl verschiedenster Menschen mit der Zugehörigkeit zu unterschiedlichsten Organisationen sichtbar. Diese Menschen bündelten sich in ihrem Protest gegen die Politik der WTO. Gewerkschaftsmitglieder, Mitglieder verschiedenster sozialer Bewegungen, aus Projekten etc. Sie alle standen in den Straßen von Seattle, Genua, Davos etc. Markantestes Zeichen: ihre Verschiedenheit. Schnell bekam diese widersprüchliche Vielfalt einen Namen, der ihr Subjektstatus einräumte: die Antiglobalisierungsbewegung. Diese - v.a. mediale - Vereinheitlichung blendet aus, dass diese "Bewegung" voller Brüche und Heterogenität ist. (...)

Anders als in den 80er Jahren ist Nicaragua längst nicht mehr ein Modellfall. Zentrale Themen sind andere: WTO-Verhandlungen, Welthandel, Migration, die Biopiraterie, Gentechnik etc. Die Politikfelder verschieben sich. Die politischen Richtungszuordnungen verschwimmen. Politische Rezepte, geschweige denn eine umrissene Utopie existieren nicht. Doch das Wegbrechen klarer Orientierungen und die Pluralisierung von Brüchen können auch als Chance verstanden werden!

Neuer Internationalismus ist möglich

Veränderung ist auf Bewegung angewiesen. Aber auch wer Veränderung "von unten" denken und entwickeln will, befindet sich nicht auf sicherem Grund. Der soziale Antagonismus existiert nur im Plural, verfügt über kein einheitliches Subjekt und kann sich auf kein per se unschuldiges oder aus sich heraus sozialrevolutionäres "Unten" stützen. D.h., dass Unterdrücktsein kein privilegierter Ort ist, dem die Tendenz zur Befreiung immanent wäre. Emanzipation muss dementsprechend in einem ständigen Prozess neu gedacht, kontrovers diskutiert, erkämpft und überprüft werden. Soziale Bewegungen sind immer nur Bewegungen begrenzter Reichweite. (...)

Bewegungen, kritische NGO und Intellektuelle sollten sich also in produktiver Absicht auf das beschränken, was sie können: Konkrete Alternativen in spezifischen Bereichen entwickeln, z.B. in der Energie-, Sozial-, Gesundheits-, Migrations-, internationalen Wirtschafts- etc.-Politik. Entscheidend scheint mir dabei, Lern- und Erfahrungsprozesse ernst zu nehmen. Lokaler Organisierung kommt dabei ein zentraler Stellenwert zu. Radikale Positionen und Praxen sind dabei jenseits der sterilen Dichotomie von Reform- und Revolution zu entwickeln.

Wenn wir dann ernst nehmen, dass die neoliberal-kapitalistischen Verhältnisse sich in Alltagsverhältnissen gleichsam "einpflanzen" und von handelnden Menschen bestätigt werden (sei es, weil sie plausibel sind, sei es, weil es zunächst keine Alternative gibt), dann öffnet sich hier ein immenses Terrains sozialer Kämpfe. (...)

Die Dichotomie Ländersolidarität versus Globalthemen löst sich zu Gunsten einer Verschiebung auf, wenn wir - ich spreche hier unter dem Etikett der "InternationalistIn" - uns unter Einbezug der oben genannten Punkte darauf konzentrieren, was "wir" können: Es geht nicht darum, aus Nostalgie einen Länderbezug aufrecht zu erhalten. Es geht jedoch darum, länder- und regionenspezifische Kompetenzen in eine diffuse globale Bewegung und Vernetzung mit einzubringen: konkretes Wissen über die Verhältnisse in einem Land/einer Region ebenso wie internationale Vernetzung, Kontakte, Austausch. Dazu zählt auch die Unterstützung von sozialen Projekten. Und dies, obwohl wir uns bewusst sind, dass sie immer eine Intervention bedeuten. Leitlinien dieser Projektpolitik sind die Umkehrung des ökonomischen Dreiecks zu Gunsten der Priorisierung lokalen und regionalen Handels zur Schaffung von tendenziell geringeren Abhängigkeiten und außerdem die Schaffung von transparenten, integrativen Strukturen.

Der Austausch mit konkreten, sich bewegenden Menschen in anderen kulturellen Kontexten, in diesem Fall in Nicaragua und Mittelamerika, brachten und bringen uns dazu, eigene Standpunkte zu überprüfen, im besten Fall gemeinsam neue zu entwickeln. Ländersolidarität im alten Verständnis ist anachronistisch. Die in diesem Kontext geschaffenen Kontakte, das Wissen, der Austausch erhalten aber eine neue Bedeutung in einer Anti-Globalisierungsbewegung. (...)

Annette Massmann

Literaturhinweise:

Moe Hierlmeier: Internationalismus. Eine Einführung in die Geschichte des Internationalismus von Vietnam bis Genua. Schmetterling Verlag 2002

BUKO (Hg.): Radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Assoziation A 2003

14. Die Multitude auf der Suche nach sich selbst. Stichworte zum Debattenmarathon zwischen Köln und Fürth

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:28

In diesem Jahr sind es vor allem das 6. Antirassistische Grenzcamp in Köln und die Aktionstage gegen das Abschiebelager Fürth gewesen, die hier zu Lande zum sommerlichen Polit-Spektakel eingeladen hatten. Im Mittelpunkt standen wie angekündigt Aktionen, aber auch die inhaltliche Auseinandersetzung kam nicht zu kurz. Debattiert und gestritten wurde um Grundlegendes, im Kern ging es um nicht weniger als die Multitude selbst.

Wer kämpft mit wem, gegen was bzw. wofür? Welche Kämpfe, Strategien und Forderungen gibt es, wie können sie gebündelt werden, passen sie überhaupt zusammen? Inwieweit gehen unterschiedliche (Entrechtungs-)Erfahrungen mit unterschiedlichen Widerstandsverständnissen und somit unterschiedlichen Prioritätensetzungen einher? Konkret kristallisierten sich zwei zentrale Fragestellungen heraus: 1. In welchem Verhältnis stehen, pointiert gesprochen, Flucht und Migration zueinander? 2. Erfordert der Kampf gegen rassistische Entrechtungen tatsächlich enge, ja trans-identitäre Bündnisse zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen und Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund - oder ist das lediglich ein überhöhter und obendrein nationalismusverdächtiger Anspruch?

Die Auseinandersetzung um diese und andere Fragen verliefen durchweg kontrovers, mitunter auch harsch und polemisch. Ob und wie es weitergehen wird, scheint derzeit völlig offen; unter anderem deshalb, weil in Köln einmal mehr sämtliche der Konflikte ausgebrochen bzw. sichtbar geworden sind, die sich noch im vergangenen Jahr in Gestalt mehrerer Camps Ausdruck verschafft hatten. (Vgl. ak 470)

Die Debatten rund um das Verhältnis von Migration und Flucht standen, darüber herrschte Einigkeit, absolut an; schließlich ist gerade im Vorfeld von Köln und Fürth immer wieder die Forderung erhoben worden, dass Antirassismus stärker als bislang Flucht und Migration als die beiden Seiten derselben Medaille betrachten müsse (Stichwort: Re-Ökonomisierung von Antirassismus).

Insbesondere kanak attak hat diesen Ball aufgenommen: Rassismus erzeuge "Stufen der Rechtlosigkeit", wie es in einem fürs Kölner Camp verfassten Thesenpapier heißt. Flüchtlinge und MigrantInnen würden auf diese Weise hierarchisiert, was seinerseits mit den "differenzierten Herrschaftsbedingungen des aktuellen Kapitalismus" korrespondiere. Der Kampf gegen Entrechtung und Illegalisierung dürfe sich jedoch nicht in defensiven Abwehrkämpfen z.B. gegen Abschiebungen oder Institutionen wie die IOM erschöpfen. Ansonsten kontrolliere "das rassistische Regime die Praxis der AntirassistInnen" - und nicht umgekehrt. Angesagt sei statt dessen, so das kanak-operaistische Credo, offensiv am Alltagswiderstand von Flüchtlingen und MigrantInnen anzuknüpfen, d.h. an den ohnehin täglich offen und verdeckt ausgefochtenen Kämpfen für Rechte: für das Recht, überhaupt nach Europa zu kommen, hier zu bleiben, den Landkreis zu verlassen, eine eigene Wohnung zu nehmen, zu arbeiten, zu studieren, zu wählen etc. Die von kanak attak und anderen stark gemachte Kampagne für ein Recht auf Legalisierung sei in diesem Sinne auch keine Ein-Punkt-Kampagne. Vielmehr stelle sie einen "gemeinsamen Fluchtpunkt" für jede Art von Widerstand dar. Sie ermögliche es, "offensiv zu werden von der politischen Perspektive aus, Rechte zu fordern, die wir uns längst nehmen".

Wer kämpft mit wem für was?

In ein gänzlich ähnliches Horn stieß Maurizio Ricciardi aus Bologna bei der zentralen Diskussionsveranstaltung in Fürth: Flucht und Migration seien keine Bewegungen der Angst, sondern Ausdruck subjektiver Entscheidungen. Nach Europa kämen in aller Regel die, die bereit seien, "mehr zu riskieren" - gleichsam als "Lebensinvestition" für ein anderes bzw. besseres Leben. Zur Verdeutlichung zitierte er einen Algerier, der seine abenteuerliche Migrationsgeschichte quer durch Europa als "Sportsakt" tituliert hatte.

Erwartungsgemäß sahen das AktivistInnen von Flüchtlingsselbstorganisationen einigermaßen anders, namentlich von der Karawane, Brandenburger Flüchtlingsinitiative und The Voice. Bilder wie die vom

"Sportsakt" stießen auf nahezu einhellige, ja empörte Ablehnung. Immer wieder wurde demgegenüber für eine klare Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und MigrantInnen votiert: "Flüchtlinge fliehen wider Willen, MigrantInnen mit Willen", formulierte z.B. ein Aktivist von der Karawane unmissverständlich. Seitens The Voice hieß es: Sie hätten nichts gegen Arbeitsmigration, sie selbst seien aber aus (verfolgungs-)politischen Gründen hier - was auch der Grund dafür sei, dass Abschiebungen für sie eine ungleich größere Bedrohung darstellten als z.B. für MigrantInnen aus Polen. Ebenfalls zentral sei für sie, dass "jede Bewegung, ob Migration oder Flucht, auf die Zerstörung ihrer Heimatländer" zurückverweise. Diese Einsicht ginge im derzeitigen Migrationshype regelmäßig verloren, was eine (ungewollte) Romantisierung von Migration nach sich ziehe. Schließlich bekundeten die Karawane und The Voice wenig Sympathie für das Projekt einer Legalisierungskampagne: Zum einen sähen sie keinen Grund, ihre Projekte und Kampagnen unter ein (vorgeblich) "offensives" Überlabel zu stellen. Denn sie seien absolut überzeugt davon, dass z.B. die Residenzpflicht nur erfolgreich bekämpft werden könnte, so denn sie auch tatsächlich als solche negativ markiert und dadurch offensiv (sic) skandalisiert würde. Zum anderen sei es reichlich unrealistisch, eine Kampagne aufzuziehen, die sich maßgeblich auf einen allenfalls in Ansätzen politisch artikulierten Alltagswiderstand stützen wolle. Der Kampagne fehlten die Subjekte, das Konzept sei nicht in den hiesigen Realitäten geerdet.

Dieser argumentative Patt wurde unterschiedlich interpretiert: Während einige lediglich Halsstarrigkeit oder eitles Hegemonial-Gehabe unter den DiskutantInnen ausmachen wollten, plädierten andere (so auch der Autor dieses Artikels) für eine ausdrücklich politische Lesart: Danach seien die unterschiedlichen Widerstandsverständnisse Ausdruck unterschiedlicher Subjektivitäten und Authentizitäten, die ihrerseits Produkte unterschiedlicher Positioniertheiten im System rassistischer und anderer Entrechtungen wären. Die zu Tage getretenen Differenzen müssten also politisch übersetzt werden, nur so könne sich die Multitude, dieses Ensemble heterogener Subjektivitäten und Authentizitäten, zum politisch interventionsfähigen Subjekt weiterentwickeln. Konkret wurde die von kanak attak und anderen promotete Legalisierungskampagne als zu formell kritisiert. Es genüge nicht, unter der Überschrift "Widerstand" und "Stufen der Entrechtung" eine Riesenklammer aufzumachen, innerhalb derer sämtliche antirassistischen Projekte offensiv zur Geltung gebracht werden könnten. Es käme vielmehr darauf an, die unterschiedlichen (Entrechtungs-)Erfahrungen und somit Subjektivitäten politisch aufeinander zu beziehen - als integralen Bestandteil alltäglicher Widerstandskultur.

Heterogene Subjektivitäten

So wäre es beispielsweise notwendig, die in Köln ständig aufgeworfene "Eisberg"-Frage zu thematisieren: Wie könne damit umgegangen werden, dass immer wieder bestimmte, besonders dramatische Einzel-Abschiebungen verhindert werden müssten, dass diese Fälle umgekehrt jedoch nur die Spitze eines riesigen Eisbergs darstellten und deshalb nicht permanent alle Energien auf sich ziehen dürften? Wie widersprüchlich und kompliziert diese Frage ist, machte das diesbezügliche Statement einer illegalisierten Hausarbeiterin aus Berlin deutlich: An die Karawane gewandt, fragte sie, worin denn der Unterschied läge, als Illegalisierte im Großknast Deutschland zu leben oder als Häftling im Abschiebeknast selbst. Mit anderen Worten: Mehr als bisher (hieß es) müssten sich alle AktivistInnen bemühen, ihre unterschiedlichen Widerstandverständnisse vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen Erfahrungshorizonte transparent zu machen. Einzig so könne Schritt für Schritt ein schlagkräftiges Multitude-Wir entstehen, dessen Stärke gerade darin bestünde, heterogene Subjektivitäten unter einem spannungsgeladenen, d.h. trans-identitären "Dach" zu vereinen.

Sowohl in Köln als auch in Fürth wurde von unterschiedlichen Leuten darauf aufmerksam gemacht, dass eine in der Differenz als Ausgangspunkt verankerte Strategie drohe, der identitären Vertiefung von Differenzen Vorschub zu leisten. Denn ein widerständiges Multitude-Wir ginge nur aus der gemeinsamen Erfahrung praktischer Kämpfe und Kampfzyklen hervor, nicht jedoch aus abstrakten Kommunikationsrunden. Offen blieb, ob nicht genau dieses Kriterium in Köln und Fürth erfüllt wurde.

Ein weiterer Diskussionsstrang ergab sich aus einem u.a. von kanak attak gehegten Verdacht: Danach seien prekär sowie irregulär beschäftigte MigrantInnen für zahlreiche Linke die neuen ExotInnen. Sie würden voyeuristisch begafft und bestaunt, ein abermaliger Paternalismus stünde ins Haus. Das würde auch daran deutlich, dass in der Debatte rund um "Arbeit und Migration" die soziale Positioniertheit insbesondere von Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund weitgehend unmarkiert bleibe. Allein, in der anschließenden

Debatte zeichnete sich ab, dass die meisten mit der Thematisierung von Arbeit und Migration sehr wohl eine prinzipielle und somit allgemeine Kritik kapitalistischer Arbeitsverhältnisse verbinden. Einmal mehr half in dieser Frage der vor allem in Fürth immer wieder hergestellte Blick nach Italien. Dort würde die soziale Lage von MigrantInnen und Flüchtlingen nicht zuletzt unter paradigmatischen Gesichtspunkten betrachtet: Sie stelle "das dramatischste Beispiel des Gespenstes der Illegalität, der radikalen Verweigerung des Anrechts auf Rechte" (Sandro Mezzadra) dar. Sie verkörperte also einen Trend, der im Zuge von Deregulierung und Prekarisierung immer mehr Menschen weltweit betreffen würde. Antirassistische Fragestellungen seien deshalb stärker als hier zu Lande mit sozialen verkoppelt, was sich auch in der Art, Größe und Entschlossenheit dortiger Kämpfe widerspiegele.

Die zweite große Debatte dieses Sommers rankte sich ebenfalls um unterschiedliche Bündnisstrategien, Schwerpunktsetzungen etc. Sie war, wenn auch mit anderen Vorzeichen, eine Neuauflage des Konflikts, der sich bereits vergangenes Jahr anlässlich des Grenzcamps in Jena und der Land-in-Sicht-Tage in Hamburg entwickelt hatte. Stein des Anstoßes war ein Bündel äußerst bissiger und polemischer Äußerungen, die einer der zentralen Land-in-Sicht-MacherInnen während eines Plenums unter anderem in Richtung The Voice vom Stapel gelassen hatte. AktivistInnen sämtlicher in Köln vertretener Flüchtlingsselbstorganisationen haben diese Äußerungen als rassistisch empfunden. Sie forderten, das für Donnerstag vorgesehene Zwischenplenum um einen Tag vorzuziehen, was auch geschah. Sowohl dort als auch in der täglich erschienen Campzeitung campensin@ sowie zahlreichen informellen Gesprächen wurde alsbald mit vollem Einsatz diskutiert und gestritten. Konkret bewegte sich die Debatte auf drei Ebenen:

a) Zentraler Zankapfel ist weiterhin die aus dem Jenaer Grenzcamp hervorgegangene Programmatik gewesen: Danach sei Rassismus ein komplexes System fein abgestufter Ein- und Ausschlussmechanismen, die auf Trennung, Entrechtung und Hierarchisierung abzielen würde. Die Auswirkung solcher rassistisch strukturierten Ein- und Ausschlüsse seien auch auf dem antirassistischen Feld spürbar. Angesagt sei deshalb, die rassistisch produzierten Trennungen durch gezielte Kooperationsbemühungen zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen und Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund zu durchbrechen. Langfristig ginge es um die Herausbildung eines trans-identitären bzw. hybridisierten Wir's (siehe oben). Neu sei hieran laut so genanntem Jena-Flügel weniger die Position selbst als vielmehr der Umstand, dass in der Zwischenzeit zahlreiche Erfahrungen in Sachen intensivierter Kooperation hätten gesammelt werden können. So habe es mit Fürth ein direktes und gemeinsam getragenes Jena-Nachfolge-Projekt gegeben.

Arbeit, Migration und Prekarisierung

Außerdem hätten seit Jena zahlreiche, in Köln auch dokumentierte Diskussionsprozesse stattgefunden. Praktisch sei hieraus für das Kölner Camp zweierlei hervorgegangen: Zum einen die gemischt vorbereitete blue-silver-Innenstadtaktion gegen rassistische Polizeikontrollen; zum anderen der Sachverhalt, dass die vom bundesweiten Vorbereitungstreffen ins Leben gerufene und von Leuten aus dem so genannten Jena-Flügel realisierte "Ansprechgruppe im Falle sexistischer Übergriffe" eine gemischte refugee/non-refugee-Gruppe gewesen sei.

Wie schon in den vergangenen Jahren hat es hierauf seitens des so genannten Hamburg-Flügels so gut wie keine inhaltliche Reaktion gegeben. Lediglich in einem in der campensin@ veröffentlichten Beitrag heißt es, dass die Bezugnahme auf Kategorien wie "Flüchtling", "ArbeitsmigrantIn" oder "Deutsche/r" Gefahr laufe, soziale, "nach herrschaftsförmigen Kriterien" gebildete Konstruktionen zu vertiefen. Allerdings wird bereits im nächsten Satz dieser Einwand mit einem waschechten Jena-Argument relativiert: "Andererseits sind sie (die Konstruktionen) Ausdruck gesellschaftlicher Realität und prägen unterschiedliche Erfahrungen, die wir beachten wollen."

Stattdessen wurden in Köln zwei weitere Konfliktfelder eröffnet, so auch im bereits zitierten campensin@-Beitrag: Zum einen bestünde "Uneinigkeit darüber, ob Antirassismus unsere Identität ausmacht ... oder in einer Auseinandersetzung steht mit anderen Auseinandersetzungs- und Praxisfeldern". Zum anderen wird einmal mehr auf das grundsätzliche Recht gepocht, auch ohne MigrantInnen oder Flüchtlinge intervenieren zu können. Klipp und klar heißt es: "Wir müssen nicht mit Flüchtlingen zusammenarbeiten." Beide Überlegungen blieben nicht unwidersprochen: Die ursprünglich von Teilen des so genannten Hamburg-Flügels vorgenommene Alternative "AntirassistIn-Sein vs. Autonom-Sein" sei schlechte Fiktion, sie bestünde in dieser Form nicht! Das zeigten der Kölner Aufruf genauso wie die auf dem Auftaktforum geführten

Debatten hinlänglich. Daran könne auch der Umstand nichts ändern, dass vereinzelte Stimmen anderes von sich gegeben hätten - im übrigen unter absolut spärlichem Applaus. Was den vorgeblichen Imperativ des "Müssens" betreffe, so wurde immer wieder hervorgehoben, dass selbstredend kein Mensch irgendetwas "müsse". Worum es vielmehr ginge, seien programmatische Eckpunkte und die prinzipielle Bereitschaft, diese auch umzusetzen. Was das an täglicher Herausforderung mit sich bringen könne, führte ein Aktivist von The Voice eindrücklich vor Augen: The Voice sei als nigerianische Gruppe gegründet worden, hätte sich dann zum Forum afrikanischer Flüchtlinge weiterentwickelt und sei heute prinzipiell offen für Flüchtlinge aus allen Ländern und Kontinenten. In ihrer Arbeit müssten sie permanent größte Differenzen hinsichtlich Sprache, Religion, sozialem und kulturellem Hintergrund etc. überbrücken. Für ihn sei das die direkte Konsequenz aus einer sich immer stärker auch von unten globalisierenden Welt.

Autoritäre Formierung vs. Respekt

b) Auf einer zweiten Ebene drehte sich die Debatte um die Kritik, die unter anderem Teile des so genannten Hamburg-Flügels schon seit mehreren Jahren an The Voice üben. Danach agierten AktivistInnen von The Voice "machtorientiert und strategisch". Als "geschulte Redner" würden sie "auf dem schlechten Gewissen von AntirassistInnen surfen", einzig um "KampagnensoldatInnen" - so das geflügelte Wort, für ihre eigenen Projekte zwangsrekrutieren zu können. Demgegenüber zeigten aus Sicht der Nicht-Flüchtlinge des so genannten Jena-Flügels gerade die vergangenen eineinhalb Jahre, wie erfahrungsarm die in Köln erneut im massiven Tremolo artikulierte Kritik tatsächlich sei. Vorgeschlagen wurde deshalb ein Perspektivwechsel um 180 Grad: AktivistInnen von The Voice zeichneten sich dadurch aus, das Bild vom armen Opfer-Flüchtling gerade nicht zu bedienen. Sie wüssten, was sie wollten, seien selbstbewusst, hartnäckig und verbindlich. Auch verstünden sie es, immer wieder das globale Ausbeutungsverhältnis zum Thema zu machen. Alles das machte sie zu auseinandersetzungsfreudigen, kantigen und manchmal störrischen ZeitgenossInnen, unterm Strich also zu attraktiven BündnispartnerInnen auf gleicher Augenhöhe.

c) Auf einer dritten Ebene ging es schließlich um die von vielen Flüchtlingen als rassistisch empfundenen Äußerungen selbst. Aus dem Versuch herauszubekommen, was denn wirklich gesagt worden wäre, hat sich indes eine völlig eigene Dynamik entwickelt. Noch im Laufe des Mittwoch-Plenums wurden Stimmen laut, wonach die ganze Debatte eine "knallharte Ausschlussdiskussion" wäre. Ablesbar sei dieser Hang zur "autoritären Formierung" unter anderem an der positivrassistisch motivierten Bereitschaft vieler PlenumsteilnehmerInnen, den eingangs gemachten Rassismus-Vorwurf mit "lautem Beifall" abzunicken. Andere widersprachen dieser Deutung vehement. So habe lediglich eine Person in zwei Beiträgen die Möglichkeit eines Ausschlusses in Erwägung gezogen - ohne jede Zustimmung durch das Publikum. Außerdem sei vieles der Dynamik hausgemacht: Die Wahrnehmung der AktivistInnen aus den unterschiedlichen Flüchtlingsselbstorganisationen sei gleich von Beginn an als "unverschämt" abgekanzelt worden, Antworten auf Fragen seien keine erfolgt (was von mehreren als entwürdigend erlebt worden wäre), kurz, es habe schlicht an Respekt und Aufklärungsbereitschaft gemangelt. Die verfahrene Situation konnte in Köln nicht mehr eingefangen werden, geblieben sind statt dessen politische und persönliche Enttäuschungen auf beiden Seiten.

Zu guter Letzt eine erfreuliche Nachricht. In Fürth sind ca. 400 Leute gewesen, davon mehr als ein Drittel Flüchtlinge. Vor diesem Hintergrund hat die Debatte um den immer wieder zitierten Woomera-Slogan "How is your liberation bound up with mine?" in Fürth einen gänzlich anderen Verlauf genommen als in Köln. Daran wird auf jeden Fall anzuknüpfen sein.

Gregor Samsa

15. "Wir sind unter euch." Die Gesellschaft für Legalisierung kämpft für die Rechte von MigrantInnen

Autor: Astrid Kusser · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:31

"Vielleicht sind wir 500.000 oder eine Million, die hier zu Lande ohne Papiere leben. JedeR von uns wird von ein, zwei, drei, vier, fünf Leuten unterstützt, die mehr oder weniger geregelte Papiere haben. Wir sind unter Euch." (1)

Mit dem Slogan "Wir sind unter Euch" geht die Gesellschaft für Legalisierung (GfL) diesen Herbst auf Tournee. Die erste Station ist Berlin und im November folgt Hamburg. GesellschafterInnen sind in Berlin Gruppen wie kanak attak, RESPECT, die Medizinische Flüchtlingshilfe, ZAPO, Mujeres Sin Rostro (Frauen ohne Gesicht), Frauen-Lesben-Bündnis, Flüchtlingsinitiative Brandenburg und andere. In den vergangenen Wochen und Monaten erstellten sie ein Programm, das von einer aktionistischen Stadtrundfahrt bis zur abendlichen Performanceshow im SO 36 reicht. Hier wird von migrantischen Alltagskämpfen erzählt: "In der Show promoten wir Legalisierungsstrategien, die längst praktiziert werden. Wir kämpfen für politische und soziale Rechte für MigrantInnen, mit oder ohne papers and roses," erklärt das Bündnis.

Als Aktionstag hat die Gesellschaft für Legalisierung den 24. Oktober gewählt, unter anderem weil sich zu der Zeit der Bundeskongress von ver.di in Berlin trifft. Bisher gibt es kaum Menschen ohne Papiere, die gewerkschaftlich organisiert sind. Ihre Interessen finden keine ausreichende politische Artikulation und Repräsentation in den Gewerkschaften. Ein Zustand, der sich nach Ansicht der GLF bei ver.di ändern soll. Mehr und mehr MigrantInnen arbeiten in den Bereichen Hausarbeit und Sexarbeit, unter prekären und kriminalisierten Bedingungen. Statt ihre Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen zu unterstützen, ignorierten Gewerkschaften wie ver.di die neue Klientel, andere arbeiteten sogar mit der Polizei zusammen und unterstützten ihre Razziapolitik. Dabei könnten ausstehende Löhne vor jedem Arbeitsgericht eingeklagt werden, auch bei illegalisierten Arbeitsverhältnissen. Doch realistisch wäre diese Option oft erst dann, wenn die Gewerkschaften diese Fälle vor Gericht vertreten würden. Der Fall von Lohnbetrug auf einer Baustelle der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) in Berlin ist ein gutes Beispiel: Im Juni machten einige ArbeiterInnen, die um ihren Lohn geprellt wurden, zusammen mit verschiedenen anti-rassistischen Initiativen den Lohnbetrug öffentlich. Unter Druck gesetzt, willigte die WBM einem Vertrag zu, in dem sie die Verantwortung für die Baustelle und damit auch für die ausstehenden Löhne übernimmt. Innerhalb von zehn Tage sollte sie sich darum kümmern, dass der von ihr beauftrage Subunternehmer die Löhne auszahlt. Die Leute warten - drei Monate später - immer noch auf ihr Geld.

"Wenn wir von Illegalisierung sprechen, greifen wir gesellschaftliche Verhältnisse an, die uns Rechte und den Zugang zu gesellschaftlicher Partizipation verwehren. Auf der Straße, bei der Ticketkontrolle, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, in den Behörden, an der Schule, im Kindergarten, beim Standesamt und so weiter."

Illegalisierung wird hier nicht nur als Problem der Sans Papiers verhandelt. Auch wer ganz legal in Deutschland lebt, arbeitet, studiert etc. kann seine Rechte oft nicht in Anspruch nehmen. Solange beispielsweise Aufenthaltsgenehmigungen an Arbeitsverträge gebunden sind, sitzen UnternehmerInnen am längeren Hebel. Sich ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zu entziehen, ist eine häufig gewählte Form des Widerstands. Viele wechseln lieber den Job, als sich auf eine langwierige und riskante Auseinandersetzung einzulassen. Trotzdem bestehen viele MigrantInnen auf einem Recht, das es noch nicht gibt, das aber gerade dadurch jeden Tag neu erkämpft wird - nämlich zu leben und zu arbeiten, wo und wie sie wollen. Die Gesellschaft für Legalisierung kämpft vor diesem Hintergrund nicht einfach für die Regularisierung von Arbeitsverhältnissen. Ihr geht es darum, die Widerstandsbedingungen von allen hier lebenden MigrantInnen und prekarisiert Beschäftigten zu verbessern. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe, wie es in der Hartz-Reform geplant ist, wird für MigrantInnen einiges bedeuten: Wer arbeitslos wird, hat kaum Chancen auf einen unbefristeten Aufenthaltsstatus, von Einbürgerung ganz zu schweigen. Bislang hatte ver.di dazu wenig zu sagen.

"Die Gesellschaft für Legalisierung schließt keine förmlichen Gesellschaftsverträge ab, sie spricht eine Einladung zur Teilnahme aus. Ihre GesellschafterInnen ermächtigen sich selbst, dazu zu gehören und

legalisierungsfördernde Maßnahmen durchzuführen. Werdet Teilhaber. Zeichnet Anteile. Der zu realisierende Gewinn ist eine andere Gesellschaft!"

Im November kommt die Legalisierungstour nach Hamburg. Hier rühmt sich die rechtspopulistische Regierung aus CDU und PRO, im letzten Jahr so viele Leute abgeschoben zu haben, wie noch nie zuvor. Was in der Statistik nicht vorkommt: Viele bleiben lieber ohne Papiere hier, als sich abschieben zu lassen. Ähnlich wie in Berlin werden sich die neuen GesellschafterInnen durch die Stadt bewegen, Orte des Alltagswiderstands von MigrantInnen besuchen und am Abend ein Fest feiern, mit Performance, Bands und DJs. Den ganzen November über organisiert die Gesellschaft im Metropolis eine Filmreihe über Migration, Illegalisierung und den alltäglichen Kampf um politische und soziale Rechte.

"Die Gesellschaft für Legalisierung braucht keine repräsentativen Büros. Ihre Geschäftssitze sind die Orte, an denen die alltägliche Autonomie der Migration stattfindet. Ihre Filialen sind die Städte, die Straßen, die Cafés, die Märkte, die Wohngemeinschaften, die Arbeitsplätze, die Flüchtlingsheime und Abschiebelager, in denen sich Leute tagein, tagaus ihrer Haut wehren. Ihre Vertretungen sind die Stellen, an denen beständig Solidarität praktiziert wird. Ihr avisierter Standort ist eine Bewegung, die das Recht auf Legalisierung und Mobilität durchsetzen wird."

Astrid Kusser

kanak attak Hamburg

Anmerkung:

Alle Zitate im Text sind aus dem Gründungsmanifest der Gesellschaft für Legalisierung.
www.rechtauflegalisierung.de

16. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:17

Show gestohlen

Am 24. September hatte sich Bernd Rürup gerade auf dem Podium einer SPD-Veranstaltung in Darmstadt niedergelassen, um über die Agenda 2010 zu parlieren, als das RednerInnenpult von AktivistInnen der gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppe GALIDA gestürmt wurde. Transparente wurden ausgerollt, "Streichen bei den Reichen statt Sparen bei den Armen", "Arbeitsdienst ohne uns!!" und "Leiharbeit Arbeitszwang Hungerlohn" waren die Parolen. Trillerpfeifen und Sprechchöre taten ein übriges, dass es Rürup und seinem Gastgeber, dem SPD-MdB Walter Hoffmann erst mal die Sprache verschlug. Das versammelte SPD-Publikum reagierte mit Buh-Rufen und mischte sich zusammen mit den offiziellen Saalordnern kräftig in die Schlacht um die Mikrofon-Hoheit ein. Nach dem die Erwerbslosen es abgelehnt hatten, sich brav an den Rand zustellen und von dort aus stumm ihre Transparente zu präsentieren, wurde ihnen schließlich ein eigener Redebeitrag gestattet. Die GALIDA wandte sich dabei scharf gegen die geplante Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und bezichtigte Hoffmann der Lüge. Wieder reagierten SPD-Mitglieder empört. Die Wortgefechte und der Tumult wurden erst beendet, als die Polizei anrückte. GALIDA verließ den Saal, und der Hausmeister verrammelte sicherheitshalber den Eingang.

Frankfurter Rundschau

Fremd vergeben

Am 8. September, 10 Uhr morgens war erst mal Schicht im Schacht im DaimlerChrysler Werk Bremen. Hintergrund für die Arbeitsniederlegung war das Ansinnen der Geschäftsleitung, einen Regelsamstag einzuführen, an dem dann "Aufholschichten" gefahren werden sollen. Außerdem bekommen die neuen SamstagsschichtarbeiterInnen keine bezahlte Sonderpause. Damit will das Unternehmen "verlorene Produktion" aufholen lassen, ohne die dafür notwendigen Zuschläge zu bezahlen. Die Mehrarbeit können sich die Beschäftigten lediglich auf einem Stundenkonto anrechnen lassen. Freizeitausgleich gibt es aber nur, wenn die Personal- und Auftragslage es zulassen. "Personalflexibilität" ist hier das Zauberwort. Um 25% soll sie gesteigert werden. Als Die Werksleitung nun damit drohte, im Falle einer Weigerung seitens der Beschäftigten die Arbeit fremd zu vergeben, kam es zur Arbeitsniederlegung.

Auch bei DaimlerChrysler in Stuttgart-Untertürkheim ist es im September zu Arbeitsniederlegungen gekommen, und zwar im Werkteil Mettingen. Hier werden Integralträger gefertigt d.h. die Karosserieteile, an denen Motor, Lenkung und Vorderachse befestigt sind. In der Vergangenheit hatte der Konzern bereits die Trägerfertigung für die neue S-Klasse fremd vergeben, jetzt soll dasselbe für die C-Klasse passieren. Die Betriebsversammlung am Freitag, den 19.9. stand ganz im Zeichen dieser Drohung. Die komplette Früh- und auch die Spätschicht waren um 9.30 Uhr auf den Beinen, mit Plakaten, Buttons usw. Die geplante Fremdvergabe wurde von den Beschäftigten unisono abgelehnt. Nach Versammlungsschluss sind die meisten dann lieber in ein verlängertes Wochenende als wieder an die Arbeit gegangen. Fünf Stunden Produktionsausfall waren die Folge

www.labournet.de

Arbeit verliehen

Protinus GmbH heißt eine "gemeinnützige Gesellschaft" der AWO in Wismar, die dort als Sklavenhändler auftritt und Beschäftigte an städtische Betriebe wie an private Kindergärten und Heime verleiht. Vor allem jugendliche Erwerbslose werden vom Sozialamt dazu gezwungen, bei der Protinus GmbH einen "Praktikantenvertrag" zu unterschreiben. Wer das nicht tut, dem wird die Sozialhilfe gestrichen. Eine Ausbildung gibt's bei der Protinus aber nicht, dafür Leiharbeit für 2,24 Euro in der Stunde, also 376 Euro monatlich. Arbeiten zum Sozialhilfesatz, ohne ArbeitnehmerInnenrechte, ohne Tarif, ohne reguläres Arbeitsverhältnis. Arbeits- und Schutzkleidung müssen die Jugendlichen selbst bezahlen. Darüber hinaus gilt für sie die freie Arztwahl nicht: Krankschreibungen darf nur ein zuvor festgelegter Hausarzt vornehmen, nicht

jedoch FachärztInnen. Zuwiderhandlungen werden in der "Anlage zum Praktikantenvertrag" mit Kündigung und Verlust des Krankenversicherungsschutzes bedroht.

Nachdem rund 100 Jugendliche ungestört ausgebeutet worden sind, hat sich einer erfolgreich gewehrt. Er verweigerte die Unterschrift unter den Vertrag, worauf ihm zunächst die Sozialhilfe gestrichen wurde. Das Verwaltungsgericht Schwerin hat anschließend jedoch den "Praktikantenvertrag" für sittenwidrig erklärt und per einstweiliger Verfügung die Weiterzahlung der Sozialhilfe angeordnet. Der Vertrag sei kein Ausbildungs- oder Förderungsvertrag, sondern formuliere ein gewöhnliches Arbeitsverhältnis. Deshalb ist ein Stundenlohn von 2,24 Euro Lohnwucher. Der Vertrag verstoße mehrfach gegen geltendes Recht und sei "verwerflich". Der Rechtsbruch der Protinus sei "vorsätzlich", und das Sozialamt leiste dazu Beihilfe.

www.labournet.de

17. Law and Order auf die sanfte Tour. Der "aktivierende Sozialstaat" und sein autoritärer Charakter

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Sozialpolitik; Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:15

Geht es nach der großen Koalition in Berlin, dann ist die Agenda 2010 der Auftakt für einen rundum "neuen Sozialstaat". Ein Sozialstaat, der mit aller Härte "flexible Individuen" produzieren will. Hilfe und Solidarität werden durch "fördern und fordern" ersetzt. Der folgende Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Referats, das bei der Jahrestagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie vom 12.-14. September 2003 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain gehalten wurde.

Sozialpolitik und Sozialarbeit unterliegen immer der Dialektik von Hilfe und Kontrolle. Es ist kein Zufall, dass beide Disziplinen zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus dem Polizeiwesen hervorgegangen sind: Am Anfang der modernen Sozialpolitik stand die präventive Aufstandsbekämpfung. Bürgerliche Wohlfahrt ist immer die Antwort auf die Frage gewesen, wie mit denjenigen zu verfahren sei, die unter den Prämissen und Normen der Kapitalverwertung "nicht zu gebrauchen" sind: Alte, Behinderte, Kranke, Erwerbslose, DrogenkonsumentInnen, BettlerInnen usw. Was früher "gefährliche Klassen" waren, sind heute "Problemgruppen". Schon in der Definition erfolgt die Abspaltung vom gesellschaftlichen Kern, und mit und einer ganzen Bandbreite gesonderter Maßnahmen werden die Betroffenen entweder "produktiv" oder aber unsichtbar gemacht.

Das, was sich europaweit als Umbau des Sozialstaats zu einem "aktivierenden Staat", zu einem Staat des "Förderns und Forderns" abspielt, ist aber mehr als die bloße Kontinuität alter repressiver Elemente. Sowohl materiell wie auch ideologisch findet auch ein wesentlicher Bruch statt. Entgegen einer landläufigen Kritik am "Neoliberalismus" ist der Kern des sozialstaatlichen Umbaus dabei nicht so sehr der "Rückzug des Staates" oder der "Sozialabbau". Der "aktivierende Sozialstaat" ist vielmehr ein Staat, der sich explizit die Re-Regulierung sozialer Beziehungen auf die Fahnen geschrieben hat.

Das Vehikel für die Transformation des Sozialstaates ist die seit Mitte der 70er Jahre manifeste Krise der Staatshaushalte. Es wäre jedoch verkürzt, wollte man in der Krise des Wohlfahrtsstaates nur den fiskalischen Aspekt explodierender Staatsausgaben sehen. So rühren die Kosten der Massenerwerbslosigkeit nicht nur von der absolut gestiegenen Anzahl der Erwerbslosen her. Erwerbslosigkeit führt vor allem deswegen zu steigenden Sozialausgaben, weil die Ansprüche an Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, an Berufsschutz, Rentenzahlungen etc. nicht schnell und flexibel angepasst bzw. gebrochen werden konnten. Massenerwerbslosigkeit musste auch deswegen staatlich alimentiert werden, weil es ein lebendiges Bewusstsein von sozialen Rechten und Rechtsansprüchen gab, die auch für Erwerbslose, Nicht-Erwerbstätige und Nichterwerbsfähige zu gelten haben.

Die sozialstaatlichen Regelungsmechanismen und institutionellen Rahmenwerke stellten unter dem Aspekt einer raschen Anpassung an veränderte Verwertungsbedingungen eine "Rigidität" und "Blockade" dar, die nicht kurzfristig auszuhebeln war. In der momentanen SPD-Debatte um die Floskel vom demokratischen Sozialismus wird genau dies reflektiert: Für Thomas Meyer, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, ist der Sozialstaat zu einer "Fessel in der offenen Ökonomie" geworden, und Olaf Scholz spricht davon, dass der Sozialstaat so umgebaut werden müsse, "dass er die wirtschaftliche Dynamik nicht erschwert".

Vom Wohlfahrtsstaat zur Aktivierung

Im letzten Hamburger Bürgerschaftswahlkampf hieß es auf einem Plakat der SPD: "Bei uns dürfen Jugendliche alles, nur nicht arbeitslos werden." Die Drohung ist überdeutlich: Jugendliche, ihr dürft alles, aber wehe, ihr werdet arbeitslos. Erwerbslose haben die Pflicht, sich voll und ganz einzubringen. Es ist ihre Eigenverantwortlichkeit, jede Arbeit anzunehmen, eine Eigenverantwortlichkeit, die auch legitimerweise eingefordert und per Zwang durchgesetzt werden kann. Wo es zumindest in Ansätzen noch so etwas wie tatsächliche und moralische soziale Rechte und Rechtsansprüche gegeben hat, werden diese zu Gunsten der "Sozialpflichten" ersetzt: Keine staatlichen Leistungen ohne Gegenleistungen. Sozialleistungen, soziale

Rechte und Ansprüche muss man sich vorher erst durch Wohlverhalten verdienen. Wer nur irgendwie seine Haut zu Markte tragen kann, muss dies tun; nach Arbeitsbedingungen, Löhnen und Sinnhaftigkeit der Arbeit wird nicht mehr gefragt. In der Konsequenz geraten Sozialleistungen ohne Arbeit (wie Krankengeld, Rente, Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe) zunehmend unter Delinquenz-Verdacht. Die Faulenzer-Debatte aus dem Jahr 2001 ist dafür genauso ein Beispiel wie die momentane Hetzte gegen RentnerInnen. Die Integration des "Aktivierenden Sozialstaats" ist eine Integration per Zwang, Kern der Aktivierung ist workfare.

Seit der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung ist die Arbeitsverpflichtung im Sozialstaatsgedanken strukturell angelegt. Im "aktivierenden Sozialstaat" wird sie jedoch verallgemeinert und radikalisiert: zu einer permanenten Anforderung und zu einer "Pflicht zur Eigenverantwortung". Damit wird ein forcierter (sozial-)staatlicher Autoritarismus mit einem ideologisch aufgeladenem Individualismus kombiniert. Das Resultat ist ein radikalisiertes Subsidiaritätsprinzip. Jeder und jede ist dazu verpflichtet, sich selbst zu helfen: durch jede Form von Eigeninitiative, durch Lohnarbeit jeder Art, durch Selbstständigkeit, durch Selbstverwertung. Auch Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen, RentnerInnen usw. müssen sich letztlich wie "Arbeitskraftunternehmer" verhalten. Eigenvorsorge und Eigenverantwortlichkeit treten an die Stelle gesellschaftlicher, kollektiver Solidarität. "Frage nicht, was der Staat für dich tun kann, frage, was du selbst tun kannst", lautet der programmatische Satz der Hamburger Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram (CDU). Bei der SPD-Grundwertekommission wird soziale Gerechtigkeit zur "gerechten Ungleichheit" umdefiniert. Jeder und jede ist selbst seines/ihres Glückes Schmied. Ungleichheit ist nicht mehr Resultat gesellschaftlicher Defizite, sondern von individuellem Versagen, aus dem eben auch kein Anspruch auf Solidarität mehr erfolgt. Die Beseitigung solcher Ungleichheiten - etwa durch Umverteilung - ist demnach sowohl "ineffizient", als auch im Prinzip völlig "ungerecht".

Hans Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt haben die Aktivierungsstrategien der "präventiven Sozialpolitik" (Olaf Scholz) als "verhaltensorientierte Politiken" beschrieben. (2) Sie bringen damit zum Ausdruck, dass der "aktivierende Sozialstaat" nicht in die Verhältnisse eingreifen will, die Armut und Ausgrenzung produzieren. Vielmehr geht es darum, die individuellen Verhaltensweisen, Einstellungen und Mentalitäten zu verändern, sie an die herrschenden Verhältnisse anzupassen. So zielt die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes nicht zuletzt auch auf die Flexibilisierung individueller Verhaltensweisen: die Bereitschaft, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, die Bereitschaft, die eigene Arbeitskraft selbstständig zu vermarkten und zu verwerten, die Bereitschaft, hoch mobil und ohne Rücksicht auf soziale und sonstige Bezüge die Arbeitskraft im ganzen Land zu verkaufen. (3)

Im Bemühen, alte "fordistische Rigiditäten" zu beseitigen, wird staatliche Arbeitsmarktpolitik vor allem zu einem Instrument der "schwarzen Pädagogik" und Disziplinierung: "Grundlage der Beurteilung der Qualität öffentlich geförderter Beschäftigung ist der (...) mögliche positive Stellenwert der Arbeit bei der Nachsozialisation (sic!) arbeitsloser junger Menschen." (4) Schlechte Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne an der Armutsgrenze sind in dieser Logik explizite Erziehungsmittel: "Gewährt man einem jungerwachsenen Mitarbeiter (...) einen Lohn, der in keinem erkennbaren Verhältnis zur (...) produktiven Leistung für das Unternehmen steht, fördert man gut meinend Fehlsozialisationen und damit Anspruchsdenken an die Allgemeinheit und letztlich ein Leben außerhalb üblicher Berufsbiografien." (5) Mit den "üblichen Berufsbiografien" ist jedoch nicht mehr ein fordistisches "Normalarbeitsverhältnis" gemeint, sondern schlecht bezahlte, gesundheitsgefährdende und entrechtete Arbeit in Niedriglohn-Sektoren.

Der "aktivierende Sozialstaat" erwartet von der Sozialpolitik, dass sie bei individuellem Fehlverhalten zu Gunsten des Gemeinwohls interveniert. Soziale Arbeit wird zur "Life Politics", zur "Politik der Lebensführung" (Giddens). Der obrigkeitsstaatliche Eingriff in individuelle Lebensplanungen und Entwürfe ist der Kern des "Fördern und Fordern" oder des "help and hassle" ("helfen und belästigen"). In den Einrichtungen und Trägern des sozialen Hilfesystems vollzieht sich zunehmend eine "paternalistische Wende"; "Akzeptanz" als eine der leitendenden Parolen der kritischen Sozialarbeit der 1970er und 80er Jahre wird auf breiter Front zu einem Fremdwort - es sei denn, sie macht sich im Sinne von Prävention nützlich.

In der Tat werden Einrichtungen des sozialen Hilfesystems und Sozialarbeit zunehmend nur noch über das Präventionsversprechen legitimiert. In der Kinder- und Jugendhilfepolitik steht nicht mehr der Jugendliche mit seinen Interessen, Wünschen, Bedürfnissen und Rechten im Mittelpunkt, sondern "der Schutz der Gesellschaft". Es ist somit kein Wunder, wenn im Zuge der Aktivierung auch über eine Novelle des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) nachgedacht wird oder wenn geschlossene Heime wiederentdeckt werden. Im

Zusammenhang mit den diversen Plänen und Maßnahmen zur "Säuberung der Innenstädte" bzw. zur Vertreibung unerwünschter Personen aus dem öffentlichen Raum hat sich gezeigt, dass die Dominanz des Präventionsgedankens in der Sozialpolitik auf allen Feldern der sozialen Arbeit anzutreffen ist. Gerade hier, in der Zusammenarbeit von Polizei und Sozialpolitik etwa bei der Auflösung/Unsichtbarmachung offener Drogenszenen, bei der Auflösung unregulierter Jugendtreffs, bei der Verfolgung sog. "aggressiver Bettelei" oder Graffiti-SprayerInnen, zeigt sich, wie in der Umsetzung von Aktivierung und Prävention die Polizeiknüppelfunktion von Sozialpolitik und Sozialarbeit gestärkt wird.

Das Menschenbild, das sich hinter der "Aktivierung" verbirgt und mit ihr transportiert wird, ist die Vorstellung von ununterbrochener Produktivität, von "lebenslangem Lernen", von permanenter Anpassung individueller Verhaltensweisen an die Verwertungsanforderungen. Das Wesen der "Aktivierung" besteht darin, dass sie die flexibilisierten Verhaltensweisen, die sie beschwört, erst produzieren muss; ein Prozess, der auf staatlicher Seite den Einsatz offener Zwangsmittel notwendig macht. "Aktivierung" trägt somit deutlich terroristische Züge.

Dirk Hauer

Anmerkungen:

1) Heinz-Jürgen Dahme/Norbert Wohlfahrt: Aktivierender Staat. Ein neues sozialpolitisches Leitbild und seine Konsequenzen für die soziale Arbeit, in: Neue Praxis, 1/2002, S. 10-32

2) vgl. Gruppe Blauer Montag: Arbeitskraftunternehmer, Ich-AG und "aktivierender Sozialstaat". Die neuen Hierarchien des Arbeitsmarktes, in: Das Argument, Nr. 248, S. 709-723

3) Detlef Scheele: Gerecht gefördert. Anmerkungen zur Entlohnung von Jungerwachsenen ohne Berufsausbildung in der Beschäftigungsförderung, Hamburg 1999; Scheele ist Geschäftsführer der größten kommunalen Beschäftigungsgesellschaft in Hamburg. Er gilt gleichzeitig seit Jahren als einer der wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Vordenker der Hamburger Sozialdemokratie.

4) ebda.

18. Ohne Netz und doppelten Boden. Zentrale Demonstration gegen die Agenda 2010 am 1.11. in Berlin

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:40

Es könnte in diesen trüben Herbstzeiten kaum etwas Schöneres geben als eine breite und machtvolle Widerstandsbewegung gegen die Schröder-Fischer-Merkel-Stoibers und ihre Agenda 2010. Unter dem Slogan "Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag" wird es nun am 1.11.2003 zu einer zentralen Demonstration in Berlin kommen. Aber so richtige ungeteilte Freude will sich nicht einstellen.

Am 16. August hat ein bundesweites Treffen von regionalen Anti-Hartz-Bündnissen und linken GewerkschafterInnen mit überwältigender Mehrheit für den 1. November eine große, zentrale Demonstration gegen die Agenda 2010 beschlossen. So einmütig dieser Beschluss gefasst wurde, so überraschend war er auch. Erst im Frühjahr hatte sich die bundesweite Anti-Hartz-Koordination konstituiert. Die lokalen Gegebenheiten waren sehr unterschiedlich, eine breite, flächendeckende Bewegung weit und breit nicht in Sicht. "Nach einem Vierteljahr Diskussion um die Hartz-Vorschläge drängt sich allerdings der Verdacht auf, dass frustrierend viele Lohnabhängige sich nur noch für sich selbst interessieren und in Fragen der Sozialpolitik ein Desinteresse bewusst pflegen", so beschrieb Mag Wompel von www.labournet noch im Februar die schwierige Situation des Anti-Hartz-Protestes (ak 470). Dies war nicht zuletzt auch der Grund, warum im Winter/Frühjahr auf eine zentrale Aktion verzichtet wurde: "Erst nach den Erfahrungen mit Informationskampagnen und den dezentralen Protesttagen soll entschieden werden, ob die Bewegung stark genug ist für einen zentralen bundesweiten Protesttag." (Wompel).

Was hat sich seitdem geändert? Ist die Bewegung inzwischen stark genug? Für einen neuen Diskussionsschub vor allem unter kritischen GewerkschafterInnen hat mit Sicherheit die Schröder-Rede vom 14. März gesorgt, wo das erste Mal die Grundzüge der gesamten Agenda 2010 skizziert und gleichzeitig unverhohlen die Vermittlungsfunktion der Gewerkschaften angegriffen wurde. Diese befinden sich seit dem in einer Situation anhaltender Lähmung. Einer relativ eindeutigen Beschlusslage unterschiedlichster Gliederungen gegen die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme steht eine genauso eindeutige Handlungsunfähigkeit und Unschlüssigkeit des Apparates gegenüber. Als Organisationen sind die Gewerkschaften weder bereit noch willens, sich mit der Sozialdemokratie ernsthaft anzulegen. Das Ringen geht eher darum, wie ihre traditionelle Vermittlungsfunktion bewahrt bzw. neu definiert wird. In dieser Situation entstehen Risse in der innergewerkschaftlichen Diskussion, lokale und regionale Vernetzungsinitiativen von Gewerkschaftslinken, Öffnungen in Richtung des (sozialpolitischen) Initiativenspektrums. Diese Risse sind von Stadt zu Stadt und Region zu Region sehr unterschiedlich ausgeprägt und in der Gesamtschau immer noch marginal. Die viel beschworene Hoffnung auf eine "Gewerkschaft von unten" war und ist nicht mehr als Wunschdenken.

Die Formen und die Anlässe von sozialpolitischem Protest sind sehr heterogen, relativ erfolgreiche lokale Aktionen und Demonstrationen stehen neben Regionen oder Phasen absoluten Stillstandes. Die Horrormeldungen und das Verwirrspiel um die diversen "Reformen", die im Zusammenhang mit Agenda 2010 herumgeistern, sorgen eher für Angst und Erstarrung als für Wut und Widerstand. Nichts deutet real darauf hin, dass es tatsächlich eine Protest- und Widerstandsbewegung gibt, die über den Kreis engagierter AktivistInnen hinausgeht. In einer solchen Situation ist die Mobilisierung nach Berlin ein zweischneidiges Schwert. Einerseits ist der Versuch, sichtbaren (d.h. medial wahrnehmbaren) Massenprotest zu organisieren, prinzipiell eine vernünftige Überlegung. Andererseits weist die momentane Mobilisierung auch deutlich Elemente einer schlechten Kampagnenpolitik auf: Der Aufbau lokaler Strukturen tritt in den Hintergrund, und die Demonstration könnte zum Blendwerk werden: Selbst wenn wirklich eine beachtenswerte Zahl von DemonstrantInnen durch Berlin marschiert, wäre sie nicht wirklich Ausdruck einer sozialpolitischen Widerstandsbewegung. Denn die Frage, wie die Agenda 2010 nicht symbolisch, sondern ganz real gekippt werden kann, wird durch eine solche Einmal-Aktion weder gestellt noch beantwortet. Im Gegensatz zur Kampagnenorientierung gerade von traditionslinken Gruppierungen im attac-Umfeld hat der

attac-Koordinierungsrat dieses Problem in seinem Aufruf für Berlin deutlich formuliert: Die Demonstration macht nur Sinn, wenn sie den Aufbau lokaler und regionaler Widerstandsstrukturen stärkt.

dk

Demonstration gegen Sozialkahlschlag am 1.11. in Berlin. Beginn 13 Uhr, Mollstr./Alexanderplatz. Abschlusskundgebung: Platz des 18. März. Informationen unter www.labournet.de sowie unter www.Demo-gegen-Sozialabbau.de

19. Bezahlt wird nicht! Geld sparen und Erwerbslose loswerden

Autor: Guido Grüner · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:27

Nach Hartz I und II kommen jetzt die Gesetze III und IV zu den "modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt". Im Zentrum steht dabei die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Arbeitslosengeld II (Alg II) heißt diese in Zukunft und bewegt sich auf Sozialhilfeniveau. Guido Grüner analysiert im Folgenden die neuen Zumutungen für Erwerbslose.

Wolfgang Clement spricht Tacheles: "Wir wollen nicht mehr für Arbeitslosigkeit bezahlen." Nie haben wir ihm mehr geglaubt, denn dieser Satz bringt auf den Punkt, was die neuen Arbeitsmarkt- und Sozialhilfegesetze bewirken sollen: a) Erwerbslosen sollen möglichst gar keine Leistungen mehr bekommen. Wenn es sich partout nicht vermeiden lässt, sollen sie so gering wie möglich sein. b) Die Kosten der Erwerbslosigkeit sollen abgewälzt werden - von Staat und Unternehmen auf die Betroffenen, deren Alterssicherung und deren Familien. c) Erwerbslose sollen sich gefälligst selbst um Erwerbsarbeit kümmern. Der penetrante Hinweis auf "erforderliche Selbsthilfe" gibt die Richtung vor.

Der Übergang vom Alg zur Arbeitslosenhilfe war noch nie besonders prickelnd: weniger Geld, Bedürftigkeitsprüfung zu eigenem Einkommen und Vermögen sowie des Partners. Bis zum Jahr 2002 konnten die meisten Erwerbslosen diese Klippe jedoch relativ einfach umschiffen. Jetzt hingegen baut die Bundesregierung vor den Bezug von Arbeitslosengeld II dramatische Hürden. Das Alg II wird als Fürsorgeleistung für den "Personenkreis der Langzeitarbeitslosen" gestrickt, und diese Personengruppe soll sich zuallererst selbst helfen. Die Leistung wird nur gezahlt, wenn

- sie halbjährlich beantragt wird

- die/der Hilfebedürftige 15 bis 65 Jahre alt ist

- Partner und Kinder oder Eltern nicht vorrangig Unterhalt zu zahlen haben

- kein verwertbares Vermögen vorhanden ist (1)

- die/der Erwerbslose mindestens drei Stunden täglich arbeitsfähig ist

- (im ausländerrechtlichen Sinn) Beschäftigungsaufnahme ohne Beschränkung erlaubt ist oder werden könnte

Alg II gibt es auch dann nicht, wenn das zukünftige Job-Center sofort Arbeit vermittelt kann. Irgendwelche Ansprüche dürfen dabei an diese Arbeit nicht gestellt werden. Clement: "Jede Arbeit ist zumutbar." Also auch 400-Euro-Jobs, selbstständige Arbeit oder sog. gemeinnützige Arbeit ("im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Arbeiten" ohne Lohn, sondern gegen Mehraufwandsentschädigung).

Diese Zugangsvoraussetzungen sollen dafür sorgen, dass Erwerbslose recht anspruchslos gegenüber der Erwerbsarbeit werden. Insbesondere die harte Einkommens- und Vermögensüberprüfung bei Kindern und Eltern sowie der Zwang, vor dem Leistungsbezug Alterssicherungsvermögen bis auf geringe Freibeträge aufzubrauchen, wird viele erstmal aus dem Hilfebezug kicken. Das Abgrenzungskriterium "Arbeitsfähigkeit" ist darüber hinaus ein erprobtes Mittel, um Erwerbslose zwischen den Leistungssystemen zu "verschieben". Von den Renten- und Krankenversicherungsträgern ist bekannt, dass sie viele Leistungsfälle gerne mittels ihrer medizinischen Abteilungen loswerden. Mit der Diagnose "arbeitsfähig für drei Stunden täglich für leichte bis mittelschwere Tätigkeiten, z.B. Tätigkeit als Pförtner" kann man die Betroffenen elegant an den Arbeitsmarkt abdelegieren, ohne dass es dort irgendeine halbwegs realistische Perspektive gibt.

Das Alg II gilt offiziell als "Grundsicherung für Arbeitssuchende" (SGB II). Vorgesehen sind Leistungen für Lebensunterhalt und Unterkunft. Auf die bisherigen Sozialhilfesätze werden 16% für (pauschalierte) "einmalige Leistungen" draufgeschlagen - das ist alles. Die Regelleistung beträgt demnach im Westen 345 Euro plus Unterkunft, im Osten sind es 331 Euro plus Unterkunft. Angehörige bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres sollen 60%, ab dem 15. Lebensjahr 80% der Regelleistung bekommen. Schwangere, Alleinerziehende und Behinderte dürfen mit einem Zuschlag rechnen, ebenso Menschen, die krankheitsbedingt auf besonders kostenaufwändige Ernährung angewiesen sind.

Geh' erstmal arbeiten

Vieles klingt wie bei der jetzigen Sozialhilfe, doch faktisch fällt das Alg noch hinter diese zurück, so etwa durch die umfassende Pauschalierung. Nach Berechnungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen verlieren erwerbsfähige SozialhilfebezieherInnen, die genau wie ArbeitslosenhilfebezieherInnen in Zukunft Alg II bekommen, zwischen 36 Euro (Alleinerziehende/r, zwei Kinder) und 77 Euro (ein Ehepaar, zwei Kinder) im Monat.

Aus den Regelleistungen muss für alle Eventualitäten von der kaputten Waschmaschine bis zum Herd angespart werden. Sollte darüber hinaus dennoch ein "unabweisbarer Bedarf" auftreten, können zusätzliche Leistungen gewährt werden, allerdings nur als Darlehen. Die Rückzahlung organisieren die Ämter sofort: durch eine 10%ige Kürzung der Regelleistung. Wer also mit etwas erhöhtem Bedarf in den Alg-II-Bezug geht, z.B. mit alter Wohnungsausstattung und entsprechend störanfälligen Haushaltsgeräten, wird schnell eine drastische Senkung des zum Leben verfügbaren Geldes zu spüren bekommen.

Der 16%-Aufschlag für "einmalige Leistungen" liegt schon für Erwachsene am unteren Rand dessen, was bisher die Sozialhilfe abgedeckt hat. Für Haushalte mit Kindern kommt es teilweise noch dicker. Kinderwagen und weitere "säuglingsbedingte" Anschaffungen sollen bereits mit dem 16%-Zuschlag abgedeckt sein. Die bisher möglichen Leistungen für den Schulbedarf von Kindern kommen im Alg II nicht mehr vor. Für "mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen" können zwar Leistungen beantragt werden, doch dafür muss man wieder zum Sozialamt. Dort muss man im Übrigen auch die Erstausstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte, die Erstausstattungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt und die "besonderen Aufwendungen anlässlich des Weihnachtsfestes" beantragen. So viel zu den "Leistungen aus einer Hand", mit denen Rot-grün das Alg II beworben hat.

Verarmung mit rot-grüner Grundsicherung

Schon die Grundleistungen des Alg II sind alles andere als bedarfsdeckend. Die Sicherung der Unterkunft durch Übernahme der Mietkosten ist darüber hinaus ein weiterer heikler Punkt. Angeblich sollen die tatsächlichen Aufwendungen übernommen werden - soweit sie angemessen sind. Was aber "angemessen" ist, das regeln Wirtschafts-, Gesundheits- und Finanzministerium unter sich. Das gilt auch für die Frage nach der eventuellen Pauschalierung der Wohnungskosten. Hier hält sich Rot-grün Spielräume für Regelungen offen, die jedem wirklichen Bedarfsdeckungsanspruch widersprechen. Wie sich die AutorInnen des Gesetzes den Zusammenhang von Bedarf und Angemessenheit vorstellen, formulieren sie an einer anderen Stelle (Vermögen, Einkommen): "Für die Angemessenheit sind die Lebensumstände während des Bezugs der Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende maßgeblich." Wenn diese Erläuterung sinngemäß auch bei der Übernahme der Wohnungskosten angewandt werden sollte, dann entspricht das rot-grüne Gesetz den Vorstellungen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch. Der fordert schon seit Jahren die Unterbringung von SozialhilfebezieherInnen in Einfachunterkünften.

Man kann darüber spekulieren, dass die Bundesregierung vermutlich nicht sofort dazu übergehen wird, die üblichen Mietkosten nur noch anteilig zu übernehmen. Doch die Möglichkeit zur Pauschalierung der Mietkosten auf dem Wege einer Rechtsverordnung (und ausdrücklich ohne weitere parlamentarische Kontrolle) würde nicht im Gesetz stehen, wenn davon nicht Gebrauch gemacht werden sollte. Wenn die "Grundsicherung" unterhalb des Sozialhilfeniveaus immer noch nicht ausreichen sollte, um Erwerbslose in Billigjobs zu treiben, so tut sich hier ein zusätzliches willkommenes Druckmittel auf: die Verdrängung Erwerbsloser in Bruchbuden.

Was früher das Arbeitsamt war, heißt in Zukunft "Agentur für Arbeit". Bevor diese nun Alg II gewährt, will sie einen Vertrag. Zwar werden die "Eingliederungsvereinbarungen" den Erwerbslosen "angeboten", doch es sind Angebote, die man nicht ablehnen kann. In diesen Vereinbarungen werden die Pflichten des/r Erwerbslosen detailliert festgelegt, insbesondere die zu erbringenden Nachweise zu den Eigenbemühungen. Da jede Art von Arbeit zumutbar sein soll, werden sich Erwerbslose erheblich anstrengen müssen, um sich nicht durch völlig sachfremde, sinnlose und überzogene Auflagen um das Alg II bringen zu lassen.

Schon sprachlich sind die gesetzlichen Bestimmungen zur "Eingliederungsvereinbarung" ein Graus. Die Verweigerung einer "angebotenen Eingliederungsvereinbarung" (§ 31, SGB II), in der "die Agentur für Arbeit

mit jedem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen die für seine Eingliederung erforderlichen Leistungen festlegen soll" (§ 15) führt demnach sofort zu einer 30%igen Leistungskürzung. Bei Personen unter 25 Jahren kann sogar die Hilfe ganz eingestellt oder auf reine Sachleistungen oder Lebensmittelgutscheine umgestellt werden.

Die Bezeichnung "Vereinbarung" suggeriert einen freiwilligen Abschluss zwischen zwei Parteien. Tatsächlich jedoch ist die "Eingliederungsvereinbarung" ein Zwangsinstrument. Erwerbslose können mit Leistungskürzung und Hilfeentzug sanktioniert werden. Und sie müssen die Vereinbarung unterschreiben, wenn sie überhaupt in den Alg-II-Bezug kommen wollen. Bei der "Eingliederungsvereinbarung" müssen sich Erwerbslose also einem Rechtsgeschäft unterwerfen, das allein zu ihren Lasten geht. Und genau dieses Rechtsgeschäft wird ihnen bei der ersten Gelegenheit vorgehalten, um dann wirklich die Leistung zu streichen: "Sehen Sie hier, in dieser von Ihnen selbst unterzeichneten Eingliederungsvereinbarung wurden Verabredungen zu erforderlichen Eigenbemühung getroffen, die Sie nicht eingehalten haben. Daher werden jetzt für drei Monate die Leistung gekürzt." Uwe Berlit, Richter am Bundesverwaltungsgericht, sieht damit Normen des Grundgesetzes verletzt und fordert, diese Selbstunterwerfungsregelung zu streichen. (2)

Unterwerfung per Vertrag

Die Bestimmungen des SGB II zu den "Eingliederungsvereinbarungen" sind symptomatisch: Erwerbslose werden zum reinen Objekt politischen und verwaltungsmäßigen Handelns gemacht. Die rot-grüne Behauptung, Selbsthilfe fördern zu wollen, ist komplett unglaubwürdig und geht angesichts der ökonomischen Wirklichkeit ins Leere. Die "Grundsicherung für Arbeitssuchende" bezweckt etwas ganz anderes. Erwerbslose sollen mit allen Mitteln auf andere Einkommensquellen verwiesen werden. Und dafür sind Zugangsbarrieren und unzumutbare Verfahren genauso recht wie das armselige Niveau der "Leistungen". Die rot-grüne "Grundsicherung" trifft auf einen breiten Konsens bis hin zur CDU/CSU. Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Neuausrichtung der Sozialleistungssysteme ist es für Erwerbslose und Beschäftigte überfällig, dagegen wirksame Strategien und Forderungen zu entwickeln. Das fängt dabei an, gegenüber den neuen Job-Centern und Sozialämtern solidarische Selbsthilfe aufzubauen. Erforderlich ist eine solche solidarische Selbsthilfe aber auch gegenüber den um sich greifenden Lohn-Wucherarbeitsverhältnissen. Schließlich geht es um den Aufbau einer politischen Bewegung für Mindestarbeitsstandards und Einkommen. Anderenfalls wird bald zu Recht gesagt werden dürfen: USA ist überall.

Guido Grüner

Dieser Beitrag ist eine stark gekürzte Fassung eines Artikels, der in der nächsten Ausgabe der Erwerbslosenzeitung quer erscheint. Wir danken für die Abdruckerlaubnis.

Anmerkungen:

1) Zu den Vermögensteilen, die nicht angegriffen werden müssen, zählen 200 Euro je Lebensjahr, ein Freibetrag von 750 Euro für jede Person im Haushalt, "angemessener" Hausrat sowie entsprechendes Wohneigentum und Kfz oder "Riester-Vermögen".

2) info also, 5/2003; auch zu finden unter www.arbeitnehmerkammer.de.

20. Faschismus und Totalitarismus. Konjunkturen einer Jahrhundertdebatte

Autor: Js. · Rubrik: Theorie; Diskussion; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:03

Wer den "Kampfbegriff" Faschismus in einem übergreifenden Sinne benutzt, gefährdet den "antitotalitären Konsens" der Bundesrepublik Deutschland - das ist, grob gesagt, der Haupteinwand der Konservativen gegen einen "generischen" Faschismusbegriff. Dass beides in der Tat zusammenhängt, zeigen die Konjunkturen, welche die Totalitarismusdoktrin im 20. Jahrhundert erlebte.

Das Wort kommt ursprünglich aus Italien. Als "totalitär" (totalitario) bezeichnete der liberale Antifaschist Giovanni Amendola ein Jahr nach dem Machtantritt des Faschismus das von Mussolini angestrebte System. Wenig später griffen die Faschisten selbst das Wort auf. "Jawohl, wir sind totalitär! Wir wollen es sein vom Morgen bis zum Abend, ohne abweichende Gedanken", verkündete Roberto Forges Davanzati, Mitglied der faschistischen Parteiführung, Anfang 1926. Amendola wiederum hatte zwischenzeitlich auch der jungen Sowjetunion Totalitarismus vorgeworfen: Faschismus wie Kommunismus seien eine "totalitäre Reaktion auf Liberalismus und Demokratie". Bald teilte die gesamte bürgerliche Opposition in Italien die These von der strukturellen Ähnlichkeit der beiden Diktaturen. Der Priester Don Luigi Sturzo, als Führer der Volkspartei Ahnherr der Democrazia Cristiana, sah den Unterschied zwischen Italien und der Sowjetunion darin, "dass der Bolschewismus eine kommunistische Diktatur oder ein Linksfaschismus ist und der Faschismus eine konservative Diktatur oder ein Rechtsbolschewismus ist."

In der Folgezeit kam dieser Vorwurf auch aus den Reihen der Sozialdemokratie. In offen hetzerischer Form schlug er sich auf einem Wahlplakat der SPD aus dem Jahre 1932 nieder: "Kommunisten und Nationalsozialisten kämpfen gemeinsam. (...) Der gleiche Terror, die gleichen Lügen, der gleiche Hass eint sie. Beide erfüllen den gleichen Zweck: Die Einheit der Arbeitenden zu stören. (...) Das Großkapital weiß, was es an den Kommu-Nazis hat. (...) Die Kommunisten haben dem Faschismus den Weg bereitet. (...) Wer kommunistisch wählt, wählt nationalsozialistisch." Während die Sozialfaschismus-These der Komintern im schlichten Geschichtsbild der Berliner Republik als entscheidende Ursache für die Spaltung der Arbeiterbewegung und für den Sieg der Nazis missverstanden wird, sind die "antitotalitären" Verirrungen der Sozialdemokratie heute kaum noch bekannt. Dass sie den antifaschistischen Kampf schwächten und die allerersten Opfer des Nazi-Terrors verhöhnten, ist offensichtlich.

Nach Errichtung der NS-Diktatur bemühten sich vor allem US-amerikanische Politologen um eine wissenschaftliche Begründung der Totalitarismustheorie. Auf Konferenzen in Minneapolis (1935) und Philadelphia (1939) wurden vermeintliche Gemeinsamkeiten der "zwei Typen" von "Massenbewegungs-Diktaturen" (Hans Kohn) gesammelt. Auf der Konferenz von Philadelphia, schreibt der Historiker Wolfgang Wippermann, "stand ... die Frage, ob ein Vergleich zwischen Faschismus und Kommunismus überhaupt zulässig sei, überhaupt nicht mehr zur Diskussion." Der kurz zuvor, am 23. August 1939, geschlossene deutsch-sowjetische-Nichtangriffspakt ("Hitler-Stalin-Pakt") galt als letzter Beweis für die These von der gemeinsamen Frontstellung der "totalitären" gegen die "liberalen Mächte".

Der Nutzen des "antitotalitären Konsenses"

Letztere fanden sich allerdings bald darauf im Bündnis mit der "totalitären" Sowjetunion gegen Deutschland, Italien und Japan. Kritik am Stalinismus war fortan in den westlichen Demokratien unerwünscht. Die "ziemlich abrupte Preisgabe des Totalitarismusmodells" zeige, so Wippermann, "wie politisch motiviert die gesamte Diskussion war, weshalb ‚Totalitarismus` vor 1945 insgesamt mehr den Charakter eines politischen Kampfbegriffs hatte."

Das blieb auch bei Beginn des Kalten Krieges so, als der Totalitarismusbegriff eine neue Konjunktur erlebte. Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski, die Urheber der in den 1950er Jahren im Westen hegemonialen "klassischen" Totalitarismustheorie, waren zwar um den Anschein wissenschaftlicher Beweisführung bemüht. So untersuchen sie in ihrem 1956 erschienenen Buch "Totalitarian Dictatorship and Autocracy" diverse ideengeschichtliche Ursprünge des Totalitarismus und nennen als Vorläufer Hitlers und Stalins so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Augustin, Luther, Calvin, Machiavelli, Hobbes, Hegel, Marx

und Nietzsche. Aber die "Hypothese" bleibt, obwohl unbewiesen, unverändert erhalten - nämlich "dass die faschistischen und kommunistischen Diktaturen in ihren wesentlichen Zügen gleich sind".

Nach Ansicht von Friedrich und Brzezinski entscheiden sechs idealtypische Merkmale darüber, ob ein Staat als "totalitär" einzustufen ist: "Die entscheidenden Wesenszüge, von denen wir behaupten, dass sie allen totalitären Diktaturen gemeinsam sind und ihre Gestalt ausmachen, sind die sechs folgenden: eine Ideologie, eine Partei, eine terroristische Geheimpolizei, ein Nachrichtenmonopol, ein Waffenmonopol und eine zentral gelenkte Wirtschaft." Dass das sechste Kriterium, die zentrale Wirtschaftslenkung, die faschistischen Regime in Italien und Deutschland aus dem Kreis totalitärer Staaten ausschließt, war aus Sicht der Urheber - und vor allem der politischen Anwender - der Totalitarismustheorie kein Problem: Nazi-Deutschland war besiegt, sein westdeutscher Nachfolgestaat ein verlässlicher Partner an vorderster Front der Ost-West-Konfrontation, während gegen die Sowjetunion, soeben noch wesentlich für den Sieg der Anti-Hitler-Koalition verantwortlich, nun jede Anschuldigung gerade recht kam.

Den Vorwurf, der antikommunistischen Propaganda eine pseudo-wissenschaftliche Rechtfertigung geliefert zu haben, kann man Hannah Arendt nur bedingt machen. Im Schlusskapitel ihres monumentalen Werkes "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" (die englische Originalfassung erschien 1951) nennt sie "die Gaskammern des Dritten Reiches und die Konzentrationslager der Sowjetunion" ebenso im gleichen Atemzug wie die von beiden Regimen betriebene "Bevölkerungspolitik, die systematisch oder fabrikmäßig darangeht, die ‚lebenstauglichen und minderwertigen Rassen und Individuen` oder die ‚sterbenden Klassen` zu vernichten". So ließ sich die hochgerüstete Sowjetunion moralisch auf die gleiche Stufe stellen wie das besiegte Nazi-Deutschland. Arendts These vom "Anspruch auf Weltherrschaft, den alle totalitären Bewegungen stellen", legt darüber hinaus nahe, dem sowjetischen Totalitarismus mit den gleichen Mitteln zu begegnen wie dem deutschen. Zu Arendts Ehrenrettung sei allerdings gesagt, dass sie später von ihrem strikten Antisowjetismus abrückte: In ihrem 1966 geschriebenen Vorwort zum Dritten Teil der "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" erklärte sie die Geschichte des sowjetischen Totalitarismus einstweilen für beendet - seit 1953: "Mit seinem (Stalins) Tod fand die Geschichte, die dieses Buch erzählen muss und erfassen und verstehen will, zumindest ein vorläufiges Ende."

Ungeachtet dieser wichtigen Einschränkung muss Hannah Arendts Name auch heute noch dafür herhalten, plattesten Gleichsetzungen von "Rot und Braun" oder vergleichenden Studien der "beiden deutschen Diktaturen" höhere Weihen zu geben. Letzteres ist explizit Schwerpunkt des Dresdner "Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung" und unabhängig vom Ergebnis des Vergleichs zwangsläufig darauf angelegt, die NS-Verbrechen zu verharmlosen.

Dass Hannah Arendt "als herkömmliche Totalitarismus-Theoretikerin ausfällt" (Micha Brumlik), wurde in der bundesrepublikanischen Rezeption kaum zur Kenntnis genommen. Denn hier ging es nicht um wissenschaftliche Genauigkeit, sondern um die politische Nutzbarmachung eines Schlagworts. So wurde das Grundgesetz zur "lebendigen Totalitarismustheorie" (Ernst Nolte), diese Theorie zur "Weltanschauung des Grundgesetzes" (Konrad Löw). Mit der angeblichen Bedrohung durch den sowjetischen "Totalitarismus" ließ sich die Wiederbewaffnung ebenso rechtfertigen wie die Verfolgung von KommunistInnen. Die Ende der 1960er Jahre begonnene, ostpolitische Kurskorrektur ("Wandel durch Annäherung") erforderte allerdings auch eine ideologische Umorientierung. Während die Regierenden Entspannungsrhetorik produzierten, wurde die 1956 als "Moskaus Fünfte Kolonne" verbotene KPD 1968 unter dem Namen DKP wieder zugelassen. An den Universitäten begann die kurze Blütezeit der Faschismusdiskussion. Die in die Defensive gedrängten VerfechterInnen der "Totalitarismustheorie" - stellvertretend hier der Historiker Karl Dietrich Bracher - warnten vor dem Schlimmsten: " ... musste es von schwerwiegender, das Selbstverständnis der Bundesrepublik treffender Bedeutung sein, wenn der Totalitarismusbegriff in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion durch den Faschismusbegriff ersetzt wurde (...) Die Folgen sind unabsehbar. Denn hier geschah zugleich ein allmählicher Abbau jener Hemmungen und Schutzvorkehrungen der ‚wehrhaften Demokratie`, die Staat und Gesellschaft vor neuen Polarisierungen und extremen Ideologisierungen bewahren ... sollten."

Ein Freibrief für die "wehrhafte Demokratie"

Seit den 1970er Jahren wurde "Totalitarismus" mehr und mehr durch "Extremismus" ersetzt. Als dessen "höchste Intensivstufe" (Manfred Funke) wurde der "Terrorismus" ausgemacht, dem es nun mit allen Mitteln der "wehrhaften Demokratie" zu begegnen galt - eine wohlfeile "wissenschaftliche" Rechtfertigung für die mit

Ausnahmegesetzen, Sondertribunalen und polizeilichen Todesschüssen geführte "Anti-Terror-Politik" des Staates.

Die Renaissance der Totalitarismustheorie begann in den 1980er Jahren. Die von Ernst Nolte im "Historikerstreit" vertretene Behauptung eines "kausalen Nexus" zwischen bolschewistischem "Klassenmord" und nazistischem "Rassenmord" ging über Arendts Gleichsetzung von Arbeitslagern mit Vernichtungslagern weit hinaus: Denn nach Nolte war der Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden eine (verständliche) Reaktion auf den Terror des "jüdischen Bolschewismus", ein Verbrechen aus Angst, selbst diesem Terror zum Opfer zu fallen.

Die heftige Ablehnung, die Nolte erfuhr, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Teile seiner Thesen in den deutschen Mainstream- und Elitendiskurs eingingen. Der im Historikerstreit über Nolte errungene Sieg war ein "Pyrrhussieg, wie allein schon der enorme Zuwachs an totalitarismustheoretischen Bekenntnissen seitens einiger bis dahin durchaus kritisch eingestellter Historiker bezeugte", schreibt Karl Heinz Roth, der vor allem den "Durchbruch der Neo-Totalitarismustheorie seit dem Untergang der DDR" untersucht hat. Erst nach 1989 wurde diese Doktrin wieder zur "hegemonialen politischen Ideologie". An ihrer Verbreitung und Absicherung sieht Roth riesige ideologieproduzierende Apparate beteiligt, darunter das 1994 eröffnete Haus der Geschichte, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Bundestags-Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", außerdem die "aus der Bundeskasse ernährte Klientel" der WissenschaftlerInnen, die sich um die "neuen Fleischtöpfe" (Expertisen- und Forschungsaufträge) balgen.

Die Wiederbelebung der Totalitarismustheorie nützt aber nicht nur den unmittelbar Beteiligten. Indem diese in den Rang einer Staatsideologie gehobene Doktrin den Begriff der Freiheit mit dem Privateigentum und den Bürgerrechten der parlamentarischen Demokratie gleich setzt, kriminalisiert sie jeden Versuch, dem Kapitalismus eine Alternative entgegenzusetzen, als "totalitär". Dass Wolfgang Wippermann, Herausgeber des nebenstehend rezensierten Buches ",Faschismus` kontrovers", trotzdem auf eine "neue Totalitarismustheorie" hofft, ist schwer nachvollziehbar. Zumal die bisherigen Totalitarismustheorien, wie er selbst schreibt, "mehr in ideologiegeschichtlicher als in wissenschaftlicher Hinsicht interessant" sind. Eine sehr zurückhaltende Umschreibung für die hier in aller Kürze beschriebene Ideologieproduktion zum Wohle des Kapitalismus.

Js.

Lesenswertes zum Thema:

Karl Heinz Roth: Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie, Hamburg 1999 (vgl. Rezension in ak 441)

Gerd Wiegel: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie, Köln 2001 (vgl. Vorabdruck in ak 456)

Wolfgang Wippermann: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997

21. Kein Streit um Wörter. Die Faschismusdiskussion ist neu eröffnet. Eine Buchvorstellung

Autor: Gerd Wiegel · Rubrik: Diskussion; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:01

Die Blütezeit der Faschismusdiskussion in der Bundesrepublik dauerte nur wenige Jahre. Nicht nur die Gegenoffensive der Totalitarismustheoretiker in den 1970er Jahren, auch Verkürzungen, Simplifizierungen und der exzessive Gebrauch des Faschismusbegriffs auf der Linken trugen zu seiner Diskreditierung bei. Nach 1989 geriet der Faschismusbegriff - und mehr noch der Antifaschismus - noch einmal verstärkt unter politischen Beschuss. Um so verdienstvoller ist der von Werner Loh und Wolfgang Wippermann unternommene Versuch, die Faschismusdiskussion wieder in Gang zu bringen.

Die von Loh und Wippermann in der Zeitschrift Erwägen Wissen Ethik angestoßene wissenschaftliche Diskussion ist nun in dem Buch ",Faschismus` kontrovers" dokumentiert. Ausgangspunkt der Diskussion ist ein Hauptartikel von Wolfgang Wippermann, auf den die DiskutantInnen dann in kurzen schriftlichen Statements reagieren. Nach einer diese Statements aufnehmenden Replik Wippermanns haben alle DiskutantInnen die Gelegenheit zu einer abschließenden Stellungnahme. Der hier dokumentierten Debatte wurde noch ein Einleitungskapitel Wippermanns vorangestellt, in dem dieser einen Überblick über Geschichte und Theorie des Faschismus gibt. TeilnehmerInnen der Diskussion, die vor allem von unterschiedlichen Vertretern (und einer Vertreterin) des Faschismusbegriffs und des mit ihm konkurrierenden Totalitarismusbegriffs bestritten wurde, waren: Lothar Fritze, Peter Fritzsche, Roger Griffin, Eike Hennig, Klaus Holz, Wolfgang Kraushaar, Volker Kronenberg, Reinhard Kühnl, Stanley G. Payne, Friedrich Pohlmann, Karin Priester, Werner Röhr, Achim Siegel, Lothar Steinbach, Ernst Topitsch und Friedrich Zunkel.

Rassismus als zentrales Ideologem?

In seinem einleitenden, ca. 50 Seiten langen Überblick geht Wippermann auf historische Erscheinungsformen, theoretische Deutungen und gegenwärtiges Potenzial des Faschismus ein. Für die historische und theoretische Bestimmung des Faschismus sind für Wippermann die folgenden, auch die Diskussion beherrschenden Punkte von Bedeutung: Der Faschismus sei mehr als nur ein Agent oder Instrument der herrschenden Klasse gewesen, er müsse als eine weitgehend autonome Erscheinung betrachtet werden. Diese durchgehende Abgrenzung von - manchmal recht verkürzt wiedergegebenen - marxistischen Faschismustheorien schränkt Wippermann jedoch selbst durch den Hinweis ein, dass der historische Faschismus nicht nur auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entstanden, sondern auch im Bündnis mit bestimmten Kräften dieser Ordnung zur Macht gelangt ist. Da es darüber hinaus in keinem faschistischen Regime zu grundlegenden Veränderungen der Eigentumsstruktur gekommen ist, müsse die marxistische Grundfrage nach der ökonomischen Funktion des Faschismus an der Macht als legitim erachtet werden. Dennoch liegt in dieser Funktion für Wippermann nicht das Wesen des Faschismus begründet, dessen eigenständiger Charakter stärker in den Mittelpunkt gerückt werden müsse.

Realtypus und Radikalfaschismus

Wie von den Verkürzungen einer orthodoxen marxistischen Interpretation setzt sich der Autor auch von Mittelstands- oder Modernisierungstheorien ab, die ebenfalls ein verkürztes Bild entwerfen würden. Alle diese "Globaltheorien" sind für Wippermann deshalb unzureichend, weil sie von "einer idealtypischen Konstruktion ‚des` Faschismus ausgehen". Demgegenüber komme es aber für die Untersuchung darauf an, den italienischen Faschismus als faschistischen Realtypus in den Mittelpunkt zu stellen, der von allen anderen außeritalienischen Parteien und Regimen nachgeahmt worden sei. Dieser methodische Ausgangspunkt, die Definition des Faschismus ausgehend vom italienischen Realtypus, stößt in der Debatte auf vielfältigen Widerspruch und wird auch von Wippermann nicht konsequent durchgehalten.

Als von Italien ausgehende, jedoch allen faschistischen Parteien gemeinsame Punkte werden Hierarchie, Führerprinzip, uniformierte und bewaffnete Abteilungen, Massenkundgebungen und Massenaufmärsche, jugendlicher und männlicher Charakter, pseudoreligiöse Ausrichtung und Gewalt als Mittel der Politik benannt. Der Rassismus stellt für Wippermann den ideologischen Kern des Faschismus dar, der eben keinen verschleiernden oder instrumentellen, sondern einen programmatischen Charakter gehabt habe. Somit sei der

Rassismus und nicht der Antimarxismus der Mittelpunkt der faschistischen Ideologie, um den sich weitere Ideologeme gruppiert hätten.

Die anhand dieser Punkte festzustellenden Gemeinsamkeiten verschiedener Regime und Parteien rechtfertigen für Wippermann die Verwendung eines allgemeinen Faschismusbegriffs, wenngleich es zwischen diesen große Unterschiede gebe. Um den "Sonderfall des deutschen Faschismus" theoretisch angemessen fassen zu können, rekurriert Wippermann auf die von Ernst Nolte eingeführte Unterscheidung zwischen "Normalfaschismus" und "Radikalfaschismus". In Deutschland sei die "Verselbstständigung der Exekutive" weiter als in Italien gegangen, so dass das rassenideologische Programm, das im Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden kulminierte, ohne konkurrierende oder widerständige Institutionen verwirklicht werden konnte. Ganz im Verständnis des Rassismus als ideologischem Kernpunkt des Faschismus bezeichnet Wippermann dessen radikalisierte deutsche Variante als "Rassenstaat".

An der von Wippermann vorgelegten Definition wird von allen DiskutantInnen in der einen oder anderen Form Kritik geübt, wobei zwischen einer dem Faschismuskonzept generell zustimmenden, aber definitorisch alternativen und einer diesem Konzept gegenüber generell skeptischen Kritik zu unterscheiden ist. Umstritten ist zunächst Wippermanns Diktum, bei der Untersuchung des Faschismus sei vom italienischen Realtyp auszugehen, der Vorbild für alle anderen Parteien und Bewegungen gewesen sei. Roger Griffin und Stanley S. Payne vertreten in ihren Arbeiten den gegenteiligen Ansatz und sprechen von einem "faschistischen Minimum", das vorhanden sein müsse, um von Faschismus sprechen zu können.

Ähnlich argumentiert Karin Priester, die davon ausgeht, dass eine Typenbildung nur auf der Basis mehrerer vergleichbarer Einzelfälle erfolgen kann. Wolle man aber zu einem verallgemeinerbaren Faschismusbegriff gelangen, komme man um idealtypische Konstruktionen nicht herum. Für Werner Röhr beinhaltet die Beschränkung auf den empirisch gegebenen Realtyp als Vergleichsgrundlage den Verzicht auf analytische Vergleiche; es seien so höchstens Analogiebildungen möglich.

Die Frage des für eine Definition des Faschismus notwendigen Ausgangspunktes hängt aufs engste von den zentralen Inhalten ab, die diesen Regimen und Bewegungen zugeschrieben werden. Hier zeigen sich weit gravierendere Differenzen. Kritisiert wird vor allem der Widerspruch zwischen Wippermanns theoretischem Ausgangspunkt der Definition, eben dem italienischen Realtyp, und seiner inhaltlichen Bestimmung des Rassismus als ideologischem Kern des Faschismus. Gerade für den italienischen Faschismus, so führen zahlreiche Autoren aus, habe der Rassismus keine zentrale Rolle gespielt. Unklar bleibe bei einer solchen Definition auch, warum der deutsche Faschismus als "Sonderfall" erscheine, wenn doch der Rassismus den Kern jeder faschistischen Ideologie darstelle.

Als Gegenentwurf zu Wippermanns Bestimmung des Rassismus als zentralem Inhalt des Faschismus werden unterschiedliche Punkte angeboten. Während Roger Griffin etwa extremen Nationalismus und die Vorstellung der nationalen Wiedergeburt ("rebirth") als gemeinsamen Kern faschistischer Ideologie ansieht, sehen Reinhard Kühnl, Werner Röhr und Karin Priester die soziale Funktion des Faschismus und damit seinen Kampf gegen die politische Linke als zentrale Gemeinsamkeit aller dieser Regime und Bewegungen an.

Für Kühnl zeigt sich das Wesen eines politischen Regimes in seiner Stellung zur dominierenden gesellschaftspolitischen Konfliktlinie seiner Zeit, und dies sei unzweifelhaft die "Konfrontation zwischen Kapitalismus und sozialer Revolutionsgefahr" gewesen. Hier habe sich der Faschismus - bei allen ideologischen Widersprüchen - mit aller Klarheit auf Seiten des Kapitalismus eingeordnet. Aus dieser Stellung ergibt sich die den gemeinsamen Begriff rechtfertigende, allgemeine Bezeichnung als Faschismus. Ähnlich argumentiert Karin Priester, die einen allgemeinen Faschismusbegriff, bei allen vorhandenen Differenzen, aus dem kleinsten gemeinsamen Nenner ableiten will, "und das war nach Lage der Dinge nun einmal der Antimarxismus und der Kampf gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Nicht umsonst gründeten die sog. Achsenmächte einen ‚Antikominternpakt` und nicht einen ‚Antizionismuspakt` oder ähnliches."

Der Faschismus ist nicht tot

Für die Bestimmung der zentralen Inhalte des Faschismus ist die Frage nach seiner sozialen Funktion in der Tat von zentraler Bedeutung. Hier lässt sich feststellen, dass er historisch nur in seiner sozialen Funktion für das Kapital an die Macht gekommen ist - oder mit Hilfe anderer Faschismen. Mit dieser funktionalen Seite ist die Frage nach dem Wesen des Faschismus jedoch noch nicht abschließend beantwortet, denn ideologisch

herausgebildet und zu einem realen politischen Faktor - und damit auch erst zu einem potenziellen Machtträger - ist er vorher geworden, und hier stellt sich die Frage nach seinen Inhalten, nach den Ideologemen, die ihm einen Massenanhang bescherten, neu. Hier liegt die Evidenz der eigenständigen Untersuchung faschistischer Ideologien, die zur Erklärung des Phänomens Faschismus zusätzlich zur Bestimmung seiner sozialen Funktion wichtig sind.

Klaus Holz und Jan Weyand versuchen Wippermanns Bestimmung des Rassismus als zentralem Inhalt mit den alternativen Angeboten (Antimarxismus, Nationalismus, Antisemitismus) zu verbinden. Ihnen geht es darum, die "semantische Struktur" zwischen den verschiedenen Elementen der faschistischen Ideologie zu entschlüsseln. Diese semantische Struktur bzw. Verknüpfung liege in einem völkischen Rassismus, der alle anderen Ideologeme durchdringe. So sei die nationale "Wir-Gruppe" völkisch-rassistisch definiert und biete gleichzeitig das Kriterium von Inklusion und Exklusion. Nicht nur Nationalismus und Antisemitismus, sondern auch der Antimarxismus ("Marxisten erscheinen nicht als ‚Klassenkämpfer`, sondern als ‚vaterlandslose Gesellen`, die das Grundprinzip der nationalistischen Weltdeutung - ein Volk, eine Nation, ein Staat - bestreiten") seien rassistisch determiniert.

In einer solchen Sicht muss der Rassismus nicht als zentraler Wesenskern des Faschismus ausgegeben werden, so bei Wippermann, er wird aber für Ideologie und Mobilisierungsfähigkeit des Faschismus (und damit für seine Attraktivität für die herrschende Klasse) zu einem zentralen Punkt. Die Evidenz dieses Rassismus auch für die anderen Faschismen zu untersuchen, wäre eine wichtige Aufgabe komparativer Forschungen.

Die Vertreter eines totalitarismustheoretischen Ansatzes bleiben in ihrer Argumentation recht schwach. Sieht man von den heftigen Angriffen Friedrich Pohlmanns ab, dann wird hier eher defensiv argumentiert. Wolfgang Kraushaar sieht in der "Leichtfertigkeit", mit der Wippermann die Totalitarismustheorie abtue, eine symptomatische Einstellung der deutschen Linken insgesamt.

Die von Wippermann vorgestellte Definition des Faschismus stellt mit dem Rassismus ein Element in den Mittelpunkt, dessen Relevanz auch in der Gegenwart nicht bestritten werden kann. So ist es nicht verwunderlich, dass der Autor den Faschismus keineswegs als tot ansieht, sondern ihm ein gefährliches und virulentes gegenwärtiges und zukünftiges Potenzial zubilligt. Dies trifft für die meisten Einzelelemente des Faschismus sicherlich zu, für den Faschismus als historisch-wissenschaftlichen Gattungsbegriff ist es aber fraglich und widerspricht teilweise Wippermanns eigenen Definitionen. Sowohl die historisch konkreten Voraussetzungen der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts als auch die Interessenstruktur des Kapitals (national organisierte Hegemonie versus global vernetzte Hegemonie) bestehen heute nicht mehr in gleicher Weise. Auch von einem Gleichgewicht der Klassen, wie im für Wippermann zentralen Bonapartismusansatz von August Thalheimer, kann heute keine Rede sein. Welche Entwicklungen sich jedoch bei zukünftigen schweren Krisen des kapitalistischen Systems ergeben, kann heute niemand wissen.

Gerd Wiegel

"Faschismus" - kontrovers, hrsg. von Werner Loh und Wolfgang Wippermann,

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft Stuttgart 2003, 253 Seiten, 29 Euro

22. Weltzurichtung - nicht Weltordnung. Anmerkungen zu Dirk Hauers Rezension in ak 476

Autor: Detlef Hartmann, Dirk Vogelskamp · Rubrik: Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:32

"Weltordnungskriege verstehen", so lautete die Überschrift zu einem Artikel in ak 476, in dem Dirk Hauer unser Buch "Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg" wohlwollend und korrekt rezensiert hat. Wir danken für die Gelegenheit zu einigen ergänzenden Bemerkungen.

Gegenstand der Analyse waren die Nachkriegsstrategien, die in US-Regierung und regierungsnahen Think-Tanks entwickelt wurden. Der Zugriff auf das Öl, Massenvernichtungswaffen, Demokratisierung waren von vorneherein nur Randthemen. Kernziel war die Durchbrechung der ökonomischen Stagnation im gesamten Nahen Osten. Die ihr zu Grunde liegenden sozialen, strukturellen und mentalen Blockierungen galt es zunächst im Irak militärisch aufzusprengen, um von dort aus den produktiven Zugriff auf das Humankapital länderübergreifend zu reorganisieren.

Es wäre gefährlich, diese Strategie für gescheitert oder gar für aufgegeben zu erklären. Wie beabsichtigt wird der Irak als gigantisches Lager und Labor auf dem Elendsniveau des Sanktionsregimes ("food for oil") betrieben. Staatliche Souveränität über die Verwertungsbedingungen (inklusive Arbeits-, Industrie-, Zoll-, Außenhandelspolitik und Zentralbankfunktionen) gilt als erledigt.

Nur eine Illusion hat die Bush-Administration aufgegeben: dass sie zur Durchsetzung dieser Ziele den administrativen Apparat Saddams (einschließlich des Sicherheitsapparats) bis auf die Spitzen einfach übernehmen könnte. Versuche, den Apparat einfach wieder einzusetzen, stießen auf massiven Widerstand in Fabriken, Hochschulen und Verwaltungen. Vor allem aber bauten islamistische Avantgarden derart schnell Netze sozialer Kontrolle und Versorgung auf, dass Garner als erster amerikanischer Verwalter mit vollendeten Tatsachen konfrontiert war.

Sein Nachfolger Bremer III. nahm die Strategien nicht etwa zurück, er modifizierte und verschärfte sie. Die soziale Zerstörung, die der Krieg wegen seiner Kürze nicht erreichen konnte, wird jetzt nach bewährtem Muster der Schock-Therapien (wie etwa in Russland) den Konflikten diverser Gruppen, Banden und mafiöser Seilschaften überlassen. Zugleich wird die soziale Zertrümmerung durch eine neoliberale Schock-Therapie betrieben: Reduzierung der Spitzenverdienste und Steuersätze auf 15%, der Importzölle auf 5%;völlige Beseitigung von Investitionshemmnissen, Privatisierung und Stilllegung von Staatsbetrieben; Übernahme des Bankensystems durch eine Hand voll nicht-irakischer Banken. Jeff Madrick schreibt dazu in der New York Times vom 2.10.03: "Gemessen an den Mainstream-Standards ist der schon von Bremer gebilligte Plan extrem - in der Tat bestürzend. Es würde die irakische Ökonomie zu einer der für Handel und Kapitalflüsse offensten und steuergünstigsten in der Welt machen. Ist diese nah-östliche Nation, vom Krieg verwüstet, für ein derart strenges Experiment geeignet? ... Seine Konsequenzen könnten, wie in Russland, die Verbreitung von Grausamkeit sein."

Wir sehen unsere These in dieser Kontinuität (die ja in der US-Sicherheitsstrategie vorformuliert ist) bestätigt, über die in der Rezension zugestandene "Plausibilitätsebene" hinaus. Fundiert haben wir sie allerdings gleich zu Beginn der Studie in der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Wir fassen sie als Einleitung einer gewaltsamen Zugriffsstrategie auf die Weltarbeitskraft, um den derzeit krisenhaft überakkumulierten Kapitalgüterindustrien langfristig erweiterte Wertmassen (zirkulationstechnisch: Absatzmärkte) zu erschließen. So begreift sie auch das Kapital. Mit Marx (etwa in den "Theorien über den Mehrwert" oder im dritten Band des "Kapitals") ließen sie sich mühelos verstehen als Mobilisierung "widerstrebender Tendenzen" gegen den tendenziellen Fall der Profitrate. Das geschieht derart mühelos, dass man schon ins Grübeln kommt, was denn wohl die katastrophenverliebten Jünger eines neuen Ausgrenzungsimperialismus antreibt. Weder die Grausamkeiten dieser gewaltsamen Inwertsetzungsstrategien, noch vor allem der Perspektiven der Befreiung sind erschöpft.

Diese Transformationskriege sind mit den Kategorien von "Ordnung" und "System" nicht zu fassen, schon gar nicht mit einem vorwegnehmenden Begriff von "Weltordnung". Er ist zu statisch. Es geht um die Dynamik der Kräfte, die die gewaltsame Zurichtung betreiben, um Zerstörung und Suche nach neuen Möglichkeiten des

Zugriffs. Um diese kämpfen die neuen Eliten aus den bestimmenden Clusters der Akkumulation (früher "Metropolen") und peripheren Netzwerken. Durchaus gegeneinander, aber vor allem gegen dasselbe soziale Objekt. Wir wissen inzwischen genug (von S.N. Eisenstadt u.a.) über den jakobinischen Charakter islamistischer Eliten, um sie als Modernisierungsformationen eigener Art zu erkennen.

Wer ist dieses soziale Objekt, wie wird es sich verhalten und zu seiner Subjektivität, seinem sozialen Ausdruck finden? Bei dieser Frage sind wir in der Rezension wieder auf ein altes Missverständnis gestoßen: die Idee eines "reinen", "unbefleckten" revolutionären Subjekts. Wir haben immer die dialektische Vorstellung betont, dass es sich erst aus der Konfrontation, im Kampf mit den gewaltsamen Zugriffen des Kapitals zu historisch neuen Gestalten hervorbringt. Nicht als "Dorfgemeinschaft", "Subsistenzökonomie", "Arbeiterklasse" - d.h. aus der Definition der Ausbeutungsstrukturen und der Perspektive der Clanpatriarchen, feudalen, kapitalistischen Ausbeuter -, sondern in der Konstitution gegen die historischen Offensiven des sich modernisierenden Kommandos. Nicht aus dem Dorfelend in den Abziehbildern volkstümlerischer Romantiker also, sondern in der Übersetzung ihrer moralischen Ökonomie zu Werten des Kampfes und der Befreiung. Mit grimmigem Amüsement haben wir gesehen, dass Dirk Hauer sie gar mit ihren leibhaftigen Gegnern aus der Elite-Multitude Hardt/Negri`scher Prägung in einen Topf wirft. Aber recht hat er darin, wie wenig wir diese zukünftigen Gestalten in der Widersprüchlichkeit der aktuellen Konflikte erahnen. Der Inwertsetzungskrieg fordert uns zu neuen Anstrengungen heraus, theoretischen wie praktischen.

Detlef Hartmann

Dirk Vogelskamp

23. Das Beispiel Sobibor. Zum 60. Jahrestag des Häftlingsaufstandes

Autor: Raphaela Kula · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:12

"Die Schrecken, denen man als Jude im besetzten Polen während der Nazizeit ausgesetzt war, blieben auch mir nicht erspart. Ich kam vom Ghetto ins Gefängnis und anschließend in das berüchtigte Lager Sobibor, wo ich am dortigen Aufstand beteiligt war und flüchtete und somit dem sicherem Tod entkam. Ich versteckte mich im Wald wie ein gejagtes Tier und schloss mich schließlich bis zur Befreiung dem polnischen Widerstand an." So fasst Thomas T. Blatt sein Leiden und Überleben im Vorwort seines Berichtes "Nur die Schatten bleiben" zusammen. Blatt wurde 1927 in Izbica in Ostpolen geboren, er ist einer der wenigen Überlebenden des Häftlingsaufstandes im Vernichtungslager Sobibor am 14. Oktober 1943.

Im März 1942 begann der Bau des Vernichtungslager Sobibor in Ostpolen an der Bahnlinie Chelm-Wlodawa in einem sumpfigen Waldgebiet. Neben Belzec und Treblinka war Sobibor das dritte Vernichtungslager der "Aktion Reinhard". Der Deckname steht für die Ermordung der Jüdinnen und Juden im Generalgouvernement. In Sobibor wurden polnische Jüdinnen und Juden umgebracht, es kamen aber auch Transporte aus anderen europäischen Ländern, wie Deutschland, Österreich, der Slowakei, Frankreich und den Niederlanden. Erster Kommandant und mit der Fertigstellung betraut war ab März 1942 SS-Obersturmführer Franz Stangl, der vorher im Euthanasie-Programm in der Anstalt Schloss Hartheim bei Linz eingesetzt war. Von Mai 1942 bis zum Oktober 1943 wurden in Sobibor direkt nach ihrer Ankunft ca. 250.000 Menschen ermordet. Ca. 1.000 Menschen, darunter 150 Frauen, wurden als Funktionshäftlinge aus den ankommenden Transporten selektiert und mussten Arbeiten für das Lagerpersonal verrichten.

Der Gedanke an Flucht, Aufstand und Revolte kam unter den Funktionshäftlingen des Lagers immer wieder zur Sprache. Den Häftlingen war klar, dass sie als Zeugen des Mordens in jedem Fall getötet würden. Der Aufstand wurde von einer kleinen Häftlingsgruppe minutiös geplant und schließlich am 14.10.1943 durchgeführt. Durch Täuschungsmanöver wurden SS-Männer in Hinterhalte gelockt und von Häftlingen heimlich getötet. Den überwiegend unbewaffneten 550 Arbeits- oder Funktionshäftlingen standen neben den 17 SS-Leuten der Lagerleitung weitere 120 gut bewaffnete und militärisch ausgebildete Bewacher gegenüber. Als der Aufstand offen ausbrach, schlossen sich viele der Gefangenen an. Etwa 320 von ihnen konnten aus Sobibor fliehen. "Zwar waren wir dem Tod in den Gaskammern entronnen, aber noch waren wir alles andere als in Sicherheit - das Gespenst des Todes war nur ein wenig zurückgewichen. Wohin sollten wir gehen? Was sollten wir tun? Ließ man sich als Jude in der Öffentlichkeit blicken, bedeutete das unter dem Gesetz der Nazis das Todesurteil."

Weder die örtliche Bevölkerung in den umliegenden Dörfern noch alle PartisanInnengruppen waren den Entflohenen wohlgesonnen, auch von hier drohte der Tod. Bis Ende Oktober dauerte die Menschenjagd durch Wehrmacht, SS, Polizei und Wachpersonal, selbst Flugzeuge wurden eingesetzt. Für mehr als die Hälfte der Flüchtenden endete die Flucht mit ihrer Festnahme und sofortigen Ermordung. Überlebende Augenzeugen der Morde und der Ausbeutung in den Vernichtungslagern sollte es nicht geben, die SS versuchte sämtliche Spuren auszulöschen. Das Vernichtungslager Sobibor wurde geschlossen und auf dem Gelände ein Bauernhof errichtet und bewirtschaftet.

Thomas T. Blatt wertet den Aufstand eindeutig als Erfolg. Nach dem Aufstand wurden keine Jüdinnen und Juden mehr nach Sobibor deportiert, es fanden dort keine Vergasungen mehr statt. Und nur durch den Aufstand konnten er und über 50 weitere Personen dem sonst sicheren Tod in Sobibor entkommen. Diese Überlebenden können sowohl ihre eigene Verfolgungsgeschichte als auch die Morde in Sobibor bezeugen. Ihr Zeugnis des Häftlingsaufstand widerlegt zudem das Bild der passiven Opfer, der Aufstand stellt ein wichtiges Beispiel für den jüdischen Widerstand dar.

Erst in den 60er Jahren errichtete der polnische Staat eine Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers. Zum 60. Jahrestag des Aufstandes wird jetzt eine Gedenkallee für die Opfer eingeweiht, ihr letzter Weg soll sichtbar werden. Bisher ist dieser historische Ort, an dem die Asche der 250.000 Ermordeten verstreut liegt, nicht als solcher erkennbar, es fehlen Hinweisschilder oder Pläne.

Der Umgang mit den direkt verantwortlichen Nazitätern ist typisch für die BRD, erst zwanzig Jahre nach Kriegsende fand ein Prozess wegen der Morde in Sobibor statt. "Elf der SS-Männer aus Sobibor standen vom 6. September 1965 bis zum 20. Dezember 1966 in Hagen vor Gericht. Einer der Angeklagten beging Selbstmord, einer wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt, fünf erhielten Haftstrafen zwischen drei und acht Jahren, vier wurden freigesprochen." (Enzyklopädie des Holocaust) Franz Stangl, der erste Kommandant, geriet in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Da er als Verantwortlicher unerkannt blieb, wurde er in ein normales Gefängnis verlegt. Von dort floh er mit Unterstützung von Bischof Alois Hudal über die "Rattenlinie" nach Syrien. 1951 zog er mit seiner Familie nach Sao Paulo in Brasilien und arbeitete dort bei Volkswagen. Erst 1967 wurde er festgenommen, in die BRD ausgeliefert und 1970 zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Juni 1971 verstarb er in Haft.

Thomas T. Blatt sagt über sein Buch: "Mein Buch hat keine besondere Botschaft. Es ist lediglich die Geschichte eines jüdischen Teenagers, der unbedingt am Leben bleiben wollte; eine Geschichte, die selbst mir manchmal unglaublich vorkommt, obwohl jedes Wort wahr ist."

Raphaela Kula

Zitate aus der Autobiographie: Thomas Toive Blatt, "Nur die Schatten bleiben", atv, 2002, 335 Seiten, 8,95 Euro.

Zum Aufstand: Thomas Toive Blatt, "Der Aufstand in Sobibor", Unrast Verlag, 2003, 240 Seiten, 16 Euro

24. Brigaden nach Argentinien

Rubrik: Internationale Solidarität; Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:21

Nach dem Aufstand im Dezember 2001 haben die unterschiedlichen sozialen Bewegungen (in Stand gesetzte Fabriken, Piqueter@s, Stadtteilversammlungen) sowohl an Stärke gewonnen als auch neue Formen des Widerstands entwickelt. Die Piqueter@s (Arbeitslosenbewegung) haben leer stehende Gebäude und Landstücke besetzt und dort Volksküchen, Gesundheitszentren, eigene Bäckereien und kleine Landwirtschaftsbetriebe eingerichtet. Basisdemokratisch organisieren sie in den einzelnen Stadtteilen u.a. (Fort-)Bildungsprojekte: So gibt es Alphabetisierungsprogramme, Hausaufgabenhilfe, Englischkurse und auch Workshops zu Themen wie z.B. Organisation, Gender, Politik und Geschichte.

Wir organisieren für März 2004 zusammen mit dem Movimiento Teresa Rodriguez (MTR) eine 3-6wöchige erste Arbeitsbrigade in der Provinz von Buenos Aires mit zusätzlichem sozial-politischen Begleitprogramm.

Ein erstes Vorbereitungstreffen für alle Interessierten findet am Samstag, 22.11.03 von 14.00-17.00 Uhr in der GWA (Gemeinwesenarbeit St. Pauli), Hamburger Hochstr. 2, 20359 Hamburg, (S-Bahn Reeperbahn, Ausgang Nobistor) statt.

Weitere Informationen bei: mujeres sin fronteras, yaloveo03@yahoo.de, Tel: 040/43 18 45 42.

25. Ist zwei und zwei vier? Zum Streit um Antisemitismus in Attac

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Diskussion; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:13

Nun ist sie endlich auch in Attac angekommen, die Antisemitismusdebatte. Immer wieder hatten Rechtsradikale in der Vergangenheit mehr oder weniger offen versucht, sich auf Attac zu beziehen (zuletzt in Frankfurt am Main, s. ak 476). Mehrfach hatten Attac-AktivistInnen andererseits vergeblich versucht, darüber eine interne Diskussion anzustoßen - bis jetzt. Denn seit einigen Wochen kracht es bei Attac.

Angefangen hatte alles mit einer Pressemeldung des DGB-Vorsitzenden aus Göttingen, Sebastian Wertmüller. Der, selbst Attac-Mitglied, hatte zuerst intern und dann öffentlich moniert, dass in der bundesweiten Attac-AG "Globalisierung und Krieg" eine Israel- und USA-Kritik vertreten sei, wie sie sonst nur von islamistischen Organisationen und von Rechtsextremisten vertreten werde. Terroristische Aktivitäten von islamischen Gruppen dagegen würden verdrängt oder verklärt. Wertmüller machte diese Kritik u.a. fest an einem Aufruf zu einem Protesttag gegen die Besatzung in Irak und Palästina, den die AG ausgerechnet am Jahrestag des Beginns der zweiten Intifada verfasst hatte. Zentral für seinen Antisemitismusvorwurf war eine Unterschriftensammlung der AG mit folgendem Wortlaut: "Wir fordern die verantwortlichen deutschen Politiker auf, die deutschen Rüstungsexporte nach Israel und die israelischen Warenimporte aus den Siedlungen in den besetzen Gebieten in die EU umgehend zu unterbinden!" Wertmüllers Kritik an der Unterschriftensammlung schlossen sich unmittelbar auch einige Mitglieder des bundesweiten Koordinierungskreises von Attac an. Die angegriffene AG reagierte prompt und nahm den Text von ihrer Website. Eine Sprecherin der AG begründete das folgendermaßen: "Ich halte den Vorwurf des Antisemitismus für unberechtigt. Der Aufruf ist eine klare Stellungnahme gegen die Besatzung. Er greift die Forderungen der israelischen Friedensgruppe Gush Shalom auf und wendet sich in dem strittigen Punkt nicht an die Bevölkerung, sondern an die Bundesregierung. Sie wird aufgefordert, sich an das EU-‚Interimsabkommen über Handel und den Handel betreffende Angelegenheiten` von 1995 zu halten. Allerdings muss ich einräumen, dass in Deutschland bestimmte Kreise die Forderungen für antisemitische Zwecke missbrauchen könnten. Ich finde die Forderungen richtig, sehe aber auch nicht, dass mit dieser Aktion in Deutschland eine breite Kampagne auszulösen ist. Wegen dieser beiden Gründe, und weil in Attac insgesamt noch ungeheuer viel Diskussionsbedarf zu diesem Thema besteht, neige ich dazu, das Papier nicht auf die Liste zu stellen." Die AG-Mitglieder forderte sie zur Diskussion des Vorgangs auf und wies auf Texte hin, anhand derer sie sich über den "Unterschied zwischen Antisemitismus und Antizionismus" informieren könnten. Darunter war auch ein Text von Attac Frankreich, der ausdrücklich aus einer Position der Solidarität mit der palästinensischen Seite im Nahostkonflikt argumentiert.

Hart formulierte Fragen

In der AG "Globalisierung und Krieg" arbeiten viele LinksruckaktivistInnen mit. Die waren es auch v.a. gewesen, die schon im Frühjahr eine Veranstaltungstour durch eine Reihe von Städten organisiert hatten, auf der u.a. die britische Journalistin Yvonne Ridley auftrat. Diese setzte sehr stark auf eine parallele Einschätzung der Konflikte um den Irak und in Israel/Palästina. Mehrfach war im Rahmen der Tour von "faschistischer israelischer Regierung" die Rede und von Israel als "kolonialem Konstrukt". Bei der Kölner Veranstaltung kam es zu tumultartigen Szenen, die beinahe zum Abbruch geführt hätten und in deren Folge einige Mitglieder Attac verließen. In der allgemeinen Antikriegsmobilisierung wurde die Antisemitismus-Kritik aber nicht sehr stark beachtet und die AG-Koordinatorinnen verzögerten in einem Spiel mit verteilten Rollen eine Klärung: Während die eine sich einsichtig zeigte und mehr Zurückhaltung gelobte, rechtfertigte eine zweite die geäußerten Positionen und eine dritte fragte scheinbar uninformiert nach, worin die Kritik eigentlich bestünde. So entstand kein gemeinsamer Diskussionsstand, bis die Tour beendet war. Danach sprach die AG nur noch von dem großartigen Mobilisierungserfolg und verschickte überschwänglich lobende Berichte aus verschiedenen Städten. Auf die Kritik ging niemand mehr ein.

Schon der Gründungsprozess der umstrittenen AG war konfliktiv abgelaufen. Grundsätzlich können sich in Attac AGs frei bilden. Um aber selbstständig öffentlich auftreten zu können, bedarf es eines formalen Verfahrens: Die AG soll ein Arbeitsprogramm entwickeln, soll darlegen, wie sie sich in die Attac-interne Öffentlichkeit einbringen will und ein inhaltliches Papier erarbeiten, in dem sie darlegt, wie ihr jeweiliges Thema

mit der Globalisierung zusammenhängt. Danach stellt der Attac-Rat fest, dass die AG nunmehr die Berechtigung zur eigenen Öffentlichkeitsarbeit hat. Die AG "Globalisierung und Krieg" hat dieses Verfahren nie durchlaufen. Die vorgelegten Papiere sind im Rat immer als unzureichend, z.T. als Attac-Positionen widersprechend abgelehnt worden. Mit dem Argument, nun sei keine Zeit, um Papiere zu schreiben, und mit der Zusage, ein konsensfähiger Text werde mit den KritikerInnen aus dem Rat gemeinsam nachgeliefert, erwirkte die AG ihren formalen Status.

Die aktuelle Auseinandersetzung ist somit der dritte Konflikt mit der AG "Globalisierung und Krieg" innerhalb weniger Monate. Das hat dazu geführt, dass manche Reaktionen äußerst harsch ausfielen. Einzelne Stimmen sprachen und sprechen noch von der eventuellen Notwendigkeit organisatorischer Konsequenzen, also der Aberkennung des AG-Status oder gar dem Ausschluss der AG aus Attac. Für beides gibt es gar keine Verfahren und sicher auch keinen Konsens, aber es zeigt die Schärfe des Streits. Und es verweist auf ein strukturelles Problem: Attac findet seine Positionen im Konsens; was nicht von (fast) allen geteilt wird, kann nicht im Namen von Attac öffentlich vertreten werden. Was aber geschieht, wenn Akteure innerhalb von Attac die (durchaus auch formale) Berechtigung haben, selbstständig öffentlich zu agieren und zwar in ihren eigenen Reihen, nicht aber insgesamt in Attac Konsense für bestimmte Positionen bestehen?

"Man darf ja nix mehr sagen"

Attac hat zwar eine Beschlusslage, dass es in seinem Rahmen "für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien keinen Platz" gibt, aber es verfügt über keinerlei Instrumente, eine solche Position gegebenenfalls auch durchsetzen zu können. Das einzige Mittel ist die geduldige, aber auch kontroverse Diskussion.

In diesem Sinne hatte es bereits vor einiger Zeit den Versuch gegeben, eine solche Diskussion anzustoßen. Zusammen mit vier anderen AutorInnen aus Rat und Koordinierungskreis hatte ich unter dem Titel "Grenzen der Offenheit" einen Text verfasst, in dem wir uns mit der Frage auseinandersetzen, warum Rechtsradikale immer wieder meinen, sie fänden bei Attac ein sinnvolles Feld für eigene politische Projekte. Damals ging es um Vorfälle wie die Einladung des Möllemann-Freundes Karsli durch Attac Bochum, die Nichtentfernung von 20 Neonazis aus einer Antikriegskundgebung in München oder um den Spruch "Wessen Straßen - unsere Straßen, wessen Bildung - unsere Bildung, wessen Deutschland - unser Deutschland", der auf einer Attac-Demo in Düsseldorf skandiert worden war. In dem Papier wird auf die Anschlussfähigkeit mancher Deutungsmuster des Alltagsverstandes an rechtsradikale, insbesondere antisemitische Positionen hingewiesen. Es wird deutlich gemacht, dass die TrägerInnen solcher Muster nicht diffamiert, die Muster selbst aber sichtbar gemacht und bekämpft werden müssen. Und es werden Überlegungen darüber angestellt, wie Politik so formuliert werden kann, dass Rechtsradikale keine Anschlussstellen finden.

All das hat in der Attac-Öffentlichkeit wenig Aufmerksamkeit gefunden. Trotz umfassenden Angebots wurden Veranstaltungen mit den AutorInnen kaum nachgefragt. Dafür fragte die jungle world, die das Papier seinerzeit dokumentiert hatte, was denn aus der Debatte geworden sei - in einem Interview am 17.9. mit Astrid Kraus (Mitglied des Koordinierungskreises, aber keine der fünf AutorInnen). Astrid Kraus' äußerst kritische Darstellung des Attac-Diskussionsstandes in der jungle world fachte die ohnehin scharfe Debatte nochmals an, die sich innerhalb von Attac im Anschluss an Sebastian Wertmüllers Kritik auf den Attac-Mailinglisten entwickelt hatte - auf denen sich im Übrigen schon lange eine Vielzahl von VerschwörungstheoretikerInnen tummelt, die sich insbesondere am 11. September abarbeiten.

Astrid Kraus führt im Interview einige der hier geschilderten Probleme aus und attestiert "vielen Attac-SympathisantInnen mangelndes Bewusstsein für antisemitismus befördernde Forderungen". Diese etwas gewundene Formulierung soll deutlich machen, dass ihr Vorwurf nicht (wie bei Wertmüller) der des Antisemitismus ist, sondern sich vielmehr dagegen richtet, dass Anschlussstellen zum Antisemitismus nicht ausreichend in den Blick genommen und zu schließen versucht werden. Eine ganze Reihe der mailing-Diskussionsbeiträge wies das als Diffamierung heftigst zurück, beharrte aber gleichzeitig darauf, dass die Rechnung, wonach "zwei und zwei schließlich vier" ist, nicht falsch sei, bloß weil Nazis auch so rechneten. Manche betonten außerdem ausdrücklich, dass man sich nach rechts gar nicht abgrenzen könne und es auch nicht müsse. Es reiche, klare Positionen zu beziehen.

"Ungeheurer Diskussionsbedarf"

Es dominierte aber neben der Zurückweisung eines so nie erhobenen Antisemitismusvorwurfs die Behauptung, es gehe uns bzw. Astrid Kraus lediglich um die Unterbindung jeglicher Kritik an Israel. Abgesehen davon, dass Israelkritik ja auch innerhalb von Attac dauernd geübt wird, also keineswegs verboten ist oder verhindert wird, ignoriert eine solche Behauptung auch, was wir immer ausdrücklich gesagt hatten: Harte Kritik an Israels Regierungspolitik ist dringend nötig, kann aber nicht gemeinsam mit Gruppen/Personen formuliert werden, die für die Wirkungsweise des modernen Antisemitismus keine Aufmerksamkeit haben. Tatsächlich bedient jenes Argument selbst ein Muster, dem spätestens seit 1945 jeder Antisemit zustimmen wird: "Man darf ja nichts mehr sagen!" - was nichts anderes heißt, als dass früher, vor 1945 eben, die Wahrheit noch gesagt werden durfte.

Inzwischen haben sich einige weitere Mitglieder des Attac-Rates in die Debatte eingemischt. Vor allem von Seiten der Mitgliedsorganisation medico international wird viel eigene Erfahrung in die Diskussion eingebracht. Die AG "Globalisierung und Krieg" ist augenblicklich wieder verstummt. Ihre Ratsvertreterin hat erst einmal die Beantwortung einiger besonders kritischer (und hart formulierter) Fragen abgelehnt. Auf dem Ratschlag im Oktober, der bundesweiten offenen Mitgliederversammlung von Attac, soll nun ein erster Anlauf gemacht werden, das Problem zu umreißen und Diskursstrategien zu entwerfen, die eine sachliche Debatte ermöglichen. Das Interesse daran wird von vielen ausdrücklich damit begründet, dass ansonsten eine Auseinandersetzung drohe, die Attac lähmen könnte. Es scheint mir aber völlig ungewiss, ob es mit dieser Haltung gelingt, die entscheidende Frage zu beantworten, die nämlich lautet: Schadet der Vorwurf des Antisemitismus Attac oder schadet es vielmehr, wenn Attac sich weigert, über die Frage des Antisemitismus eine selbstkritische Debatte zu führen?

Werner Rätz

Mitglied des Attac-Koordinierungskreises BRD

26. Privatissimo. Linke Spießer

Autor: dk · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:44

Mein Mitbewohner ist leidenschaftlicher CD-Brenner und Cover-Designer. Sein Problem: Er hat keinen PC. Ständig will er "mal eben" was ausdrucken oder "ganz schnell" stundenlang was runterladen. Inzwischen sind seine Dateien über das ganze Wohnprojekt verstreut. Über das ganze? Nein! An meinen Rechner kommt er nicht! Bei meinem Schreibtisch werde ich zickig. Da kommt niemand ran, schon weil ich sonst ständig mein Zettelchaos aufräumen müsste. Aber eigentlich, weil es mich nervt, nach Hause zu kommen und jemanden in meinem Zimmer vorzufinden, der "gleich fertig" ist mit was auch immer. Irgendwo ist mal Schluss mit Kollektivität. Eine Zeit lang hatten wir's mal mit einem Gemeinschaftsbüro und einem Gemeinschafts-PC versucht. Inzwischen gibt es so viele Rechner wie Erwachsene (oder haben die Kinder nicht auch schon welche?). Wir werden alt und bürgerlich und entdecken neben der Privatsphäre das Privateigentum.

"Hast du das gesehen? Die haben nur ein gemeinsames Schlafzimmer! Das ist ja wie bei unseren Eltern!" Das war vor etwas mehr als zehn Jahren, nach einem Besuch bei einem befreundeten GenossInnen-Paar. Der Schock war ehrlich und saß tief. Irgendwie hatte ich mir den sozialrevolutionären Kampf gegen Kapitalherrschaft und Kleinfamilie anders vorgestellt. "Leben als Sabotage" und jeden Abend gemeinsam unter die Bettdecke - die Welt der Widersprüche war offensichtlich schillernd und unerschöpflich. Nun gut, man musste es ja nicht so weit treiben, wie die Polithippies von ganz früher, mit ihren Großkommunen, Funktionsräumen, ausgehängten Türen und so. Und auch das mit den offenen Beziehungen war ja doch eher kompliziert. Irgendwie war der Exzess nicht alltagstauglich. Eine gewisse Ordnung muss schon sein, geordnete Privatsphäre, übersichtliche Beziehungsstrukturen, geregelter Drogenkonsum, Klarheit im Straßen- und Geschlechterkampf. Aber ein stinknormales Schlafzimmer für zwei Personen, das verstieß ganz eindeutig gegen die revolutionären Vorgaben. Zweierbeziehungen: erlaubt, solange man dezent blieb. Öffentliches "Aufeinanderglucken" war verboten, Eifersucht eher verpönt. Wohnen: selbstverständlich in WGs, alleine wohnen war eher verdächtig, wohnen mit Zweierkiste schon beinahe reaktionär. Gemeinsame Kasse: Natürlich! Anteiliges Einzahlen in die Haushaltskasse je nach Einkommen als "Sozialdemokratisches Modell" gerade noch akzeptabel. Das "Kollektiv" war unantastbar, "wir" waren die Guten, "wir" mussten "unsere Identität" gegen die Staatsmacht verteidigen.

Blöd war es nur, wenn man statt durchlöcherter T-Shirts und besprayter Lederjacken eher Hemden und Jacketts als Outfit bevorzugt hat. Die abendliche Politsitzung im Abbruchambiente der Roten Flora oder der Hafenstraße erforderte eine deutlich andere Garderobe. Schwierig auch, wenn man pünktlich um 8 Uhr da war und dann bis 9 Uhr in ungemütlichen, kalten Räumen Däumchen drehen musste. Wer sich beschwerte, war Stalinist. Die Kombination von Hemd, Jackett und Pünktlichkeit entlarvte den Spießer.

Das waren schon harte Zeiten. Und so manche und mancher hat sich beim Spagat zwischen autonomer Identität und (geheimen) Gelüsten das Kreuzband und anderes gerissen. Heute ist das Leben deutlich einfacher und vor allem bunter. Die Spießer sind verschwunden, genauso wie ihre KritikerInnen. Man ist cool oder uncool, aber das ist eher eine Frage des Lifestyles als der Politik. "Bürgerlich" taugt nicht mehr als Schluss- und Höhepunkt einer leidenschaftlichen Schimpfkanonade. Statt Betroffenheit oder beleidigter Retourkutschen produziert man eher Verwirrung und Ratlosigkeit. Der Knigge für linke Verhaltensweisen ist futsch (bis auf die Reste der Inquisition bei Fragen der PC-Sprache). Wie herrlich! Anything goes! Und das Tolle an der neuen Freiheit: Man hat auch keine lästigen Diskussionen mehr am Hals. Keine ermüdenden Auseinandersetzungen mehr, keine Rechtfertigungen, keine Anforderungen. Das Leben könnte herrlich sein, ganz entspannt im Hier und Jetzt, ohne Konfrontation mit eigenen Ansprüchen in Sachen Wohnen, Lieben, Eigentum.

Wenn da nicht ein paar hartnäckig altmodische MitbewohnerInnen in einem hartnäckig altmodischen Wohnprojekt wären. "Spießer" schallt es mir entgegen, wenn ich meinen Rechner zur Tabu-Zone erkläre. "Spießer", wenn ich mir lieber "Ally McBeal" anschaue, als mit in die Kneipe zu gehen. Okay, über Ally könnte man reden, aber mein Schreibtisch ist mir heilig. Außerdem will ich will endlich mein Lieblingsbuch zurückhaben, dass ich irgendwem vor zwei Jahren mal geliehen habe!

dk

27. act local - think global - change world. Antifa: Gegenwärtige Überlegungen zukünftiger Politik

Autor: Antifaschistische Linke Berlin · Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:10

Die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) hat sich Anfang 2003 aufgelöst. Zu ihrem Selbstverständnis gehörten neben einer bündnispolitischen Orientierung und wahrnehmbarem Aktionismus - am ausdruckvollsten wohl bei der jährlichen 1.-Mai-Mobilisierung in Berlin - das Konzept eines "revolutionären Antifaschismus". Neben der Gruppe Kritik & Praxis Berlin (KP Berlin) ist aus der Spaltung die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) hervorgegangen. Im Folgenden bewertet die ALB ihr antifaschistisches Engagement abschließend und begründet, warum sie - bei Beibehaltung ihrer Anti-Nazi-Aktivitäten - in Zukunft stärker die Zusammenarbeit mit der Anti-Globalisierungsbewegung suchen wird.

Mit Sicherheit hat sich so manches seit dem Regierungswechsel 1998 gewandelt, vor allem, was die gesellschaftspolitische Landschaft angeht. An den Prinzipien kapitalistischer Ausbeutungs- und Verwertungsmechanismen hat sich jedoch nichts geändert. Geändert hat sich aber im Lager linksradikaler Bewegung der Bereich des Antifaschismus. Zum einen hat er offensichtlich an Mobilisierungspotenzial und zum anderen an Überzeugungskraft verloren. Hintergrund ist die veränderte Selbstdefinition des Staates bezüglich der Aneignung antifaschistischer Sprachcodes oder die Interpretation historischer Bezüge.

Wer sich heute allgemein als AntifaschistIn bezeichnet, gerät mehr als noch in den 1990er Jahren in die Gefahr, als Vollstrecker staatlicher Anti-Nazi-Anständigkeit dazustehen. Unter dem Schlagwort des "revolutionären Antifaschismus" gab es damals nicht nur eine Strömung der organisierten Antifa, die sich selbst als explizite Gegner kapitalistischer Verwertung und damit des Verwaltungsinstrumentes des BRD-Staates sahen. Auch standen sämtliche Antifa-Ansätze unter der genauen Beobachtung staatsschutzentzündeter Augen und fanden sich oftmals einer Koalition von Stadtverwaltungen, Polizei und Nazis gegenüber. Antifaschismus blieb hartnäckig der präsenteste Ansatz des autonomen Spektrums bis zum Regierungswechsel.

Alles wie früher - nur anders

Während die organisierte Antifa noch mit der Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte und neuer Identitätsfindung beschäftigt war (1), wurde der größte Teil bewegungspolitisch von der so genannten Anti-Globalisierungsbewegung eingeholt.

Wir hatten uns als Teil der organisierten Antifa zwar bereits im Mai 1999 in Köln an den Protesten gegen den EU-Gipfel beteiligt, jedoch gelangte die neue Bewegung erst im Dezember 1999 in Seattle (USA) mit den dortigen Gegenaktionen zum Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) als kapitalismuskritisch in die Öffentlichkeit. Nicht zuletzt wegen der militanten Auseinandersetzungen eines Teils der Bewegung mit der US-amerikanischen Staatsmacht. Mit den Aktionen gegen EU- und G8-Gipfeltreffen in Göteborg und Genua schwappte die Bewegung endgültig nach Europa über.

Ideologisch und was die Hoffnung auf Erfolg angeht, orientierten sich neu entstehende Netzwerke an den ZapatistInnen in Mexiko, die mit ihrem Aufstand im Januar 1994 eine Art zündende Idee in Sprache und Bildsprache um den Globus schickten. Sie erinnerten die - weitgehend nach innen gerichtete - (antifaschistische) Linke in der BRD daran, dass es auch in anderen Ländern Kämpfe und vor allem Ausbeutung gibt. Mit der Antiglobalisierungsbewegung entstand gleichzeitig ein neue internationale Orientierung. Diese ist jedoch schwerlich vergleichbar mit dem Internationalismus der radikalen Linken der 1970er Jahre oder den internationalistischen Bemühungen autonomer Gruppen in den 1980er Jahren, da die "neue Bewegung" sich nicht mehr durch die Projektion auf Kämpfe in fernen Ländern auszeichnet, sondern tatsächlich international agiert.

Die beginnende internationale Ausrichtung zeigt sich im wirren Nebeneinander diverser Politikansätze, vor allem in der Mischung der Aktionsformen und Gruppierungen aus allen möglichen Ländern. Auch ideologisch lässt sich die Bewegung nicht in eine Schablone pressen, schon weil der Großteil der Beteiligten selbst von einer gewollten Vielfalt und Eigenständigkeit der Ansätze ausgeht.

In diesem neuen Feld der "Bewegung der Bewegungen" finden sich nun auch Teile der antifaschistischen Organisierung der 1990er Jahre aus der BRD wieder. Immer wieder taucht dann die Frage auf, wo steht die Antifa in dieser Bewegung bzw. welches Verhältnis hat sie zu ihr? Während einige noch fragen, sind sie bereits Teil der Antiglobalisierungsproteste - nicht nur, weil sich AktivistInnen antifaschistischer Gruppen an Aktionen, Konferenzen und Treffen beteiligen. Schon der Charakter der Bewegung "vereinnahmt" sogar die KritikerInnen, die - ebenso wie die bürgerliche Öffentlichkeit - die Bewegung als Ganzes (zusammen)fassen wollen. Auch Kritik hat Platz in dem, was Negri und Hardt als Multitude bezeichnen. Der Versuch von generellen Vorwürfen gegen die Bewegung, sie sei beispielsweise reformistisch, hätte einen verkürzten Kapitalismusbegriff, setze auf Dialog über die zahlreichen NGOs etc., müssen zwangsläufig ins Leere laufen, wenn jede ungeliebte Tendenz gleich als Fehler der gesamten und vielfältigen Bewegung kritisiert wird. In der deutschen Öffentlichkeit wird Attac als "die Globalisierungsbewegung" gehandelt, obwohl diese Gruppe einen solchen Anspruch für sich keineswegs reklamiert.

In der allgemeinen (Medien-)Öffentlichkeit wird generell nicht unterschieden, ob die eine oder andere (Antifa-)Gruppe sich nun als Teil oder explizit nicht als Teil begreift. Fast alle größeren Proteste werden zumeist als Proteste der neuen Bewegung eingeordnet; seien es Proteste gegen die Gipfel generell, gegen den Bush-Besuch in der BRD oder allgemeine Anti-Kriegsproteste.

Ort der politischen Intervention

Das kann man beklagen oder die bürgerliche Journaille beschimpfen (das ist nie falsch), aber es ist nicht zum Nachteil derer, die sich die Abschaffung des Kapitalismus auf ihre Fahnen geschrieben haben. Und das ist eine wesentliche - positive - Veränderung zu den 1990er Jahren. Zumindest was die BRD-Öffentlichkeit angeht: Mit dem Aufkommen der Proteste wird auch von einer kapitalismuskritischen, zuweilen kapitalismusablehnenden Bewegung gesprochen.

Neben den Gegenaktionen in unterschiedlichen Ländern haben vor allem die weltweiten und Europäischen Sozialforen Aufsehen erregt. Das Weltsozialforum in Porto Allegre (Brasilien) mit mehreren Hunderttausend Menschen sowie das Europäische Sozialforum in Florenz dokumentieren nicht nur ein neues Interesse an einer Alternative zum globalen Kapitalismus. Auch die Zusammensetzung sowohl regionaler Sozial-Initiativen bis zu international arbeitenden Netzwerken und politischen Organisationen verschiedener Ausrichtung machen deutlich, wie heterogen diese Bewegung ist.

Die Sozialforen deuten an, was uns möglicherweise die nächsten Jahre erwartet: Das Zusammenführen von politischen Protesten gegen Gipfel und Institutionen, die als Vertreter der ausbeuterischen Ordnung stehen, und dem sozial-politischen Widerstand in den einzelnen Ländern, wo sich mit den täglichen Auswirkungen neoliberaler Politik auseinander gesetzt wird.

Wenn wir uns als Gruppe nach der Teilung der Antifaschistischen Aktion Berlin im Februar 2003 trotzdem Antifaschistische Linke Berlin (ALB) nennen, dann nicht nur, um deutlich zu machen, dass wir unmittelbar aus dem organisierten, antifaschistischen Teil der autonomen Bewegung kommen; es ist auch eine bewusste Entscheidung, sich in der BRD als AntifaschistInnen zu verorten. Wir tragen damit zum einen dem Rechnung, dass Antifaschismus mit dem bündnisfähigen Ansatz der Anti-Nazi-Arbeit nach wie vor seinen berechtigten und notwendigen Stellenwert besitzt, zum anderen, dass in der praktischen Arbeit unserer Gruppe die direkte Konfrontation mit dem dominanten und menschenverachtenden Auftreten von Neonazis nach wie vor Realität ist.

Vor allem aber ist die Frage des Faschismus bzw. Nationalsozialismus und damit des Antifaschismus immer wieder Anknüpfungspunkt gesellschaftlicher Konflikte, sei es die rassistische Ausgrenzungspolitik gegenüber MigrantInnen, die Lager- und Abschiebepraxis oder auch die perfide Argumentation mit der Mahnung "Nie wieder Auschwitz" für neuerliche Bundeswehreinsätze im ehemaligen Jugoslawien. Der häufige Verweis auf die deutsche Vergangenheit ist ja nicht nur inflationär, sondern gleichzeitig Ausdruck eines nicht gefundenen Umganges mit dem Nationalsozialismus und der Verantwortung der Nachfolgegesellschaft.

Alles anders - nur wie früher

Der seit dem Kosovokrieg 1998 innerhalb der undogmatischen radikalen Linken festgestellten Handlungsunfähigkeit haben wir in der jüngeren Vergangenheit mit der Beteiligung an den Anti-Kriegsaktionen

anlässlich der US-britischen Intervention im Irak entgegenzusteuern versucht. Diese Handlungsunfähigkeit lässt sich sicherlich nicht nur aus fehlender organisatorischer Stärke erklären; schon zu jener Zeit tat sich ein Teil der radikalen Linken schwer mit einer eindeutigen Anti-Kriegsposition. Mit dem Kriegseinsatz in Afghanistan, der Kriegspolitik von USA und Großbritannien bezüglich des Iraks kristallisierte sich immer mehr heraus, dass ein Teil der (radikalen) Linken sich zur Kriegsbefürwortung hingezogen fühlt. Zumindest hat die Frage, wie sich die bundesdeutsche Linke zum Krieg verhält, die ideologischen Differenzen offen gelegt und zu einer Aufteilung in verschiedene Lager geführt.

Wir als ALB werden uns auch weiterhin bemühen, dort präsent zu sein, wo zentrale und grundsätzliche Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung Thema sind. Dass dies nur innerhalb politischer Bewegungen geht, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, zumal das Ankämpfen gegen die Isolation linksradikaler Positionen und Aktionen zum alltäglichen Mühsal außerparlamentarischer Politik gehört - zumindest in einer Gesellschaft wie der BRD.

Inwiefern es in der BRD gelingt, sowohl in den Protesten der Antiglobalisierungsbewegung als auch bei den Basisinitiativen anhand der "sozialen Frage" antikapitalistische Überzeugungsarbeit und entsprechende Aktionsformen durchzusetzen, liegt an uns selbst.

Wünschenswert wäre, wenn sich in der BRD links vom reformerischen Netzwerk Attac auch Kräfte zusammenfinden würden, die deutlicher als in den letzten Jahren mit Aktionen und Positionen Akzente innerhalb der Proteste setzen würden. Interessante Ansätze linksradikaler Diskussionen finden sich beispielsweise seit ca. zwei Jahren auf den Treffen der BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) in Frankfurt und Bremen. Als nächstes Projekt stünde ein deutlicheres Auftreten auf dem Europäischen Sozialforum in Paris Ende diesen Jahres der radikalen Linken gut zu Gesicht.

Antifaschistische Linke Berlin (ALB)

Antifaschistische Linke Berlin, Postfach 580 544, 10414 Berlin, www.antifa.de, E-Mail: mail@antifa.de

Anmerkung:

1) Zwischen 1998 und 2001 fanden mit dem Antifa-Camp (Burg-Göttingen, 1998), dem Verstärker-Kongress (Leipzig, 1999) und dem Antifa-Kongress (Göttingen, 2001) drei große Veranstaltungen des linksradikalen (antifaschistischen) Lagers statt. Es ging auf zentralen Veranstaltungen meist um den Zustand und die Perspektive der revolutionären Antifa.

28. Cash bei Jauch. Nachruf per Ausschluss: Annäherungen an Johnny Cash

Nachruf per Ausschluss: Annäherung an Johnny Cash

Autor: Uwe Brutzki · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:14

Johnny Cash starb am 12. September 2003 in Nashville. Seitdem häufen sich auch hier zu Lande die Nachrufe. So ließ die ARD-Tagessschau am 12. September verlautbaren, Cash habe sich mit seinen Songs für die Rechte der Unterprivilegierten eingesetzt.

In all der Trauer ist die Wahnvision nicht abwegig, dass Günther Jauch wissen will: "Wer setzte sich in seinen Songs für die Rechte der einfachen und armen Menschen ein?" - war es A): Howard Carpendale, B): Madonna, C): Juliane Werding oder D): Johnny Cash. Tja, hilft da nur der 50-50-Joker? Mitnichten, denn alle Quizfans kennen das Ausschlussprinzip. A) - Carpendale kann es nicht sein! Der hat zwar "Ring of Fire" mit "Heiß wie Feuer" übersetzt und sogar vertont, war aber für die Apartheid in Südafrika, scheidet also aus. B)- Madonna könnte sein, weil sie aus armen Verhältnissen kommt und von Gott errettet wurde, hat aber den Titelsong "Die Another Day" für den letzten Bond gemacht - scheidet also auch aus. Juliane Werding könnte sein. Sie hat jetzt auch Bibeltexte auf CD gebrannt und ihre erste LP 1973 war nicht nur dem berühmte Drogenopfer Conny Kramer gewidmet. Auf der Platte waren Titel wie "Der letzte Kranich vom Angerburger Moor", "Bangla-Desh", "Großstadt-Indianer" und das Angebot "Lass uns miteinander reden". Trotzdem kann sie es nicht sein. Sie hat vielleicht selbst mal im Knast gesessen, aber ein Live-Auftritt hinter Gittern, nee! Bleibt also nur Johnny Cash! Er hat für alle gesungen, im Knast und draußen, für Vietnamsoldaten und auch für VietnamkriegsgegnerInnen. Er war nicht schwarz, aber der "Man in Black", hat fest an Gott geglaubt und dem Nashville-Track-Stop-Establishment die Zähne gezeigt. D) ist richtig!

Oh, Lord Jesus, was für ein Albtraum, Johnny Cash bei Günther Jauch, umzingelt von FreundInnen. O.k., er soll berühmt sein, ein "Mythos" (Die Welt), eine "Country Music Legende" (ARD-Tagesschau) eine "amerikanische Ikone" (Georg W. Bush), aber populär wie ein gewöhnlicher Schlager-Sänger, kann er doch nicht gewesen sein.

Das ist die Lesart des Cash-Booms seit "American Recordings" mit Produzent Rick Rubin. Dabei immer wieder die Frage, die im Quiz nicht gestellt wird: War er Reaktionär oder nicht. Ist Johnny Cash das "andere Amerika" und gibt es "guten alten Country", der nicht kommerzialisierter Südstaatenrassismus ist? Nicht nur in Musikzeitschriften werden die Ereignisse nach moralischer Eindeutigkeit befragt. Die Fragen kreisen dann immer um die selben Geschichten. War Cash für oder gegen den Vietnamkrieg? Hat er die Anti-Hippie-Songs, die sich Nixon bei einem Konzert im Weißen Haus gewünscht hatte, bewusst nicht gespielt? Wie kam der für seine offen rassistischen Texte bekannte David Allan Coe auf das "American-III-Solitary-Man"-Album? Da taucht die Frage auf, ob der Titel "A Boy Named Sue" als ein Vorgriff auf aktuelle Transgender-Debatten gewertet werden kann.

Im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung wurde die Nähe von Cashs Texten und den Botschaften des HipHop bereits kritisch aufgegriffen. Was ist emanzipatorisch, wenn jemand sagt: "I shot a man in Reno, just to watch him die", wie Cash 1956 in "Folsom Prison Blues" singt? Texte von Ice Cubes oder House of Pain haben die selbe Botschaft, aber was ist diese Botschaft? Ist Gewalt einfach cool oder ist es die Kulturbotschaft einer negativen Dialektik. Eine Botschaft von Johnny Cash war zweifellos eine Gesellschaftskritik von Entfremdung und dass die Welt nicht so ist, wie sie sein sollte. Doch das sollte - wie so oft - nicht mit Herrschaftskritik verwechselt werden. Es ist nicht emanzipatorisch, einfach so irgend jemanden zu erschießen. Entfremdung, als Country-Metapher formuliert, geht um das Verhältnis von Ross und Reiter und nicht um den Wunsch nach einem beschaulichen, gottesfürchtigen Landleben.

In den 1960ern gab Johnny Cash die berühmte Erklärung ab, dass er immer schwarz trägt: "Until we start to a move to make a few things right, you never see me wear a suit of white." Was sagt die Kritik zu dieser Kleiderordnung: Alles Corporate Design zur Corporate Identity, eben ein Image zur besseren Vermarktung. Aber er hat sich doch immer für die Rechte der Indigenen eingesetzt und wurde auch vom Ku-Klux-Klan bedroht. Oh yes, fehlt nur das Titanic-Titelblatt "War Johnny Cash Feminist?" An Ikonen glaubt mensch eben

oder nicht. Postmodern gesprochen, stellt sich die Frage: Wer will Johnny Cash nach einer moralischen Eindeutigkeit fragen? Warum hat die linke Szene den Tod von Johnny Cash überhaupt bemerkt?

War Cash reaktionär?

Beim Kongress "Spiel ohne Grenzen" im Mai 2003 in München hatte Torsten Weber festgestellt, dass die Linke keine Ahnung von Musik hat. Das würde erklären und entschuldigen, wenn Johnny Cash auch bei Solipartys mal auf dem Plattenteller liegt. Wenn Poplinke nicht mehr links sind und linke schlechte Musik hören, dann muss Cash ja nicht links sein, wenn die Musik gut ist. So sind sich doch alle einig, egal wo er nun politisch stand, diese Stimme war einfach über jede Kritik erhaben. Dennoch steht fest, Cash war nicht Manu Chao oder gar Buena Vista Social Club, und Manu Chao macht wegen seinen linken Texten auch keine schlechte Musik. Wiederum wäre es absurd, das Projekt Social Club auf moralische Integrität zu befragen. Deshalb brauchen auch die Texte keine Inhalte subalterner Identität, denn kubanische Kultur braucht keinen Ausdruck von Rassismus, folgt mensch dem Verständnis, dass die Konstruktion rassistischer Merkmale als Legitimationsressource globaler Herrschaftsverhältnissen herangezogen wurden und immer noch werden. Bleibt also die Frage, ob Johnny Cash zu einer Dominanzkultur gehört, mit der sich natürlich niemand guten Gewissens bewusst identifizieren kann. Kubanische Kultur braucht keinen Ausdruck von Rassismus als globale Legitimationsressource, in dem Merkmale als Rechtfertigung von Herrschaftsverhältnissen herangezogen werden. Deshalb brauchen auch die Texte keine Inhalte subalterner Identität. Bleibt also die Frage, ob Johnny Cash zu einer Dominanzkultur gehört, mit der sich natürlich niemand guten Gewissens bewusst identifizieren kann ... Es sei denn, kulturelle Ausdrücke US-amerikanischen Patriotismus wären per se p.c.

Es gibt einen Cash-Song mit der Titelmusik von "Bonanza". Ich hab keine Ahnung, ob und was der Song mit der betagten Cowboyserie zu tun, der Text ist jedenfalls voll Countryklischee - "Hand in hand - side by side". Als Kind fand ich die Serie toll, heute weiß ich, auch ohne Johnny Cash, dass das Indianerbild in Cowboyfilmen mindestens in einen Legitimationsdiskurs über die Aneignung der "Neuen Welt" gehört.

Wiglaf Droste soll mal gesagt haben: "Beten gehöre nicht zu meinem Gewohnheiten, aber dafür, dass Johnny Cash vielleicht noch eine Platte besingt, kann man ganz eigennützig auf die Knie gehen." So metaphysisch muss es ja nicht gleich werden, außerdem hat Cash nach dem Zitat ja noch American IV: The Man Comes Around vermarkten können. Eine Musik, die nicht weniger morbide bei mir angekommen ist, wie die Stücke von der Solitary-Men-Aufnahme. Die Lust auf Country nimmt halt mit dem Älterwerden zu. So oder so sagt ein Nachruf wohl mehr über den/die VerfasserIn als über die Verstorbenen.

Uwe Brutzki

29. Anwendungsmodell, nicht Life-Style. Das Jahresprojekt 2003 des "Kokerei Zollvereins" zum Thema "Offene Stadt"

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:24

Der Titel "Die offene Stadt: Anwendungsmodelle" mit dem der Essener Kokerei Zollverein sein Jahresprojekt 2003 überschrieben hat, gibt grob die Richtung vor: Hier findet kein klassischer Kunstbetrieb mit fertigen, gut portionierten Ausstellungshäppchen statt, vielmehr soll es um Intervention in den öffentlichen Raum gehen.

Während im Neoliberalismus Kunst und Kultur als "Life-Style-Produzenten" lediglich die Funktion eines modischen, aber nicht weiter störenden Accessoires einzunehmen hat, fördert der Zollverein Projekte, Publikationen und künstlerischen Praxen, die sich "die Frage nach neuartigen Formen von kritischer Öffentlichkeit" stellen und auf unterschiedlichste Weise widerständige Anwendungsmodelle formulieren, diskutieren und praktizieren.

Das Gesamtprojekt Offene Stadt beinhaltet neben verschiedenen Einzelprojekten und einer Ausstellung immer auch die Produktion von Wissen: So dokumentiert der gleichnamige Reader die theoretischen Implikationen dieser Praxis. Ziel sei - schreibt der Leiter des Zollvereins Marius Barbias im Vorwort - eine Kunstpraxis ausformulieren, "welche die Grenzen der Projektkunst überschreitet und die ‚Offene Gesellschaft` in den Bereichen Kunst und Feminismus, Alltagsleben, Culture Jamming und Stadttheorie erreicht."

Empfehlenswert der Artikel von Meike Schmidt-Gleim "Stylepraktiken der feministischen Bewegung", in dem sie das vorherrschende Klischee einer Feministin analysiert. "She's a fat, hairy, angry lesbian" lautet die Bilanz einer Umfrage "Was ist eine Feministin?" an einer Mädchenschule. Feminismus scheint heute etwas zu sein, mit dem sich frau auf keinen Fall identifizieren mag. Statt dieses Image - wie im feministischen Kontext üblich - als Ausdruck einer sexistischen Gesellschaft zu ignorieren, stellt sich Schmidt-Gleim nun die Frage, warum es nicht gelungen sei, die Figur der "Feministin" zum attraktiven Role-Model zu etablieren.

So war der 1970er-Jahre Feminismus geprägt von einer grundlegenden Skepsis gegenüber jeglicher Art von "Style" und visueller Repräsentation. Angesichts der gewaltvollen patriarchalen Zurichtung weiblicher Körper und Subjekte macht diese Verweigerungshaltung durchaus Sinn. Mit der Kür dieses hedonistischen Life-Styles als feministische Pflicht bildeten sich jedoch Ausschlussmechanismen heraus, die sich - Schmidt-Gleim zufolge - heute als contraproduktiv für feministische Bewegung/en erweisen, da die Vorstellung einer strikten Trennung von Style und Politik zu einer Exklusivität des Feminismus führte. Es ist kein Zufall, dass die Hochburgen des Feminismus Universitäten und Kunsthochschulen sind, Feministinnen sich eben nicht vorrangig auf der Straße oder in Mädchenschulen tummeln. Will mensch sich nicht weiter mit der Marginalität des Feminismus zufrieden geben, so müssen Anknüpfungspunkte für eine neue feministische Kollektivität - jenseits identitärer Zuschreibungen - gefunden werden.

Feminismus ist mega-out

Wenn also ein Produkt wie der "Feminismus" bei seiner Zielgruppe "(junge) Frauen" so was von out ist, gibt es - im Prinzip - nur zwei Möglichkeiten: So kann der Produktname geändert und durch einen stylischeren ersetzt werden, dafür plädiert z.B. die Soziologin Angela MC Robbins und bringt den Begriff "Frau" ins Spiel. Die andere Möglichkeit ist - und dafür macht sich Schmidt-Gleim stark - das Produkt selbst zu relaunchen. Dabei geht es darum, dass sich Frauen "symbolische Praktiken unter feministischem Label" wiederaneignen. Wie das aber konkret umsetzbar sein soll, bleibt auch bei Schmidt-Gleim offen.

Einen diametral entgegengesetzten Zugang zum Thema Hipness und Style verfolgt Günter Jakob. In seinem Readerbeitrag nimmt er die innerhalb des Kunst- und Popbetriebs vorherrschende Logik des "Vorne-Seins" unter die Lupe mit dem Ziel eine "Archäologie des Hipnessverfalls" zu erstellen. Mit Bourdieu im Gepäck begibt sich Jakob in den Trümmerhaufen des Kulturbetriebs und gräbt dabei die "Loser" des rasant wechselnden Trendsettertums aus: neben PopjournalistInnen und -literatInnen, findet er DJs, die auf die "falsche" Musik gesetzt haben und andere Ex-Hipster. Dabei seziert Jakob gekonnt die Mechanismen der Hipnessproduktion und zeigt, wie Mode, Musik und Life-Style dem sozialen Distinktionsgewinn dienen. Gleichzeitig wird

Hipnessverlust von dem/der Einzelnen durch ein "Damals war alles besser, da authentischer"-Gefühl kompensiert. Ignorant sind diejenigen, die sich beim Lesen des Textes nicht an der ein oder anderen Stelle wieder erkennen.

Neben diesen eher abstrakten Texten über die Funktionsweise des Kunst- und Kulturbusiness und den Un/möglichkeiten sich diesem zu widersetzen, finden sich in dem Reader u.a. Texte über die Geschichte der Graffitikultur, Cultural Jamming, Netzaktivismus und Frauennetzwerke im HipHop. Die Zusammenstellung ist insgesamt relativ willkürlich. Was allen Texten gemein ist, ist der kritische Blick auf die eigene Subkultur und ihre spezifischen Aktionsformen. Kein Projekt und keine Aktionsform wird überschwänglich abgefeiert, vielmehr benennen und erkennen die AutorInnen, die in der Bewegung immanenten Widersprüche. Trotz aller Ambivalenz bleibt jedoch der Anspruch auf Intervention in gesellschaftliche Prozesse bestehen.

Der Kokerei Zollverein samt Ausstellungsräumen befindet sich seit 2001 auf dem Areal einer ehemaligen Kokerei in Essen. Dort, wo früher Koks produziert wurde, werden nun - so das Konzept - "Ideen, Kommunikation und Kritik produziert". Konsequenterweise können dann die aus jeweiligen Jahresprojekten angehäuften Berge von Wissen kostenlos aus dem Internet runtergeladen werden und - wenn das nicht hip ist - weiß ich's auch nicht.

Nicole Vrenegor

Kokerei Zollverein: Die offene Stadt: Anwendungsmodelle. Herausgegeben von Marius Barbias und Florian Waldvogel. ISBN 3-925783-10-8, Preis 15 Euro, 223 Seiten, Texte sowohl in deutsch als auch in englisch.

Infos, Bestellung und Download unter www.kokerei-zollverein.de

30. Die Illusion von Individualität. Wie KritikerInnen ins kapitalistische System integriert werden

Das Buch "Ware Subjektivität" zeigt, wie KritikerInnen ins kapitalistische System integriert werden

Autor: Matthias Reichelt · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:09

Den Umschlag ziert eine Fotografie von Jens Ziehe, die ein paar verschlissene Turnschuhe der Marke Puma zeigt. Mit diesem Motiv ist man nahezu beim Kern der ehrgeizigen "Theorie-Novelle", wie das Buch vom Autor klassifiziert wird. Es geht um nichts weniger als um den Versuch einer Analyse gesellschaftlicher Veränderung nach dem 9.11.1989, als "die ganze Scheiße" (S.10) anfing, und deren Auswirkung auf Kunst und Kultur.

KünstlerIn als Modell für Ich-AG

In einem sehr komplexen Essay beschreibt Marius Babias, der sich als Kunstkritiker des Stadtmagazins Zitty in Berlin einen Namen machte und mittlerweile zusammen mit Florian Waldvogel die Kokerei Zollverein in Essen leitet, wie der siegreiche Kapitalismus in seiner Verwertungswut in jede Identitätsnische dringt und sich das Individuum und seine alternativen Lebensentwürfe zu willfährigen Instrumenten formt. In einem Appendix des Buches hat der Autor nach Stichworten Textauszüge der Quellen (von André Gorz über Günther Jacob, Robert Kurz, Antonio Negri bis zu Vanessa Redak u.a. sowie von ihm selbst) aufgeführt, auf die er seine Analyse stützt.

Die Verwertung macht auch vor Dissidenz des "linken Milieus" nicht Halt, sondern nutzt auch die marginale "linke" Subjektivität, die sich letztendlich als marktkompatible Trägerin von Hypes und Trends beweist. Babias zeigt, wie der Körper als Projektionsfläche und Werbeträger genutzt und dennoch gleichzeitig die Illusion von Individualität vermittelt wird, obwohl diese längst nur noch im Arrangement und in der Kombination der Elemente besteht. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz und dem Sieg eines ungezügelt und global operierenden Kapitalismus muss keine Rücksicht mehr genommen werden auf die soziale Frage.

Die Arbeit in den nordwestlichen Zentren hat im Postfordismus einen immateriellen Charakter angenommen (Antonio Negri) und wird immer stärker von Menschen bewältigt, die außerhalb des festen Personals als Selbstständige agieren. Das System vermittelt die Illusion: Du kannst alles schaffen; falls nicht, bist du ein Versager. Jeder wird zum Produzenten seiner selbst, zum Designer seiner Oberfläche und seines Schicksals bei gleichzeitig erhöhtem Konkurrenzdruck.

Kapitalismus dringt in jede Identitätsnische

Dabei bleiben aber Solidarität und Kollektivität vollends auf der Strecke. Dissidenz wurde "zum Schlüsselbegriff eines ‚linken Lifestyle` und zum Genre des Kulturalismus. Subkultur war die Eintrittskarte zur Neuen Mitte; davon profitieren beide Komplizen: Popintellektuelle und Zeitgeistindustrie. Der Kontrollstaat konnte spätestens Ende der 90er Jahre seine Dissidenten, die echtes soziales Konfliktpotenzial kulturalisieren halfen, in die Selbstkontrolle entlassen." (S.64)

Der Kunst und ihrem Netzwerk aus Galerien kommt eine wichtige Funktion zu. Sie schaffen die Bühne für das Zeigen von Codes, Hypes und Trends und die Reste politischer Kunst, die einer bereits arrivierten linksintellektuellen Szene das Gefühl gibt, "Haltung" zu wahren. Und im soziologisch/ökonomischen Bereich hat die Kunst sogar eine VorreiterInnenrolle eingenommen, denn das Modell der Ich-AG wurde im Bereich der Kunst schon längst erprobt, bevor es als Stichwort einer von jeglicher sozialistischen Traumtänzerei befreiten Sozialdemokratie in die "Neue Mitte" der Gesellschaftsdebatte geworfen wurde. Dass solch eine schonungslos offene Kritik am sozioökonomischen Rollback aus dem Kunstbetrieb kommt, der ansonsten für das schöne Design zu Deregulierung und neuer Armut verantwortlich zeichnet, stimmt zuversichtlich.

Da aber das revolutionäre Subjekt als Klasse (zumindest derzeit) nicht existent ist, bleibt nur das One-Issue-Bündnis, auch bekannt als Bürgerinitiative. Was aus diesem Modell werden kann, haben die Siebziger zur Genüge gezeigt. Und in der Antiglobalisierungsbewegung ist das Bündnis, ähnlich wie vor vielen

Jahren in der Friedensbewegung, dermaßen weit gestrickt, dass man sich in nur wenigen Jahren bereits auf unterschiedlichen Seiten von wie auch immer gearteten Barrikaden wiederfinden wird.

Somit ist der Ausblick auf Widerstand der schwache Punkt in Marius Babias' zuweilen etwas zu komprimiert formuliertem, aber sehr wichtigen Buch. Ernsthaft vorwerfen wird man ihm dies jedoch nicht können, denn wo ein revolutionäres Subjekt nicht in Sicht ist, bleibt nur das Prinzip Hoffnung.

Matthias Reichelt

Marius Babias, Ware Subjektivität, München 2002,

Verlag Silke Schreiber (ISBN 3-88960-051-4), 21,- Euro

31. Ohren-Propaganda

Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:06

Tango aus dem Mückenland

Wenn der Tango nicht in erster Linie und vor allem erotisch daherkommt, außerdem noch ein wenig langsamer gespielt wird, dann stammt er mit einiger Sicherheit aus - Finnland. Ganz sicher kann man sich sein, wenn Akkordeon, Geige und Klavier außerdem tief melancholisch klingen. Der in seiner kalten, dunklen und mückengeplagten Heimat mehr berüchtigte als berühmte M.A. Numminen gilt als einer der vielseitigsten und skurrilsten Tangokomponisten. Mit seinem "Neorustikalen Tango Orchester" und der in Finnland äußerst beliebten und virtuosen Sängerin Sanna Pietiänen hat Numminen eine Auswahl von Tangos aus mehreren Jahrzehnten zusammengestellt, die jetzt bei Trikont erschienen sind. Satte 21 Tangos sind dabei herausgekommen und auf einigen singt Numminen sogar auf deutsch. Spätestens hier wird auch eine Eigenart deutlich: Den Songs fehlt die Schwülstigkeit und der Pathos. Stattdessen textet Numminen mit viel Prosa über Alltagsmomente, und das hat auch was parodistisches. (DSe)

M.A. Numminen, Finnischer Tango, onko onni unta vain? (Ist das Glück nur ein Traum?), www.trikont.de

Von Zensur keine Rede?

Ein für Oktober im Leipziger links-alternativen Veranstaltungszentrum Conne Island gebuchtes Konzert von Fink wurde kurzfristig abgesagt und nach Erfurt verlegt. So hatte das Plenum vom Ceeh Ieh (so der bezeichnende Name des monatlich erscheinenden Publikationsorgans) mitbekommen, dass Fink den "Bagdad Blues" (wir berichteten) gegen den Irakkrieg als Single veröffentlicht hatte. Der wäre, so die Beurteilung des Ceeh Ieh, einseitig und antiamerikanisch. Mit der Aufforderung zur Stellungnahme erhielten Fink auch einen Text, den das Plenum im April verabschiedet hatte: "No Volksmusik! No Antiamerikanismus" ist der überschrieben. Da "Pop (..) seine Potenz nicht etwa in der Reinheit irgendwelcher ‚ursprünglicher Kulturen`, sondern im Schmelztiegel Amerika erhalten" hat und man im Ceeh Ieh vor allem auf "E-Gitarren statt Alpenhörner" und "Synthesizer statt Buschtrommeln" steht, ist es unerträglich, wenn auf Konzerten "Yankees verpisst euch" oder "Fuck the USA" vom Publikum gegrölt wird. Dass dies bei Fink-Konzerten so sei, wird selbstredend unterstellt. Da nun dieses Publikum "niemals gegen den Diktator Saddam Hussein (...) seine Wut kundgetan hat", vermutet das Plenum "dass das eigentliche und wahrscheinlich unbewusste Motiv der meist schreienden KonzertbesucherInnen Antiamerikanismus ist." Schlimmer noch, wenn eine Band solche Texte fabriziert: "Sollte uns in den Statements und Texten der Bands etwas nicht passen, werden wir je nach Fall entscheiden, die Band gar nicht bei uns spielen zu lassen, einen betreffenden Song aus ihrem Programm zu streichen oder uns kritisch per Interviews im Cee Ieh mit ihnen auseinander zu setzen." Doch wo Fink Zensur wittert, meint das Cee Ieh: "Zunächst mal geht uns nicht um eine Zensur, Verbot oder ähnliches." Sondern? s.o. (DSe)

Fink auf Tour: 10.10. Köln - Gebäude 9, 11.10. Stuttgart - Merlin, 12.10. Nürnberg - K 4, 13.10. Heidelberg - Karlstorbahnhof, 14.10. München - Feierwerk, 15.10. A-Linz - Posthof, 16.10. A-Wien - Szene, 17.10. A-Klagenfurt - Jazzkeller Kamot, 18.10. A-Innsbruck - tba, 19.10. CH-Thun - Cafe Bar Mokka, 20.10. CH-Zürich - El Lokal, 21.10. Freiburg - Jazzhaus, 22.10. Frankfurt - Sinkkasten, 23.10. ERFURT MUSEUMSKELLER (nicht LEIPZIG), 24.10. Dresden - Star Club, 25.10. Berlin - Bastard, 26.10. Hamburg - Fabrik, www.finkmusik.de, auch zum anhören: www.bagdadblues.de

Orientierungshilfe Folker

Nun ist es ja nicht gerade eine besondere Stärke dieser Zeitung, für andere Zeitungen zu werben. Für den Folker machen wir aber mal eine Ausnahme. Das "Magazin für Folk, Lied und Weltmusik" erscheint im 6. Jahrgang zweimonatlich und betrachtet Musik nicht vor allem als Unterhaltungsmedium oder kultig, sondern interessiert sich auch für politische und soziale Hintergründe und Zusammenhänge, in denen diese Musik entsteht und gehört wird. Neben Konzert- und CD-Tipps stellt Folker KünstlerInnen und Bands von "all around the world" vor. Zwar nicht immer prickelnd geschrieben, reist man in einer Ausgabe aber gern mal um den musikalischen Erdball, werden kreolische Bands vorgestellt, KünstlerInnen aus Warschau präsentiert, die neufundländische Truppe "Great Big Sea" interviewt, Songwriterin und Cowgirl Katy Moffatt gewürdigt oder der nigerianische Erfinder des "Blufunk", Keziah Jones, näher gebracht. Für diejenigen, die den Dschungel

reichhaltigster Veröffentlichungen zwischen Folk und Weltmusik nicht mehr so richtig durchschauen können, bietet Folker eine wertvolle Orientierungshilfe - und das sogar noch mit einem linken Ohr. (DSe)

Folker, Magazin für Folk, Lied und Weltmusik, zweimonatlich, 5 Euro, www.folker.de

32. Der Jung mit dem Tüdelband. Film und CD würdigen die jüdischen Musiker Wolf

Autor: DSe · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:05

Nach Ausstellung, Katalog und Film kommt nun der vierte Teil der Geschichte vom an der Ecke stehenden Jung mit dem Tüdelband. (1) "The Return of the Tüdelband" heißt die CD, die dieser Tage bei Trikont erschienen ist und auf der zahlreiche Hamburger Bands den Gebrüdern Wolf ihren Respekt zollen.

Auch wenn man nicht aus Hamburg kommt, dürfte der Song bekannt sein: "An de Eck steiht'n Jung mit'n Tüdelband, in de anner Hand'n Budderbrot mit Kees. Klaun, klaun, Äppel wüllt wi klaun, ruck-zuck över'n Zaun. Een jeder aber kann dat nich, denn he muß aus Hamborg sein". Wenn auch nicht gerade die Hamburger Hymne, so ist der Song doch als Gassenhauer und Volkslied über Generationen hinweg beliebt. 1907 getextet, komponiert und gesungen von den "Gebrüdern Wolf". Bereits 1895 hatten sich die drei stimmbegabten Söhne des Schlachtergesellen Isaac Joseph Isaac zusammengetan und tingelten als "Wolf-Trio" durch die Hansestadt. Doch erst 1911 - James hatte zuvor das Trio verlassen - kam es zum Durchbruch. In der Hamburger Lokalrevue "Rund um die Alster" sang das jüdische Brüderpaar "Snuten und Poten" (auf dem Sampler von Fink neu vertont) und landete damit seinen ersten Hit. Sie traten in Hafenarbeiterkluft auf, sangen Plattdeutsch und erzählten dabei jede Menge "Döntjes". Das eher proletarische Publikum war begeistert, und selbst Mittel- und Oberschicht waren von den "plietschen Hamburger Jungs" angetan. In den 20er Jahren folgten dann Plattenaufnahmen und Auftritte an fast allen Hamburger Bühnen; Gastspiele von Wien bis nach Bergen folgen.

Deutsch-jüdische Erinnerungsarbeit

Auch wirtschaftlich stieg die Familie auf. In den 20er Jahren gehören den Wolfs nicht nur zwei Theater, sondern auch das Hamburger Operettenhaus an der Reeperbahn.

All das endete 1933, als die Nazis in Deutschland die Macht übernahmen. Die bislang als Hamburger Originale beliebten Brüder erhielten Auftrittsverbot, der Besitz wurde konfisziert und das Operettenhaus übernahm G. Pohl - ein NSDAP-Mann.

Ein Teil der Familie emigrierte, zunächst nach Shanghai, dann Ende der 40er Jahre nach New York und schließlich 1953 nach Kalifornien. James Wolf, der ehemals am Trio beteiligte Bruder, wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert, ein Jahr später wurde er von den Nazis ermordet. Ludwig Wolf überlebte - dank seiner arischen Frau - in den Hütten der Hamburger Neustadt. Nach dem Krieg versuchte er noch einmal an die Erfolge von früher anzuknüpfen, aber ohne Erfolg. Im März 1955 starb er.

Wolf-Songs neu gemixt

Filmemacher Jens Huckeriede ist es zu verdanken, dass die Geschichte der Brüder Wolf nicht dem völligen Vergessen preisgegeben wurde. Schon Mitte der 90er Jahre hat er mit den Recherchen nach den Urhebern des "Jung mit dem Tüdelband" begonnen. Huckeriede hat - auf den Spuren der Familie in Shanghai und den USA - ihre Geschichte zusammengetragen. Dabei stieß er auch auf Dan Wolf, einen Urenkel, der in San Francisco als Rapper und Schauspieler sein Geld verdient. Außerdem findet er in Schweden und den USA zwei Enkeltöchter.

Mit zahlreichen Fotos, viel Textmaterial und den alten Platten fand im November 2001 eine Ausstellung über die Geschichte der "Gebrüder Wolf" im Hamburger Rathaus statt. Wenig später leisteten die beiden Schauspieler Peter Franke und Gerhard Garbers in den Hamburger Kammerspielen Erinnerungsarbeit und trugen zwölf Lieder sowie Sketche der Wolf-Brüder vor (gibt es auch als Doppel-CD zu kaufen). Und wiederum einige Monate später veröffentlichte der Verein Kunstwerk e.V. den Katalog zur Ausstellung. Auf der dazugehörigen CD sind sechs Wolf-Lieder in der Originalfassung zu hören.

Jetzt - im Herbst 2003 - ist nicht nur der Film fertig geworden, sondern auch bei Trikont die CD "Return of the Tüdelband" erschienen. Während der Film sich an die Hacken von Hip-Hopper Dan Wolf klebt und seine Suche nach den Hamburger Wurzeln seiner Familie zum Thema macht, ist die CD ein Mix und stilistisch ein

fulminantes Crossover diverser Songs der Wolf-Brüder. Auf ihre ureigene Art widmen sich z.B. Fink dem Thema (Eckensteher), mischen ein wenig Folk und Country dazu. "Der Fall Böse" knallt einem eine drückende HipHop-Nummer in die Ohren. Bernadette Hengst, ihres Zeichens Vertreterin des Elektro-Gitarren-Pops Marke Hamburger Schule - diesmal sehr verhalten -, verlegt die Geschichte von "Spielbude (Reeperbahn) bis Balduintreppe (Hafenstraßenhäuser)" und schlendert textlich diesen Weg entlang an den Nutten vorbei bis zu dem Flüchtling, der in der ach so liberalen Hansestadt zum Schlucken von Brechmitteln gezwungen wird und daran stirbt. Die Hardcore-Ladys von TGV übersetzten das Ganze einfach ins Englische und rocken ab. Veranda Music, Dubtari oder Trainingslager heißen weitere der auf diesem Sampler versammelten Bands. Und - natürlich als Opener der CD - ist auch Wolf-Enkel Dan mit seiner Band Felonious und dem Titel "Tüdelbomb" dabei, in dem er auch die Geschichte seiner Familie und Nazi-Deutschland zum Thema macht: "I fed your culture, who fed me gas".

Wie gesagt: Ein gnadenloses Crossover. Aber eben das macht die Aktualität und Lebendigkeit aus und kann als gelungene Wiederbelebung so genannter Volkslieder angesehen werden.

DSe, www.rock-links.de

Diverse, The Return of the Tüdelband, www.gebruederwolf.de

Anmerkung:

1) Ein Tüdelband ist ein Metallreifen, mit dem früher die Holzfässer zusammengehalten wurden. Ein beliebtes Spiel war es, diese Reifen mit einem Stock über Straßen und Gehwege zu treiben.

33. In Hamburg soll auf dem Gelände von Park Fiction ein "Institut für unabhängigen Urbanismus" entstehen

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:07

Vor fast zehn Jahren beschloss die AnwohnerInnen-Initiative Park Fiction: Hier am Elbrand des dicht bebauten St. Pauli, nahe der Hafenstraße, entsteht keine mehrstöckige Beton-Perle, sondern ein Park. Dem offiziellen Bebauungsplan der Stadt Hamburg wurde eine kollektive Wunschproduktion im Viertel entgegengesetzt, die auf die radikale Erweiterung des Zugangs am Planungsprozess zielte. (vgl. ak 449) Der Wunsch-"Park" wurde in viele kleine konkretere Wünsche verwandelt und letztlich, zumindest in einem ersten Teilabschnitt, auch gebaut und Anfang September diesen Jahres eröffnet.

Das langjährige Agieren von Park Fiction brachte es mit sich, dass sich sehr unterschiedliche Allianzen herausbildeten und weit reichende Netzwerke sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene entstanden. Besonderes Interesse erfuhr das Projekt im Zuge des "Kunst im öffentlichen Raum"-Hypes der 1990er Jahre. Die Hamburger Kulturbehörde förderte das Projekt, und schließlich erhielt Park Fiction durch die Einladung auf die Documenta 11 im letzten Jahr auch die institutionelle Weihe des Kunstfeldes. Zugleich wurde das Projekt in den selbstorganisierten Peripherien des Feldes diskutiert, die sich zunehmend in den Bereich Urbanismus einmischen und Kritik an der Umstrukturierung der Städte im Zuge neoliberaler Privatisierungstendenzen üben. Um die entstandenen Netzwerke weiter auszubauen und um die eigene Strategie zu reflektieren, organisierte Park Fiction Ende Juni diesen Jahres den Kongress "Unlikely Encounters in Urban Space". (1)

Jetzt sollen diese Diskussionen im Park einen festen Ort erhalten: das "Institut für unabhängigen Urbanismus". Anika Heusermann sprach mit Christoph Schäfer von Park Fiction über die Pläne für das Institut und über Perspektiven, die sich aus dem Kongress ergeben haben.

ak: Ein erster Teil des Parks am Elbhang ist in den letzten Monaten fertig geworden. Weitere Bauabschnitte folgen in den nächsten Jahren. Auf dem Parkgelände ist die Aufbockung des Park-Fiction-Planungscontainers vorgesehen, von euch oft als "Wolkenbügel" bezeichnet. Der Container soll künftig das bereits auf der Documenta 11 gezeigte Park-Fiction-Archiv sowie ein "Institut für Urbanismus" enthalten. Kannst du Genaueres über dieses Vorhaben sagen?

Christoph Schäfer: Dem Park ist ja in all seiner Schönheit nicht unbedingt in jeder Faser anzusehen, welcher Konflikt der Realisierung vorausgegangen ist. Bei Park Fiction ging es zwar um ein reales Stück Stadt, aber eben nicht nur, sondern um eine grundsätzliche Infragestellung von Planungsprozessen, Entscheidungsstrukturen und der Definition von Stadt durch die herrschenden Mächte. Diese Auseinandersetzung sollte sichtbar bleiben: Das Archiv ist für uns eine Form, wie ein sozialer Prozess, an dem wir selbst teilgenommen haben, erinnerbar gehalten werden kann und produktiv bleibt. Von dem Archiv sollen weitere Forschungen und Experimente im urbanen Raum ausgehen, aber auf dem Boden der Erfahrungen und des Netzwerks von Park Fiction, also im Kontext der damit verbundenen Realisierungsandrohung.

Worin wird sich euer Institut von einem universitären Institut unterscheiden? Die Universität Hamburg betreibt z.B. im Fachbereich Ethnologie und Volkskunde das interdisziplinäre Forschungsprojekt Stadt.

Bei uns braucht man keinen Schulabschluss, kriegt kein Bafög, keine Noten und kann seine Aufgabe völlig selbst bestimmen. Grundlegend ist das Interesse, aus einer Alltagsperspektive heraus zu arbeiten, vom bewohnten, benutzten Raum auszugehen, also Forschung nicht davon abgetrennt zu betreiben, und weitere Experimente zu entwickeln. Es geht um Sachen, die nach außen gehen, wie z.B. die Ausstellung der Documenta-Installation auf der Reeperbahn, die praktisch auf der Straße stand, und wo die Park-Fiction-Guides, Jugendliche aus St. Pauli, Führungen durch die Ausstellung und zum Park gemacht haben und Christine vom Schwabinggradballett (2) nebenbei mit denen Kurzgeschichten geschrieben hat. Andere haben bei dem - doch ziemlich spezialisierten - Kongress gearbeitet. Dort gab es, vielleicht erstmals, eine Führung der internationalen Kongressgäste durch die Hafenstraße, eine durch die Flora, ein Essen in der St.-Pauli-Kirchengemeinde und eins im Stadtteilkulturzentrum. Uns ist wichtig, dass Leute aus unterschiedlichen kulturellen Sphären sich mindestens sehen können und voneinander wissen, was sie tun, und sich im besten Fall gegenseitig schlauer machen.

Auf der anderen Seite: Worin wird sich euer Institut von einem Stadtteilarchiv unterscheiden?

Ich finde Stadtteilarchive eigentlich eine gute Idee, außer dass sie sich auf den Stadtteil beschränken bzw. im Namen so etwas mitschwingt wie "Stadtteilidentität" als etwas fest geschriebenes - dagegen bin ich fast so sehr wie gegen "nationale Identität". Im Gegensatz dazu geht Park Fiction davon aus, dass ein lokales Netzwerk immer wieder neu geschaffen, neu erfunden werden muss, und - wenn man den Begriff der Identität überhaupt verwenden will - diese durch gemeinsames Handeln entsteht. Wir arbeiten lieber mit Begriffen wie "lokales Wissen" - wobei da eben der "globale Austausch" dazugehört. Es ist ja kein städtischer Quadratmeter irgendwo auf der Welt mehr vorstellbar, in dem sich nicht das Globale wiederfindet; die Stadt ist nicht mehr ohne das Außen, das darin enthaltene Fremde, denkbar. Und es ist, glaube ich, schwieriger, die Klassengrenze zu einer NachbarIn zu überschreiten, als mit Leuten in anderen Ländern zu sprechen, die dieselben Bücher gelesen haben. Im Vorfeld der Konferenz stellte sich zum Beispiel raus, dass zwei unserer 12-jährigen Guides zuhause Bollywood-Videos sammeln, während die indischen ReferentInnen den Top-Ten-Hit von Panjabi MC nicht kannten. Ein Forschungsthema könnte zum Beispiel sein: Gibt es eine spezielle Aufnahmefähigkeit oder Austauschfähigkeit für fremde Musikstile in Hafenstädten? Und das in Surabaya, Kalkutta, Hongkong, Hamburg und der Karibik zu untersuchen, das mit MusikerInnen diskutieren, Sendungen draus zu machen - in der Art.

Zum "Wolkenbügel": Der Name geht ja zurück auf einen Entwurf des russischen Konstruktivisten El Lissitzky, der auch aktiv an der Oktoberrevolution teilnahm. Der "Wolkenbügel" (von 1924) war als Antithese zum amerikanischen Skyscraper, d e m Symbol des Kapitalismus, gedacht. Ein hochgestelzter Flachbau, der sich in der Betonung der Horizontalen deutlich vom senkrecht aufstrebenden Wolkenkratzer abgrenzen sollte. Du hast mal geschrieben, dass du sofort Fan dieses Entwurfs warst. Warum?

Für mich ist das eine fliegende Wohnung. Diese Idee von der Arbeiterklasse, die sich nicht mehr von der Schwerkraft besiegen und niederdrücken lässt, das finde ich sehr schön daran. Aber wenn wir das mit so einem kleinen Container machen auf zwei Meter Höhe und das Institut nennen, drückt es einen gebrochen utopischen Bezug zu den dominanten Verhältnissen aus: eine fliegende Wohnung, die auf Stelzen steht. Das Politische ist ja nicht in den Bau selbst eingeschrieben. Ich hatte darüber mal eine Unterhaltung mit Michael Lingner, so 1991/92, für den das ein Beispiel war für Kunst, die Funktionalität hat. Und ich fand es dafür eigentlich ein recht schlechtes Beispiel. Denn wenn man den Bau aus dem Kontext rausnimmt, kann er auch für etwas ganz anderes stehen. Mal angenommen, er wäre damals in Moskau gebaut worden und jetzt würde die Deutsche Bank oben einziehen, dann würde das in der ganzen Wirkung total auf dem Kopf stehen. Das wäre so eine sichere Etage, abgelöst vom Boden. Genau das ist Mitte der 90er Jahre eingetreten, als die Erbauer des Potsdamer Platzes dort eine "Info-Box" installierten, die nichts anderes war als eine ganz plumpe Version des "Wolkenbügels", und die als spektakuläres Partizipationsangebot für den drumherum sich vollziehenden, autoritärsten Planungsprozess der Nachkriegszeit fungierte. Ich finde, diese Umkehr zeigt, dass man bestimmte Dinge mit Formen allein gar nicht schaffen kann, sondern nur durch die soziale und politische Funktion, die so ein Gerät erfüllt.

Als ersten Auftakt zum Institut habt ihr Ende Juni den Kongress "Unlikely Encounters in Urban Space" organisiert. Dort habt ihr u.a. den Begriff der "konstituierenden Praxen" ins Spiel gebracht. Was ist damit gemeint?

Einerseits, dass man sich nicht auf die Konfrontation mit dem Staat fokussiert. Aber es heißt auch, und das ist viel wichtiger, sich davon abzugrenzen, den Weg zu gehen, den man als Reformmöglichkeit immer angeboten kriegt. Das würde heißen, dass konstituierende Praxis immer auch ein Gegenstück ist zum Parteien gründen oder zum Als-Bürger-Eingaben-Machen, also sich an den vorgeschriebenen Ablauf der Dinge zu halten. Bei konstituierenden Praxen geht es um das Moment der autonomen Setzung und des parallelen Arbeitens, was dann früher oder später in Konflikt gerät. Aber die Idee ist nicht der frontale Angriff auf den Staat.

Kannst du an einem Beispiel konkret machen, was konstituierendes Arbeiten gerade auch im Hinblick auf Stadtkritik bedeutet? Das Institut zielt ja auf einen "unabhängigen Urbanismus"?

Zur Zeit wird ja Stadt auf "Wirtschaftsstandort" reduziert, während klassischerweise und offiziell Stadt und Staat homogen zusammen gedacht werden. Ich glaube aber, mit Lefebvre, dass das zwei völlig unterschiedliche Sachen und Logiken sind, der staatliche Normraum und das Urbane als die verdichtete

Unterschiedlichkeit. Maclovio Rojas, die wir zum Kongress eingeladen hatten, ist eine Stadt in der Stadt Tijuana. (vgl. ak 476) Vom Staat völlig unabhängig hat es u.a. eigene Schulen, PressesprecherInnen, einen eigenen Stadtplaner; es betreibt das einzige Frauenhaus in Tijuana und - bezugnehmend auf die Zapatistas - ein Aguascalientes Zentrum. Darüber hinaus ist ein Zentrum für Theorie und politische Philosophie geplant. Maclovio macht eine clevere Netzwerkpolitik mit KünstlerInnen vor allem aus den USA, linken Gruppen, aber auch den Quakern zum Beispiel, und konnte deshalb bisher von der Regierung nicht geräumt werden. Auch wenn diese Stadt aus Not und unter extrem prekären, gar nicht mit hier vergleichbaren Bedingungen entstanden ist, ist sie trotzdem ein Beispiel, dass Städte auch ohne und gegen mächtige Investoren entstehen und anders funktionieren können.

Welche Rolle spielen künstlerische Formen in so einer politischen Praxis?

In der Kunst geht es ja prinzipiell und idealerweise um Unterschiedlichkeit - die zugespitzt statt auf Konsens abgeschliffen wird. Dieser in der Kunst geübte Umgang mit und Respekt vor Unterschiedlichkeiten und die damit verbundene Neugier finde ich Eigenschaften, die wichtig sind, wenn heute Leute aus sehr verschiedenen Hintergründen und Kulturen zusammen agieren wollen. Aber auch taktisch können künstlerische Verfahren von Vorteil sein: so ist es zum Beispiel dem Schwabinggradballett gelungen, während des Grenzcamps stundenlang in der Straßburger Innenstadt ein didaktisches Theaterstück aufzuführen, obwohl die Stadt mit einem kompletten Demonstrationsverbot belegt war, und schließlich, als das Ballett von der CRS, einer besonders skrupellosen französischen Polizeieinheit, umstellt war, durch Songs einen Volksauflauf herzustellen und dadurch Verhandlungen und freien Abzug zu erzwingen.

Was hat der Kongress über den Austausch konkreter Strategien hinaus an Perspektiven für das Institut gebracht?

Was fast alle Gruppen auf dem Kongress verbindet, ist die Idee, aus einem Alltagsblick und aus Alltagspraxen heraus sowohl seine Theorie als auch die anderen Praxen zu entwickeln. Also die Frage, wie kommt man sowohl von einem Theorie-von-oben-Blick weg, als auch von einem Kunst-getrennt-vom-Alltag-Blick. Wie wird man das los? Aber nicht im Sinne von Utopien vergessen und sich nur noch um das Alltagsleben kümmern. Sondern eher so wie bei Sarai (3), wo dieses Herauslesen aus dem Alltag ja extrem betrieben wird. Allein dass Sarai ihren Reader "The Cities of Everydaylife" genannt haben, besagt das schon. Die Bücher haben deshalb auch so ein bisschen Bibelcharakter für mich. Das Cybermohallah-Projekt von Sarai z.B. finde ich nicht nur aus taktischen Gründen wichtig, sondern vor allem deshalb, weil der Rezeption ein extrem hohes Maß an gestaltender Kraft zugemessen wird, also dem Lesen und Beschreiben der Stadt: Das Compughar (Computerhaus) ist ein selbstregulierendes Laboratorium, das von Sarai in einem illegal errichteten Viertel Dehlis betrieben wird, in dem die jungen BewohnerInnen Microtexte schreiben, die genau die Städte des Alltags beschreiben und decodieren, die auf den offiziellen Karten gar nicht vorkommen und die ständig vom Abriss bedroht sind. In diesen hochpräzisen und poetischen Beschreibungen, eigentlich die Literatur der Megastädte, werden diese Viertel auf einer zweiten Ebene sichtbar gemacht. Und damit wird aus einem der machtfernsten Medien, der Poesie, ein Element der konstituierenden Macht der Multitude. Dieses Arbeiten auf einer mikroskopischen Ebene und diesen Ernst der Mikropolitik bei Sarai, dieser Versuch, dass keiner mehr instrumentalisiert wird, das finde ich sehr wichtig. Auch für das Institut.

Interview: Anika Heusermann

Anmerkungen:

1) Information zum Kongress unter: www.parkfiction.org/unlikelyencounters/index.php Der Reader erscheint Ende 2003 und kann bei: info@parkfiction.org bestellt werden.

2) Das Schwabinggradballett wurde von Hamburger MusikerInnen gegründet, um in öffentlichen Räumen auf unerwartete Weise zu intervenieren. Es verbindet flexible Auftrittsstrategien mit theatralischen Elementen, wie z.B. Straßenmusicals.

3) Sarai ist ein Medienlabor und Experimentierfeld für digitale kollektive Arbeit in Dehli, in dem Forschung über urbane Kultur und Politik, Medienpraxis und Aktivismus ineinander fließen. Weitere Infos: www.sarai.net

34. Zwischen Zensur, Knast und Arrest. Das Leben des indonesischen Schriftstellers Pramoedya Ananta Toer

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Kultur; Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:02

Pramoedya Ananta Toer kam am 6. Februar 1925 im zentraljavanischen Blora als ältestes Kind des Direktors einer nationalistischen Schule zur Welt. In dieser Phase des politischen Umbruchs wurde die Suche nach Einheit und der eigenständigen Gestaltung Indonesiens jenseits des Kolonialismus zum alles beherrschenden Thema. In Blora verbrachte Pram, wie Freunde ihn nannten, seine Kindheit. Dort absolvierte er die siebenjährige Grundschule, die mütterliche Unterstützung verschaffte Pram die Chance, in der Stadt Surabaya die Studien fortzusetzen und einen Radiolehrgang zu machen. Während der japanischen Besatzung (1942-45), deren Beginn Pram und seine Freunde begrüßten, arbeitete er bei der japanischen Nachrichtenagentur Domei. Da er dort hauptsächlich als Stenograf eingesetzt wurde und keine Chance sah, einen eigenen Beitrag zur Befreiung zu leisten, schloss er sich zeitweilig einer paramilitärischen Untergrundorganisation an.

Am 17. August 1945 erklärte Indonesien seine Unabhängigkeit. Die Niederlande versuchten, das Ende ihrer Kolonialmacht mit Waffengewalt zu verhindern. Erst Ende 1949 verzichtete Den Haag auf die Herrschaft über Indonesien. In diese Zeit fiel Prams erste Verhaftung. Die Holländer sperrten den Rebellen von Juli 1947 bis Dezember 1949 hinter Gitter. Die Zeit der Gefangenschaft nutzte Pram zum Schreiben. Es entstanden Artikel und Zeitschriftenbeiträge sowie ein erstes Buch, das den Widerstand gegen die japanische Okkupation thematisierte. Sukarno avancierte zum gefeierten Staatspräsidenten der 16 föderierten Vereinigten Staaten von Indonesien, die jedoch schon 1950 aufgelöst wurden und einer zentralistischen Republik Indonesien wichen. Mit der endgültig erlangten Unabhängigkeit verband Pram die Hoffnung, als freier Mensch in einem freien Land eine Karriere als politischer Publizist zu beginnen. Schließlich schien Sukarno als anerkannter Antikolonialist nunmehr der beste Garant für ein würdevolles Leben zu sein.

1955 war Indonesien Gastgeber der Konferenz von Bandung und damit Initiator der Bewegung der Blockfreien. Die Staats- und Regierungschefs von 29 asiatischen und afrikanischen Ländern hatten sich im April in der indonesischen Stadt Bandung zusammengefunden, um im eskalierenden Kalten Krieg - das Ende des Koreakrieges lag gerade mal zwei Jahre zurück - jenseits der West-Ost-Blockkonfrontation für einen unabhängigen Nationalismus und gegen jede Form von Kolonialismus und Rassendiskriminierung zu kämpfen. Nach der Bandung-Konferenz wurde Pramoedya nationaler Vorsitzender der Conference of Afro-Asian Writers und Ko-Herausgeber und Berater des in Prag erscheinenden Journals Orient.

Für Pramoedya Ananta Toer waren die Jahre von 1950 bis 1965 eine außerordentlich schaffensreiche Phase. Er avancierte zu einem landesweit geachteten Autor. Der politisch engagierte Schriftsteller wurde leitendes Mitglied der Lekra, des Instituts für Volkskultur, das maßgeblich die nationalistischen Ideen der Revolution von 1945 beförderte. Pram betreute die Herausgabe von Lentera (Die Laterne), der wöchentlichen Kulturbeilage der linken Zeitung Bintang Timur (Östlicher Stern). Darüber hinaus lehrte er indonesische Sprache und Literatur an der University of Res Publica und Journalismus an der Dr. Abdul Rivai Academy for Journalism in Jakarta. Zwischenzeitlich übersetzte er John Steinbecks "Von Mäusen und Menschen" und Maxim Gorkis "Mutter" ins Indonesische - Autoren, über die Pramoedya sagt, ersterer habe ihn wegen der Plastizität seines Stils beeindruckt und letzterer ihn die Bedeutung sozialer Einflüsse gelehrt.

Maulkorb für Regimegegner

So sehr Pramoedya Sukarno anfänglich bewunderte, so sehr irritierte ihn zunehmend sein autokratischer Regierungsstil. 1959/60 verbot ein Präsidialdekret chinesisch stämmigen IndonesierInnnen, außerhalb der Städte Handel zu treiben. Proteste dagegen und gegen die Diskriminierung dieser ethnischen Minderheit trugen Pram die zweite Gefängnisstrafe ein. Ebenfalls im Jahre 1959 löste Sukarno das parlamentarische System durch die "Gelenkte Demokratie" ab und vertrat in der Folgezeit eine widersprüchliche Politik, die in erster Linie von wachsenden innenpolitischen Krisen ablenken sollte. Mal hofierte er die nach der KP Chinas und der KPdSU weltweit drittgrößte kommunistische Partei, die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI). Dann wiederum setzte er auf das Militär, um mit dessen Hilfe zentrifugale Tendenzen in dem Einheitsstaat zu unterbinden. Das gelang zwar - doch um den Preis wachsender Machtfülle des Militärs. Unter dem Vorwand,

eine Machtübernahme der PKI zu vereiteln, putschten sich Offiziere Anfang Oktober 1965 an die Macht. In den Monaten danach wurden in Indonesien möglicherweise bis zu einer Million Menschen - bezichtigt als "Subversive" oder "Sympathisanten der PKI" - getötet. Komplizen der Militärdiktatur waren die Regierungen der USA und Großbritanniens. US-Agenten hatten den neuen Machthabern Todeslisten geliefert und dann akribisch jeweils die Namen der "Liquidierten" durchgestrichen. (1) Bis heute wirken diese systematischen Massaker von ZivilistInnen traumatisch nach. Der Kommandeur der Eliteeinheit Kostrad, General Suharto, war der neue starke Mann in Jakarta. Alles, was sich ihm, seiner Soldateska und ihrer so genannten "Neuen Ordnung" in den Weg stellte, wurde gnadenlos bekämpft oder physisch liquidiert. (2)

Kritiklos und ungestraft konnte Jakarta Ende der 60er Jahre Irian Jaya (Westpapua) und 1975/76 auch die einstige portugiesische Kolonie Osttimor völkerrechtswidrig als 27. Provinz annektieren und dort ein Terrorregime errichten. Gedeckt wurde auch diese Politik von höchster Stelle: US-Präsident Gerald Ford und sein Außenminister Henry Kissinger weilten kurz vor dem Einmarsch indonesischer Truppen nach Osttimor in Jakarta und waren in Suhartos Invasionspläne eingeweiht. Kissinger hatte lediglich darauf bestanden, mit der Invasion so lange zu warten, bis sein Präsident und er nach Washington zurückgekehrt seien. (3)

Einer Gerölllawine gleich riss die "Neue Ordnung" alles in den Abgrund, was Kritik und Dissens wagte. Tatsächliche oder vermeintliche RegimegegnerInnen "verschwanden", kritischen Intellektuellen, oppositionellen Gewerkschaftern, JournalistInnen und SchriftstellerInnen wurde im mildesten Falle durch Schreib-, Rede- und Versammlungsverbot der Maulkorb verpasst. Pramoedya selbst wurde bereits im Oktober 1965 aufgegriffen und zum dritten Mal inhaftiert. Seine Schriften wurden verboten, seine Bibliothek beschlagnahmt, unveröffentlichte Texte und persönliche Unterlagen konfisziert, zerstört oder gingen verloren. Bis 1979 dauerte Prams Haftzeit, darunter von August 1969 bis November 1979 auf der Gefangeneninsel Buru. Dort waren Tausende von politischen Gefangenen gezwungen, auf sich allein gestellt das eigene Überleben zu sichern.

Ein Leben unter Zensur

In der Gefangenschaft auf Buru entstand Pramoedyas bedeutendstes Werk, die Tetralogie "Bücher der Insel Buru". Die allgegenwärtige Repression veranlasste Pram, die Handlung dieser Romane in die Zeit um 1900 zu verlegen. Sein Thema ist die koloniale Unterdrückung durch die Holländer. Anhand des Hauptprotagonisten, des javanischen Adeligen Minke, entfaltet Pram im Zeitraffer die Geschichte Indonesiens. Als einer der wenigen Einheimischen genießt Minke das Privileg, eine holländische Oberschule zu besuchen und dort die Sprache der Kolonialherren zu lernen. Minke schließt die Schule ab und arbeitet als Journalist. Da sein Holländisch exzellent ist, werfen Freunde ihm vor, er schreibe nicht in der Sprache der Einheimischen und kenne sein eigenes Volk nicht. Minkes Dilemma ist der Zwiespalt, trotz hoher Bildung die dunkle Hautfarbe nicht verleugnen zu können. So sehr er sich auch müht, im Duktus zur Herrenrasse zu gehören, so sehr bleibt er außen vor. In den letzten beiden Bänden der Buru-Tetralogie finden wir Minke in der Großstadt (Jakarta), wo er seine Identität in politischem Engagement findet. Er wird verfolgt und schließlich ins Exil getrieben.

Leitmotivisch durchzieht Prams Schriften die Auseinandersetzung der einheimischen mit der europäischen Kultur und damit die Schärfung historischen und sozialen Bewusstseins. Immer wieder geht es um die Sprache als Instrument von Herrschaft und Medium des Widerstands. Subtil arbeitet die Buru-Tetralogie mit den Techniken der Montage. Ihr Autor konfrontiert seine LeserInnen mit komplexen Figuren, die auf vielfältige Weise ihr Leben meistern. Die leise und lebensbejahende Botschaft: Bediene dich deines Verstandes und schärfe dein Erinnerungsvermögen, um die Verhältnisse zu verstehen und zu verändern. In diesem Sinne spiegelt Pramoedyas Werk facettenreich die Probleme, nachkoloniales, selbstbestimmtes Bewusstsein und Handeln zu begründen. Zumindest eine geistige Verwandtschaft zu Peter Weiss' "Die Ästhetik des Widerstands" ist nicht von der Hand zu weisen. Schließlich geht es um den Entwurf einer Ästhetik des antikolonialen Kampfes und den vitalen politisch-humanistischen Diskurs.

Die Ästhetik des antikolonialen Kampfes

1979 konnte Pram aus Buru zurückkehren. Doch er wurde unter Stadtarrest gestellt - knapp 20 Jahre lang. Seiner Bürgerrechte beraubt, musste er sich regelmäßig bei der Polizei melden. Ein Jahr später erschienen mit "Garten der Menschheit" und "Kind aller Völker" die ersten beiden Bände der Buru-Tetralogie. Auf Anhieb wurden sie Bestseller. Die Zensoren des Suharto-Regimes belegten die Werke kurzerhand mit dem Bannfluch

des "Marxismus, Leninismus und des Kommunismus" und verboten sie wegen ihres "subversiven" Gehalts. Selbst mit Personen, die Prams Bücher nur besaßen, wurde kurzer Prozess gemacht, und etliche landeten hinter Gittern. Dennoch blieb Pram der meistgelesene zeitgenössische Autor des Landes. Massenhaft wurden seine Schriften hektographiert und unter der Hand weiter gereicht. Genauso verhielt es sich 1985 und 1988 mit den beiden abschließenden Teilen der Buru-Tetralogie, "Spur der Schritte" und das "Glashaus": Unmittelbar nach deren Publikation erfolgte das Verbot. Diesmal witterten die staatlichen Stellen eine Kritik an den lebenden Machthabern. Im "Glashaus" nämlich wird Minke durch einen Erzähler ersetzt, der gleichzeitig Polizeikommissar ist. Was als Autobiografie des indonesischen Nationalismus begann, wird zu einer unabgeschlossenen Geschichte des Übergangs Indonesiens von einem kolonialen zum postkolonialen Staat.

1988 erhielt Pramoedya den PEN Freedom-to-Write Award. 1995 folgten der Wertheim Award aus den Niederlanden und der in Südostasien renommierte philippinische Magsaysay Award for Journalism, Literature and Creative Communication Arts. Weitere Auszeichnungen und Preise folgten. Mittlerweile ist sein Werk in seiner Heimat wieder frei zugänglich und der Autor muss gegenwärtig keine staatliche Willkür fürchten. Doch der Tochter des Staatsgründers und seit Juli 2001 amtierenden Präsidentin Megawati Sukarnoputri traut Pramoedya nicht zu, die Gesellschaft demokratisch zu gestalten und einen Staatsterrorismus aufzuarbeiten, der auch nach dem Abgang des Diktators Suharto blutige Spuren der "Befriedung" in Osttimor, Westpapua, in den Molukken und Aceh zieht.

Rainer Werning

Anmerkungen:

1) U.S. Department of State, Foreign Relations of the United States, 1964-68, Volume XXVI: Indonesia, Malaysia-Singapore, Philippines, National Security Archive der George Washington University, veröffentlicht am 27.6.2001

2) Philippe Gavi, Konterrevolution in Indonesien, Ffm. 1969 & Rainer Werning, Indonesien 1965 - 1985: Lange Schatten des Terrors, Münster 1985

3) East Timor Revisited - Ford, Kissinger and the Indonesian Invasion, 1975-76. Ford and Kissinger Gave Green Light to Indonesia's Invasion of East Timor, 1975: New Documents Detail Conversations with Suharto, National Security Archive Electronic Briefing Book No. 62, edited by William Burr & Michael L. Evans, George Washington University, veröffentlicht am 6.12.2001.

35. Gespräch mit zwei Berliner Mitorganisatorinnen des Kommunismus-Kongresses

Ein Gespräch mit zwei Berliner Mitorganisatorinnen des Kommunismuskongresses

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:29

Das folgende Gespräch mit den beiden Vertreterinnen der Berliner Kongressvorbereitungsgruppe, Kritik und Praxis (KP) Berlin, führte Georg Wissmeier.

ak: Christiane und Sabine, warum ist es für euch heute wichtig, an dem Kommunismusbegriff weiterzuarbeiten?

Sabine: Letztlich geht es noch immer um die Abschaffung des Kapitalismus. Dafür steht der Begriff des Kommunismus. Wie ein kommunistisches Projekt zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse aussehen könnte, wie eine radikale Kritik zu denken ist, das kann auf dem Kongress wohl nicht letztendlich bestimmt, aber zumindest in die Diskussion gebracht werden.

Christiane: Es heißt, der Kommunismus sei tot, die Demokratie habe gewonnen. Wir fragen: Warum nennt man das überhaupt Realsozialismus, war das von der Ökonomie her gedacht wirklich ein sozialistisches Projekt, oder war es nicht analog zum Wohlfahrtsstaat des Westens ein Versuch, Kapital zu akkumulieren, auf eine spezielle Weise? Das kommunistische Versprechen, Reichtum für alle zwar nicht zu produzieren, sondern kapitalistisch produzierten Reichtum umzuverteilen, setzte andererseits die westlichen Staaten unter Druck; heute scheint der Kapitalismus die bestmögliche, weil tatsächliche Welt. Es geht also darum, die Demokratie mit ihrem scheinbar ganz Anderen zu konfrontieren. Daraus müsste man eine Neuformulierung treffen. Das geht aber nur mit Politikvorstellungen, die sich nicht abkoppeln von einer radikalen Kritik der Ökonomie.

Ihr seid ja noch ganz schön jung. Und dann so ein Riesenprojekt wie dieser Kommunismuskongress. Größenwahnsinnig oder mutig?

Christiane: Das Ganze ist eine Initiative von den Frankfurtern gewesen, die einen Antrag bei der Bundeskulturstiftung gestellt haben. Wir, also die Gruppe Kritik und Praxis Berlin, sind dazu eingeladen worden - vermutlich, weil man Anbindung suchte an Gruppen, die schon länger in politischen Kämpfen engagiert waren und sind. Erst später haben wir gemerkt, dass das wirklich ein Mammutkongress ist.

Was waren eure Beweggründe, da mitzuarbeiten?

Sabine: Als wir gehört haben, dass es einen Kommunismuskongress gibt, fanden wir das erstmal super. Wir haben nach dem Antifa-Kongress in Göttingen selbst schon überlegt, nochmal einen linken Kongress zu organisieren. Mit dem Kommunismuskongress gab es dann die Möglichkeit, mit viel Geld einen großen Kongress zu veranstalten, wo man Leute einladen kann, die man interessant findet, die man immer schon mal sehen wollte, mit denen man diskutiert, was ein kommunistisches Projekt sein könnte. Außerdem passt das zu unserem Anspruch, Theorie und Praxis zu verbinden. Wir sind eine Gruppe, die beispielsweise eine linksradikale Demo am 1. Mai organisiert, die jetzt die Demo zum 3. Oktober vorbereitet, die praktische Politik, aber auch Veranstaltungen macht und dabei immer versucht zu reflektieren, wie man sich das, was gesellschaftlich passiert, erklärt und wie linksradikale Strategien aussehen können.

Christiane: Praxis und Theorie zu verbinden, ist ja in der Linken immer ein schwieriges Projekt gewesen ist. Wir wollten in diesen Kongress ReferentInnen einbringen, mit denen wir z.B. anknüpfen können an die aktuellen Debatten der Antiglobalisierungsbewegung, und wir wollten die Diskussion über die Inhalte des Kongresses nach Berlin holen.

Gruppen, die z.B. den Begriff Kommunismus als Firmenschild führen, tauchen im Programm gar nicht auf. Statt dessen viele, die sich noch nicht einmal auf eine kommunistische Praxis oder Politik oder Theorie beziehen ...

Christiane: Ja, das ist auch Gegenstand des Streits zwischen Frankfurt und Berlin. Dieser Kongress heißt Kulturkongress: Damit ist die Schärfe der kommunistischen Kritik an sozialer Ungleichheit gleich schon mal in

den freien Bereich der Kultur verbannt. Dabei muss es doch darum gehen zu skandalisieren, dass nur wenige "befreit" sind, um Kultur oder Kunst machen zu können und darum, in der Kultur selbst die sozialen Widersprüche aufzudecken. Der andere kontroverse Punkt betrifft den Begriff des Kommunismus selbst. Unser Eindruck war, Kommunismus soll eine Lücke auffüllen, bleibt aber so unbestimmt, dass er Gefahr läuft als bloße Provokation mit und im "radical chic" unterzugehen. Von einer systematischen Herangehensweise an den Begriff ist auf diesem Kongress hingegen wenig zu sehen, was etwa die Aufarbeitung der konkreten Geschichte des Kommunismus z.B. in der Sowjetunion angeht. Es gibt auch nur ganz wenige ReferentInnen aus den osteuropäischen Ländern. Alles, was mit der konkreten Vergangenheit des Kommunismus zu tun hat, wird despektierlich ein bisschen wie Schmutz auf der Jacke behandelt.

Sabine: Uns geht es stärker darum: Wie wird eigentlich die Gesellschaft heute begriffen, also auch um Fragen wie: Was ist Klasse, wie gestalten sich konkret soziale Widersprüche oder wie kann ein Kampf gegen den Kapitalismus aussehen und was ist in dieser Hinsicht kommunistische Geschichte gewesen, was kann man daraus lernen, was muss man verwerfen und was hat nach wie vor seine Berechtigung?

Was mir im Programm auffällt: Nicht nur das Historische fehlt, sondern auch das Aktuelle. Genau diese Diskussionen - um Klassenanalyse z.B. - werden ja gegenwärtig geführt; vielleicht nicht in einer radikalen Linken, aber in einer linkssozialdemokratischen, erneuerungskommunistischen, wie auch immer man sie nennt - diese Diskussion findet ja statt. Nur nicht auf dem Kommunismuskongress ...

Christiane: Was die linkssozialdemokratischen Diskussionen angeht, interessiert uns das auf einem Kongress über Kommunismus, ehrlich gesagt, nicht besonders. Die Begriffe wie der der Klasse tauchen auf dem Kongress schon auf, aber in einer ganz bestimmten Sicht, eine, gegen die wir uns abgrenzen, die etwa meint, dass es darum ginge, den Klassenbegriff abzuschaffen, weil damit die Diktatur des Proletariats durchgesetzt wurde. Bloß verstanden als zwanghafte Einheit, die für politisch-emanzipatorische Subjekte nichts taugt, wird "Klasse" damit auch als gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis ad acta gelegt.

Man muss den Begriff ja nicht übernehmen, aber doch eine Diskussion darum führen, neue Untersuchungen machen, zu neuen Ergebnissen kommen. Selbst bürgerliche Ökonomen sprechen von "Klasse", und es geht doch darum, diesen Begriff gerade nicht umstandslos gleichzusetzen mit "Diktatur des Proletariats".

Christiane: Deshalb haben wir ja auch versucht, noch Leute in den Kongress einzubeziehen, von denen man in Frankfurt fürchtete, dass die zu orthodox-marxistisch sein könnten, wie etwa die Leute aus dem Umfeld der Zeitschrift Argument, die ja jetzt auch vertreten sind. Aber es war schon so: Einerseits heißt es, sprechen wir über Kommunismus, andererseits muss man darum kämpfen, dass diese Begriffe überhaupt wieder auftauchen. Der Titel "Kulturkongress" impliziert bereits eine Kulturalisierung von Politik, die von Produktion, Arbeit, Klasse nichts mehr wissen will.

Sabine: Diese ganzen Differenzen haben aber nicht dazu geführt, dass man den Kongress nicht mehr zusammen vorbereitet, sondern dazu, dass man eher als eine Art Bündnis zusammenarbeitet. Es gibt Veranstaltungen, die von der KP vorbereitet werden und Veranstaltungen, die von Frankfurt aus vorbereitet werden und man versucht eher, die unterschiedlichen Perspektiven zusammen in einen Rahmen zu stellen. Aber klar ist ja auch, dass das nicht zwei marginale Positionen sind, die hier aufeinander treffen, sondern dass sie mehr oder weniger die Diskussion repräsentieren, die auch auf dem Kongress zu erwarten ist. Und viele Punkte, die uns wichtig sind, werden auf dem Kongress Gegenstand der Diskussion sein: Auf dem Forum "Kitik der politischen Ökonomie" beispielsweise werden u.a. Moishe Postone, Nadja Rakowitz und Joachim Hirsch darüber diskutieren, wie sich der Kapitalismus heute konkret gestaltet.

Nochmal: Was ist mit Gruppen, die sich de facto auf Kommunismus heute beziehen, zum Beispiel die DKP oder die Kommunistische Plattform, warum tauchen die im Programm gar nicht auf? Wenig chic, wenig interessant - oder einfach ganz anderer Kommunismusbegriff?

Sabine: Es ist schon eine andere Vorstellung von dem, was unter Kommunismus zu verstehen ist, wenn man keine wirkliche Aufarbeitung dessen macht, was im Realsozialismus passierte und keine Konsequenzen daraus zieht - oder ob man sagt, es geht darum, die Idee des Kommunismus aufrechtzuerhalten und in der Auseinandersetzung mit dem, was aus dem Kommunismus geworden ist, auch eine Veränderung eben jener Politik zu betreiben, wie sie jetzt z.B. die DKP macht.

Aber diese Leute gibt es doch. Wo es diese Diskussion nicht gegeben hat, ist innerhalb der so genannten radikalen Linken. Diese Diskussionen fanden vor zehn bis fünfzehn Jahren statt - zugegebenermaßen zu spät, aber dennoch. Dieser Bruch innerhalb der verschiedenen linken Strömungen bildet sich auch in diesem Kongress nicht ab.

Christiane: Der ist vielleicht auch gar nicht so leicht zu überwinden in Deutschland. In Italien z.B. mag es noch mehr aktive Kommunisten geben, die sich mit gegenwärtiger Politik auseinander setzen und sich auch neu bestimmen, aber in Deutschland treten die PDS oder die DKP nicht als ernst zu nehmende politische Kraft in Erscheinung.

Sabine: Was klassische orthodox-marxistische Gruppen angeht, spielt natürlich auch deren Verständnis von Deutschland eine Rolle. Wie begreifen sie den Staat heute und was ist ihre Kritik daran? Es scheint, dass sie die antinationalen Diskussionen, die in der Linken stattgefunden haben, überhaupt nicht mit vollzogen haben und sich damit diskreditiert haben.

Christiane: Es ist aber sicher auch ein Fehler der Radikalen Linken gewesen, immer in dieser Abwehrhaltung zu bleiben. Zum Beispiel: Die Totalitarismustheorie kommt, und wir legen jetzt unser schützendes Händchen über den Realsozialismus - damit gibt man die notwendige Kritik auf und wird unglaubwürdig, weil man niemandem den Realsozialismus als emanzipatorisches Projekt verkaufen kann. Natürlich muss man gleichzeitig über die Totalitarismustheorie hinaus. Auf der anderen Seite sind auf dem Kongress ganz gezielt Leute ausgespart worden, dazu gehört zum Beispiel diese Ostberliner Kulturlinke rund ums Berliner Ensemble, die sich mit Brecht, Müller auseinander gesetzt haben. Die wurden vorgeschlagen und abgelehnt.

Wie geht es nach dem Kongress weiter? Das alte Spiel? Man macht eine Demo und anschließend Ende der Veranstaltung, ähnlich macht man einen Kongress und versucht nicht darüber hinaus, verschiedene Kräfte miteinander ins Gespräch zu bringen ...?

Christiane: Unser Anspruch ist auf jeden Fall auch, in so eine Bewegung wie z.B. die Antiglobalisierungsbewegung hineinzuwirken. Und mehr kann man gerade auch nicht machen - mehr, als eine Dynamik anzustoßen, Leute miteinander bekannt zu machen, versuchen zu klären, was ist das eigentlich, was wir wollen. Daraus einen Anspruch an weitergehende Organisierung abzuleiten, erscheint mir zu hoch gegriffen.

Sabine: Heute wird ja schon mehr als noch vor fünf Jahren über Kritik am Kapitalismus gesprochen. Nur kommt es eben darauf an, wie das vonstatten geht, ob etwa so wie bei Attac, wo es dann um die Tobinsteuer geht - oder darüber hinaus. Und zu diesem "darüber hinaus" soll der Kongress natürlich einen Beitrag leisten.

Vielen Dank für das Gespräch.

36. Kommunismus. Wish you were here? Die ak-Redaktion bekennt Farbe

Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:42

Knapp bemessen ist die Zeit, die wir im alltäglichen Zeitungsgeschäft der Diskussion grundlegender Fragen widmen können - Fragen, die die Welt bewegen oder doch zumindest bewegen sollten. Die Frankfurt-Berliner Kongressinitiative war einigen von uns gleichwohl Anlass genug, sich einer dieser Fragen zu stellen - schriftlich, kurz, ohne Vorgaben, was Form, Stil und (na klar) Inhalt betrifft - der Frage nämlich: Was bedeutet für mich Kommunismus?

- "Er wird siegen. Oder auch nicht"

- "Rockt nicht"

- "Vielfalt in Bewegung"

- "Alles, sofort, weltweit"

- "Ficksäue, verdammte"

37. Rockt nicht

Autor: NV · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:35

Ja, ich gestehe: Ich bin in der Kaderschmiede sitzen geblieben. Mehrmals. Hab noch nicht mal die erste Klasse geschafft - wenn's da überhaupt so was gibt. Mit Kommunismus kann ich bis heute nix anfangen. Dabei hab ich mich ehrlich bemüht. Wirklich!

Mein Weg zum Kommunismus und von ihm weg begann in Marburg. Die Uni steht heute noch - zumindest bei ZEIT-LeserInnen - in dem Ruf, eine Kaderschmiede zu sein. Meinen ersten Kontakt mit einem Menschen, der das K-Wort positiv benutzte (und nicht - wie ich es kannte - mit dem Zusatz "Sau-"), hatte ich schon in der ersten Woche: der sogenannten Orientierungswoche. Und die hatte ich auch bitter nötig.

Für mich sprachen zwei Gründe für Marburg als Studienort: Es war weit genug weg von meinen Eltern und - und das hat mich letztlich überzeugt - die Uni hatte mir eine Broschüre geschickt mit schicken Fotos von Fachwerkhäusern und dem Werbeslogan "Studier mal Marburg". Warum nicht?, dachte ich. Wie naiv das war, stellte sich beim ersten lockeren Kneipenabend mit anderen ErstsemestlerInnen heraus. Der Typ neben mir erzählte, dass für ihn eh nur die Marburger Uni in Frage käme von wegen Abendrothscher Tradition und so und dass er schon ganz gespannt darauf sei, Fülbert, Kühnl, Deppe & Co live zu erleben. "Und du?" fragte er diffus in meine Richtung.

Natürlich war ich auch ganz gespannt. Schon am nächsten Tag saß ich in der Kaderschule und lauschte der Vorlesung "Die Entstehung und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft - Teil 1". Die dafür angesetzten zwei Semester erschienen mir als das mindeste, begann doch der ganze bürgerliche Scheiß - wie ich erfuhr - bereits mit der Entdeckung des Feuers. Vorab gab der Professor uns aber noch einen tollen Tipp fürs Studium mit auf den Weg: "Was immer ihr auch lernt", sagte er, "eine Frage solltet ihr euch dabei immer stellen: Wem nutzt es? Wer profitiert davon?" Wow! Das hatte Stil: Ich war hochmotiviert. Hitze, schlechte Luft und die näselnde Stimme des Profs konnten mich nicht aufhalten. Was mich dann aber doch beim dritten oder vierten Mal rausgeworfen hat, war ein Kommilitone, der den Vorlesungstext - samt Anekdoten und Witzen - mitsprechen konnte. Hier zeigte sich bereits mein Grundproblem mit dem Kommunismus: Er rockt einfach nicht. Ein starres Theoriegerüst und ein Fanclub, der über wenig Improvisationstalent und Selbstironie verfügt.

Aber so leicht ließ ich mich damals nicht aus der K-Schule rausmobben: Schließlich wollte ich mein Diplom in Kommunismus machen. So kaufte ich mir zwei schicke blaue MEW-Bände, die grad in einem Antiquariat billig vertickt wurden. Dies sollte der Grundstock meiner marxistischen Bibliothek werden. Ich malte mir aus, wie ich später mal mit meinen intellektuellen FreundInnen über die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus diskutieren würde. In dem Moment, wo das Gespräch in einen Streit umzukippen droht, gehe ich - so meine Kaderfantasie - zum Regal, ziehe zielstrebig den Band unter den 42 raus, in dem sich das für meine These passende Zitat befindet. Dafür hätte ich aber zunächst die Werke der langbärtigen Superstars studieren müssen und - nun ja - es fiel mir schwer: Während draußen die Postmoderne mit all ihren Widersprüchen tobte, verstaubten zwei blaue Bücher in einem Marburger Studi-Wohnheim.

Im dritten Semester lernte ich dann den Nebenwiderspruch kennen: Neben den Profs darf keine Frau widersprechen. Es fing damit an, dass im Fachbereich Politik eine Vertretungsprofessorin angeheuert wurde. Obwohl die Abendroth-Schüler seit langen miteinander im Clinch lagen, waren sich die Herrn Professoren darin einig, dass die Neue nicht mitspielen darf. Sie hatte zu oft das böse F-Wort in den Mund genommen: Feminismus. Irgendwie war dann aber doch genug Platz im Sandkasten, zumindest temporär und auch nur so lange die K-Förmchen weiterhin in männlicher Hand waren. Mein Glück! Mich ödeten die Streber von der Kaderschule eh an. Der Liedtext der Goldenen Zitronen: "Er hatte Rechthaben studiert und zwar gründlich", traf hier auf ziemlich viele Exemplare zu. Ich wechselte also prompt zur Professorin ins Mädcheninternat.

Es war eine aufregende Zeit. Mein erstes Seminar in der Mädchenschule hieß "Androzentristisches Denken in den politischen Theorien der Neuzeit". Wir lasen die männlichen Klassiker und klopften sie auf geschlechtsblinde Stellen ab. Und davon gab es viele. Oder was soll mensch von einer Theorie der politischen Ökonomie halten, die konsequent den Bereich der Reproduktion ignoriert? Die Proletarier aller Länder fallen nun mal nicht vom Himmel, sondern müssen geboren, gefüttert und geherzt werden. Auf die Frage: Wer

profitiert von einer Theorie, die das ausblendet? gab und gibt es - damals wie heute - nur eine Antwort: Männer. Apropos, von denen ließ sich nur selten jemand an unserer Mädchenschule blicken. Dabei waren sie herzlich eingeladen. Ehrlich! Sie haben sich aber noch nicht mal bemüht. Und das nehme ich ihnen bis heute übel. Wirklich.

NV

38. Er wird siegen. Oder auch nicht

Autor: Js. · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:34

Die dürre Definition des paradiesischen Endzustands war es nicht, die mich um 1970 für den Kommunismus begeisterte: "An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."

So stand es im Kommunistischen Manifest, das damals zur Schullektüre gehörte, die Fragen eines lesenden Gymnasiasten aber kaum beantworten konnte. Der versuchte es zunächst mit der vermeintlich "liberalen" Kommunismus-Version Rosa Luxemburgs, von der einige Aufsätze, darunter ihre Kritik am Leninschen Parteimodell, vom Rowohlt-Verlag unter dem irreführenden Titel Schriften zur Theorie der Spontaneität vermarktet wurden. Kinderkram, wie uns Jungspunden bald von GenossInnen beigebracht wurde, die nicht wesentlich älter waren. "Marxismus-Leninismus" war angesagt, das Studium der "Klassiker". Lenins Avantgarde-Modell in Was tun machte den meisten Eindruck, Revolutionär erschien nicht nur mir als Traumberuf auf Lebenszeit. Da das nur die Härtesten schaffen würden, stählte man sich einstweilen im Betrieb. Etliche haben länger durchgehalten als ich. Aber auch nach dem verspäteten Studienbeginn war klar: Ich war Kommunist und würde das auch bleiben - auch wenn der Kommunistische Bund für uns schwankende kleinbürgerliche Elemente nur einen Sozialistischen Studentenbund im Angebot hatte.

Dass Kommunismus um 1970 "in der Luft lag" und Reformismus ein Schimpfwort war, ist heute kaum noch nachvollziehbar. Mit dem "Marxismus-Leninismus" gab es eine vermeintlich universell gültige Welterklärung. Damit ließ sich auch die eigene gesellschaftliche Marginalisierung ertragen. Hinzu kam der Faktor Provokation: Für die Nazi-Generation war es die Höchststrafe, dass die eigenen Kinder KommunistInnen wurden und auch noch stolz darauf waren. Aggressives Auftreten wurde zur Gewohnheit, auch innerhalb der Organisation. Auf der mittleren Funktionärsebene dominierten die Macker. Die Rechtfertigung für rüden Umgangston stammte aus Brechts viel zitiertem Gedicht An die Nachgeborenen: "Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit, konnten selber nicht freundlich sein." Das änderte sich erst, als die "Frauenfrage" entdeckt wurde.

Später einigten wir uns auf die Formel, die Organisation sei nicht nur ein politisches "Zweckbündnis", sondern auch "Keimform" der nachrevolutionären Gesellschaft. Es blieb weitgehend beim guten Vorsatz. In der Praxis tendierten wir zum Revisionismus Bernsteinscher Prägung: Das Endziel (das wir eh nicht erleben würden) war nichts, die Bewegung alles. Auch dafür gab es eine Rechtfertigung, diesmal von Marx: "Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt." Daran ließe sich auch heute festhalten. Denn in der "wirklichen Bewegung" fallen die Fehler, Beschränkungen und Defizite des "kommunistischen Standpunkts" am ehesten auf. Die verengte Sicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, die Abqualifizierung der "Nebenwidersprüche" und die Überhöhung des Kommunismus zur Weltanschauung und Heilslehre sind - im Prinzip - längst als Fehler erkannt. Dagegen ist vieles von dem, was im Jargon der 1970er Jahre "Fehlströmung" genannt wurde, als unverzichtbarer Bestandteil linker (ja, auch "kommunistischer") Politik akzeptiert, insbesondere der Feminismus.

So spräche aus meiner Sicht nichts dagegen, unsere "Zeitung für linke Debatte und Praxis" gleichzeitig eine "kommunistische Zeitung" zu nennen. Wobei zu den genannten Bedingungen zwei weitere hinzu kommen. Erstens muss anerkannt werden, dass es für KommunistInnen keine Gnade der späten Geburt gibt. Ob sie wollen oder nicht, sie tragen mehr als 150 Jahre Geschichte mit sich herum, die auch eine Geschichte großer Verbrechen und zahlloser unnötiger Opfer ist.

Zweitens hat ein Kommunismus-Revival nur Sinn, wenn die Beteiligten, die sich - jetzt wieder oder immer noch - KommunistInnen nennen, mit dem elitären Gehabe brechen, dass für die radikale Linke in Deutschland so charakteristisch ist. Ein Beispiel aus gegebenem Anlass: Wer einen "Kommunismus-Kongress" mit dem Markenzeichen "Indeterminate" und tendenziell unlesbaren Aufrufen bewirbt (vgl. ak 476), hält es offensichtlich eher mit Esoterik als mit Kommunismus. Und das ist nun wirklich unvereinbar: Weil der Kommunismus die Sache der "Proletarier (und Proletarierinnen!) aller Länder" ist. Und bleibt. Dass er siegt, ist immer noch möglich.

Js.

39. Ficksäue, verdammte

Autor: efa · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:39

Mit Kommunismus hatte ich lange im Grunde nix am Hut. Wollte von ganzem Herzen nicht nach drüben. Besichtigte den Mauerfall im Fernsehen mit einer gewissen Beklemmung, was das großdeutsche Gemeinsame betrifft, aber was die Mauer selbst angeht, mit Freude, und all das ohne jede Wehmut.

War es mir zuvor schon wenig attraktiv erschienen, mich als leibhaftiger Nebenwiderspruch in die Geschichte einzusortieren, überzeugte mich auch das spätere Angebot von Ex- oder Doch-noch-KommunistInnen nicht, mich als Element einer triple opression genannten 3:1-Mengenlehre zu begreifen, auch wenn sich diese Option mit der Aura dissidenter Querdenkerei umgab. Der eigentliche Grund aber für meine mangelnde Kommunismus-Euphorie hatte zu tun mit einer unsystematischen und diffusen Assoziation, die ich, wenigstens denke ich das heute, mit dem Wort selbst verknüpfte.

Denn Kommunismus kommt ja wohl von "kommun", und auch wenn ich noch nicht so ganz genau weiß, was das Kommune ist, von dem z.B. Antonio Negri spricht, so kenne ich doch eine Institution ganz gut, von der, so glaube ich, dieses eigenartige Unbehagen ausging und -geht, nämlich die Kommune. Auch wenn sie längst nicht mehr so hieß, hat sie trotzdem als "Anspruch an Kollektivität" meine Erfahrungen in Alltag und Politik jahrelang nicht unerheblich geprägt. Unmissverständlich, wenn auch meist indirekt, vermittelte dieser Anspruch, dass jeglicher Wunsch nach "Rückzug", Un(mit)geteiltem oder schlicht nach Abwesenheit eigentlich immer schon ein wenig problematisch war, während man andererseits gerne mit bescheidenem Stolz darauf verwies, wie sehr man gerade um "etwas Gemeinsames ringt". Was eine anspruchsvolle Aufgabe war, denn dieses Gemeinsame war ja im Grunde stets bedroht - eben durch solche riskanten Objekte wie Eigen-zeiten, Eigen-heiten, Eigen-arten, die wirklich gar nicht verboten waren, aber als Ausschläge von Normalnull nach sorgfältiger Kommentierung und Registrierung verlangten, somit "dem Anspruch nach" toleriert, praktisch aber ent-eignet werden sollten.

Kollektiv produzierte Wirs jeglicher Mach-Art sind inzwischen glücklicherweise zumindest theoretisch reichlich diskreditiert, und damit auch dieser ganze Schrott von angeblich für die Revolution oder für die Erkenntnis privilegierten Subjekten. Und das ist gut so. Weil diese Kollektiv-Egos ja gerade jene Gewalt verdecken, von der ihre Existenz abhängt: Definitionen von Legitimität, (Un-)Sichtbarmachung von Differenzen, materielle und rechtliche Ausschlüsse, Setzungen des Wahrhaftigen, Guten und Schönen. Auch der Terror des Mit-sich-identisch-sein-Müssens (damit ich mir und anderen handhabbar bleibe) konnte vielleicht auch deshalb in voller Hässlichkeit sichtbar werden, weil man sich konsequent von jeglicher Sehnsucht danach verabschiedete, die Auflösung sämtlicher Widersprüche in kommunistischem Wohlgefallen noch erleben, wollen oder gar aktiv betreiben zu können. Bleibt die Frage, warum jetzt doch wieder über Kommunismus nachdenken? Tut das Not?

Ja, es tut. Weil mit der Anerkennung von Differenz eine grundlegend materielle Gewalt noch lange nicht abgeschafft ist - diese elende Kluft zwischen den abgesättigten Privilegien-InhaberInnen und denen, die nicht ganz so viel oder weniger oder nur ein klitzekleines Bisschen oder aber überhaupt nichts haben, vielleicht nicht einmal die Erwartung an ein lebbares Leben. Weil mir kein noch so aufschlussreicher Nicht-Kommunismus plausibel machen konnte, wieso die einen das Vorrecht genießen, auf dem Ökomarkt die Stirn in Falten zu legen, weil die glutenfreie Zimtschnecke für die allergische Nachkommenschaft aus ist, während die anderen nicht wissen, wo sie sauberes Wasser, einen Pass, Ärztin oder ApothekerIn herbekommen. Weil ich was dagegen habe, dass sich so viele um mich herum teils unfreiweillig, teils unbemerkt, teils fröhlich enthusiastisch täglich mehr in Humankapital verwandeln. Weil es mich ankotzt, dass zwischen Himmel und Erde nichts mehr vorstellbar scheint, was nicht Ware werden könnte oder längst ist. Und weil der von SchauspielerInnen und ZuschauerInnen am Ende von René Polleschs Stück Smarthouse 1&2 gemeinsam getätigte Schrei präzise zusammenfasst, was zur kapitalistischen Wirklichkeit zu sagen ist, nämlich: "Ihr verdammten Ficksäue!"

Kommunismus also ja, aber nicht irgendeiner. Auf jeden Fall einer (sonst wär's ja keiner), in dem Geld, Produktionsmittel oder Land von jeglicher Möglichkeit, Privilegien anzuhäufen, entkoppelt und damit als gesellschaftliche Platzanweiser außer Kraft gesetzt sind. Wie sich das in eine soziale und inspirierende Praxis

übersetzen lässt, die zur Gänze auf Ausbeutung, Erniedrigung und Unsichtbarmachung von Anderen, aber auch des (stets provisorisch) "Eigenen" verzichtet, darum geht es. Das herauszufinden kann nur ein Kommunismus ermöglichen, der nicht Ziel und Fluchtpunkt der Geschichte, sondern ein stets neu zu setzender Anfang unendlich vieler Geschichten ist. Und der soll nicht morgen, Weihnachten oder anno 3000 starten, sondern jetzt.

Und außerdem geht es um Glück. Wenn Negri sagt, Glück sei direkt an das Gemeinsame gebunden, dann muss das kommunistische Glück bittschön eins sein, das mir erlaubt, "mir" und "uns" immer wieder im Entwurf hin auf eine noch offene Zukunft fremd zu werden. Im Wissen darum, dass die Anerkennung der/des Andere/n vor uns, zwischen uns und in uns gerade deshalb immer wieder verstörende Herausforderung bleiben wird, weil wir sie, ihn und es niemals erschöpfend erkennen und ent-eignen können.

efa

40. Alles, sofort, weltweit

Autor: dk. · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:38

Eine nicht-repräsentative Spontanumfrage am WG-Küchentisch: Welche fünf Worte fallen dir als erstes zum Thema "Kommunismus" ein? Antwort 1: Nichts. Antwort 2: rot, Stalin, Lenin, Trotzki, schlecht. Ich lebe unter lauter Anti-KommunistInnen und bin selber einer, wie ich mir des Öfteren hab sagen lassen müssen.

In der Tat: Die Träume der traditionellen ArbeiterInnenbewegung und ihrer K- und S-Parteien können mir gestohlen bleiben. Geht mir weg mit der "Befreiung der Arbeit", der ArbeiterInnenklasse oder "ihrer" Partei an der Macht! Die Allmachtsfantasien von FortschrittstechnokratInnen mit Goethe, der preußischen Verwaltung und der Deutschen Post als Vorbilder, Sowjetmacht plus Elektrifizierung - nein danke! Niemals! Wie schrecklich eine Herrschaft der Kleingeister, wo "Kosmopolit", "Linksradikale" oder "kulturelle Avantgardistin" Schimpfworte sind, wo SozialistInnen, AnarchistInnen und KommunistInnen von anderen KommunistInnen eingeknastet, gefoltert und ermordet worden sind. Am Kommunismus klebt Blut und nicht nur das des Klassenfeindes.

Aber wie wär's damit: ein gesellschaftlicher Zustand, wo "der Mensch kein verächtliches und geknechtetes Wesen mehr ist"; unbedingtes und unteilbares Existenzrecht für jeden und jede, unabhängig von Geschlecht, Alter, Leistung, Verwertbarkeit, Herkunft, sexueller Orientierung. Wie wär's mit Abschaffung der Klassen statt Klassenherrschaft? Abschaffung von Lohnarbeit und Arbeitszwang, von geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung, von entfremdeter Arbeit überhaupt. Abschaffung der "stummen Gewalt der ökonomischen Verhältnisse", von Ausbeutung. Die Menschen bestimmen selbst, was von wem unter welchen Bedingungen gearbeitet werden soll. Meine Version von Kommunismus ist simpel: Ein schönes Leben für jeden und jede, hier und jetzt und weltweit! Leiden und Schmerz, ja, auch Trauer, Wut, Eifersucht, Streit, Vorwürfe und Klagen, Liebe und Hass, Krankheit und Tod. Aber keine Existenzsorgen für niemanden.

Mein Kommunismus kennt keine Unterdrückung, keine Herrschaft, keine Hierarchien und sozialen Wertigkeiten! Niemand ist besser, wichtiger, wertvoller als irgendjemand anderes. Nieder mit dem Staat! Nieder mit den Grenzen! Nieder mit Polizei, Armee, Knast, Psychiatrie, Heimen, Schule, Universität und allen Zwangsinstitutionen. Nieder mit dem Patriarchat und der Zwangsheterosexualität. Gleiche Rechte für alle und über alle Differenzen hinweg. Gleichberechtigung, keine Gleichmacherei! Jede und jeder ist anders, aber niemand ist über oder unter mir. Mein Kommunismus ist ein "Reich der Freiheit": Freiheit der Einzelnen als Voraussetzung für die Freiheit aller. Ich will Charlie Parker, John Coltrane, Slime, Pogues und Hippie-Sound hören, wie's mir passt und dadaistische Gedichte oder Asterix-Comics lesen. Ich will das machen, worauf ich Lust habe und nicht nur das, was notwendig ist. Nieder mit Zwangskollektiven und Zwangskollektivität! Es lebe die freie Assoziation freier Menschen!

Mein Kommunismus ist ungeduldig: Wir wollen alles, und zwar jetzt und sofort! Keine Stufen, Stadien, Haupt- und Nebenwidersprüche. Für mich ist Kommunismus auch die permanente soziale und kulturelle Revolutionierung gesellschaftlicher Verhältnisse, heute wie morgen. Die Revolution ist kein einmaliger Akt der politischen Machtergreifung, sondern ein andauernder sozialer Prozess. Deswegen tut Kommunismus weh: weil er auch alltägliche und subtile Herrschaftsverhältnisse und Machtstrukturen kritisiert, wo er sie trifft.

Mein Kommunismus ist gelebte und praktizierte Solidarität im Hier und Jetzt, alltägliche Subversion. Mein Kommunismus ist Rebellion und Hass. Hass auf eine Gesellschaft, die auf Millionen von Toten gegründet ist und die täglich Leichenberge produziert - durch Kriege, Hunger, ökologische Katastrophen. Hass auf gesellschaftliche Zustände, in denen Menschen permanent gedemütigt, gebrochen, klein und abhängig gehalten werden. Hass auf Armut, Ungerechtigkeit und ungelebte Möglichkeiten. Hass auf diejenigen, die das tägliche weltweite Elend organisieren, aufrechterhalten und davon profitieren.

Und schließlich ist mein Kommunismus die Erinnerung an die unzähligen Männer und Frauen, KommunistInnen, FeministInnen, AnarchistInnen, SozialreformerInnen, SozialrevolutionärInnen, Guerilleros und Guerilleras, die für eine solche Art von Kommunismus gekämpft haben und dafür gestorben sind. Auch das ist ein Grund, warum ich auf diesen Begriff nicht verzichten will.

dk.

41. Vielfalt in Bewegung

Autor: gw. · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:36

Kommunismus ist kein Ding, sondern ein Geschehen. Dieser etwas abgewandelte Schlusssatz von E.P. Thompsons großem Werk The Making of the English working class ist für mich Leitmotiv, wenn ich über Kommunismus nachdenke.

Alles, worauf sich Parteikommunisten in den Jahren nach der Oktoberrevolution bezogen, also Einheitsparteien, staatssozialistische Modelle und Ähnliches lehne ich ab. Denn der Gedanke an eine einheitliche Partei mit einem gottgleichen ZK lässt mich, auch und gerade in Erinnerung an die eigene Politbiographie, erschaudern.

Für mich stehen zwei zentrale Fragen obenan: die nach der "Demokratie", also der Entscheidungsfindung und Konfliktlösung im Kommunismus, und die nach der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der ja eben nicht nur rein ökonomischer Natur ist. Unhintergehbare Grundvoraussetzung einer kommunistischen Gesellschaft ist aus meiner Sicht: der Nichtbesitz von niemandem an Produktionsmitteln. Wie und in welcher Form die menschliche Reproduktion gesichert werden kann, das entscheiden alle gesellschaftlichen Akteure - alle, und nicht nur ein paar Wenige.

Kommunismus bedeutet für mich also eine solidarische Entscheidungsfindung über die Verteilung des hervorgebrachten gesellschaftlichen Reichtums. Für die Frage der sozialen Anerkennung und materiellen Absicherung in einer Gesellschaft ist dann nicht mehr die Stellung im Arbeits- und Produktions- und Reproduktionsprozess entscheidend: Im Kommunismus sind die durch die kapitalistischen Besitzverhältnisse und Produktionsweise hervorgebrachten gesellschaftlichen Spaltungen aufgehoben.

Kommunismus bedeutet dann ebenso die Aufhebung vorbestimmter Klassenlaufbahnen wie anderer grundlegender Differenzierungs- und Unterdrückungsmechanismen (Geschlecht, Herkunft). In Anlehnung an Bourdieu, geht es dabei nicht nur um das ökonomische, sondern auch um das kulturelle, soziale und symbolische Kapital. Bezugspunkt im Kommunismus ist eben nicht nur das "produzierende Individuum", sondern ebenso das "gesellschaftliche Individuum", wie es von Marx in den Grundrissen benannt wurde.

Nicht die Diktatur einer Klasse (erst recht nicht vermittels einer sich selbst so definierenden proletarischen Partei), sondern die Vielheit der Ansichten im offenen Meinungsstreit soll den Kommunismus möglich machen. Die Pluralität der sich heute in Widerstand gegen das kapitalistische Herrschaftssystem befindlichen Ansichten und Kräfte gilt es im Kommunismus deshalb nicht nur nicht einzudampfen, sondern vielmehr zu fördern. "Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" (MEW 3, S.35).

Die unterschiedlichsten Kräfte werden sich über die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums verständigen müssen; denn es gibt nun mal keine sich aus Besitz, Geschlecht, Herkunft oder Funktion ableitenden Machtbefugnisse. Diese Pluralität ist schon allein in Anerkennung der Verbrechen im Namen des (historischen) Kommunismus und in Würdigung seiner Opfer zwingend notwendig.

Ob sich diese Formen, wie in früheren Jahrzehnten Räte, oder im heutigen Sprachgebrauch "Netzwerkstrukturen" oder wie auch immer nennen, ist unerheblich. Wichtig ist: Es handelt sich im Kommunismus um Strukturen, deren tragende Kräfte über "ein Bewusstsein über die innere Beziehung und die Interdependenz von Konflikten" (Deppe) verfügen. Es gibt eben nicht den einen Lösungsweg, also auch nicht die eine Meinung. Die Strukturen und Entscheidungsgremien sind jederzeit erneuerbar und dürfen sich nicht verstetigen. Die Kreativität einer kommunistischen Gesellschaft wird nicht durch Bürokratie, Fachwissen, Staatsbüttel und Parteiuniformität beschnitten, sondern vielmehr durch permanente Erneuerungsprozesse gefördert.

Der Satz aus dem Kommunistischen Manifest, wonach "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist", ist aus meiner Sicht in genau dieser Reihenfolge ernst zu nehmen. Denn: Kommunismus ist kein Ding, sondern ein Geschehen.

gw.

42. Kulturkongress "Intederminate! Kommunismus": Das Programm

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:30

Es ist schon eigenartig: Da regiert jahre-, ach jahrzehntelang die Losung von der angeblich nicht vorhandenen Alternative zum neoliberalen Megakapitalismus. Und die ganze Welt scheint der There-is-no-alternative-These (kurz: TINA, s.S.1) zuzustimmen.

Die ganze Welt? Nein. An verschiedenen Orten greifen kleinere und größere Rebellionen TINA an: Seattle, Genua, Prag, Davos, Buenos Aires... Und plötzlich tauchen verloren geglaubte Wörter wieder auf. Wie z.B. dies: Kommunismus.

Vom 7.-9. November findet in Frankfurt ein Kongress statt, der sich mit einer Vielzahl von ReferentInnen und vermutlich auch TeilnehmerInnen der Frage nach dem Kommunismus stellen will. Der Kulturkongress "Indeterminate! Kommunismus" wird von zwei unabhängigen Vorbereitungsgruppen aus Frankfurt und Berlin organisiert (vgl. ak 476), die durchaus nicht dasselbe Verständnis von "Kommunismus" haben, wie das folgende Interview mit zwei Berliner Organisatorinnen zeigt.

Neben dem Kongressprogramm auf der letzten Seite dieses Schwerpunktes gibt die Frankfurter Künstlergruppe "TEXTxtnd" Einblick in das Geschehen in ihrem "Büro für orthodoxen Marxismus".

Und wir als ak-Redaktion haben es uns nicht nehmen lassen, selber zu überlegen, was es mit Kommunismus auf sich hat. Dabei ist eines mal sicher: Einheitsdenken kann uns kaum vorgeworfen werden. Aber lest selbst.

43. Fetischcharakter der Ware, temporär erforscht. Marx lesen im Theaterhaus Frankfurt

Autor: TXTxtnd · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak477/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:46

Das "Büro for orthodoxen Marxismus" war ein im Theaterhaus Frankfurt temporär initiierter Ort für Marxforschung, Marxlektüre und Marxdiskurs. Für diesen Zweck hatte TEXTxtnd den Londoner Soziologen Marcel Stötzler eingeladen. Das Büro war im Zeitraum vom 22.-27.4.2002 täglich von 14 Uhr bis 22 Uhr geöffnet. Jeweils um 20 Uhr wurde ein "Marx Lesen" angeboten, insgesamt wurde lesend und diskutierend das 1. Kapitel aus "Das Kapital": Die Ware bewältigt. Wir dokumentieren hier Stötzlers Protokoll vom letzten Tag.

27.4.02

lange geschlafen, am Main entlang geschlendert bis Eiserner Steg, dort über den Main weiter bis Liebighaus (Schaumainkai), dann über den Holbeinsteg auf die andere Mainseite und zurück bis Höhe Schützenstr.

14.00 Uhr: Büro

15.30 Uhr: mit Johannes lange geplaudert, später mit einem Mann (Süddeutsche Zeitung)

18.30 Uhr: Claude besucht das Büro. Er erzählt, er wohne in einem Heim für Wohnsitzlose gleich um die Ecke vom Büro. Er war maßgeblich beteiligt an der Koalition von Autonomen und CDU Ende der 80er in Rüsselsheim. Die Autonomen stellten damals offenbar tatsächlich den Bürgermeister. Die müssen den da halb kaputt gemacht haben. Claude war bei allen Seminaren im Büro dabei.

20.00 Uhr: Seminar 6: weiter im Text .

Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis

Eine Ware scheint auf den ersten Blick ein selbstverständliches, triviales Ding. Ihre Analyse ergibt, dass sie ein sehr vertracktes Ding ist, voll metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken. Soweit sie Gebrauchswert, ist nichts Mysteriöses an ihr, ob ich sie nun unter dem Gesichtspunkt betrachte, dass sie durch ihre Eigenschaften menschliche Bedürfnisse befriedigt oder diese Eigenschaften erst als Produkt menschlicher Arbeit erhält. Es ist sinnenklar, dass der Mensch durch seine Tätigkeit die Formen der Naturstoffe in einer ihm nützliche Weise verändert. Die Form des Holzes z.B. wird verändert, wenn man aus ihm einen Tisch macht. Nichtsdestoweniger bleibt der Tisch Holz, ein ordinäres sinnliches Ding. Aber sobald er als Ware auftritt, verwandelt er sich in ein sinnlich übersinnliches Ding. Er steht nicht nur mit seinen Füßen auf dem Boden, sondern er stellt sich allen andren Waren gegenüber auf den Kopf und entwickelt aus seinem Holzkopf Grillen, viel wunderlicher, als wenn er aus freien Stücken zu tanzen begänne. (...)

Woher entspringt also der rätselhafte Charakter des Arbeitsprodukts, sobald es Warenform annimmt? Offenbar aus dieser Form selbst. Die Gleichheit der menschlichen Arbeiten erhält die sachliche Form der gleichen Wertgegenständlichkeit der Arbeitsprodukte, das Maß der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft durch ihre Zeitdauer erhält die Form der Wertgröße der Arbeitsprodukte, endlich die Verhältnisse der Produzenten, worin jene gesellschaftlichen Bestimmungen ihrer Arbeiten bestätigt werden, erhalten die Form eines gesellschaftlichen Verhältnisses der Arbeitsprodukte.

Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, dass sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt (...) Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist.

Dieser Fetischcharakter der Warenwelt entspringt, wie die vorhergehende Analyse bereits gezeigt hat, aus dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert. (...) Die Menschen beziehen also ihre Arbeitsprodukte nicht aufeinander als Werte, weil diese Sachen ihnen als bloß sachliche Hüllen gleichartig menschlicher Arbeit gelten. Umgekehrt. Indem sie ihre verschiedenartigen Produkte einander im Austausch als Werte gleichsetzen, setzen sie ihre verschiednen Arbeiten einander als

menschliche Arbeit gleich. Sie wissen das nicht, aber sie tun es. Es steht daher dem Werte nicht auf der Stirn geschrieben, was er ist. Der Wert verwandelt vielmehr jedes Arbeitsprodukt in eine gesellschaftliche Hieroglyphe. Später suchen die Menschen den Sinn der Hieroglyphe zu entziffern, hinter das Geheimnis ihres eignen gesellschaftlichen Produkts zu kommen, denn die Bestimmung der Gebrauchsgegenstände als Werte ist ihr gesellschaftliches Produkt so gut wie die Sprache. (...)

"Wert" (Tauschwert) "ist Eigenschaft der Dinge, Reichtum" (Gebrauchswert) "des Menschen. Wert in diesem Sinn schließt notwendig Austausch ein, Reichtum nicht." "Reichtum" (Gebrauchswert) "ist ein Attribut des Menschen, Wert ein Attribut der Waren. Ein Mensch oder ein Gemeinwesen ist reich; eine Perle oder ein Diamant ist wertvoll ... Eine Perle oder ein Diamant hat Wert als Perle oder Diamant."

Bisher hat noch kein Chemiker Tauschwert in Perle oder Diamant entdeckt. Die ökonomischen Entdecker dieser chemischen Substanz, die besondren Anspruch auf kritische Tiefe machen, finden aber, daß der Gebrauchswert der Sachen unabhängig von ihren sachlichen Eigenschaften, dagegen ihr Wert ihnen als Sachen zukommt. Was sie hierin bestätigt, ist der sonderbare Umstand, dass der Gebrauchswert der Dinge sich für den Menschen ohne Austausch realisiert, also im unmittelbaren Verhältnis zwischen Ding und Mensch, ihr Wert umgekehrt nur im Austausch, d.h. in einem gesellschaftlichen Prozess. Wer erinnert sich hier nicht des guten Dogberry, der den Nachtwächter Seacoal belehrt:

"Ein gut aussehender Mann zu sein ist eine Gabe der Umstände, aber lesen und schreiben zu können kommt von Natur."

23.30 Uhr: Zum Essen eingeladen bei Iris und Peter. Ochsenschwanz mit Nudeln, für die Vegetarier Nudeln mit Spargel. Ein äußerst netter Abend.

Greenwich. Kürzlich erschien die von ihm herausgegebene deutsche Ausgabe von Nira Yuval-Davis' Buch, "Geschlecht und Nation". Zur Zeit arbeitet er an einer Arbeit zu "Antisemitism, nationalism and liberalism in the Berliner Antisemitismusstreit, 1879-80".

Das vollständige Protokoll aller sechs Tage sowie weitere Projekte der Künstlergruppe TXTxtnd finden sich im Internet unter www.txtxtnd.de

44. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak477/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:19

Frieden im Nahen Osten

Bücher zum israelisch-palästinensischen Konflikt haben Konjunktur. Das Buch "Friedensaussichten im Nahen Osten" dürfte seine LeserInnen finden - wegen der namhaften Autoren, aber auch wegen des Titels, der zugleich auch Thema eines hier dokumentierten Vortrags von Noam Chomsky ist. Gehalten wurde er im März 2001, also vor dem 11. September, vor den Kriegen gegen Afghanistan und den Irak. Dennoch bleibt er lesenswert, weil Chomsky weniger aktuelle Ereignisse als vielmehr die strukturellen Hindernisse diskutiert, die einem dauerhaften Frieden im Wege stehen: die strategischen Interessen der USA, die Geburtsfehler des Oslo-Prozesses und die Weigerung der israelischen Regierungen, die palästinensische Seite als gleichrangigen Verhandlungspartner zu akzeptieren. Auf Chomskys Vortrag (nebst Fragen und Antworten) folgt ein schon 1967, kurz nach dem Sechs-Tage-Krieg, geschriebener Artikel von Paul Brass (eigentlich: Ulrich Jacobs). Brass, in Deutschland aufgewachsener Jude mit britischem Pass, interpretiert den Nahostkrieg als "eine Episode im Kampf der reichen und der armen Welt" und erklärt, warum Israel nicht nur in den arabischen Ländern, sondern auch in vielen Ländern der "Dritten Welt" einseitig als Bastion des Imperialismus wahrgenommen wird. Der Artikel enthält zweifellos hellsichtige Momente, aber auch etliche Fehleinschätzungen. Worauf Moshe Zuckermann in seinen "Anmerkungen zu einem Aufsatz von Paul Brass" hinweist. Offensichtlich falsch ist Brass` Behauptung, die in Israel geborenen Jüdinnen und Juden hätten längst "begriffen, dass sie mit ihren arabischen Nachbarn mehr gemeinsam haben als mit Europäern oder Amerikanern, auch wenn diese jüdischer Abstammung sind". Das, so Zuckermann, sei mehr Beschwörung als Diagnose, aber auch Ausdruck einer Hoffnung, auf die alle in dem Band vertretenen Autoren nicht verzichten wollen.

Wolfgang Haug (Hrsg.): Friedensaussichten im Nahen Osten. Israel und Palästina im Spannungsfeld internationaler Interessen, Trotzdem Verlagsgenossenschaft, Grafenau 2003, 86 Seiten, 7 EUR

Eliten-Struggle

Das Wirtschaftsmagazin brand eins gehört angeblich zu dem Hippesten, was der Zeitschriftenmarkt hier zu Lande derzeit zu bieten hat. Und was das Design angeht, will man das wohl glauben, wenn man einen Blick auf das mattglänzende, schwer wiegende, durch großformatige Fotos und Textspalten gefällige Heft wirft. Die aktuelle Ausgabe der brand eins setzt als Schwerpunkt zudem ein Thema, das für Linke interessant sein könnte, mit dem sie sich aber - z.B. in dieser Zeitschrift - fast nie beschäftigen (warum eigentlich nicht?): Eliten. 15 Beiträge und ein Glossar untersuchen die Frage, was Eliten sind - genauer: sein sollten - in wenig überraschender Weise: eine systemische Management-Beraterin im Interview, ein ausführliches Lamento über die abwandernde Wissenschafts-Elite, ein populärphilosophisches Plädoyer für weniger Konformität, ein Geiger, für den Kunst und Wirtschaft keine Gegensätze sind, eine Reportage über Lula, den tapferen Emporkömmling - das Ganze zwar journalistisch perfekt, aber eigentlich langweilig. Und doch nicht nur: Denn man kann dieses Heft auch als Versuch der Selbstbeschreibung einer imaginären neuen und wahren Elite lesen, die sich nicht so sehr von "Kreti und Plethi" (S. 92), sondern vor allem von ausgedienten Pseudo-Eliten distinguieren will. Denn, so stellt Chefredakteurin Fischer im Editorial fest, Elite meint nicht, "was sich gemeinhin dafür hält". Die "selbstverständliche" Elite, die "Elite der Eliten" (S. 81), als deren Repräsentantin in Design, Text und Inhalt sich die brand eins ganz offensichtlich versteht, ist nämlich nicht machtgeil, sondern verantwortungsvoll, stellt Fragen, kommt aus der "wirklichen Mitte", denkt differenziert, schafft, ist dialogfähig. Und: besorgt um Deutschland. Das eine lange und dunkle Geschichte in der Diskriminierung echter Eliten hat. Und diese traurige Geschichte hat ein Gesicht, einen Namen, "eine Wurzel": Adolf Hitler. Denn es war, wie Fischer zu wissen meint, der Nationalsozialismus, der "jede Lust auf Differenzierung ausgelöscht" hat. Und Schwerpunkt-Leitartikler Lotter ruft in bester non-konformistisch-provokativer Attitüde aus: Wer verhindert, "dass in Deutschland über Eliten und Vorbilder geredet werden kann, hilft Hitler - über dessen Tod hinaus." (S. 46). Kurz: Sie ist nicht einfach elitär, diese brand eins, sondern anders elitär. Und sie ist nicht einfach schön, sondern schön schlicht.

brand eins, Wirtschaftsmagazin. 5. Jahrgang, Heft 08, Oktober 2003, 6 EUR

Weiterleben nach dem Holocaust

Lola Bensky ist die Hauptperson in Lily Bretts neuem Roman "Alles halb so schlimm". Der Titel bringt Lolas Lebensgeschichte auf den Punkt und ist scheinbar auch das Motto ihrer Eltern. Renia und Josl Bensky sind Überlebende des Holocaust, in Auschwitz wurden sie an der Rampe getrennt. In einem Lager für Displaced Persons treffen sie sich nach dem Krieg wieder: "Als sie Josl wiedersah, wagte sie ihn kaum anzusehen. Durch das, was sie gesehen und was sie eingeatmet hatte, fühlte sie sich von ihm getrennt. Sie kam sich vergiftet vor. Sie konnte fast nicht ertragen zu sein, wer sie jetzt war. (...) Sie war nicht Renia Bensky, die Frau von Josl Bensky. Sie war jemand anderes. Sie wusste, dass sich das nie mehr ändern würde." Diese Last begleitet Renia und Josl, auch ihre Familie und ihr Umfeld ein Leben lang. Josl und Renia wandern mit ihrer ersten Tochter Lola nach Australien aus und beginnen dort, ein neues Leben aufzubauen. Nach einigen Jahren hat die Familie es mit einem kleinen Kleidergeschäft zu etwas gebracht. Man pflegt den engen Freundeskreis, feiert zusammen die Familienfeste, verbringt sogar gemeinsam die Ferien. Lola hält diese Freundinnen und Freunde der Familie für Verwandte, doch entpuppt sich nicht jede Freundschaft als so dauerhaft. Angesicht der üblichen Lebensverwirrungen, Trennungen, heimlichen Affären scheinen Toleranz und Verzeihen schwierig. Die Beziehungen und Ereignisse sind turbulent, mitunter mehr als skurril. Dabei hat der gewöhnliche Alltag immer mit der erlebten Vergangenheit zu tun, ohne dass diese grundsätzlich reflektiert würde. Die Aufarbeitung findet im Alltag statt, mal direkt, mal versteckt. Das macht es für Lola nicht leicht, mit ihrer Familie klarzukommen bzw. sich von ihr zu lösen. Lily Brett erzählt diese Geschichte mit dem ihr typischen, manchmal schwarzen Humor. Bei der Lektüre fallen die Geschichten von Isaac B. Singer ein. Die spielen zwar in der Metropole New York, aber die Probleme der Charaktere sind auf Grund des gleichen Hintergrundes ähnlich und am besten mit Humor zu bewältigen. Lily Bretts Roman hat autobiografische Bezüge: Auch ihre Eltern überlebten den Holocaust und wanderten 1948 nach Australien aus.

Lily Brett: Alles halb so schlimm, Franz Deuticke Verlag, Wien 2002, 14,90 EUR

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak477/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:25

Aktionstage gegen Sozialabbau

Vom 18.-31. Oktober 2003 finden in Tübingen Aktionstage gegen Sozialabbau unter dem Motto "Umverteilung nach oben stoppen - Agenda 2010 kippen - für ein besseres Leben aufstehen" statt. Initiatorin ist das social forum reutlingen / tübingen, eine Plattform globalisierungskritischer Gruppen. Am 20.10., dem bundesweiten Aktionstag, gibt es Aktionen am Tübinger Arbeitsamt, auf dem Holzmarkt kann man sich an verschiedenen Ständen über den rot/grünen Sozialkahlschlag informieren. Darüber hinaus sind Vorträge, u.a. über Venezuela, die Agenda 2010, Wohnprojekte und die Ökonomisierung der Bildung, vorgesehen. Am 25.10. um 13. Uhr findet eine Demo statt.

Tübingen, 18. - 31.10.03, Infos unter: http://www.social-forum.de, Kontakt: info@social-forum.de

Strucks Schweigen

Nachdem Minister Struck erklärt hat, die deutsche Sicherheit am Hindukusch zu verteidigen, hat er am 21. Mai 2003 neue "Verteidigungspolitische Richtlinien" erlassen. Der Öffentlichkeit wurde das nicht groß mitgeteilt, geschweige zur Diskussion gestellt. Welche rechtliche Bedeutung haben diese Richtlinien? Welchen Inhalt haben die neuen "Verteidigungspolitischen Richtlinien"? Was ergibt sich daraus für die künftige Arbeit friedenspolitischer Gruppen? Das Nürnberger Friedensforum lädt ein zur Diskussion über die neuen "Verteidigungspolitischen Richtlinien". Als Referent ist Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. geladen.

Nürnberg, 22.10.03, 19.00 Uhr, Villa Leon, Philipp-Körber-Weg 1, ehem. Schlachthofgelände; U2 - Haltestelle Rothenburger Straße

Sudetendeutsche sind Täter

"Die Sudetendeutschen waren die 5. Kolonne Hitlers bei der Zerschlagung der demokratischen tschechoslowakischen Republik." Mit dieser Aussage, die auf der Tatsache beruht, dass bei der letzten demokratischen Wahl im Mai 1938 im sogenannten "Sudetenland" 90% der deutschen WählerInnen die Kandidaten der von den Nazis in Berlin gesteuerten sudetendeutschen Partei gewählt hatten, löste der tschechische Ministerpräsident Zeman im Frühjahr 2002 in der Bundesrepublik einen parteiübergreifenden Proteststurm aus. Die sudetendeutsche Landsmannschaft, die Tausende von Mitgliedern der Nazi Funktions- und Vernichtungselite des NS-Mustergaus Sudetenland integriert/e, war besonders empört. Bis 1990 bestand ihre Politik darin, die Rückgabe der sogenannten "Tschechisch besetzten Zone", d.h. der Grenzgebiete der CSSR an Deutschland, zu verlangen. Heute gibt es Bestrebungen den Einfluss Deutschlands in den Nachbarstaaten zu verstärken. In Freiburg referiert Konkret-Autor Erich Später über das Thema "Vom NS-Mustergau zur verfolgten Minderheit. Die Sudetendeutschen und ihr Kampf für das Recht auf Heimat".

Freiburg, 31.10.03, 20 Uhr, La Banda Vaga-Kneipe, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, www.labandavaga.de

Rechte Musik

Unter SchülerInnen und Jugendlichen hat sich in den vergangenen Jahre der sogenannte Rechts-Rock weit verbreitet. Juden- und ausländerfeindliche Songtexte, Glorifizierungen Nazi-Deutschlands und Gewaltverharmlosung gehören zu den immer wieder kehrenden Inhalten von RechtsRock. Vor kurzem haben Jan Rabe und Christian Dornbusch das Buch "RechtsRock - Bestandsaufnahme und Gegenstrategien" veröffentlicht, in dem sie über die Aktivitäten der RechtsRock-Szene und deren Verbindungen zu Nazi-Organisationen informieren. In einem von Rock-Links organisierten Vortrag stellen die beiden Autoren Songtexte vor und machen mit Videosequenzen deutlich, was auf RechtsRock-Konzerten geschieht.

Hamburg, 31. 10.03, Curio Haus, Raum ABC, 19.30 - 22 Uhr, Eintritt frei. Infos unter www.rock-links.de

46. Quelldatei 45.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak477/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:45

Internationaler Kulturkongresses "Indeterminate! Kommunismus"

7.-9.11.2003 in Frankfurt am Main

Freitag, 7.11. 2003

17.00-18.30 Einchecken, Anmeldung

18.30 Begrüßung, Organisatorisches

19.00 Zentrale Auftaktveranstaltung: Die Aktualität des Kommunismus. Eine erste Annäherung

Micha Brumlik (Frankfurt am Main), Isabelle Graw (Berlin), Jacques Rancière (Paris), Slavoj Zizek (Ljubljana)

22.00 "Insourcing des Zuhause. Menschen in Scheißhotels" von René Pollesch nach einer Vorlage von Pauline Boudry, Brigitta Kuster und Renate Lorenz

22.00 Konzert: Komeit (Berlin/Wien)

23.00 Lesung: Bini Adamczak: Kommunismus für Kinder

24.00 Konzert: Dat. Politics (F)

02.00 Party

Samstag, 8.11.2003

10.00-13.30

Forum I: Ökonomie der politischen Kritik. Kommunismus und radikale Demokratie

Alain Badiou (Paris), Simon Critchley (New School/Essex), Alex Demirovic (Frankfurt am Main), Axel Honneth (Frankfurt am Main), Chantal Mouffe (London)

13.30-14.30 Mittagspause

14.30-17.30 Lesung mit Diskussion: Martin Beck (New York): "Critical Condition: Kunst, Politik, Aktivismus", moderiert von Marius Babias

14.30-17.30 Arbeitsgruppenblock I:

AG-Themen:

Can the revolution be televised? Kommunismus, Medien und Vermittlung

Maurizio Lazzarato (Paris), LIGNA (Hamburg), Christoph Weissmüller (Düsseldorf)

Geschlechterverhältnisse, sexuelle Politiken und queer/feministische Kritik

Pauline Boudry, Brigitta Kuster, Renate Lorenz (Berlin), Antke Engel, Nina Schulz (Hamburg), Frigga Haug (Berlin), Iris Nowak (Hamburg), Nancy Wagenknecht (Berlin)

Gouvernementalität der Gegenwart: Biomacht und Bioethik

Thomas Lemke (Frankfurt am Main), Isabell Lorey (Berlin)

Linke Politik(vorstellungen): Bio- oder Bewegungspolitik?

No Spoon (Frankfurt), Peter Wahl (Berlin), Sebastian Scolnik (colectivo situaciones, Buenos Aires)

How to learn to die? Psychoanalyse und Subjektkonstitution

Peter Dews (Essex), Rudolf Heinz (Düsseldorf)

Subjekt und Ideologie

Sebastian Herkommer (Berlin), Projekt Ideologietheorie (Berlin, angefr.)

Visual Culture

Christian Höller (Wien), Anne von der Heiden (Karlsruhe)

Zur Sache Leute. Liebe als stabilisierendes, destabilisierendes und transzendierendes Konzept

Françoise Cactus (Berlin, angefr.), Terre Thaemlitz (Kanagawa)

Panel: Kritik und Utopie: Etwas besseres als eine schöne Welt

Jutta Held (Osnabrück, angefr.), Drew Milne (Cambridge), Ben Watson (London)

17.30-19.00 Pause

19.00-22.00 Forum II: Kritik der politischen Ökonomie. Quantität und Qualität des gegenwärtigen Kapitalismus

Katja Diefenbach (Berlin), Joachim Hirsch (Frankfurt am Main), Marion von Osten (Zürich), Moishe Postone (Chicago), Nadja Rakowitz (Frankfurt am Main)

22.00 "Insourcing des Zuhause. Menschen in Scheißhotels" von René Pollesch nach einer Vorlage von Pauline Boudry, Brigitta Kuster und Renate Lorenz

22.00 Lesung: Thomas Meinecke

22.00 Performance: TEXTxtnd: MARX

24.00 Lounge: DJ Terre Thaemlitz (Dancemusic)

24.00 DGB Jugend Hessen: Die lange Nacht der politischen Tipps und Tricks mit DJ

Sonntag, 9.11.2003

11.00-14.00 Arbeitsgruppenblock II: Kritik der politischen Ökonomie

AG-Themen:

Das automatische Subjekt

Hans-Georg Nensch (Hannover)

Deine Mauern sind immerdar vor mir. Freiheit und Entfremdung

Stephan Möbius (Freiburg), Christian Schmidt (Leipzig), Reinhard Sonnenschmidt (Duisburg), Dirk Quadflieg (Bremen)

"when you pirate mp3's, you download communism". Eigentum und Elektronik

Mercedes Bunz (Berlin), Verena Kuni (Frankfurt am Main), Christoph Spehr (Bremen)

Globalisierungsbewegung und kommunistische Praxis

Michael Heinrich (Berlin), Thomas Seibert (Frankfurt am Main), Nicola Fratogianni (Giovanne Communiste, Rom, angefr.)

Kapitalismus, Migration und soziale Kämpfe

kanak attak, Esra Erdem (Massachusetts), Sandro Mezzadra (Bologna), Stefanie Graefe (Hamburg)

Naturverhältnisse und Biopiraterie

Christoph Görg (Frankfurt am Main), Jörg Prelle (Frankfurt am Main)

Öffentliche Interventionen - Handlungsräume zwischen ästhetisierender Vereinnahmung und offener Repression

Hito Steyerl (Berlin), Ted Gaier (Hamburg)

Können die Hegemonialen hören? Lehren aus Migrationen, Kapitalismus und Postkolonialismus

Yann Moulier Boutang (Paris), Gayatri Chakravorty Spivak (New York)

The revolutionary subject you are calling ist temporarily not available. Multidudes und Proletariat.

Thomas Atzert (Frankfurt am Main), Yoshihilo Ichida (Osaka)

Panel: Represent! Represent! Politische, philosophische und künstlerische Kritik der Repräsentation

Roger Behrens (Hamburg), Esther Leslie (London), Oliver Marchart (Wien), Mark Terkessidis (Köln)

15.00-17.00 Forum: Anfang und Ende: Praktizierte Philosophie der Praxis

Ulrich Brand (Frankfurt am Main), Wolfgang-Fritz Haug (Berlin), Jelica Sumic-Riha (Ljubljana), Dora Dela Vega (Iniciativa Praxis-Crítica, Córdoba), Mathias Wiards (Hannover), Corinna Genschel (Berlin)

17.00 Abschied

Weitere Infos unter: www.kommunismuskongress.de

47. 25.000 Euro für ak!

Die wirklich Bedürftigen - wer sie sind und was sie wollen:

CD-Datei: daten/aksuche/ak477/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:47

Wer wir sind, davon könnt ihr euch jeden Monat ein Bild machen. Tiefe Einblicke haben wir euch in dieser Ausgabe zudem mit unseren Erkenntnissen über den Kommunismus gewährt, womit wir auch schon die Frage beantwortet haben, was wir wollen. Dass das ein ehrgeiziges Ziel ist, ist uns klar. So, und nun kommt das mit der "Bedürftigkeit" - das ist einerseits viel profaner (letztendlich wisst ihr schon längst, um was es geht), aber andererseits vielleicht auch kommunistisch - von wegen "Einsicht in die Notwendigkeit": Wir brauchen eure Hilfe und Unterstützung.

Aber stellen wir erst einmal klar: Im Vergleich mit der allein erziehenden Mutter, die an der Armutsgrenze lebt; im Vergleich mit der Jugendlichen, die nie eine Chance bekam, dem Kapital ihre Arbeitskraft zu verkaufen; im Vergleich mit dem Junkie, der von einer repressiven Drogenpolitik im Elend gehalten wird; im Vergleich mit der Obdachlosen, die aus dem immer löcheriger werdenden Netz der sozialen Sicherung geworfen wurde; im Vergleich mit dem Langzeitarbeitslosen, der nun auch noch auf Sozialhilfeniveau gedrückt werden soll - im Vergleich mit all denen, die eindeutig auf der Verliererseite dieser Gesellschaft stehen, geht es uns einigermaßen gut, und es wäre anmaßend, würden wir uns im gleichen Maße als bedürftig bezeichnen.

Dennoch: Wir brauchen euer Geld. Dass an dieser Stelle seit Jahren ein Spendenaufruf steht, mit dem sicher gestellt werden soll, dass er auch im nächsten Jahr dort wieder erscheinen kann, ist nicht neu. Neu allerdings ist der Ernst, mit dem der Verein für Politische Bildung, Analyse und Kritik euch um eine Spende bittet. Wir sagen jedes Jahr wieder an dieser Stelle dasselbe, nicht weil wir das so gerne tun, sondern weil uns schlicht nichts anderes übrig bleibt. ak, Fantômas und die anderen Aktivitäten des Vereins sind in der letzten Zeit auf merklich positive Resonanz gestoßen, alleine - so sehr wir uns über diesen Zuspruch freuen - von Luft und Liebe kann noch nicht einmal das Urgestein ak am Leben erhalten werden. Zwar gibt es eine bescheiden positive Abo-Entwicklung, die allerdings für die Zeitungsfinanzierung allein nicht ausreicht. Mit dem Verkaufserlös können wir die Herstellungskosten, Miete, Telefon und Löhne einfach nicht aufbringen. Doch sehen wir das gestiegene Interesse an unseren Produkten als gute Ausgangsbasis, noch mehr zu unternehmen, um ak und Fantômas noch viel bekannter zu machen. So viel sei an dieser Stelle schon verraten: Ihr dürft gespannt sein, was da im nächsten Jahr auf euch zukommt.

Wir wissen durchaus, dass den meisten von euch das Geld längst nicht mehr so locker in der Tasche sitzt wie vielleicht in früheren Zeiten. Schließlich gehen Rezession, Erwerbslosigkeit und Zerschlagung des Sozialstaats auch an uns und euch nicht spurlos vorüber. Gleichwohl: Wer will, dass es ak und Fantômas auch im nächsten Jahr weiter gibt, muss über den Kauf der Zeitung hinaus einen finanziellen Beitrag leisten. Denn diese Zeitung wird es nur weiter geben, wenn ihr, die Leserinnen und Leser, Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen von ak in den nächsten Monaten 25.000 Euro spendet. Natürlich sind eure Spenden auch dieses Jahr wieder steuerlich absetzbar.

Mit eurer Spende sorgt ihr dafür, dass es auch weiterhin monatlich linke Politik auf 36 Seiten im Zeitungsformat und zwei Mal im Jahr in Magazinform gibt. ak ist ein linkes Projekt, das unmittelbar von seinen NutzerInnen und UnterstützerInnen abhängt. Das ist durchaus eine Stärke dieser Zeitung, ist diese Verbindung doch das beste Mittel gegen Dogmatismus und Besserwisserei. ak lebt durch das Engagement vieler einzelner Menschen: unserer Spenderinnen und Spender, die wissen, dass ein Projekt wie ak nur außerhalb der Marktmechanismen bestehen kann; unserer Autorinnen und Autoren, die unentgeltlich schreiben; unserer Genossinnen und Genossen für Technik, Layout und Korrekturlesen sowie der Menschen in der Redaktion, die sich bemühen, interessante Beiträge mit hohem Gebrauchswert ins Blatt zu holen. Wenn man so will: die praktische Widerlegung von "tina". Mit eurer Unterstützung bleiben wir dabei: There is an alternative.

ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150-204

Postbank Hamburg

BLZ 20010020

48. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak477/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:477:48

Humor ist, wenn man trotzdem lacht. Und weil die Deutschen so humorig sind, gönnen sie sich einen Fleisch gewordenen Spaßfaktor - gerade dann, wenn um sie herum alles zusammenkracht. Dieter Bohlen grinst auf allen Kanälen und müllt die Republik mit voll lustigen Sprechblasen zu. Ob Werbung, Fernsehen, Buchmesse: Der Ex-DKPler ist überall, niemand entkommt der brachialen Stimmungskanone. Am liebsten lacht man hier zu Lande, wenn Leute fertig gemacht werden. Jede Beleidigung und jede Demütigung wird zum Brüller. Deswegen ist Dieter Bohlen so hip. Ihm macht es Spaß, Geld zu verdienen. Sagt er jedenfalls zu Thomas Gottschalk, dem anderen nationalen Witzbold mit polyglottem Flair. Und das Problem mit den fünf Millionen Erwerbslosen und dem ganzen armen Geschmeiß in dieser Republik ist es, dass denen offenbar der Spaß an der Kohle abgeht. Bei Bohlen ist der Killer-Humor Programm. Damit entpuppt er sich als der personifizierte Leistungsträger des "modernen Deutschland". Er ist das kongeniale Abziehbild zu Schröder und den anderen Spaßvögeln des Teams Agenda 2010. Und wo flächendeckend bejubelt jede Geschmacksgrenze durchbrochen werden darf, da soll man gefälligst stillschweigen, wenn woanders muskelbepackte Laiendarsteller Gouverneur werden.

Weil Witzigkeit in dieser Republik keine Grenzen kennt, mutiert Edmund Stoiber zum letzten lebenden Sozialdemokraten. Der Patriarch von der Isar ist laut taz der neue "Politiker der Herzen". Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet aus Bayern die Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit kommt: Konservativer Katholizismus als letztes Bollwerk gegen Schröder/Blair und Merkel/Thatcher - nichts ist komischer als die Wirklichkeit. Parallelen zum Großbritannien der 80er Jahre drängen sich auf, nicht zuletzt in der Art, wie die Zerstörung sozialer Sicherungssysteme als alternativ los dargestellt wird. TINA nannte die Eiserne Lady ihr Programm: "There Is No Alternative". Die adäquate deutsche Übersetzung ist die Kanzler-Drohung: "Sonst trete ich zurück." Damit hat es sich aber auch mit den GB-Deutschland-Parallelen. Dort gab es statt Bohlen und Atze Schröder Monty Python und neben Thatcher die streikenden Bergarbeiter. Der bundesdeutsche Protest gegen die großkoalitionäre Verarmungsstrategie und Repressionspolitik muss hingegen mit wenigen aufrechten GewerkschafterInnen und Sozialbündnissen und weitgehend ohne scharfzüngige Satire auskommen. Letzteres wäre sicher eine attraktive Marktlücke, doch leider nicht für diese Monatszeitung. Wir bemühen uns zwar nach Kräften um Unterhaltung, aber die Fußstapfen eines wahren Komikers wie John Cleese sind uns deutlich zu groß. Also konzentrieren wir uns darauf, die schlechte Wirklichkeit mit dem zu konfrontieren, was wir am besten können: mit ätzender Kritik. Die Agenda 2010 wird uns dabei noch dauerhaft als Zielscheibe dienen. Auch in dieser Ausgabe werden wir wieder hemmungslos auf sie einschlagen - in der Hoffnung, dass dieser Job eher früher als später von einer real existierenden sozialen Widerstandsbewegung übernommen wird.

Scheinbar völlig gegen den momentanen Mainstream findet Anfang November in Frankfurt ein "Kommunismus"-Kongress statt. Als linkes Zeitungsprojekt mit RedakteurInnen aus unterschiedlichen Traditionen der Neuen Linken pflegt auch ak mehr oder weniger bizarre Beziehungen zu der sperrigen Liebe namens Kommunismus. Allen Polit-VoyeurInnen empfehlen wir deshalb den Schwerpunkt in dieser Ausgabe. Und weil der Kommunismus fern, der Kapitalismus real und unsere Finanzen im roten Bereich liegen, beginnen wir schon jetzt mit unserer Weihnachtsspendenkampagne. Wir brauchen jeden Cent (den ihr im übrigen von der Steuer absetzen könnt). Neben 35 Seiten Analyse, Kritik und Information sei deshalb ausdrücklich auf die Seite 36 hingewiesen: auf unseren Spendenaufruf.

ak-Redaktion